

Stadt Ulm

ulm

23. Beteiligungsbericht

Wirtschaftspläne 2018
Jahresabschlüsse 2017

Stadt Ulm

23. Beteiligungsbericht

Geschäftsjahr 2017

GD 148/19

Herausgegeben von der Zentralen Steuerung und Dienste / Finanzen und Beteiligungen
der Stadt Ulm

Ulm, im April 2019

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Rechtliche Grundlagen	
1.1. Ausgangslage	1
1.2. Rechtsgrundlagen für die wirtschaftliche Betätigung	1
1.3. Organisationsformen der wirtschaftlichen Betätigung	3
1.3.1. Betriebe in öffentlich-rechtlicher Form	4
1.3.2. Betriebe in privatrechtlicher Form	5
1.3.3. Betrieb gewerblicher Art (BgA)	6
2. Der Beteiligungsbericht	
2.1. Allgemeines	6
2.2. Inhalt und Ziele des Beteiligungsberichts	7
2.3. Wesentliche Änderungen im Kalenderjahr 2017	7
3. Überblick	
3.1. Die Beteiligungen der Stadt Ulm und der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH	8
3.2. Konzerndaten der Stadt Ulm	14
3.3. Finanzausstattung der Gesellschaften durch die Stadt	16
3.4. Bürgerschaftsübernahmen der Stadt Ulm	17
4. Unternehmen in Privatrechtsform (Beteiligung ab 50 %)	
4.1. Donaabad Ulm/Neu-Ulm GmbH	18
4.2. Donaübüro gemeinnützige GmbH	23
4.3. MFH - Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH	28
4.4. PBG - Ulmer Parkbetriebs-Gesellschaft mbH	31
4.5. PEG - Projektentwicklungs-Gesellschaft Ulm mbH	37
4.6. SAN - Sanierungstreuhand Ulm GmbH	42
4.7. SWU - Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm - Konzern	47
4.7.1. - SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (Holding)	52
4.7.2. - SWU Energie GmbH	57
4.7.3. - SWU Netze GmbH	68
4.7.4. - SWU TeleNet GmbH	75
4.7.5. - WKW Staustufe Kostheim/Main GmbH & Co.KG	81
4.7.6. - SWU Verkehr GmbH	86
4.7.7. - SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH	92
4.8. TFU – TechnologieFörderungsUnternehmen	97
4.9. UM - Ulm-Messe GmbH	102
4.10. UNT - Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH	108
4.11. UWS - Ulmer Wohnungs- und Siedlungs- GmbH	113
4.11.1. - UWS Service GmbH	119
5. Eigenbetriebe	
5.1. AHW - Alten- und Pflegeheim Wiblingen	123
5.2. EBU - Entsorgungsbetriebe der Stadt Ulm	128

6. Anhang

6.1.	Auszug aus der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO)	140
6.2.	Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)	148
6.3.	Auszug aus dem Eigenbetriebsgesetz (EigBG)	148
6.4.	Auszug aus der Hauptsatzung Stadt Ulm	150
6.5.	Erläuterung der wichtigsten Bilanzkennzahlen	151
6.6.	Übersicht der Abschlussprüfer für die Berichtsunternehmen	152
6.7.	Abkürzungsverzeichnis	153

1. Rechtliche Grundlagen

1.1. Ausgangslage

Die Stadt Ulm nimmt für die Bürgerinnen und Bürger in Ulm und der Region eine Vielzahl öffentlicher Aufgaben wahr. Sie ist dabei auch Teil der örtlichen Wirtschaft. Ihre Tätigkeit vollzieht sich in unterschiedlichen Organisationsformen (siehe Ziffer 1.3) innerhalb aber auch außerhalb des städt. Haushalts.

Bei der Aufgabenerfüllung in privatrechtlichen Unternehmensformen erfolgt die Einbindung des Gemeinderates nach den gesetzlichen Bestimmungen der Gemeindeordnung Baden-Württemberg und der Hauptsatzung der Stadt Ulm (siehe Anhang).

Die Stadt wird in den Gesellschafterversammlungen der Unternehmen durch den Oberbürgermeister vertreten. Bei Gesellschafterversammlungen von Unternehmen, an denen die Stadt mit mindestens der Hälfte des Stammkapitals beteiligt ist, ist hierbei die Weisung des Gemeinderates einzuholen.

Mit regelmäßigen Beteiligungsberichten wird dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit seit 1996 die Übersicht über den „Konzern“ Stadt erleichtert und dem Gemeinderat darüber hinaus aus einer Hand Basismaterial für die politische Meinungsbildung und strategische Entscheidungsprozesse zur Verfügung gestellt.

1.2. Rechtsgrundlagen für die wirtschaftliche Betätigung

Nach dem Grundgesetz nehmen die Gemeinden Aufgaben wahr, mit denen sie sowohl staatlichen Gesetzen als auch der staatlichen Aufsicht unterworfen sind. Daneben wird die kommunale Selbstverwaltung garantiert. Dazu gehört, dass die Gemeinde ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze selbst regeln kann. Aus dieser Garantie der kommunalen Selbstverwaltung ergibt sich das Recht, Einrichtungen zum Wohle der Einwohner im Rahmen der sog. Daseinsvorsorge zu errichten. Dabei haben sie die Organisationshoheit, d.h. sie haben das Recht, die Verwaltungsorganisation unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten und Zweckmäßigkeiten selbst festzulegen.

Mit der Novellierung der Gemeindeordnung im Jahr 1999 wurde insbesondere die stärkere Einbindung des Gesellschafters in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen verfolgt. Hierbei wurde die Gemeinde zur Steuerung und Überwachung ihrer Beteiligungen verpflichtet.

Unter "wirtschaftlicher Betätigung" ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die am Markt tätig werden, sofern die Leistung auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte. Im Vordergrund hat für die Gemeinde dabei aber immer der Dienst am Bürger und nicht das Gewinnstreben zu stehen.

Eine Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen ungeachtet der Rechtsform errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn die Voraussetzungen der §§ 102 ff GemO (siehe Anhang) erfüllt sind. Zum 01.12.2005 ist das Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzrechts mit einer Verschärfung der sog. „Subsidiaritätsklausel“ in Kraft getreten. Dies bedeutet, dass eine Gemeinde seit 01.01.2006 außerhalb der Daseinsvorsorge nur noch Tätigkeiten entfalten darf, wenn diese nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Anbieter erfüllt werden können. Die Beweispflicht liegt bei der Gemeinde.

Bei der Errichtung, Übernahme, wesentlichen Erweiterung oder Beteiligung eines Unternehmens in **Privatrechtsform** sind nach § 103 GemO weitere Vorschriften zu beachten.

Die **wirtschaftlichen Unternehmen** der Gemeinde sind so zu führen, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird; dabei sollen sie einen Ertrag für den Haushalt der Stadt abwerfen (§ 102 Abs. 2 GemO).

Nach der Gemeindeordnung darf die Gemeinde ein Unternehmen in der Rechtsform der **Aktiengesellschaft** nur errichten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform (üblicherweise der GmbH) erfüllt werden kann. In § 103a GemO sind für die Rechtsform der **GmbH** als weitere Zulässigkeitsvoraussetzung die Punkte aufgezählt, die neben den gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen des GmbHG auch dem Zustimmungsvorbehalt der Gesellschafterversammlung unterliegen.

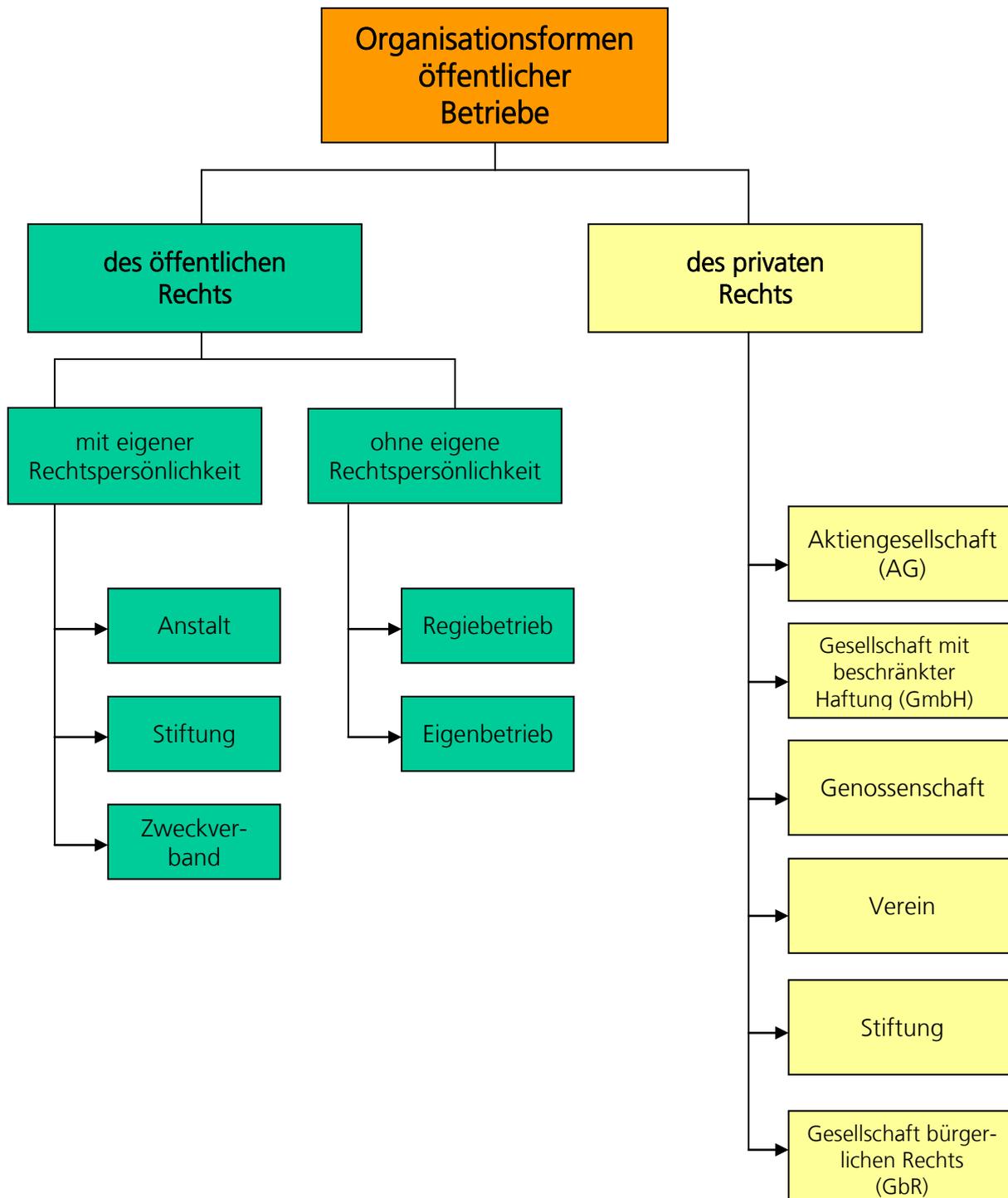
Die Bestimmungen der §§ 102 ff GemO gelten grundsätzlich auch für die **nichtwirtschaftlichen Unternehmen**. Lediglich die Zulässigkeitsvoraussetzungen nach § 102 Abs. 1 bis 3 GemO finden ausschließlich auf die wirtschaftlichen Unternehmen Anwendung.

Von nichtwirtschaftlichen Unternehmen (Hoheitsbetrieben) wird insbesondere dann gesprochen, wenn Einrichtungen gesetzliche Verpflichtungen (Pflichtaufgaben) erfüllen, sozialen, sportlichen oder kulturellen Ansprüchen gerecht werden oder als Hilfsbetriebe zur ausschließlichen Deckung des Eigenbedarfs dienen.

Auf die Auszüge aus den Gesetzestexten im Anhang wird verwiesen.

1.3. Organisationsformen der wirtschaftlichen Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung stehen den Gemeinden sowohl öffentlich-rechtliche als auch privatrechtliche Organisationsformen zur Verfügung. Das folgende Schaubild gibt einen Überblick über die wesentlichen Rechtsformen.



1.3.1. Betriebe in öffentlich-rechtlicher Form

Die wirtschaftliche Betätigung ist in folgenden öffentlich-rechtlichen Organisationsformen möglich:

a) Regiebetrieb

Bei Regiebetrieben handelt es sich um rechtlich und wirtschaftlich unselbständige abgegrenzte Betriebszweige. Sie sind im Rahmen der Verwaltungsorganisation und der vermögensmäßigen Verflechtungen voll in die Trägerkörperschaft integriert. Regiebetriebe werden aufgrund verwaltungsinterner Anordnungen geschaffen und haben den gleichen rechtlichen Status wie jede andere Dienststelle innerhalb der Stadt. Der Regiebetrieb ist insbesondere die im Hoheitsbetrieb (nichtwirtschaftlicher Bereich) weitverbreitetste Organisationsform.

Als Beispiele sind Einrichtungen wie Bestattungswesen, Bibliothek, Hallenbad, Marktwesen und Theater zu nennen.

b) Eigenbetrieb

Eigenbetriebe sind Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die - obwohl Teil der Gemeindeverwaltung - über eine vom Gemeindehaushalt getrennte eigene Wirtschaftsplanung, Buchführung und Rechnungslegung verfügen. Finanzwirtschaftlich gelten sie als Sondervermögen der Gemeinde.

Die Willensbildung und Kontrolle in Eigenbetrieben erfolgt im Rahmen einer Betriebsatzung i. d. R. durch die Betriebsleitung, den Betriebsausschuss und den Gemeinderat.

Bei der Stadt Ulm ist seit 1. Januar 1996 die Abfallbeseitigung, Stadtentwässerung (ohne Klärwerk Steinhäule - Zweckverband), Fuhrpark und Straßenreinigung als Eigenbetrieb (EBU) ausgelagert. Das zum 1. Januar 1998 in einen Eigenbetrieb überführte Alten- und Pflegeheim Wiblingen wurde zum 31. Dezember 2017 aufgelöst.

c) Zweckverband

Zweckverbände sind Konstruktionen, die kommunale Zusammenarbeit in öffentlich-rechtlicher Form sowohl im wirtschaftlichen als auch im hoheitlichen (nichtwirtschaftlichen) Bereich, etwa bei regionalen Aufgaben oder Interessen organisieren.

Sie sind rechtlich selbständige Körperschaften, die von kommunalen Mitgliedern getragen werden. Organe der Verbände sind Verbandsvorsitzende(r), Verwaltungsrat und Verbandsversammlung.

Ulm ist z.B. Mitglied im Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal, im Zweckverband Klärwerk Steinhäule und im Stadtentwicklungsverband Ulm/Neu-Ulm.

d) Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalanstalt)

Rechtsfähige und selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts sind eine weitgehend unabhängige Organisationsform öffentlicher Aufgabenerfüllung. Sie bedürfen einer Gesetzesermächtigung. Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten sind damit weitgehend beschränkt.

Auf kommunaler Ebene sind beispielsweise die Sparkassen, denen diese Organisationsform durch das Landessparkassengesetz verliehen wurde, oder auch der kommunale IT-Dienstleister ITEOS zu nennen.

Mit Änderung der Gemeindeordnung vom 15. Dezember 2015 wurde in Baden-Württemberg die Möglichkeit geschaffen, durch Satzung eine selbständige Kommunalanstalt zu errichten. Die Voraussetzungen sind in den §§ 102 a bis 102 d GemO geregelt (siehe Anhang).

e) Stiftung des öffentlichen Rechts

Eine Stiftung des öffentlichen Rechts sind Vermögensmassen, die nur zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben errichtet werden können. Sie unterliegen dabei - wie die Anstalt - ebenfalls dem Gesetzesvorbehalt. Zudem sind die Bestimmungen des Stiftungsgesetzes und einer Stiftungssatzung zu beachten. Aufgrund fehlender Ermächtigungsgrundlagen ist diese Organisationsform für wirtschaftliche kommunale Unternehmen praktisch ohne Bedeutung.

1.3.2. Betriebe in privatrechtlicher Form

Neben öffentlich-rechtlichen Organisationsformen ist eine wirtschaftliche Betätigung der Stadt auch in privatrechtlichen Organisationsformen möglich.

Von den Kommunen wird eine wirtschaftliche Betätigung in den Formen des Gesellschaftsrechts dann gewählt, wenn aus organisatorischen, wirtschaftlichen oder steuerlichen Überlegungen die Ausgliederung von Aufgaben vorteilhaft erscheint.

Damit unterwirft sich die Kommune aber auch den für die Privatwirtschaft geltenden Vorschriften des Handels- und Steuerrechts.

Die Kommunen können privatrechtliche Gesellschaften sowohl alleine (Eigengesellschaft) als auch gemeinsam mit Dritten (Beteiligungsgesellschaft) betreiben.

Neben den unmittelbaren Beteiligungen an Gesellschaften des privaten Rechts sind auch mittelbare Beteiligungen möglich.

a) Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete Gesellschaft, an der sich die Gesellschafter mit Einlagen auf das Stammkapital beteiligen, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Die Gesellschafter können die innere Struktur oder Gesellschaft im Wesentlichen frei regeln. Dadurch kann die GmbH durch den Gesellschaftsvertrag so ausgestattet werden, wie es dem jeweiligen Zweck der Gesellschaft am besten entspricht. Für die GmbH gelten u.a. die Vorschriften des GmbH-Gesetzes, des Handelsgesetzbuches (HGB) und in Teilbereichen des Aktiengesetzes (AktG).

Aufgrund dieser gestalterischen Möglichkeiten des Gesellschaftsvertrages ist die GmbH die gebräuchlichste privatrechtliche Organisationsform (siehe § 103 Abs. 2 - Vorrang gegenüber AG).

b) Aktiengesellschaft (AG)

Ebenso wie die GmbH besitzt auch die AG eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter, hier Aktionäre genannt, erwerben Anteile des in Aktien zerlegten Grundkapitals. Für Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet auch hier nur das Gesellschaftsvermögen und nicht der Anteilinhaber.

Im Gegensatz zur freien Gestaltung des Gesellschaftsverhältnisses in der GmbH enthält das Aktiengesetz eine fast erschöpfende Regelung aller Sachverhalte, so dass für gestalterische Eingriffe in die Gesellschaft wenig Raum bleibt.

c) Stiftung des privaten Rechts

Diese Stiftung ist ein rechtlich verselbständigter Bestand von Kapital und Sachen, die einem vom Stifter bestimmten Zweck dient.

Die Stiftung ist eine mitgliederlose Organisationsform, deren vorgeschriebenes Organ der Stiftungsvorstand ist. Sie unterliegt der Rechtsaufsicht.

Von den Städten Ulm und Neu-Ulm sowie den Stadtwerken Ulm/Neu-Ulm GmbH wurde im November 1995 die "Solarstiftung Ulm/Neu-Ulm" errichtet. Im März 1997 wurde von der Stadt Ulm die Ulmer Bürgerstiftung gegründet.

d) Genossenschaft

Die Genossenschaft ist eine Gesellschaft, die keine eigene, sondern für ihre Mitglieder gemeinschaftliche Zwecke verfolgt. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Genossenschaftsregister erworben. Die Haftung ist auf das Genossenschaftsvermögen beschränkt.

e) Verein

Der Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens 7 Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks. Man unterscheidet zwischen rechtsfähigen (eingetragenen) und nichtrechtsfähigen Vereinen. Als kommunale Organisationsform ist jedoch nur der rechtsfähige Verein von Bedeutung.

Der rechtsfähige Verein ist rechtlich und organisatorisch verselbständigt und hat sowohl eine Mitgliederversammlung als auch einen Vorstand. Die Haftung ist auf das Vereinsvermögen beschränkt.

f) Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Die GbR ist eine auf Vertrag beruhende Personenvereinigung ohne Rechtsfähigkeit, bei der sich die Gesellschafter zur Förderung eines gemeinsamen Zwecks zusammenschließen (§§ 705 ff BGB). Besondere Organe sind gesetzlich nicht vorgeschrieben, die Geschäftsführungsbefugnis und Vertretungsmacht nach außen steht grundsätzlich allen Gesellschaftern gemeinsam zu. Vertraglich abweichende Regelungen sind möglich. Als Organisationsform für öffentliche Unternehmen ist sie regelmäßig ungeeignet, da die Gesellschafter unmittelbar und uneingeschränkt haften.

1.3.3. Betrieb gewerblicher Art (BgA)

Obwohl der BgA keine Organisationsform für kommunale Einrichtungen darstellt, soll aufgrund seiner praktischen Bedeutung an dieser Stelle auf diese ausschließlich **steuerrechtliche** Konstruktion kurz eingegangen werden. Der BgA kommt zum Tragen, wenn die Kommunen innerhalb der öffentlich-rechtlichen Organisationsformen (z.B. Regiebetrieb, Eigenbetrieb) anstelle von hoheitlichen Tätigkeiten, wirtschaftliche und damit **steuerpflichtige Tätigkeiten** ausüben. Sofern Gewinne erzielt werden, unterliegen diese der Ertragsbesteuerung. Nach § 4 Abs. 1 KStG ist ein BgA von juristischen Personen des öffentlichen Rechts eine Einrichtung, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen dient und sich dabei wirtschaftlich heraushebt. Die Absicht, Gewinn zu erzielen und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr ist nicht erforderlich. Die Stadt Ulm betreibt eine Vielzahl derartiger Betriebe (z.B. Stadthaus, Westbad, Märkte, städt. Hallen).

2. Der Beteiligungsbericht

2.1. Allgemeines

Die "öffentlichen Unternehmen" sind mit erheblichen Vermögenswerten und Finanzströmen mit der Stadt als "Muttersgesellschaft" verbunden, so dass die Stadt unabhängig von den gesetzlichen Vorgaben nach der GemO aus der Verantwortung für diese Vermögenswerte und durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf ihren Haushalt zur Steuerung und Kontrolle ihrer Beteiligungen verpflichtet ist.

Eine Beteiligungssteuerung setzt Informationen voraus. Um hier eine Grundlage zu schaffen, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt. Seit 1999 ist deshalb durch die Gemeindeordnung auch die jährliche Erstellung eines Beteiligungsberichtes unter Beachtung eines gesetzlichen Mindestinhalts vorgeschrieben. In Ulm wird ein Beteiligungsbericht bereits seit 1996 aufgestellt.

Der Gesetzgeber sieht eine detaillierte Berichtspflicht für alle unmittelbaren und - wenn der Anteil mehr als 50 v.H. beträgt - für mittelbare Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen, nicht dagegen an Zweckverbänden, Eigenbetrieben und sonstigen Rechtsformen, vor.

Bei einer unmittelbaren Beteiligung mit einer Quote von unter 25 % ist ein ausführlicher Unternehmensbericht nicht erforderlich (§ 105 Abs. 2 GemO).

2.2. Inhalt und Ziele des Beteiligungsberichts

Der Beteiligungsbericht stellt einen Überblick über die Eigengesellschaften und die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen dar. Er enthält zusätzliche (über die gesetzlichen Vorgaben hinaus) Informationen über die Eigenbetriebe der Stadt. Unter Ziffer 3.2 sind in einer Übersicht die wesentlichen "Konzerndaten" zusammenfassend dargestellt.

Über die Unternehmen mit einer Beteiligungsquote ab 50 % wird in Abschnitt 4 detailliert berichtet. Darüber hinaus sind nach derselben Systematik in Abschnitt 5 auch die Eigenbetriebe in den Bericht aufgenommen. Alle anderen "Unternehmen" sind lediglich in der Übersicht unter Ziffer 3.1 aufgeführt.

Das Organigramm mit den Beteiligungen der Stadt Ulm nach Ziffer 3.1 gibt den Stand zum 31.12.2017 wieder. Der Bericht selbst basiert i.d.R. auf den Jahresabschlüssen des Jahres 2017. Daneben sind in einigen Aufstellungen, soweit möglich und sinnvoll, auch die Plandaten 2018 der aktuellen Wirtschaftspläne einbezogen. Weitere Angaben wurden den Prüfungsberichten der Wirtschaftsprüfer, Satzungen, Gesellschafts- und sonstigen Verträgen entnommen. Die Erläuterungen zum Betriebsergebnis und zur aktuellen Lage orientieren sich an den Lageberichten der Berichtsunternehmen im jeweiligen Jahresabschluss 2017, sind jedoch überwiegend gekürzt und auf das Wesentliche beschränkt wiedergegeben.

Die im Bericht enthalten Zahlen und Beträge sind überwiegend gerundet. Berechnungen basieren aber teilweise auf Basis nicht gerundeter Beträge. Aus diesem Grund sind Rundungsdifferenzen im Bericht möglich.

2.3. Wesentliche strukturelle und gesetzliche Änderungen im Kalenderjahr 2017

Der Eigenbetrieb Alten- und Pflegeheim Wiblingen wurde zum 31. Dezember 2017 aufgelöst. Auf den Unternehmensbericht wird verwiesen.

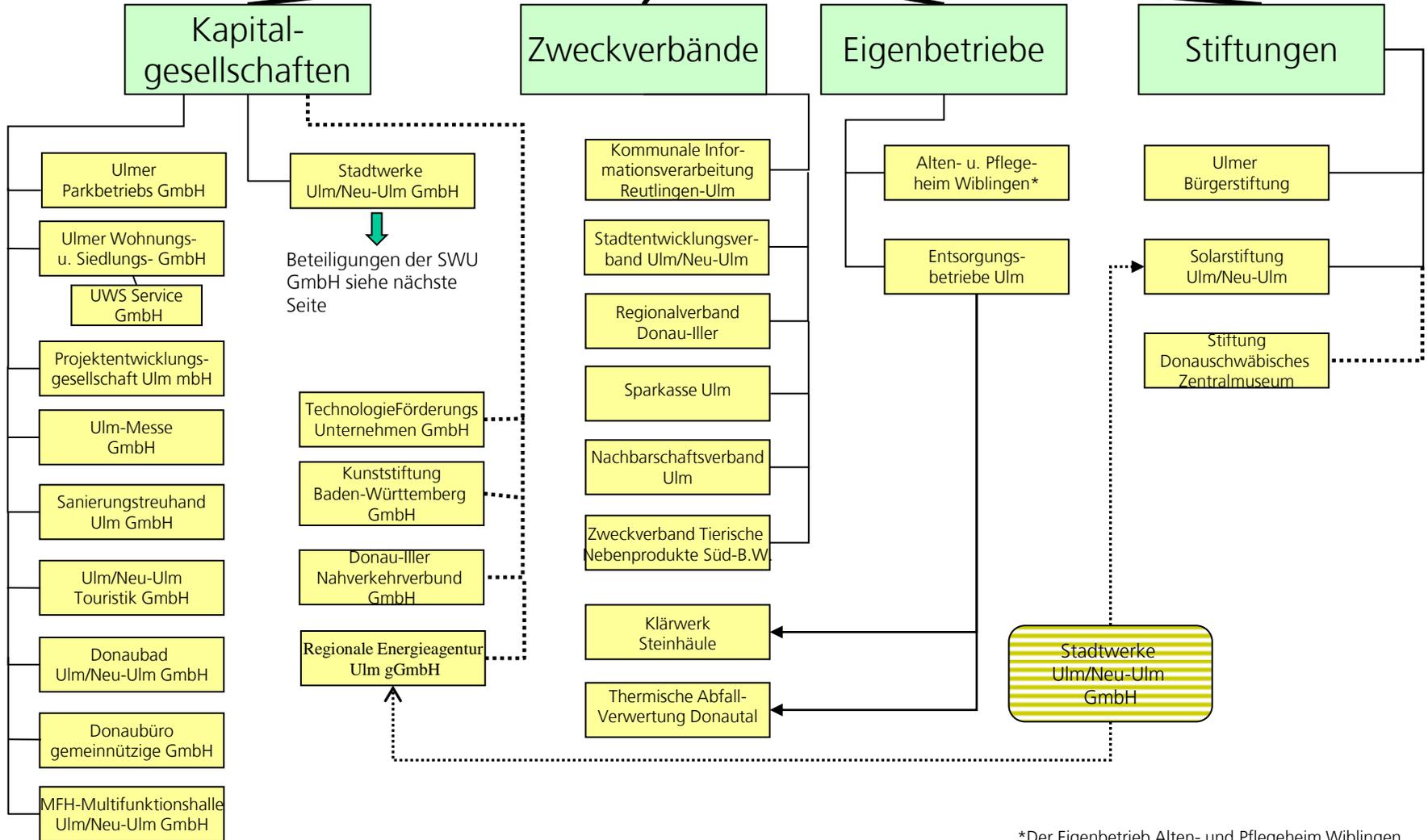
Änderungen der Gemeindeordnung hinsichtlich der kommunalrechtlichen Bestimmungen für kommunale Unternehmen ergaben sich in 2017 nicht.

3.1 Beteiligungen der Stadt Ulm

- Stand 31.12.2017 -

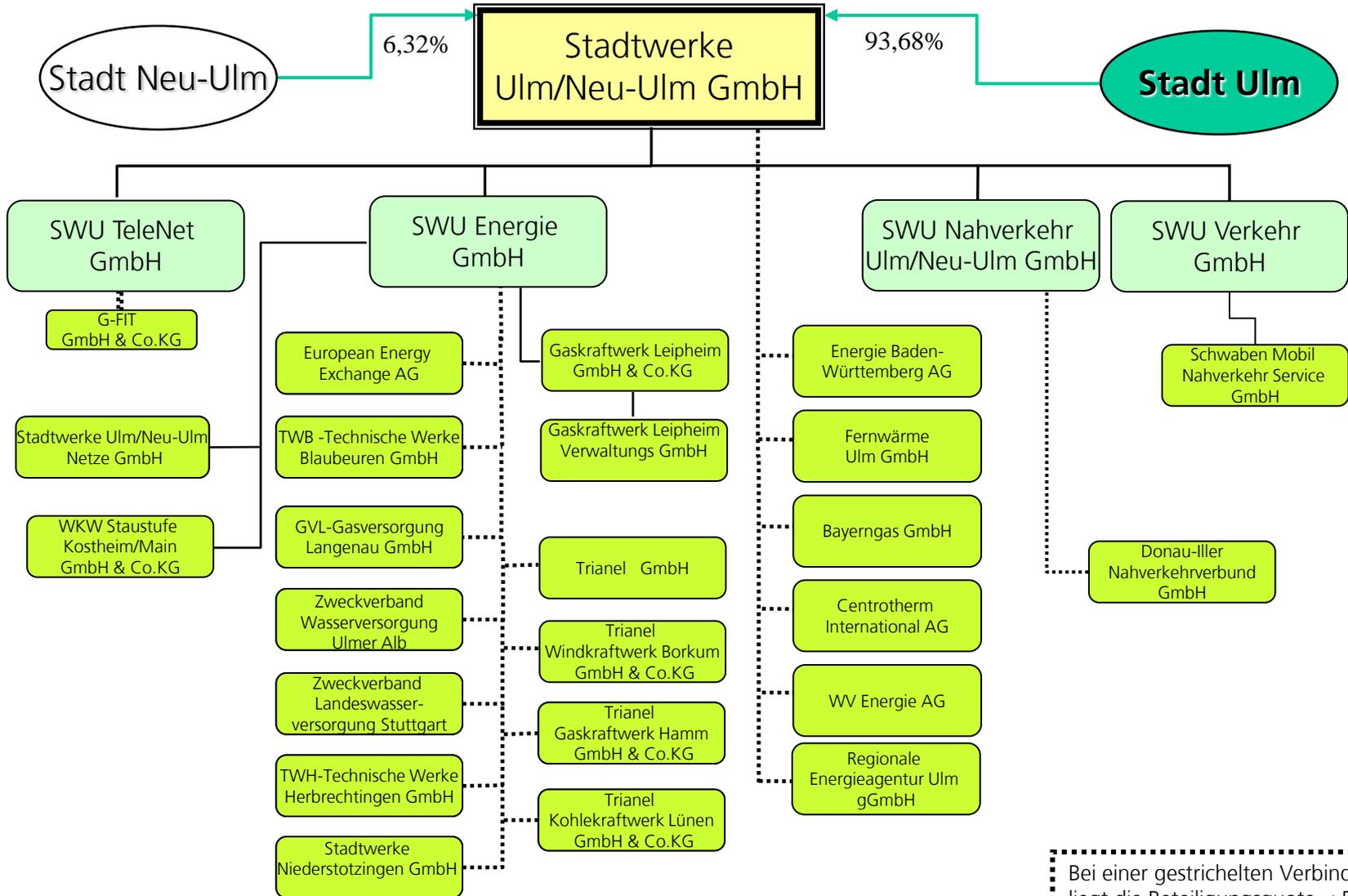


Bei einer gestrichelter Verbindungslinie liegt die Beteiligungsquote $\leq 50\%$. Weitere Beteiligungen dieser Unternehmen sind nicht aufgeführt



Beteiligungen der Stadtwerke Ulm

- Stand 31.12.2017 -



Bei einer gestrichelten Verbindungslinie liegt die Beteiligungsquote $\leq 50\%$. Weitere Beteiligungen dieser Unternehmen sind nicht aufgeführt

Beteiligungen der Stadt Ulm

Stand 31.12.2017

Beteiligung/Unternehmen	Stamm-/Grund-Kapital in Euro ¹	Anteilsverhältnis		Anmerkungen
		In %	in Euro	
1. Eigenbetriebe				
Alten- und Pflegeheim Wiblingen (AHW)	0	entfällt	entfällt	Siehe Unternehmensbericht
Entsorgungsbetriebe der Stadt Ulm (EBU)	0	entfällt	entfällt	Siehe Unternehmensbericht
2. Kapitalgesellschaften				
2.1 unmittelbare Beteiligung				
Projektentwicklungsgesellschaft Ulm GmbH (PEG)	250.000	100	250.000	Siehe Unternehmensbericht
Sanierungstreuhand Ulm GmbH (SAN)	55.000	100	55.000	Siehe Unternehmensbericht
Ulm Messe GmbH (UM)	260.000	100	260.000	Siehe Unternehmensbericht
Ulmer Parkbetriebs GmbH (PBG)	10.942.000	100	10.942.000	Siehe Unternehmensbericht
Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-GmbH (UWS)	16.100.000	50,3	8.100.000	Siehe Unternehmensbericht. Die UWS hält eigene Anteile von 8,0 Mio. € (49,7%)
Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU)	40.000.000	93,68	37.472.000	Holdingsgesellschaft – siehe Unternehmensbericht
Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH (UNT)	26.000	75	19.500	Siehe Unternehmensbericht
Donau-Iller-Nahverkehrsverbund GmbH (Ding)	80.000	12,25	9.800	SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH weitere 12,5%. Wesentlicher Unternehmenszweck ist die Fortentwicklung eines Tarifverbundes sowie die Bestandsicherung und Verbesserung des ÖPNV in den Gebieten des Alb-Donau-Kreises, des Landkreises Biberach, des Landkreises Neu-Ulm, des Landkreises Heidenheim und des Stadtkreises Ulm. Öffentlicher Zweck im Berichtsjahr erfüllt.
TechnologieFörderungsUnternehmen GmbH (TFU)	852.600	29,64	252.700	Siehe Unternehmensbericht
Donaubüro gemeinnützige GmbH	30.000	66,67	20.000	Siehe Unternehmensbericht

¹ Zum Teil auf volle Tausend gerundet

Beteiligung/Unternehmen	Stamm-/Grund-Kapital in Euro ¹	Anteilsverhältnis		Anmerkungen
		In %	in Euro	
Kunststiftung Baden-Württemberg GmbH	102.258	< 1	511	
MFH-Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH	30.000	66,67	20.000	Siehe Unternehmensbericht
Donaubad Ulm-Neu-Ulm GmbH	25.000	69,59	17.398	Siehe Unternehmensbericht Die Gesellschaft wurde am 18.08.2016 gegründet.
Regionale Energieagentur Ulm gGmbH	32.500	20	6.500	Gegründet am 27.05.2008. Gegenstand des Unternehmens ist die nachhaltige Entwicklung und Förderung im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes durch eine unabhängige Beratung und Serviceleistungen. SWU GmbH hält weitere 6,15 %.
2.2 mittelbare Beteiligung (ohne Beteiligungen der Enkelgesellschaften < 50%)				
SWU Energie GmbH	60.000.000	100	60.000.000	Anteil gehalten von SWU GmbH. Siehe Unternehmensbericht
SWU TeleNet GmbH	755.000	100	755.000	Anteil gehalten von SWU GmbH. Siehe Unternehmensbericht
G-FIT Gesellschaft für innovative Telekommunikationsdienste mbH & Co. KG	240.000	25	60.000	Anteil gehalten von SWU TeleNet GmbH
Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH	110.000	100	110.000	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH. Siehe Unternehmensbericht
SWU Verkehr GmbH	13.000.000	100	13.000.000	Anteil gehalten von SWU GmbH. Siehe Unternehmensbericht
Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH	280.000	51,2	143.276	Anteil gehalten von SWU Verkehr GmbH
SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH	50.000	100	50.000	Anteil gehalten von SWU GmbH. Siehe Unternehmensbericht
Donau-Iller-Nahverkehrsverbund GmbH	80.000	12,5	10.000	Anteil gehalten von SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH
Stadtwerke Niederstotzingen GmbH	25.000	50	12.500	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH
Fernwärme Ulm GmbH	18.407.000	50	9.203.500	Anteil gehalten von SWU GmbH
TWB-Technische Werke Blaubeuren GmbH	980.340	50	490.170	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH
GVL-Gasversorgung Langenau GmbH	512.000	50	256.000	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH

Beteiligung/Unternehmen	Stamm-/Grund-Kapital in Euro ¹	Anteilsverhältnis		Anmerkungen
		In %	in Euro	
TWH-Technische Werke Herbrechtingen GmbH	5.590.000	50	2.795.000	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG	42.299.003	9,36	3.958.739	Kommanditist: SWU Energie GmbH (Haftungskapital)
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG	29.588.840	5,28	1.562.241	Kommanditist: SWU Energie GmbH (Haftungskapital)
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	18.324.382	3,84	704.428	Kommanditist: SWU Energie GmbH (Anteil bezogen auf das Haftungskapital)
Trianel GmbH, Aachen	20.152.575	4,78	964.000	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH
WV Energie AG	Aktienkapital	< 2	6.054	Anteil gehalten von SWU GmbH
Energie Baden-Württemberg AG	Aktienkapital	< 2	2.900	Anteil gehalten von SWU GmbH
European Energy Exchange AG	Aktienkapital	< 2	156.000	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH
WKW Staustufe Kostheim/Main GmbH & Co.KG	1.000.000	70	700.000	Kommanditist: SWU Energie GmbH (Haftungskapital). Siehe Unternehmensbericht
Bayerngas GmbH	90.695.150	5	4.534.750	Anteil gehalten von SWU GmbH
Centrotherm International AG	Aktienkapital	< 2	0	Anteil gehalten von SWU GmbH (2012 Buchwertabschreibung erfolgt)
Gaskraftwerk Leipheim GmbH & Co.KG	100	100	100	Anteil gehalten von SWU Energie GmbH (Haftungskapital)
Gaskraftwerk Leipheim Verwaltungs GmbH	25.000	100	25.000	Anteil gehalten von Gaskraftwerk Leipheim GmbH & Co.KG
Regionale Energieagentur Ulm gGmbH	32.500	6,15	2.000	Anteil gehalten von SWU GmbH Stadt Ulm hält weitere 18,47 %.
UWS Service GmbH	25.000	100	25.000	Anteil gehalten von UWS. Siehe Unternehmensbericht

Beteiligung/Unternehmen	Stamm-/Grund-Kapital in Euro	Anteilsverhältnis		Erläuterungen/Bemerkungen
		In %	in Euro	
3. Zweckverbände				
Zweckverband Klärwerk Steinhäule	12.017.825	rd. 59	7.052.254	aktueller Anteil gehalten von EBU
Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal	2.215.598	rd. 23	511.292	aktueller Anteil gehalten von EBU
Regionalverband Donau-Iller				Umlagen nach Einwohner und Flächen
Stadtentwicklungsverband Ulm/Neu-Ulm				Umlagen nach Einwohner und Flächen
Zweckverband Tierische Nebenprodukte Süd-Baden-Württemberg (TNP SüdBW)				Umlagen nach Einwohner und Tierbeständen
Nachbarschaftsverband Ulm				Umlagen nach Einwohner
Zweckverband Sparkasse Ulm				Sonderstatus
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm (KIRU)				Leistungsentgelte bzw. Umlagen nach veredelten Einwohnerzahlen
Zweckverband Landeswasserversorgung Stuttgart			Mitglied SWU Energie GmbH	Umlagen nach Wassermengen
Zweckverband Wasserversorgung Ulmer Alb			Mitglied SWU Energie GmbH	Umlagen nach Wassermengen
4. Stiftungen (soweit Stadt Ulm Stifter)				
Solarstiftung Ulm/Neu-Ulm (angegeben ist das Stiftungskapital bei Gründung)	1.738.392	76,47 18,38	1.329.359 319.557	Stifter Stadt Ulm Stifter SWU GmbH Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts
Ulmer Bürgerstiftung (angegeben ist das Stiftungskapital bei Gründung)	3.067.751	100	3.067.751	Stifter Stadt Ulm Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts
Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum (Das Vermögen besteht aus eingebrachtem dinglichen Kulturgut und einem unentgeltlichen Nutzungsrecht an den Museumsräumen)	Bei Gründung kein Kapitalvermögen			Die Stadt Ulm hat ein unentgeltliches Nutzungsrecht für die Museumsräume in der Oberen Donaubastion eingebracht. Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts

3.2 Konzerndaten Stadt Ulm

Kurzübersicht mit den wesentlichen Unternehmen auf Basis der IST-Zahlen zum 31.12.2017

Anmerkung:

1. Die Stadt Ulm hat zum 01.01.2011 auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht (Doppik) umgestellt.
2. Die Höhe der Geschäftsanteile ist nicht berücksichtigt.
3. Die Daten der FUG beziehen sich auf den 30.09. (abweichendes Wirtschaftsjahr).

	Mitarbeiter ¹	Bilanzsumme	Invest.-Summe ²	Fremdkapital ³	Umsatzerlöse und Erträge	Gesamtaufwendungen
(Angaben gerundet)	Anzahl	Tausend Euro	Tausend Euro	Tausend Euro	Tausend Euro	Tausend Euro
1. Stadt Ulm	1.981	1.675.253	97.030	110.765	534.025	488.434
Anteil an Gesamtsumme in %	55	53	44	12,2	43	41
2. Eigenbetriebe						
2.1 Entsorgungsbetriebe	199	144.971	5.313	91.217 ⁴	42.874	42.783
2.2 Alten- und Pflegeheim Wiblingen	58	38	0	0	3.777	5.121
Zwischensumme	257	145.009	5.313	91.217	46.651	47.904
Anteil an Gesamtsumme in %	7	5	2	10,1	4	4
3. Gesellschaften						
3.1 Donaubüro (Anteil 67%)	5	430	1	0	240	516
3.2 PEG	7,5	23.469	4.643	17.738	5.875	5.775
3.3 SAN	9	320	4	0	806	861
3.4 SWU-Konzern (konsolidiert, Anteil 93,68%)	953	622.006	69.606	269.127 ⁵	483.301	480.187
3.5 PBG	43	42.024	8.743	12.671 ⁶	8.797	7.342
3.6 UWS	50	366.207	24.016	246.598 ⁷	53.868	47.209
3.8 UM	12	4.625	72	0	3.966	3.842
3.9 UNT (Anteil 75%)	13	371	46	0	638	1.686
3.10 FUG (Ant. mittelbar 50%)	154	140.332	8.504	90.664	62.944	59.866
3.11 MFH (Anteil 67%)	0	22.192	0	0	101	1.488
3.12 Donaubad (Anteil 67%)	66	1.171	157	0	5.534	7.098
Zwischensumme	1.312,5	1.223.147	115.792	636.798	626.070	615.870
Anteil an Gesamtsumme in %	36	39	53	70,3	50	52
4. Zweckverbände						
4.1 Klärwerk Steinhäule	51,3	87.106	1.222	66.849	17.681	17.681
4.2 TAD	0	11.790	308	0	18.981	18.981
Zwischensumme	51,3	98.896	1.530	66.849	36.662	36.662
Anteil an Gesamtsumme in %	1	3	1	7,4	3	3
Gesamtsumme	3.602	3.142.305	219.665	905.629⁸	1.243.408	1.188.870
In %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

¹ Umgerechnet in Vollzeit, gerundet und ohne Auszubildende

² Einschl. Finanzanlagen

³ Darlehensverbindlichkeiten einschl. Gesellschafterdarlehen

⁴ EBU: Einschl. 22,39 % Gesellschafterdarlehen; absolut: 20.423.643 €

⁵ SWU: Verbindlichkeiten ohne Genussrechte (63.460.800 €); aktuell keine weiteren Gesellschafterdarlehen von der Stadt Ulm

⁶ PBG: Einschl. 61,85 % Gesellschafterdarlehen; absolut: 7.837.321 €

⁷ UWS: Einschl. 3,23 % Gesellschafterdarlehen; absolut: 7.962.428 €

⁸ In den 906 Mio. € Fremdkapital sind Gesellschafterdarlehen der Stadt Ulm i.H.v. 100.160 T€ enthalten (11 %)

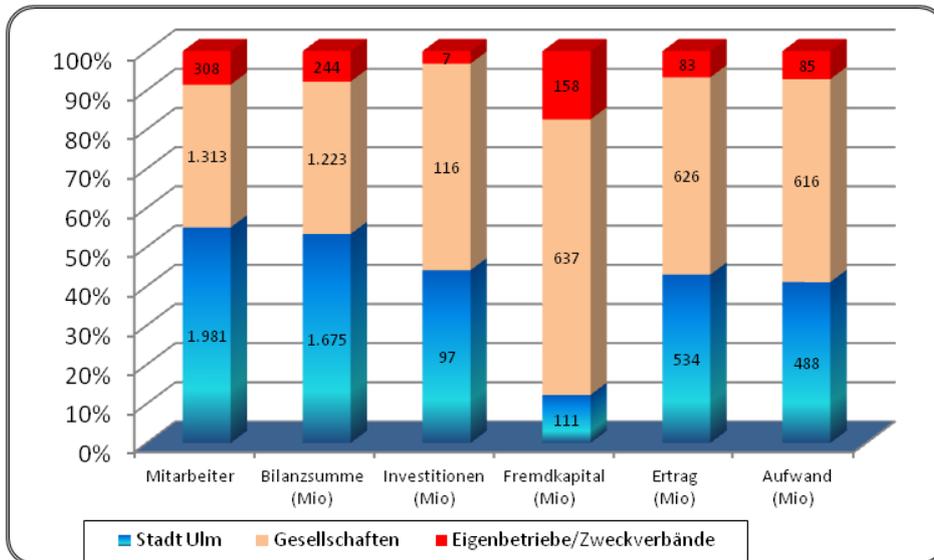


Abbildung 1 - Konzerndaten 2017

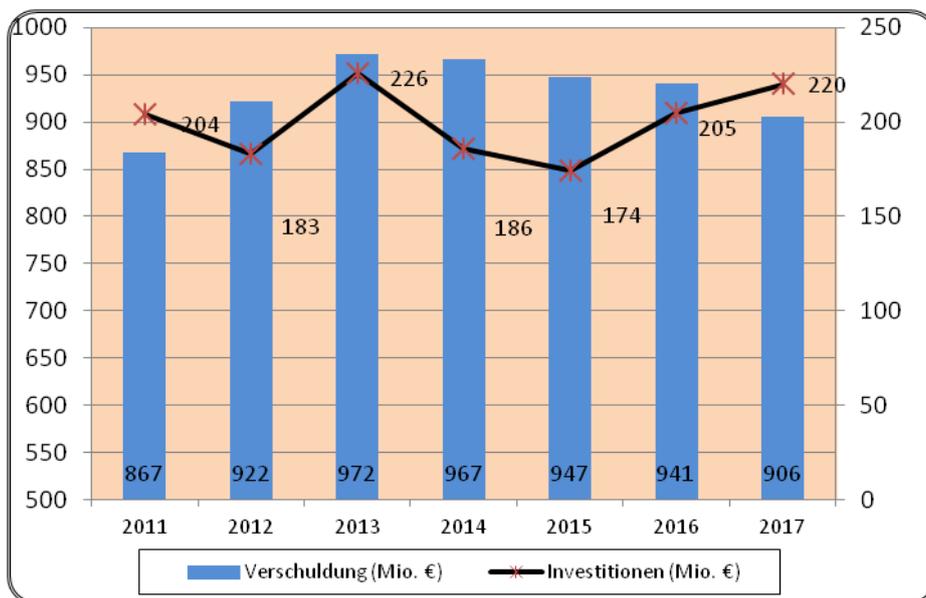


Abbildung 2 – Verschuldung/Investitionen Konzern

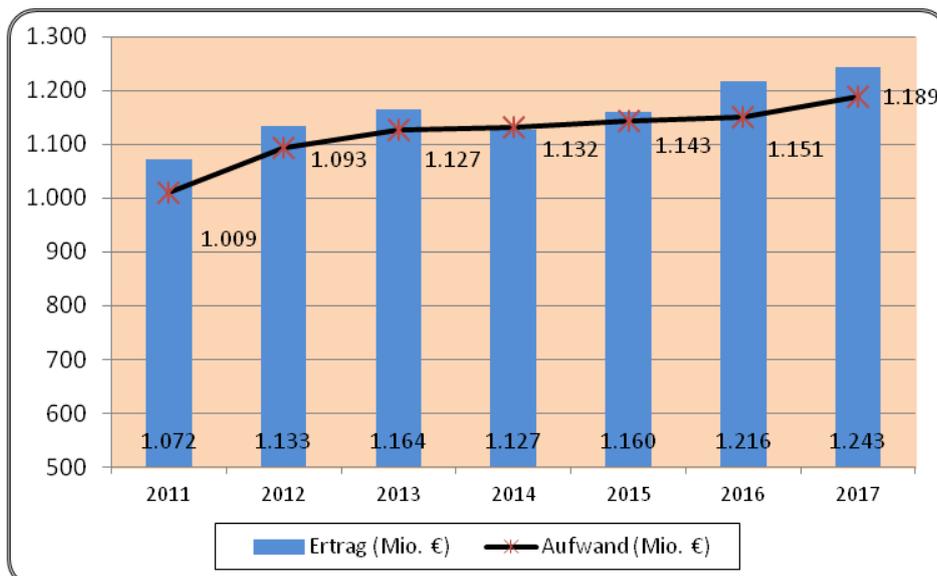
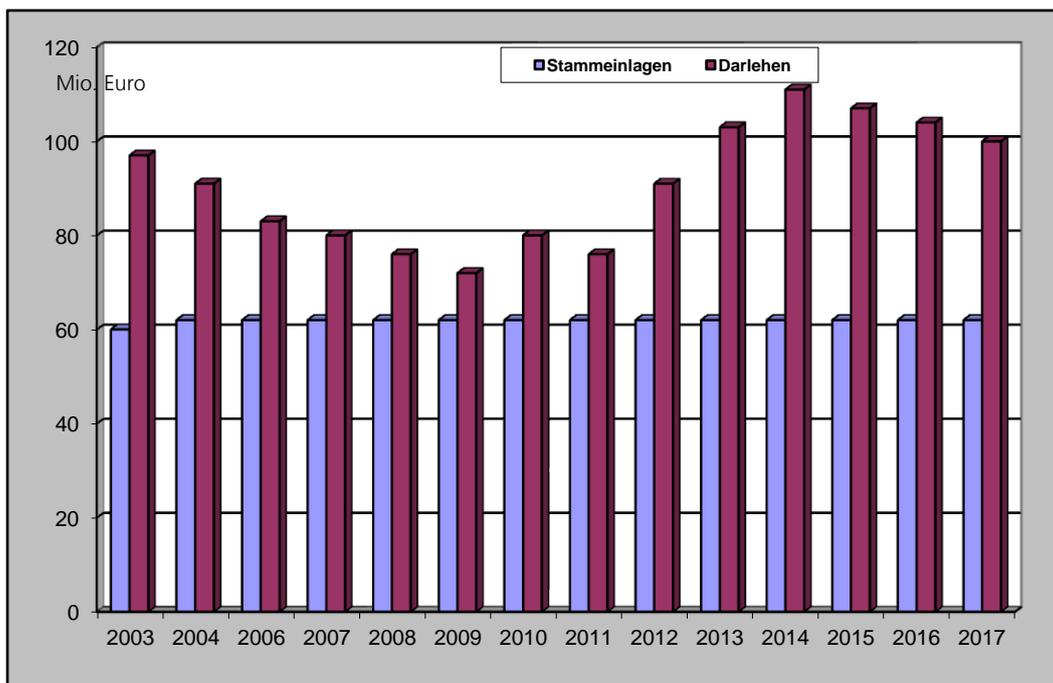


Abbildung 3 – Erträge/Aufwendungen Konzern

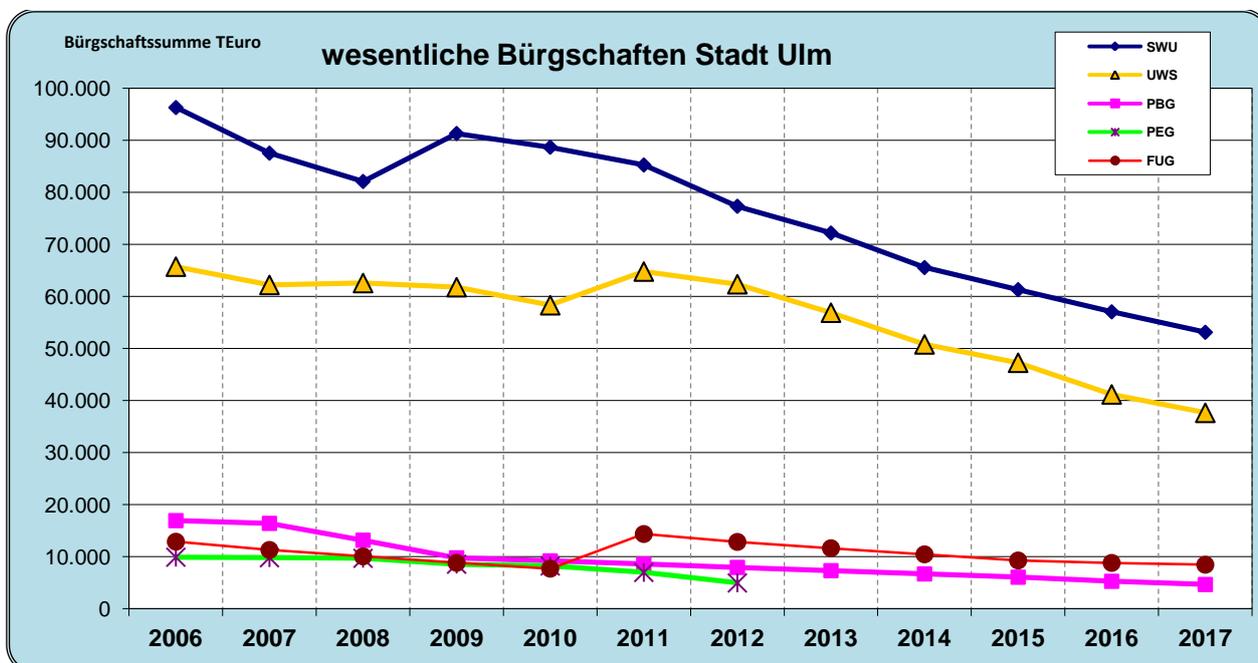
3.3 Finanzausstattung der Gesellschaften durch die Stadt

Gesellschaft	Stammeinlagen		Darlehen		Zinsen	Bemerkungen
	31.12.17	31.12.16	31.12.17	31.12.16	2017	
	T€	T€	T€	T€	T€	
a) Anteil Stadt am Stammkap. > 50 v.H.						
PBG	10.942	10.942	7.837	8.221	123	Zinssatz 1,5%
PEG	250	250				
SAN	55	55				
SWU	37.472	37.472	63.461	63.461		Genussrechte. Zinsen nach Vertrag
UNT	20	20				
UM	260	260				
UWS	8.100	8.100	7.962	8.583	151	Durchschnittszins ca. 1,83%
Donaubüro gGmbH	20	20				
Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH	20	20				
Donaubad GmbH	17	17				
Solarstiftung	1.329	1.329				
Bürgerstiftung	3.068	3.068				
b) Anteil Stadt am Stammkap. < 50 v.H.						
Kunststiftung BW GmbH	1	1				
TFU GmbH	253	253	476	497	22	Zinssatz 4,5%
DING GmbH	10	10				
Regionale Energieagentur	7	7				
Zwischensumme	61.824	61.824	79.736	80.762	296	
c) Eigenbetriebe						
EBU	0	0	20.424	22.984	571	kalk. Zinssatz 2,63%
APW	0	307				
Gesamtsumme	61.824	62.131	100.160	103.746	867	



3.4 Bürgschaftsübernahmen der Stadt

Verbürgte Darlehen (Stand per 31.12)												
	TEuro											
Unternehmen	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
SWU	96.318	87.557	82.114	91.334	88.692	85.277	77.346	72.201	65.574	61.317	57.059	53.130
UWS	65.740	62.230	62.593	61.797	58.329	64.802	62.365	56.893	50.803	47.275	41.191	37.653
PBG	16.937	16.408	13.165	9.788	9.199	8.572	7.946	7.319	6.692	6.065	5.278	4.659
UM	302	245	210	185	158	129	104					
PEG	9.902	9.804	9.689	8.557	8.223	6.975	4.958					
FUG	12.885	11.304	10.062	8.819	7.699	14.364	12.845	11.631	10.455	9.278	8.808	8.460
SAN	90	0										
TFU	74	34										
Summe	202.248	187.582	177.833	180.480	172.300	180.119	165.564	148.044	133.524	123.935	112.336	103.902



Donaubad Ulm/Neu-Ulm GmbH
 Wiblinger Straße 55
 89231 Neu-Ulm
 www.donaubad.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v.H.	Stammkapital Euro
Stadt Ulm	69,59 =	17.398
Stadt Neu-Ulm	30,41 =	7.602
Stammkapital insgesamt		25.000

2. Beteiligungen

Keine

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der beurkundeten Fassung vom 18. August 2016.
- 3.2. Gegenstand der Gesellschaft sind der Betrieb von Bäder- und Freizeitanlagen der Städte Ulm und Neu-Ulm im Rahmen der kommunalrechtlichen Vorschriften, insbesondere der Freizeitanlagen „Donaubad“ in Neu-Ulm, sowie die Übernahme des Managements von weiteren Bädern und Freizeitanlagen der Städte Ulm und Neu-Ulm.
- 3.3. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte tätigen, die unmittelbar oder mittelbar dem Unternehmen dienen und den Unternehmensgegenstand fördern oder wirtschaftlich berühren. Sie darf insbesondere gleichartige oder ähnliche Unternehmen in jeder kommunalrechtlich zulässigen Rechtsform errichten, erwerben, vertreten oder sich an solchen Unternehmen beteiligen.
- 3.4. Die Gesellschaft wird ausschließlich im Sinne der Gemeindeordnungen Baden-Württemberg und Bayern tätig.
- 3.5. Hinsichtlich der Erfüllung des öffentlichen Zwecks wird auf den Lagebericht verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.2. Aufsichtsrat

Aufsichtsrat - 14 Mitglieder (Stand 31.12.2017)

Vorsitzender: Oberbürgermeister Gunter Czisch, Stadt Ulm
 1. Stellv. Vorsitzender: Oberbürgermeister Gerold Noerenberg, Stadt Neu-Ulm
 2. Stellv. Vorsitzender: Reinhard Kuntz, Stadtrat Ulm
 Mitglieder: Hans Aicham-Bomhard, Stadtrat Neu-Ulm
 Rudolf Erne, Stadtrat Neu-Ulm
 Dr. Bertram Holz, Stadtrat Ulm
 Dorothee Kühne, Stadträtin Ulm
 Ralf Milde, Stadtrat Ulm
 Denise Elisa Niggemeier, Stadträtin Ulm
 Sigrid Räkel-Rehner, Stadträtin Ulm
 Timo Ried, Stadtrat Ulm
 Johannes Stingl, Stadtrat Neu-Ulm
 Stephan Salzmänn, Stadtrat Neu-Ulm
 Winfried Walter, Stadtrat Ulm

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 2.400,00 Euro.

4.3. Geschäftsführung

Zu den Geschäftsführern der Gesellschaft waren im Geschäftsjahr bis zum 30. August 2017 Herr Gerhard Semler, Leiter der Abteilung Bildung und Sport der Stadt Ulm, und Herr Ralph Seiffert, Leiter des Fachbereich 2 - Schulen, Kultur, Sport, Soziales der Stadt Neu-Ulm, bestellt. Ab dem 1. September 2017 haben Herr Jochen Weiß, Sportökonom, und Frau Sabine Gauß, Dipl.-Verwaltungswirtin (FH), die Geschäftsführertätigkeit übernommen.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Wirtschaftliche Grundlagen

Die den Freizeitanlagen, bestehend aus Erlebnisbad, Eislaufhalle und Donaufreibad dienenden Grundstücke stehen im Miteigentum der Städte Ulm und Neu-Ulm. Bis auf ein Flurstück, das im Alleineigentum der Stadt Neu-Ulm steht, beträgt das Bruchteileigentum der Stadt Ulm 75 % und, der Stadt Neu-Ulm 25 %.

Die baulichen Anlagen stehen im Eigentum der 1957 vereinbarten Betreibergesellschaft der Städte Ulm/Neu-Ulm GbR.

Die Freizeitanlagen wurden von der Donaabad Ulm/Neu-Ulm GmbH am 2. Dezember 2016 vom bisherigen privaten Betreiber (InterSpa Gesellschaft für Betrieb Wonnemar Donaabad Ulm/Neu-Ulm GmbH) übernommen. Hierzu wurden zwischen der Donaufreibad und Eislaufanlage der Städte Ulm/Neu-Ulm GbR und der Donaabad Ulm/Neu-Ulm mit Datum vom 29. Dezember 2016 ein Pachtvertrag abgeschlossen.

Es wurden umgehend Instandhaltungs- und Attraktivierungsmaßnahmen getätigt und die Wiedereröffnung unter städtischer Regie vorbereitet. Die Wiedereröffnung erfolgte wie geplant am 29. Dezember 2016.

Aktuell betreibt die Gesellschaft die Freizeitanlage Donaabad bestehend aus dem Freizeitbad, dem Donaufreibad sowie der Eislaufanlage.

5.2. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des Geschäftsbetriebs eigenes Personal, das in untergeordnetem Umfang durch die Stadt Ulm mittels Personalgestellungsvertrag überlassen wird. Querschnittsaufgaben sind teilweise auf die Stadt Ulm übertragen. Die Geschäftsführung ist in Geschäftsordnungen geregelt.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte *	66	48	
Auszubildende	2	0	
*einschl. Aushilfen ,Vollzeitkräfte			
Die Angaben 2016 beziehen sich nicht auf den Durchschnitt, sondern auf den Stichtag 31.12.2016			

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	146	484	
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Rückzahlung Kapitaleinlagen	0	0	

7. Bilanz

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sachanlagevermögen	166	78	
Finanzanlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	16	16	
Umlaufvermögen	988	845	
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	
Summe	1.171	939	0
Passiva			
Eigenkapital	294	474	
Rückstellungen	185	103	
Verbindlichkeiten	647	317	
Rechnungsabgrenzungsposten	45	45	
Summe	1.171	939	0

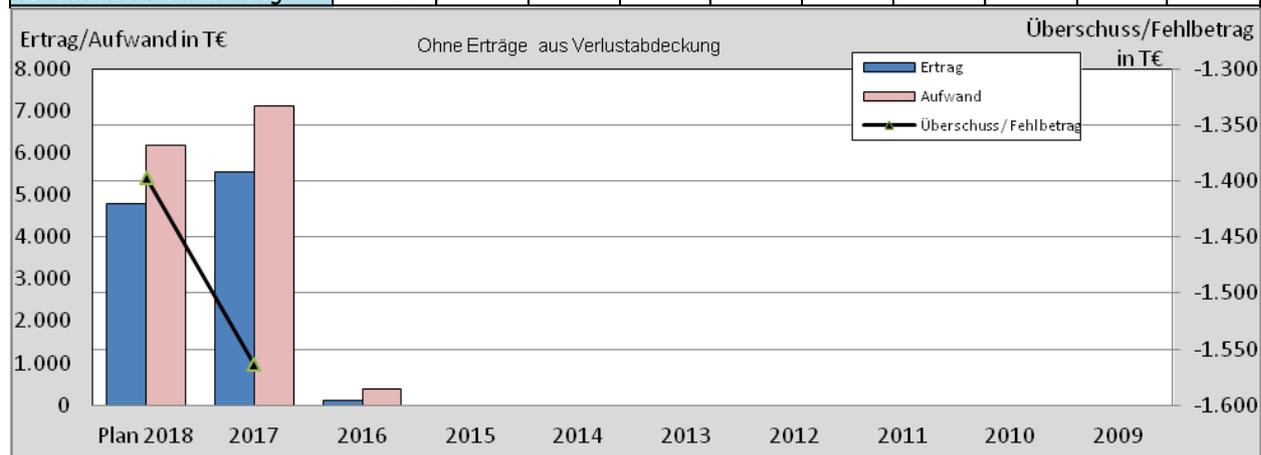
8. Gewinn- und Verlustrechnung
(ohne Kapitaleinlagen der Gesellschafter)

8.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	4.280	32	
Sonst. betriebl. Erträge, außerordentl. Erträge	1.254	83	
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	
Jahresfehlbetrag	1.564	285	
Summe	7.098	400	0
Aufwand			
Personalaufwand	1.971	128	
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	4.121	22	
Sonst. betriebl. Aufwand	905	217	
Abschreibungen	69	33	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	
Steuern	32	0	
Summe	7.098	400	0

8.2. langfristige Darstellung (ohne Erträge aus Verlustabdeckung)

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	4.793	5.534	115							
Aufwand	6.190	7.098	400							
Überschuss / Fehlbetrag	-1.397	-1.564								



9. Kennzahlen

	Angaben in	2017	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	25			
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	negativ			
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	negativ			
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	negativ			
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	162			
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	16			
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	negativ			
Personalaufwand je Mitarbeiter - ohne nebenamtl. Geschäftsführer	T€	29,9			

10. Leistungsdaten

Eintrittsgelder	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Freizeitbad (incl. Sauna)	2.581	21	
Freibad	203	0	
Eislaufanlage	208	11	
Summe	2.992	32	0

Anmerkung: 2016 lediglich 3 Betriebstage

Besucher	Anzahl		
	2017	2016	2015
Freizeitbad (incl. Sauna)	363.000	1.965	
Freibad	78.800	0	
Eislaufanlage	59.400	2.909	
Summe	501.200	4.874	0

Anmerkung: 2016 lediglich 3 Betriebstage

11. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die Gesellschaft wurde von den Städten Ulm und Neu-Ulm gegründet, nachdem absehbar war, dass die Freizeitanlage Donaabad nach dem Auslaufen des Pacht- und Betreibervertrags mit dem bisherigen privaten Betreiber zum Jahresende 2016 in städtischer Regie betrieben wird.

Neben dem Betrieb von Bädern und Freizeitanlagen der Städte Ulm und Neu-Ulm kann die Gesellschaft auch das Management von Bädern und Freizeitanlagen der Städte Ulm und Neu-Ulm übernehmen. Aktuell betreibt die Gesellschaft die Freizeitanlage Donaabad, bestehend aus dem Freizeitbad, dem Donaaufreibad sowie der Eislaufanlage.

Nachdem im Dezember 2016 der Betreiberwechsel von InterSPA auf die Donaabad Ulm/Neu-Ulm GmbH erfolgt war, bestand die Hauptaufgabe in 2017 darin, neben der Gewährleistung eines möglichst erfolgreichen Ablaufes für die rund 500.000 Gäste, neue Strukturen zu schaffen.

Es wurden zwar alle Mitarbeiter/-innen vom Vorbetreiber übernommen, doch durch die andere Organisationsstruktur der beiden Unternehmen mussten von der Donaabad GmbH vor Ort nun Aufgaben übernommen werden, die bisher von der InterSPA in Stuttgart ausgeführt wurden (Gebäudemanagement, Planungsleistungen, zentraler Einkauf, Marketing- und Kommunikationsstrategie, Gastronomiekonzept, Lohn- und Finanzbuchhaltung usw.). Ein Teil dieser zusätzlichen Aufgaben konnte durch Umstrukturierung innerhalb der Be-

legschaft übernommen werden. Teilweise musste aber auch zusätzliches Personal eingestellt werden. Bei sehr fachspezifischen Aufgaben hat man sich entschieden, diese extern zu vergeben.

Die umfangreichen Änderungen, die in 2017 durchgeführt werden mussten, konnten nur deshalb umgesetzt werden, weil die Unterstützung durch das Personal und durch den Betriebsrat immer gegeben war. Ein Zeichen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit ist die Betriebsvereinbarung, die zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat im Juni 2017 geschlossen wurde.

2017 konnten 501.184 Gäste auf der Gesamtanlage verzeichnet werden. Vor allem das Freibad und die Eislaufanlage fanden 2017 steigenden Zuspruch. Mit rund 78.800 Gästen wies das Freibad ein Plus von 20 % im Vergleich zum Jahr 2016 auf. Die Eislaufanlage verzeichnete mit insgesamt 59.400 Besucherinnen und Besuchern einen wahrnehmbaren Anstieg in Höhe von 10 % im Vergleich zum Vorjahr.

Ein Vorjahresvergleich der Besucherzahlen von Erlebnisbad (278.900 Gäste; -1,3 %) und Sauna (84.100 Gäste; +2,6 %) hat wenig Aussagekraft, da die beiden Jahre nur bedingt vergleichbar sind. Im Dezember 2016 kam es wegen des Betreiberwechsels zu einer vierwöchigen Schließung, im Juli 2017 waren wegen Renovierungsarbeiten Erlebnisbad und Sauna für knapp drei Wochen geschlossen. Es kann jedoch gesagt werden, dass die tatsächlichen Besuchszahlen den Werten entsprechen, die im Wirtschaftsplan für 2017 genannt wurden (prognostizierte Gesamtbesuchszahl: 500.000).

Im Vergleich zu den Werten aus dem Wirtschaftsplan waren auf der Erlösseite sowohl Freizeitbad, Eislaufanlage als auch die Gastronomie in der Lage, einen höheren Umsatz zu erzielen. Einnahmen durch Schul- und Vereinssport, Mieten sowie sonstige Erlöse durch die Betreibung des BHKW schnitten ebenfalls besser ab und führen in 2017 zu einem Gesamtumsatz in Höhe von 4.279.851,31 €.

Wie sich schon vor dem Wirtschaftsjahr 2017 abzeichnete, besitzen die Donaubad-Freizeitanlagen aufgrund der in die Jahre gekommenen Bausubstanz sowie der zum Teil veralteten Technik einen erhöhten Bedarf bei der Instandhaltung. Außerplanmäßige Maßnahmen im Bereich der Anlagenoptimierung und zusätzliche Sanierungsmaßnahmen, die vor der Betriebsübernahme nicht zu erwarten waren, führten im Verlauf des Jahres 2017 zu zusätzlichem, in der Jahresplanung nicht prognostizierten, finanziellen Aufwand. Während der erhöhte Jahresumsatz diese zusätzlichen Ausgaben teilweise auffangen konnte, schlagen sich Ausläufer dieses Mehraufwands im Jahresabschluss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.563.696,72 € nieder.

Die Finanzierung erfolgte über die Kapitaleinlagen der Gesellschafter.

Das Gesamtvermögen in Höhe von 1.171,4 T€ ist durch Eigenkapital und kurzfristiges Fremdkapital finanziert. Beim Anlagevermögen handelt es sich im Wesentlichen um Betriebs- und Geschäftsausstattung. Das Anlagevermögen ist in vollem Umfang langfristig finanziert.

Durch den Betreiberwechsel ergeben sich auch 2018 noch zusätzliche ergebnisbelastende Instandhaltungsarbeiten und Sonderaufwendungen. Eine Revisionsschließung von Erlebnisbad und Sauna und auch die Sanierung des momentanen Blockheizkraftwerks werden in 2018 zu Einnahmeausfällen führen.

Die im Juni 2017 abgeschlossene Betriebsvereinbarung beinhaltet u. a. die jährliche Anpassung der Grundvergütung aller Arbeitnehmer/-innen ab dem Jahr 2018, jeweils zum 1. September des Jahres, entsprechend der prozentualen tariflichen Veränderung des TVöD VKA. Aufgrund dieser Tatsache ist ab September 2018 mit einem erhöhten Personalaufwand zu rechnen.

Die Ende 2017 in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie und Potenzialanalyse über die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Freizeitanlagen lieferte erste Ergebnisse zur möglichen Modernisierung und Ausrichtung der Gesamtanlage. Diese Planungen laufen parallel zur Instandhaltung und stellen damit einen gesonderten Aufwand dar. Ziel ist es, nach Beschlussfassung in den zuständigen Gremien, mit den zur Umsetzung nötigen Maßnahmen zu beginnen.

Für das Jahr 2018 ergibt sich ein prognostiziertes Defizit von rund -1,4 Mio. EUR, das über die Einzahlungen der Gesellschafter ausgeglichen werden soll.

Donaubüro gemeinnützige GmbH

Haus der Donau

Kronengasse 4/3

89073 Ulm

www.donaubuero.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v.H.	Stammkapital Euro
Stadt Ulm	66,7 =	20.000
Stadt Neu-Ulm	33,3 =	<u>10.000</u>
Stammkapital insgesamt		30.000

2. Beteiligungen

Keine

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 2. August 2002 in der zuletzt geänderten Fassung vom 28. Dezember 2015.
- 3.2. Gegenstand ist die Völkerverständigung auf vielfältigen Gebieten. Die Gesellschaft will die Intensivierung der Beziehungen und die Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene mit den Donauanrainernstaaten Südosteuropas, insbesondere Slowakei, Ungarn, Kroatien, Serbien, Montenegro, Rumänien und Bulgarien fördern und die Integration eines zusammenwachsenden Europas vorantreiben. Wirtschaftsförderung findet dabei nicht statt.
- 3.3. Der Gesellschaftszweck beinhaltet des Weiteren die Förderung der Entwicklungshilfe, des Umweltschutzes, der Wissenschaft, Bildung, Kunst und Kultur. Diese werden verwirklicht durch den Ausbau vielfältiger Kontakte, der Initiierung, Koordinierung und eigene Durchführung konkreter Partnerschaftsprojekte auf den jeweiligen Gebieten, wie z. B. Bildungsprojekte, Konzerte, Ausstellungen und Entwicklungshilfeprojekte.
- 3.4. Darüber hinaus fördert die Gesellschaft mildtätige Zwecke durch die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen im Sinne des § 53 Abgabenordnung. Die mildtätigen Zwecke werden insbesondere durch die Hilfe für Opfer von Naturkatastrophen z. B. Hochwasser, zur Linderung und/oder Beseitigung der Katastrophenfolgen verwirklicht.
- 3.5. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben und Veranstaltungen organisieren, die mittelbar oder unmittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich betreffen.
- 3.6. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung.
- 3.7. Die Gesellschaft wird dabei ausschließlich im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg und Bayern tätig.
- 3.8. Mit den durchgeführten Projekten (Ziffer 9) hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 den öffentlichen Zweck erfüllt. Auf den Lagebericht wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.2. Aufsichtsrat

Aufsichtsrat - 14 Mitglieder (Stand 31.12.2017)

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Gunter Czisch, Stadt Ulm

1. Stellv. Vorsitzende:

Oberbürgermeister Gerold Noerenberg, Stadt Neu-Ulm

2. Stellv. Vorsitzender: Dagmar Engels, Stadträtin Ulm
 Mitglieder: Gerhard Hölzel, Stadtrat Neu-Ulm
 Hans Aicham-Bombhard, Stadtrat Neu-Ulm
 Helga Malischewski, Stadträtin Ulm
 Dr. Thomas Kienle, Stadtrat Ulm
 Ralf Milde, Stadtrat Ulm
 Anette Neulist, Stadträtin Neu-Ulm
 Dr. Rüdiger Reck, Stadtrat Ulm
 Christina Richtmann, Stadträtin Neu-Ulm
 Lena Christin Schwelling, Stadträtin Ulm
 Birgit Schäfer-Oelmayer, Stadträtin Ulm
 Winfried Walter, Stadtrat Ulm

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 1.320 Euro.

- 4.3. Geschäftsführung
 Martin Bendel, Erster Bürgermeister Stadt Ulm
 Ralph Seifert, Fachbereichsleiter Stadt Neu-Ulm

Die Geschäftsführer sind ehrenamtlich tätig und erhalten keine Bezüge.

5. Lage des Unternehmens

- 5.1. Kooperationsvereinbarung

Die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen den Städten Ulm und Neu-Ulm sind in einer Kooperationsvereinbarung vom 6. Dezember 2010 festgelegt.

- 5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde in 2002 von der Stadt Ulm und der Industrie- und Handelskammer Ulm gegründet und befand sich von Juli 2002 bis Dezember 2007 in einer Aufbau- und Erprobungsphase. Am 19. Dezember 2007 hat der Gemeinderat der Stadt Ulm beschlossen, die Gesellschaft bis 2010 fortzuführen. In diesem Zusammenhang ist die Stadt Neu-Ulm der Gesellschaft als weiterer Gesellschafter beigetreten.

Im Oktober 2010 haben der Gemeinderat der Stadt Ulm und der Stadtrat der Stadt Neu-Ulm die dauerhafte Weiterführung der Gesellschaft beschlossen. Die IHK Ulm ist im Dezember 2010 aus der Gesellschaft ausgeschieden. Der Anteil wurde von den Städten Ulm und Neu-Ulm übernommen. Die Grundfinanzierung des Unternehmens wird durch die Gesellschafter gewährleistet.

In 2012 hat die Gesellschaft erstmals das im zweijährigen Turnus stattfindende Internationale Donaifest organisiert und ausgerichtet. Die Veranstaltung wird von den Städten Ulm und Neu-Ulm bezuschusst.

- 5.3. Organisatorische Grundlagen

Die Geschäftsführung ist in einem Geschäftsverteilungsplan geregelt. Die Leitung des Donaubüros sowie das Projektmanagement, die Öffentlichkeitsarbeit und die Buchhaltung werden mit eigenem Personal erledigt. Direktor und Prokurist des Donaubüros ist Sebastian Rihm.

- 5.4. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	5,1	3,3	3,4
Auszubildende	0	0	0

Der Personalanstieg 2017 ist Folge der Arbeitsaufnahme an den EU-Projekten Transdanube Pearls sowie LENA (Local Economy an Nature Conservation in the Danube Region). Der Personalmehraufwand wird durch EU-Mittel finanziert. Beide Projekte haben eine Laufzeit vom 1. Juli 2017 - 30. Juni 2019.

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	288	602	224
- Verlustabdeckung	0	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Anlagevermögen	90	121	44
Umlaufvermögen	335	215	224
Rechnungsabgrenzungsposten	5	2	2
Summe	430	338	270
Passiva			
Eigenkapital	307	165	219
Sonderposten für Zuschüsse	73	97	9
Rückstellungen	33	39	23
Verbindlichkeiten	15	37	16
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	3
Summe	430	338	270

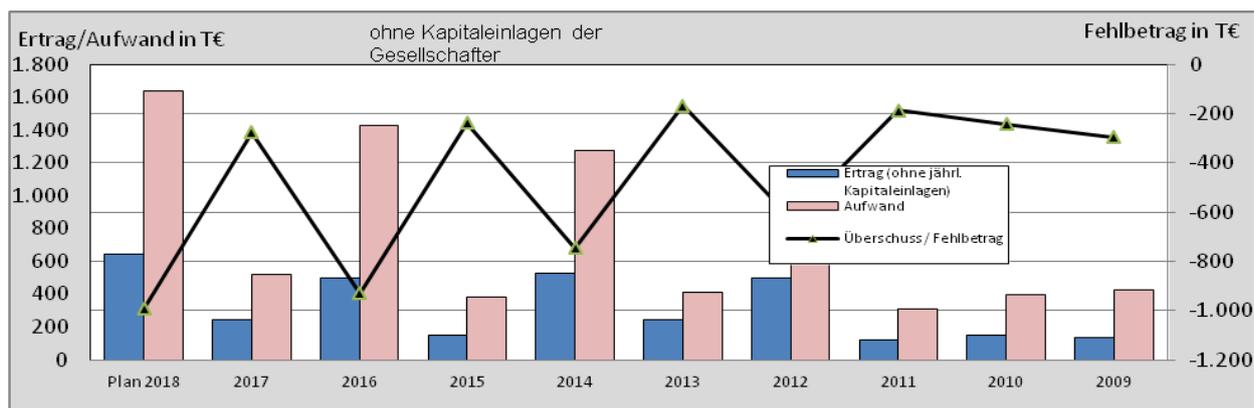
8. Gewinn- und Verlustrechnung
(ohne Kapitaleinlagen der Gesellschafter)

8.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse, einschl. Bestandsveränderungen	205	466	117
Sonst. betriebl. Erträge	35	34	29
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Jahresfehlbetrag	276	929	237
Summe	516	1.429	383
Aufwand			
Personalaufwand	271	203	153
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	131	1.074	81
Sonst. betriebl. Aufwand	81	110	115
Abschreibungen	32	42	34
Zinsen, Steuern und ähnliche Aufwendungen	1	0	0
Summe	516	1.429	383

8.2. langfristige Darstellung

	T€									
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag (ohne jährl. Kapitaleinlagen)	644	240	500	146	530	244	495	118	151	132
Aufwand	1.636	516	1.429	383	1.276	412	1.121	306	395	427
Überschuss / Fehlbetrag	-992	-276	-929	-237	-746	-168	-626	-188	-244	-295
<small>Anmerkung: ab 2012 einschl. Donaufest (jedes 2. Jahr)</small>										



9. Leistungsdaten

Schwerpunktaktivitäten im Geschäftsjahr 2017
Planung und Vorbereitung Internationales Donaufest 2018
Projekt Transdanube.Pearls (Laufzeit 01.01.2017 - 30.06.2019)
Projekt LENA (Local Economy and Nature Conservation in the Danube Region, Laufzeit 01.01.2017 - 30.06.2019)
Partnerprojekte an Donau und Save
verschiedene Einzelveranstaltungen

10. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Gegenstand des Unternehmens ist die Intensivierung der Beziehungen und der Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene mit den Donauanrainerstaaten Südosteuropas zur Förderung und Integration eines zusammenwachsenden Europa.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Ausbau vielfältiger Kontakte, die Initiierung, Koordinierung und Durchführung konkreter Partnerschaftsprojekte in den Bereichen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur im Sinne eines Beitrags zur Völkerverständigung.

Zur Realisierung der angestrebten Ziele erhält die Gesellschaft diverse Zuschüsse und Spenden. Vorwiegend finanziert sich die Gesellschaft aus den Leistungen der Gesellschafter. Gemäß Beschluss der Gesellschaftergremien in 2010 wird das alle zwei Jahre stattfindende Internationale Donaufest seit 2012 als Projekt des Donaubüros abgewickelt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr im Rahmen ihres Gesellschaftszwecks insbesondere die unter Ziffer 9 aufgeführten Projekte organisiert. Neben zahlreichen weiteren Projekten hat das Donaubüro in 2017 verschiedene Einzelveranstaltungen durchgeführt (z.B. Donausalon, Donaurallye, Kleinkonzert anlässlich der Kulturnacht Ulm/Neu-Ulm und Slowakischer Lyrikabend).

In 2017 wurden Sachkosten von insgesamt 212 T€ aufgewendet. Damit wurden die Sachkosten im Vergleich zum Vorjahr um 972 T€ reduziert. Dies resultiert im Wesentlichen daraus, dass das Internationale Donaufest erst wieder in 2018 stattfindet. Zusammen mit den Personalkosten von 271 T€ und den Abschreibungen von 32 T€ betragen die Gesamtaufwendungen in 2017 516 T€ (Vorjahr 1.429 T€).

An Erträgen, die 2017 gegenüber dem Vorjahr (500 T€) ebenfalls deutlich gesunken sind, wurden insgesamt 240 T€ erwirtschaftet. Davon entfallen 152 T€ auf Zuschüsse, die insbesondere für die Projekte LENA (75 T€) und Transdanube Pearls (71 T€) bewilligt worden sind.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für das Jahr 2017 einen Verlust von 276 T€ (Vorjahr 929 T€) aus. Zur Finanzierung der Gesellschaft haben die beiden Gesellschafter in 2017 Kapitaleinlagen in Höhe von 418,5 T€ geleistet. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages aus dem Geschäftsjahr 2016 und nach der Entnahme aus der Kapitalrücklage für 2016 ergibt sich 2017 ein Bilanzverlust in Höhe von 252 T€. Zur Deckung des Bilanzverlustes stehen 2017 Kapitalrücklagen von insgesamt von insgesamt rd. 529 T€ zur Verfügung.

Die Grundfinanzierung in 2018 ist durch die Einlagen der Gesellschafter gesichert. Zur Durchführung der EU-Projekte Transdanube Pearls und LENA erhält das Donaubüro im Jahr 2018 Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Daneben wurden für Projekte, die im Rahmen des Internationalen Donaufests 2018 stattfinden werden, diverse Förderanträge gestellt.

MFH-Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH
 Schwambergerstr. 1
 89073 Ulm

1. Beteiligungsverhältnisse

	Anteil v.H.	Stammkapital Euro
Stadt Ulm	66,67 =	20.000
Stadt Neu-Ulm	33,33 =	<u>10.000</u>
Stammkapital insgesamt		30.000

2. Beteiligungen

Arena Ulm/Neu-Ulm Betreibergesellschaft mbH Anteil am Stammkapital 1% = 250 Euro

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 16. Juli 2008. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 25. September 2008.
- 3.2. Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau, die Finanzierung und der Betrieb einer Multifunktionshalle und aller damit zusammenhängenden Maßnahmen, insbesondere zur Durchführung von sportlichen und kulturellen Veranstaltungen im regionalen Umfeld der Städte Ulm und Neu-Ulm.
- 3.3. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte tätigen, die unmittelbar oder mittelbar dem Unternehmen dienen und den Unternehmensgegenstand fördern oder wirtschaftlich berühren. Sie darf im Rahmen der kommunalrechtlichen Vorschriften der Gesellschafter insbesondere gleichartige oder ähnliche Unternehmen in jeder zulässigen Rechtsform errichten, erwerben, vertreten oder sich an solchen Unternehmen beteiligen.
- 3.4. Der Projektvertrag mit der Max Bögl Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Neumarkt, wurde mit Datum vom 28. Januar 2010 abgeschlossen. Baubeginn war im Mai 2010. Die Eröffnung der Multifunktionshalle erfolgte im Dezember 2011. Der öffentliche Zweck ist erfüllt.

4. Organe des Unternehmens

- 4.1. Gesellschafterversammlung
- 4.2. Geschäftsführung
 Martin Bendel, Erster Bürgermeister Stadt Ulm
 Berthold Stier, Kämmerer der Stadt Neu-Ulm

Die Geschäftsführer sind ehrenamtlich tätig und erhalten keine Bezüge

5. Lage des Unternehmens

- 5.1. Wirtschaftliche Grundlagen
 Der Bau und Betrieb der Multifunktionshalle wird durch einmalige und laufende Zuschüsse der beiden Städte Ulm und Neu-Ulm finanziert.
- 5.2. Organisatorische Grundlagen
 Die Aufgabenerledigung erfolgt insbesondere durch städtische Mitarbeiter der Gesellschafter. Herrn Ralf Michnick ist Gesamtprokura erteilt.
- 5.3. Personalentwicklung
 Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	346	346	346
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Anlagevermögen	21.762	22.657	23.551
Umlaufvermögen	427	586	301
Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	3
Summe	22.192	23.246	23.855
Passiva			
Eigenkapital	21.886	22.753	23.625
Rückstellungen	156	153	128
Verbindlichkeiten	150	340	102
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	22.192	23.246	23.855

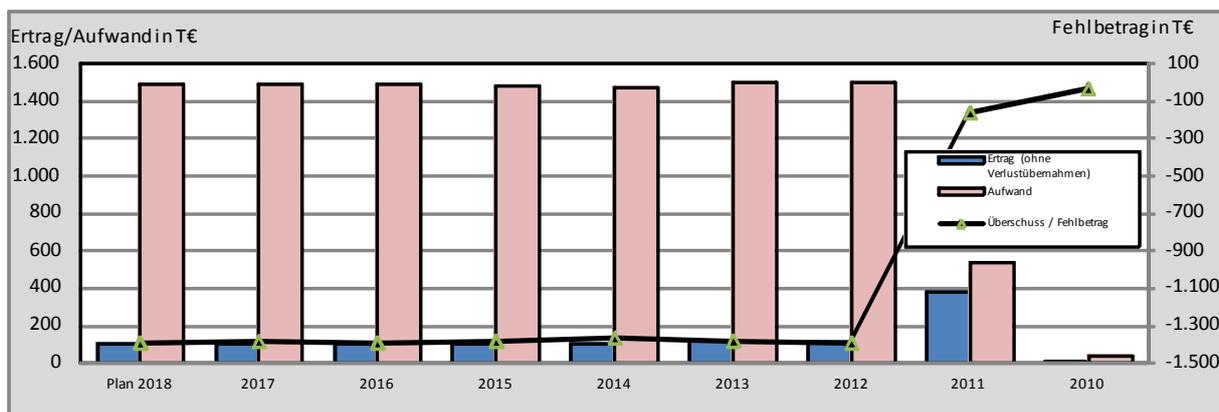
8. Gewinn- und Verlustrechnung

8.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	100	100	100
Sonst. betriebl. Erträge	1	0	2
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Jahresfehlbetrag	1.387	1.391	1.383
Summe	1.488	1.491	1.485
Aufwand			
Personalaufwand	0	0	0
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	0	0	0
Sonst. betriebl. Aufwand	594	597	591
Abschreibungen	894	894	894
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern	0	0	0
Summe	1.488	1.491	1.485

8.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€						
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag (ohne Verlustübernahmen)	100	101	100	102	101	124	110	378	2	1
Aufwand	1.493	1.488	1.491	1.485	1.468	1.503	1.500	540	37	47
Überschuss / Fehlbetrag	-1.393	-1.387	-1.391	-1.383	-1.367	-1.379	-1.390	-162	-35	-46



9. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die Städte Ulm und Neu-Ulm haben zur Errichtung einer Multifunktionshalle für Sport- und Kulturveranstaltungen in den Jahren 2008 und 2009 in einem förmlichen Verfahren die Planung, den Bau und Betrieb dieser Halle europaweit ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt in der gemeinsamen Sitzung des Gemeinderates Ulm und des Stadtrates Neu-Ulm am 11. November 2009 die Firma Max Bögl aus Neumarkt.

Die organisatorische Plattform für den Bau und den Betrieb ist die Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH. Sie ist Vergabestelle und Vertragspartner über die Vertragslaufzeit. Die Städte Ulm und Neu-Ulm als Gesellschafter der Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH finanzierten den Neubau und gewähren Kapitaleinlagen zum Betrieb der Multifunktionshalle.

Rahmendaten der Halle:

- Maximale Besucherkapazität ca. 9.000
- Besucherkapazität für Basketball ca. 6.100
- Nutzfläche ca. 16.000 m²
- Kfz-Stellplätze insgesamt 1.700
- davon im Parkhaus 250

Die Multifunktionshalle wurde im Dezember 2011 fertiggestellt und von der Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH an die Max Bögl Projektentwicklung GmbH & Co. KG für die Dauer von 20 Jahren zum Betrieb vermietet. An der Betreibergesellschaft „Arena Ulm/Neu-Ulm Betriebsgesellschaft mbH“ wurde im Juli 2011 ein Geschäftsanteil von 1 v.H. erworben. Die Halle samt Grundstück und Außenanlagen ist im Anlagevermögen der Gesellschaft aktiviert. Die Einlagen der Gesellschafter in die Kapitalrücklagen zur Finanzierung der Halle sind passiviert.

Die Umsatzerlöse aus dem Pachtvertrag mit dem Betreiber betragen in 2017 insgesamt 100 T€, die sonstigen betrieblichen Erträge bei 1 T€. Die Kapitaleinlagen der Gesellschafter lagen in 2017 bei insgesamt 519 T€. Den Erträgen stehen Abschreibungen von 894 T€ und sonstige betriebliche Aufwendungen von 594 T€ gegenüber. Letztere beinhalten als größten Posten den jährlichen Betriebskostenzuschuss an den Hallenbetreiber in Höhe von 545 T€. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für das Geschäftsjahr 2017 einen Jahresverlust von 1.387 T€ (Vorjahr 1.391 T€) aus. Der Jahresverlust wird durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen.

Für die künftigen Jahre werden, insbesondere aus den Abschreibungen, ebenfalls Fehlbeträge entstehen, die jeweils mit der Kapitalrücklage verrechnet werden. Die betrieblichen Aufwendungen werden durch die Pachteinnahmen und Kapitaleinlagen der Gesellschafter ausgeglichen. Bei einem ausgeglichenen Cash Flow ist damit eine stabile Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation gewährleistet.

ULMER PARKBETRIEBS-GESELLSCHAFT MBH (PBG)

Wichernstraße 10

89070 Ulm

1. Beteiligungsverhältnis

Stadt Ulm - alleinige Gesellschafterin
Stammkapital 10.942.000 EURO

2. Beteiligungen

keine

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 22. Dezember 1976 i.d.F. vom 12. September 2005.
- 3.2. Errichtung und Betrieb von Parkgaragen und offener Parkflächen sowie die Besorgung damit verbundener Geschäfte.
- 3.3. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich berühren; sie kann sich insbesondere an anderen Unternehmen beteiligen, solche erwerben oder veräußern.
- 3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft wurde mit der Bereitstellung und Bewirtschaftung von Parkflächen im Geschäftsjahr erfüllt. Auf die unter Ziffer 10 angegebenen Leistungsdaten sowie den Lagebericht (Ziffer 11) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens**4.1. Gesellschafterversammlung**

Aufsichtsrat - 13 Mitglieder (Stand 31.12.2017)

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Gunter Czisch
Stellv. Vorsitzender	Stadtrat Gerhard Bühler
2. Stellv. Vorsitzender	Stadtrat Dr. Hans-Walter Roth
Mitglieder:	Stadträtin Katja Adler
	Stadtrat Dr. Richard Böker
	Stadtrat Reinhold Eichhorn
	Stadtbaudirektor Michael Jung
	Stadträtin Dr. Karin Graf
	Ltd. Stadtverwaltungsdirektor Roland Häußler
	Stadträtin Birgit Schäfer-Oelmayer
	Stadtrat Timo Ried
	Stadtrat Martin Rivoir
	Stadtrat Erik Wischmann

(ab 10.10.2017)

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 2.460,00 Euro.

4.2. Geschäftsführung

Martin Bendel	Erster Bürgermeister
Tim von Winning	Bürgermeister

Die Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 2017 für

- Herrn Martin Bendel	1.994,04 Euro
- Herrn Tim von Winning	1.994,04 Euro.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Wirtschaftliche Grundlagen

5.1.1. Eigene Parkbauten

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr folgende eigene Parkbauten bewirtschaftet:

a) Parkhaus Deutschhaus	632 Einstellplätze, Baujahr 1999
b) Parkhaus Am Rathaus	574 Einstellplätze, Baujahr 2006
c) Parkhaus Salzstadel	535 Einstellplätze, Baujahr 1980
d) Parkhaus Sedelhof (bis 03.02.2013)	501 Einstellplätze, Baujahr 1983
e) Parkhaus Fischerviertel	396 Einstellplätze, Baujahr 1984
f) Tiefgarage Spitalhof	117 Einstellplätze, Baujahr 1983
g) Tiefgarage Theater	85 Einstellplätze, Baujahr 1969
h) Parkhaus Congress Centrum Nord (CCN)	426 Einstellplätze, Baujahr 1995

5.1.2. Fremde Parkbauten

Für die städtische Tiefgarage Kornhaus erfolgt die entgeltliche Verwaltung der Dauerparker.

5.2. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebs eigenes Personal. Daneben werden für die Gesellschaft tätige Mitarbeiter der Stadt Ulm an die PBG verrechnet. Herrn Klaus Linder ist Prokura erteilt.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	43	42	41
Auszubildende	0	0	0

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	5.000	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Rückzahlung Kapitaleinlagen Am Rathaus	0	0	0
- Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	33.232	26.248	25.246
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	1	1	2
Umlaufvermögen	8.783	10.205	7.959
Rechnungsabgrenzungsposten	8	11	6
Summe	42.024	36.465	33.213
Passiva			
Eigenkapital	27.901	21.446	18.061
Rückstellungen	1.037	178	213
Verbindlichkeiten	13.086	14.092	14.939
Rechnungsabgrenzungsposten	0	749	0
Summe	42.024	36.465	33.213

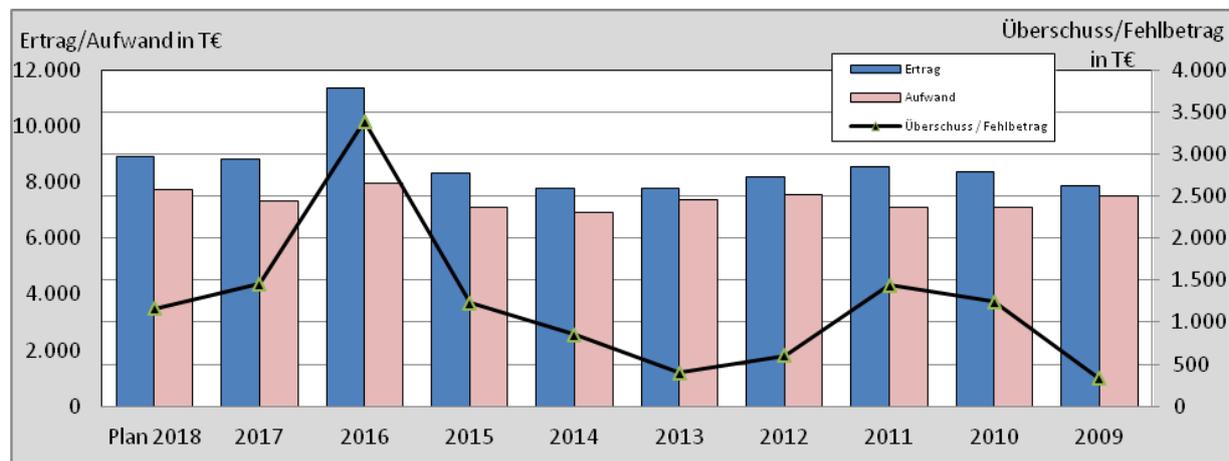
8. Gewinn- und Verlustrechnung

8.1 kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	8.755	8.677	8.241
Sonst. betriebl. Erträge, außerordentl. Erträge	42	2.664	57
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	25
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	8.797	11.342	8.323
Aufwand			
Personalaufwand	2.122	2.073	1.971
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	1.718	1.883	1.902
Sonst. betriebl. Aufwand	553	511	472
Abschreibungen	1.760	1.764	1.834
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	201	218	267
Steuern	988	1.509	651
Jahresüberschuss	1.455	3.384	1.226
Summe	8.797	11.342	8.323

8.2 langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	8.912	8.797	11.342	8.323	7.766	7.759	8.159	8.542	8.347	7.849
Aufwand	7.750	7.342	7.958	7.097	6.910	7.359	7.552	7.104	7.099	7.514
Überschuss / Fehlbetrag	1.162	1.455	3.384	1.226	856	400	607	1.438	1.248	335



9. Kennzahlen

	Angaben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	66	59	54	51	48	46
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	5,0	3,5	6,8	5,1	2,5	3,9
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	17,0	8,6	15,4	11,5	5,4	3,8
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	3,9	2,7	4,5	4,2	3,2	7,8
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	84	82	72	65	59	52
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	79	72	76	78	82	88
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	3.215	5.149	3.060	2.739	2.462	2.648
Personalaufwand je Mitarbeiter - ohne nebenamtl. Geschäftsführer	T€	49	49	48	47	45	47

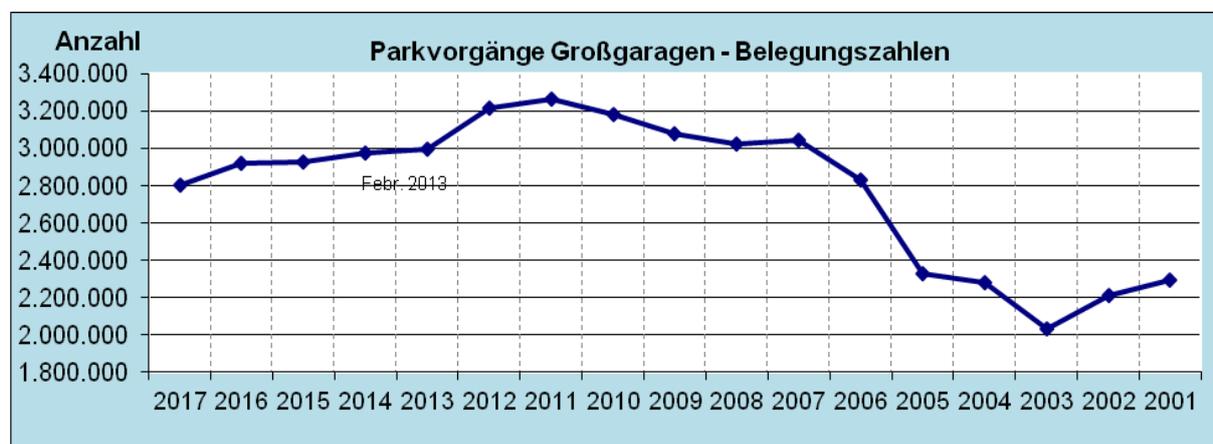
Rentabilitätskennzahlen 2016 ohne Berücksichtigung periodenfremder Verkaufserlöse

10. Leistungsdaten

Parkentgelte gesamt (netto)	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
a) Am Rathaus	2.775	2.698	2.566
b) Deutschhaus	2.232	2.337	2.335
c) Salzstadel	1.579	1.578	1.470
d) Fischerviertel	1.295	1.218	1.125
e) Parkhaus Congress Centrum Nord	432	398	316
f) Spitalhof	73	73	67
g) Theater	114	117	108
Summe	8.500	8.419	7.987

Zum 01.01.2016 erfolgte eine Anpassung der Dauermieten und der Parkentgelte für Kurzparker

Parkscheine (inkl. Schwabencard)	Belegungszahlen (gerundet)		
a) Am Rathaus	1.031.000	1.037.000	1.025.000
b) Deutschhaus	748.000	845.000	888.000
c) Salzstadel	513.000	534.000	528.000
d) Fischerviertel	428.000	414.000	398.000
e) Parkhaus Congress Centrum Nord	87.000	90.000	91.000
Summe Parkvorgänge Großgaragen	2.807.000	2.920.000	2.930.000



11. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind die Einstellungen in den vier großen City-Parkhäusern (incl. den Schwabencard-Parkvorgängen, Dauerparkvorgängen) auf rd. 2.783.000 zurückgegangen. Im Vergleich zum Vorjahr (rd. 2.885.000 Einstellungen) entspricht dies einer Reduzierung um -3,5 %.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 8.755,3 T€ sind im Vergleich zum Vorjahr (8.677,1 T€) um rd. 78,2 T€ angestiegen (rd. 1 %). Ursache hierfür ist im Wesentlichen die zum 01.01.2017 umgesetzte Entgelterhöhung.

Das Parkhaus Am Rathaus, als umsatzstärkstes Parkhaus, erwirtschaftete im Geschäftsjahr mit 480 € pro Stellplatz und Monat den höchsten Ertrag (Vorjahr: 467 €), gefolgt vom Parkhaus Deutschhaus mit 369 € (Vorjahr 386 €). Die Anzahl der Parkscheine sind bei den großen innerstädtischen Parkhäusern in der Summe um -3,5 % zurückgegangen. Der Rückgang beim Parkhaus Deutschhaus mit -10,7 % ist auf die Bautätigkeiten/Veränderung der Ausfahrtsituation für das Projekt "Parkhaus Am Bahnhof" zurückzuführen. Er konnte jedoch überwiegend durch die anderen Parkhäuser aufgefangen werden. Den größten Zuwachs hatte dabei das Parkhaus Fischerviertel mit 3,5 %.

Der periodenfremde Ertrag aus dem in 2016 erzielten Verkaufserlös der Tiefgarage Sedelhof begründet die wesentliche Abweichung bei den sonstigen betrieblichen Erträgen zum Geschäftsjahr 2017.

Der Materialaufwand reduzierte sich um 164,2 T€ auf 1.718 T€. Die im Wirtschaftsplan 2017 eingeplante Sanierung der Toilettenanlage beim Parkhaus Salzstadel wurde verschoben. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind dagegen mit 553 T€ gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (+42 T€). Die Zinsaufwendungen sind durch planmäßige Tilgung der Darlehensverbindlichkeiten um 17 T€ auf 201 T€ und die Abschreibungen geringfügig um 4 T€ auf 1.760 T€ zurückgegangen, während die Personalaufwendungen insbesondere durch tarifbedingte Anpassungen um 50 T€ auf 2.122 T€ gestiegen sind. Die Ertragssteuern liegen in 2017 bei 816 T€, der Anstieg im Vorjahr auf 1.332 T€ war in dem periodenfremden Verkaufserlös begründet.

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Überschuss von 1.455 T€ (Vorjahr 3.385 T€) ab. Gegenüber der Wirtschaftsplanung 2017 bedeutet dies eine Ergebnisverbesserung von 394 T€. Der Jahresüberschuss 2017 wird vollständig auf die neue Rechnung vorgetragen.

Die Bilanzsumme von 42.024 T€ ist gegenüber dem Vorjahr (36.464 T€) angewachsen. Dies ist im Wesentlichen auf Investitionen im Zusammenhang mit dem Projekt "Parkhaus Am Bahnhof" zurückzuführen. Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital um den Jahresüberschuss von 1.455,2 T€, sowie aufgrund der investitionsgeschuldeten Zuführung von 5,0 Mio. € in die Kapitalrücklage auf insgesamt 27.901 T€. Der Rückgang der Bankverbindlichkeiten und auch die Verminderung der Verbindlichkeiten gegen die Gesellschafterin ergeben sich aus der planmäßigen Tilgung der Darlehen. Bezogen auf die Bilanzsumme, ergibt dies eine Eigenkapitalquote von 66,4 % (Vorjahr 58,8 %).

Für das Geschäftsjahr 2018 sind gemäß Wirtschaftsplan Umsatzerlöse in Höhe von rd. 8.640.000 € zu erwarten. Im Wesentlichen begründen sich die gesteigerten Umsatzerlöse mit der im Aufsichtsrat beschlossenen moderaten Entgelterhöhung.

Der Bau- und Finanzierungsbeschluss für das Projekt Parkhaus Am Bahnhof/Passage erfolgte am 17. Februar 2016 durch den Gemeinderat der Stadt Ulm. Die Planung und Realisierung einer Tiefgarage mit rd. 540 Stellplätzen markiert das mit Abstand größte Investitionsvorhaben der Parkbetriebs-Gesellschaft mbH seit ihrem Bestehen mit einer über mehrere Jahre komplexen und weitgehenden Verknüpfung und vielfältigen Abhängigkeit mit zeitgleichen Projekten im Bahnhofsumfeld und der Straßenbahn-Linie 2.

Das Projekt umfasst nun eine Tiefgarage mit 4 Parkdecks (insgesamt rd. 540 Stellplätze mit einer Stellplatzbreite von rd. 2,50 m), die notwendigen Erschließungsbauwerke wie Auf- und Abfahrtspindeln und einen Erschließungskreisverkehr mit Zu- und Ausfahrtsbauwerken von und zur Friedrich-Ebert-Straße. Im Wesentlichen wurden die technischen Standards aus dem 2006 in Betrieb genommenen Parkhaus übernommen. Für eine mögliche, zukünftige Hochbebauung südlich des Bahnhofsteges sind für rd. 1,2 Mio. € statische Verstärkungsmaßnahmen in der Gründung und in der Lastabtragung über Stützen, Unterzüge, Überzüge und Decken eingeplant. Mit dem Bau der Garage und der Passage wurde im März 2017 begonnen. Bisher wurden weitere Leistungen, wie z.B. CO- und Brandrauch-Entlüftung, Fahrtreppen der Passage und Aufzugsanlagen vergeben. Die parallel im Zuge der Baumaßnahmen zu bewältigenden Umverlegungsarbeiten an der Infrastruktur (u. a. Kanalschluss der stillzulegenden "kleinen Blau", die Umverlegung der Trinkwasser-

hauptversorgungsleitung, Neuverlegung des Fernwärmehausanschlusses für das InterCity-Hotel) haben aufgrund von notwendigen Anpassungen wesentlich längere Zeit - im Vergleich zu der ursprünglichen Terminplanung - in Anspruch genommen. Bedingt durch die Abweichung der dem Projekt im Vorfeld zur Verfügung gestandenen Gebäudeunterlagen von der Ist-Situation des nun vorgefundenen Bestandes (Fundamente, unterirdische Anbauten im Bereich des IC-Hotels) mussten die Leitungsführungen umgeplant und aufwändig angepasst werden. Im Hinblick auf die Projekttermine ist davon auszugehen, dass von rd. 5 - 6 Monaten Bauzeitverlängerung auszugehen ist.

Für die Ulmer Parkbetriebs-Gesellschaft mbH und für die Gesellschafterin entsteht ein erheblicher, an Grenzen führender Finanzierungsbedarf und es erwachsen zukünftige Belastungen aus Abschreibungen sowie Zins- und Tilgungsleistungen. Mit der priorisierten Realisierung der Straßenbahnlinie 2, der städtebaulichen Entwicklung "City Bahnhof Ulm" und der weiteren Entwicklung beim Projekt "Sedelhöfe" steht auch die Ulmer Parkbetriebsgesellschaft vor großen Herausforderungen, die es erforderlich machen, vorausschauend die Investitionsfähigkeit und die damit verbundene Ertragskraft zu gewährleisten. Grundsätzlich ist festzustellen, dass seitens der Ulmer Parkbetriebsgesellschaft mbH unter den gegebenen Annahmen ein Investitionsanteil in Höhe von nunmehr 39,86 Mio. Euro finanziert werden kann.

Im Februar 2016 wurde der Bau- und Finanzierungsbeschluss vom Gemeinderat zum Parkhaus am Bahnhof getroffen. Nach der Kostenberechnung vom 18. Dezember 2015 betragen die damaligen Gesamtkosten 51,84 Mio. €. Auf Basis der Kostenfortschreibung (Information in der Aussichtsratsitzung am 22. März 2018) wird nun von Baukosten in Höhe von 56,70 Mio. € ausgegangen. Die zusätzlichen Aufwendungen lassen sich in vier grundsätzliche Kategorien einteilen:

1. Allgemeine Preisentwicklung im Baubereich (Preissteigerung aufgrund großer Auslastung im Bereich des Bauens)
2. Veränderte Erkenntnisse zur Bestandsinfrastruktur
3. Aufwändigere Verkehrsprovisorien für MIV, ÖPNV, Fußgängerverkehr insbesondere durch die Abhängigkeiten mit den in der Planungsphase befindlichen Schnittstellenprojekten (Bahnhofplatz, Sedelhöfe, Bahnhofplatz 7 und Stammstrecke der Linie 2)
4. Höhere Baunebenkosten durch weitere Gutachten und Beratungsleistungen

Die Finanzierung ist mit 20,36 Mio. € Eigenkapital, 19,5 Mio. € Kapitalmarktdarlehen und einer Kapitaleinlage der Gesellschafterin von bis zu 16,84 Mio. € vorgesehen. Die Auszahlung der Kapitaleinlage der Stadt richtet sich nach dem Baufortschritt. Eine erste Rate in Höhe von 5 Mio. € wurde 2017 abgerufen. Eine zweite Rate in Höhe von 5 Mio. € ist in 2018 vorgesehen. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind in Höhe von 6,84 Mio. € im Jahr 2019 mit 5 Mio. € in 2020 mit 1,84 Mio. € vorgesehen.

PROJEKTENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT ULM MBH (PEG)

Schillerstraße. 18

89077 Ulm

www.peg-ulm.de

1. **Beteiligungsverhältnis**

Stadt Ulm - alleinige Gesellschafterin –
Stammkapital 250.000 €

2. **Beteiligungen**

keine

3. **Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck**

3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 11. November 1997 in der Fassung vom 25. Juli 2008.

3.2. Vorrangiger Zweck der Gesellschaft ist die Planung, Finanzierung, Errichtung und Verwaltung von Bauwerken, insbesondere städtische Projekte.

3.3. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle der baulichen Entwicklung dienenden Maßnahmen durchzuführen. Sie ist ebenso berechtigt, die Beratung und Betreuung von gewerblichen Unternehmen, sowie die Förderung von überbetrieblichen Kooperationen vorzunehmen.

3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr erfüllt. Auf die Übersicht der Projekte und Leistungen unter Ziffer 10 sowie den Lagebericht (Ziffer 11) wird verwiesen.

4. **Organe des Unternehmens**

4.1. **Gesellschafterversammlung**

4.1.1. **Aufsichtsrat – 11 Mitglieder (Stand 31.12.2017)**

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Gunter Czisch

Stellv. Vorsitzender

Stadtrat Erwin Böck

Mitglieder:

Stadtrat Martin Ansbacher

Stadtrat Gerhard Bühler

Stadtrat Siegfried Keppler

Stadträtin Dorothee Kühne

Stadtrat Ralf Milde

Stadträtin Denise Elisa Niggemeier

Stadtrat Dr. Rüdiger Reck

Stadtrat Winfried Walter

Stadträtin Anette Weinreich

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 2.220 Euro.

4.2. **Geschäftsführung**

Dipl.-Ing. Christian Bried

Der Geschäftsführer erhielt 2017 eine Gesamtvergütung (einschließlich Arbeitgeberaufwand Altersversorgung und geldwerter Vorteil Dienstwagen und Versicherungsbeiträge) i. H. v. 141.120 €.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Wirtschaftliche Grundlagen

- a) Nach Gründung der Gesellschaft im Frühjahr 1998 wurde 1999 das erste eigenes Projekt (Siemens ZN im Science Park II) realisiert. Mit dem Schwerpunkt der Tätigkeit auf die Weiterentwicklung des Science Parks auf dem Oberen Eselsberg und seit 2006 mit der Umgestaltung eines historischen Fabrikgeländes in der Weststadt („Stadtregal“), werden Bauprojekte abhängig vom Auftrag geplant, entwickelt, betreut, erstellt und an Investoren verkauft. Sofern ein Verkauf kurzfristig nicht möglich ist, werden die Objekte im Bestand der Gesellschaft gehalten. Darüber hinaus ist die Gesellschaft als Dienstleister für die Stadt und private Dritte tätig.
- b) Die Projektentwicklungsgesellschaft Ulm mbH baut ihre Finanzierung aus zwei Teilen auf:
- Die Kostendeckung der allgemeinen Geschäftstätigkeit erfolgt aus den Projekten (sogenannte Bauherrenaufwendungen) und aus den Honoraren für Dienstleistungsaufträge.
 - Die Projektfinanzierung erfolgt i.d.R. fast vollständig über projektbezogene Darlehen (Bau-trägerfinanzierung oder langfristige Finanzierung).

5.2. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes eigenes Personal.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	7,5	7,5	7,5
Auszubildende	0	0	0

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
- Verlustabdeckung	0	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	11.613	7.199	5.633
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	3	8	13
Umlaufvermögen	10.575	7.479	8.003
Rechnungsabgrenzungsposten	1.278	1.592	1.902
Summe	23.469	16.278	15.551
Passiva			
Eigenkapital	3.286	3.186	3.122
Rückstellungen	1.274	1.346	1.580
Verbindlichkeiten	18.133	10.913	9.963
Rechnungsabgrenzungsposten, pass. latente Steuern	776	833	886
Summe	23.469	16.278	15.551

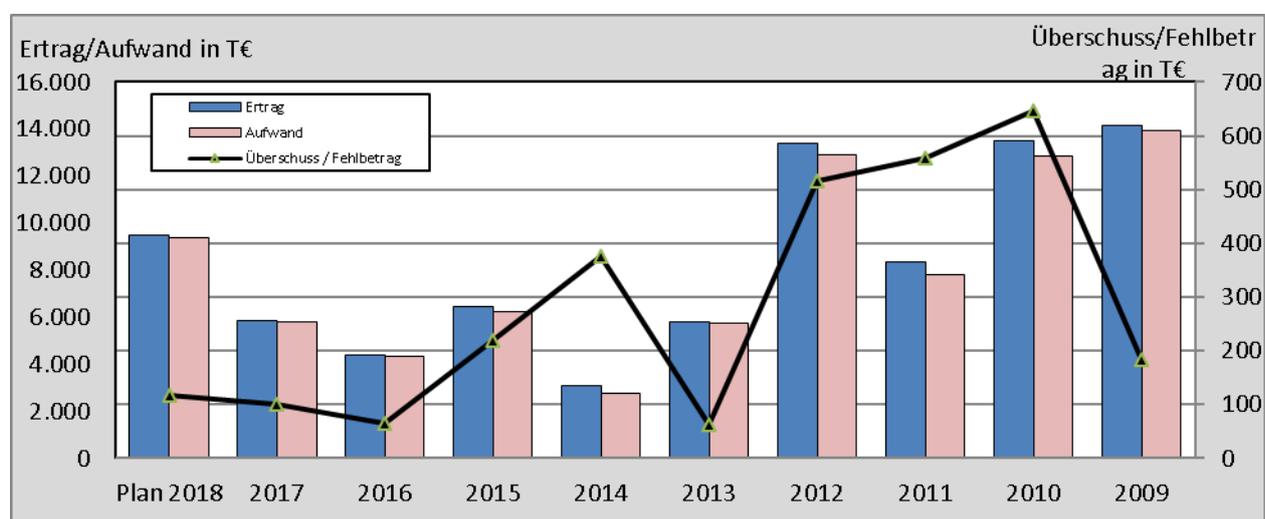
8. Gewinn- und Verlustrechnung

8.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, Eigenl.	5.560	4.263	5.105
Sonst. betriebl. Erträge, a.o. Erträge	252	60	1.260
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	63	66	69
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	5.875	4.389	6.434
Aufwand			
Personalaufwand	649	645	650
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	4.201	2.817	3.522
Sonst. betriebl. Aufwand	267	275	1.215
Abschreibungen	234	194	291
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	355	339	444
Steuern	69	55	92
Jahresüberschuss	100	64	220
Summe	5.875	4.389	6.434

8.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	9.495	5.875	4.389	6.434	3.112	5.790	13.412	8.360	13.509	14.139
Aufwand	9.378	5.775	4.325	6.214	2.736	5.727	12.895	7.802	12.862	13.955
Überschuss / Fehlbetrag	117	100	64	220	376	63	517	558	647	184



9. Kennzahlen

	Anga- ben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	14,0	19,6	20,1	14,3	13,2	6,8
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	3,0	2,0	7,0	13,0	2,5	21,0
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	1,8	1,5	4,3	12,9	1,2	4,1
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	1,9	2,5	4,3	3,9	3,8	4,6
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	28	44	55	23	26	16
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	49	44	36	62	52	52
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	334	258	510	698	477	1.089
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	87	86	87	84	82	79

10. Leistungsdaten

Wesentliche Projekte/Leistungen	2017	2016	2015	2014
	Ulm-Photonics	vermietet	vermietet	vermietet
Erweiterungsbau Ulm-Photonics	fertig gestellt und vermietet	im Bau		
Stadtrehal	bis auf Restbestände verkauft	bis auf Restbestände verkauft	bis auf Restbestände verkauft	überwiegend verkauft
ZSW II	vermietet	vermietet	vermietet	vermietet
Neubau Rathaus Einsingen	vermietet	vermietet	vermietet	vermietet
Neubau Rathaus Jungingen	vermietet	vermietet	vermietet	im Bau
Schillerstr. 18	verkauft bzw. vermietet	verkauft bzw. Vermietet	verkauft bzw. Vermietet	Planung/Bau
Neubau REHA-Verein	fertig gestellt, vermietet und verkauft	im Bau	Planung/Bau	

11. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Durch Dienstleistungsaufträge konnten die Kapazitäten der Mitarbeiter im Geschäftsjahr 2017 ausgelastet werden. Diese Aufträge laufen zu Beginn 2018 aus. Neue Aufgaben stehen an. Die Dienstleistungsaufträge stellen eine kontinuierliche Einnahme zur Deckung der auflaufenden Kosten für das kommende Jahr dar.

Das Wohnprojekt für den REHA-Verein ist planmäßig in 2016 realisiert worden. Die endgültige Fertigstellung und Übergabe an den Mieter ist im zweiten Quartal 2017 erfolgt, ebenso der Verkauf an die Hospitalstiftung Ulm.

Die Gesamtleistung ist im Vergleich zum Vorjahr um 1.297 T€ auf 5.560 T€ angestiegen. Der Materialaufwand hat sich um 1.385 T€ auf 4.201 T€ erhöht.

Das Ergebnis, mit einem Jahresüberschuss von 100 T€, ist im Vergleich zum Vorjahr um 36 T€ gestiegen, liegt damit aber um 38 T€ unter dem Ansatz im Wirtschaftsplan 2017.

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 7.190 T€ auf 23.469 T€ erhöht. Aufgrund des positiven Jahresergebnisses erreicht die Eigenkapitalquote trotz der gestiegenen Bilanzsumme 14,0 % (2016: 19,57 %). Das Sachanlagevermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4.415 T€ auf 11.613 T€ erhöht. Die Erhöhung betrifft im Wesentlichen das Projekt "Photonics Erweiterung".

Das Vorratsvermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 768 T€ reduziert. Die Veränderung beruht im Wesentlichen auf dem Verkauf des Projekts "REHA-Verein" (-3.268 T€) und die Investition in das Projekt "Photonics Reinraum" (+ 2.354 T€).

Für das Projekt "REHA-Verein" bestand eine Projektfinanzierung (Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten). Diese wurde nach dem Verkauf zurückgeführt. Für das Projekt "Photonics Reinraum" besteht eine Projektfinanzierung (Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten). Im Übrigen erfolgte die Projektfinanzierung überwiegend aus vorhandenen Eigenmitteln.

Für 2018 wird mit einer weiterhin stabilen Entwicklung des Unternehmens gerechnet. Im Wirtschaftsplan 2018 ist ein Jahresüberschuss von 117 T€ geplant.

SANIERUNGSTREUHAND ULM GMBH (SAN)

Neue Straße 102

89073 Ulm

www.san-ulm.de

1. **Beteiligungsverhältnis**

Stadt Ulm - alleinige Gesellschafterin
Stammkapital 55.000 €

2. **Beteiligungen**

keine

3. **Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck**

3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 27. August 2004.

3.2. Die Gesellschaft fördert und betreibt insbesondere die städtebauliche Erneuerung der Stadt Ulm. Sie kann auch außerhalb der Stadt Ulm tätig werden. Zu diesem Zwecke kann die Gesellschaft insbesondere städtebauliche und strukturverbessernde Maßnahmen vorbereiten, betreuen, durchführen oder die Durchführung dieser Maßnahmen leiten.

3.3. Die Gesellschaft ist Sanierungsträger im Sinne der §§ 157 ff. Baugesetzbuch. In diesem Rahmen kann die Gesellschaft im Treuhandverhältnis, im Betreuungsverhältnis oder im Unternehmensverhältnis tätig werden.

3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr erfüllt. Auf den Lagebericht (Ziffer 10) und die unter Ziffer 9 angegebenen Leistungsdaten wird verwiesen.

4. **Organe des Unternehmens**

4.1. **Gesellschafterversammlung**

4.1.1. **Aufsichtsrat – 15 Mitglieder (Stand 31.12.2017)**

Vorsitzender:

1. Stellv. Vorsitzender:

2. Stellv. Vorsitzender:

Mitglieder:

Oberbürgermeister Gunter Czisch

Bürgermeister Tim von Winning

Erster Bürgermeister Martin Bendel

Stadtrat Karl Faßnacht

Stadtrat Georgius Giannopoulos

Stadtrat Dr. Bertram Holz

Stadtrat Reinhard Kuntz

Stadtrat Ralf Milde

(bis 19.10.2017)

Controller Marius Pawlak

(ab 18.12.2017)

Controllerin Michaela Schwark

Stadtrat Wolfgang Schmauder

Stadtrat Dr. Hajdar Süslü

Stadträtin Hanni Zehendner

Stadtverwaltungsdirektor Ulrich Soldner

Stadträtin Anette Weinreich

Stadträtin Sigrid Räkel-Rehner

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr insgesamt 3.600,00 €.

4.2. **Geschäftsführung**

Dipl.-Ing. Dirk Feil

Weitere Angaben unterbleiben nach § 286 Abs. 4 HGB.

4.3. Lage des Unternehmens

4.4. Wirtschaftliche Grundlagen

4.4.1. Maßnahmen der Stadterneuerung in Ulm

Zum Zwecke der städtebaulichen Erneuerung in Ulm hat die Gesellschaft am 20. Mai 1977 und 19. Dezember 1994 mit der Stadt einen Rahmenvertrag über die Vorbereitung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz abgeschlossen. Die Einzelmaßnahmen werden jeweils anhand gesonderter Verträge geregelt. Die Gesellschaft wird dabei jeweils im Treuhandverhältnis tätig. Im Geschäftsjahr betreute die Gesellschaft folgende Sanierungsgebiete:

- Weststadt II (laufende Durchführung)
- Dichterviertel (laufende Durchführung)
- Oberer Kuhberg (laufende Durchführung)
- Wengenviertel (laufende Durchführung)

4.4.2. Für die Stadt Ulm führt die Gesellschaft je nach Auslastung auch weitere Tätigkeiten, wie z. B. Abbrüche oder Projektsteuerungen/Projektmoderation durch.

4.4.3. Aktuelle Tätigkeiten außerhalb Ulms

- Ehingen - Die SAN hat in 2017 vorrangig für private Bauherren die Gestaltung von Modernisierungsverträgen und die Beratung in rechtlichen Fragen übernommen.
- Beimerstetten - Die Gemeinde hat SAN 2009 mit der Vorbereitung und Durchführung der Ortskernsanierung beauftragt. In 2017 standen der Abschluss der Maßnahme Modernisierung Rathaus und die Neugestaltung der Ortsmitte im Vordergrund.
- Neu-Ulm - Seit 1996 ist SAN bei Bedarf beratend tätig

4.5. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes eigenes Personal. Einige Querschnittsaufgaben erfolgen gegen Kostenersatz durch städtische Dienststellen.

4.6. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	9,25	9,0	9,0
Auszubildende	0	0	0

5. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
- Verlustabdeckung	0	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Gewinnabführung	0	0	0

6. Bilanz

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	23	25	27
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	1	3	1
Umlaufvermögen	296	349	320
Summe	320	377	348
Passiva			
Eigenkapital	187	242	240
Rückstellungen	69	65	66
Verbindlichkeiten	64	70	42
Summe	320	377	348

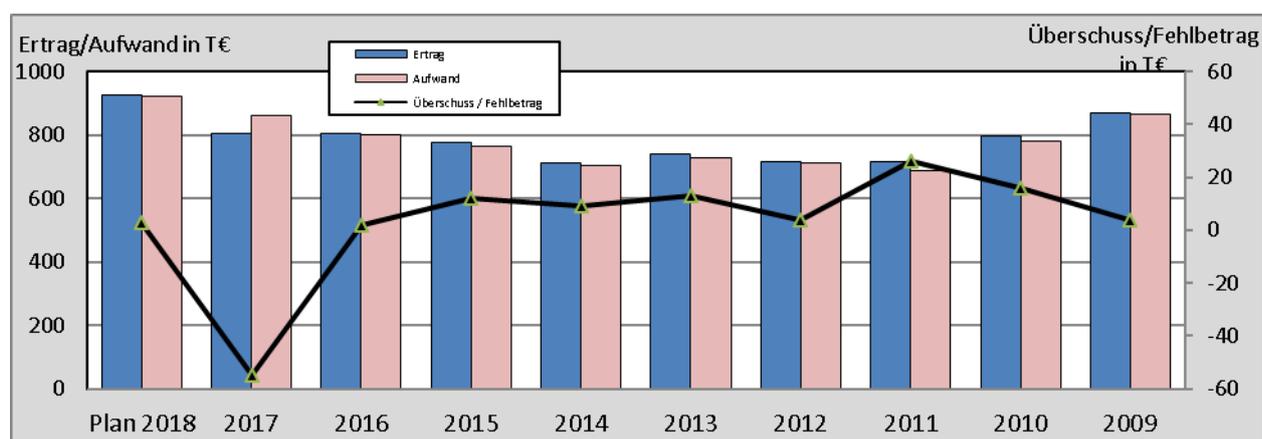
7. Gewinn- und Verlustrechnung

7.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	803	798	770
Sonst. betriebl. Erträge, unfertige Leistungen	3	5	5
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Jahresfehlbetrag	55	0	0
Summe	861	803	775
Aufwand			
Personalaufwand	676	629	615
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	0	12	0
Sonst. betriebl. Aufwand	179	145	131
Abschreibungen	7	13	11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	0
Steuern	-1	2	6
Jahresüberschuss		2	12
Summe	861	803	775

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	926	806	803	775	713	741	716	715	795	870
Aufwand	923	861	801	763	704	728	712	689	779	866
Überschuss / Fehlbetrag	3	-55	2	12	9	13	4	26	16	4



8. Kennzahlen

	Anga- ben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	58	64	69	61	50	50
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	-29,8	0,7	5,1	3,8	6,0	2,1
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	-6,9	0,2	1,6	1,2	1,8	0,6
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	-17,5	0,5	3,6	2,3	3,0	1,0
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	759	894	863	643	557	398
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	8	7	8	10	9	13
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen +/- SoPo mit Rücklageanteil	T€	-49	15	23	27	33	22
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	73	70	68	70	69	67

9. Leistungsdaten

Anmerkung: Die Leistungen der SAN sind durch die bewirtschafteten Treuhandvermögen in Ulm allein nicht ausreichend darstellbar, weil der jährliche Mittelabfluss durch vielfältige interne und externe Einflüsse stark schwanken kann.

Das Treuhandvermögen findet keinen Niederschlag in der Bilanz des Unternehmens.

Bewirtschaftete Ausgaben im Treuhandvermögen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
- Sanierungsgebiet "Magirus 2"	0	0	6
- Sanierungsgebiet "Oberer Kuhberg"	2	6	13
- Sanierungsgebiet "Weststadt 2"	533	511	493
- Sanierungsgebiet "Dichterviertel"	394	420	834
- Sanierungsgebiet "Wengenviertel"	410	417	526
Summe	1.339	1.354	1.872

Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
- Sanierungsgebiet "Oberer Kuhberg"	2	5	9
- Sanierungsgebiet "Dichterviertel"	262	242	261
- Sanierungsgebiet "Magirus 2"	0	0	3
- Sanierungsgebiet "Weststadt 2"	145	147	207
- Untersuchungsgebiet Wengenviertel	226	217	183
- Betreuung Wilhelmsburg	48	52	0
- Entwicklung Quartierskonzept (KfW)	15	36	43
- Sanierungsbetreuung in der Region	31	76	30
- Allgemeine Baubetreuung, sonst. Projekte	72	23	34
Summe	801	798	770

10. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die SAN als kommunales Unternehmen mit Beratungs- und Betreuungstätigkeit insbesondere im investiven Bereich kann im Umfeld der Bauwirtschaft angesiedelt werden. Sie ist eng mit der Städtebauförderung und der erforderlichen kommunalen Co-Finanzierung verbunden bzw. in wesentlichen Aufgabenbereichen davon abhängig.

Die SAN fördert und betreibt die städtebauliche Erneuerung der Stadt Ulm und zu einem gewissen Anteil auch im Umland der Stadt.

Die Städtebauförderung ist auf Bundesebene in sieben Teil-Programme untergliedert, die unterschiedliche räumliche und inhaltliche Schwerpunkte bilden. Baden-Württemberg unterhält zudem ein Landessanierungsprogramm und das Programm für nicht investive Städtebauförderung (NIS). Diese Ausdifferenzierung und Erweiterung der Programme steht für den hohen Stellenwert der Städtebauförderung als „Struktur- und Konjunkturprogramm“ mit wesentlichem Beitrag zur baukulturellen, städtebaulichen und sozialräumlichen Entwicklung in Deutschland.

Die Stadterneuerung ist eine kommunale Daueraufgabe. Waren es in den ersten Jahrzehnten die historischen Stadtkerne, die erneuert werden mussten, so sind es heute die in den 50er bis 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entwickelten Wohngebiete, die durch ihren hohen Energieverbrauch und Funktionsverluste einer Erneuerung bedürfen sowie Konversionsflächen aufgelassener Industrie- oder Militärräume, die einer neuen Nutzung zugeführt werden müssen. Ebenso sind den Entwicklungen auf dem Gebiet des demografischen Wandels und des Klima- und Ressourcenschutzes nachhaltig zu begegnen.

Die SAN betreute im abgelaufenen Geschäftsjahr in Ulm vier Sanierungsgebiete:

- Weststadt II im ASP-Programm (Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren), getragen von Bund, Land und Stadt
- Dichterviertel im SUW-Programm, getragen von Bund, Land und Stadt
- Wengenviertel im SUW-Programm, getragen von Bund, Land und Stadt
- Oberer Kuhberg im DSP-Programm (Denkmalschutz-Programm), getragen von Bund, Land und Stadt

Die SAN führt für die Stadt Ulm, je nach Auslastung, auch außerhalb von Sanierungsgebieten weitere Tätigkeiten (z.B. Abbrüche, Projektsteuerung/Projektmoderation etc.) durch. So nahm im Geschäftsjahr 2017 die zeitintensive Betreuung des Prozesses "Wilhelmsburg 2030" viel Raum ein. In Ehingen und Beimerstetten ist die SAN im Rahmen eines Sanierungsgebietes bzw. bei der Modernisierung Rathaus und die Neugestaltung der Ortskernsanierung tätig. Für die Stadt Neu-Ulm erfolgt eine Beratung nach Bedarf.

Im Rahmen des vom Bund forcierten Klimaschutzes sind ergänzend zur Städtebauförderung bei der KfW-Bank Förderprogramme zur energetischen Stadtsanierung aufgelegt worden. Die SAN hat sich in 2011 um ein Pilotprojekt beworben. Zwei Sanierungsgebiete wurden in die Förderung aufgenommen. Hierfür wurden Konzepte erstellt, die sich speziell im Wengenviertel auch schon in der Umsetzung befinden. Die Stelle des Sanierungsmanagers für das Wengenviertel konnte auf Antrag mittlerweile erfolgreich verlängert werden.

Die Umsatzerlöse des Jahres 2017 liegen mit 803 T€ unter dem Planansatz von 819 T€. Von den Umsatzerlösen entfallen auf die Betreuung der Ulmer Maßnahmen insgesamt 772 T€ und auf die Betreuungstätigkeiten außerhalb Ulms 31 T€. Zusammen mit den übrigen Erträgen von 3 T€ ergibt sich eine Gesamtleistung von 806 T€ (Plan 819 T€).

Die Gesamtaufwendungen liegen im Geschäftsjahr 2017 bei 861 T€. Dieser Wert übersteigt den Planansatz (813 T€) um 48 T€. Auf die Personalaufwendungen entfallen 676 T€.

Es entstand ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -55,5 T€. Die Prognose für das Geschäftsjahr 2017, dass mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet wird, konnte somit nicht erreicht werden. Die Gewinnrücklagen vermindern sich damit auf rd. 132 T€.

Die städtebauliche Erneuerung ist in den einzelnen Sanierungsgebieten ein viele Jahre andauernder Prozess. Der Sanierungsträger ist in der Regel mit allen Phasen der Sanierung (Vorbereitung, Durchführung, Abschluss) beauftragt.

Die Bundesfinanzhilfen für die Städtebauförderung wurden auch für 2017 weiter aufgestockt. Die Stadt Ulm kann deshalb weiterhin auf eine konstante Förderquote hoffen.

Im Zusammenhang mit dem Thema "Wilhelmsburg - Die Stadt in der Festung" wurde die SAN für den Zeitraum 2016 bis 2018 mit der Projekt- und Prozesssteuerung beauftragt. Die Stadt hat hier den Zuschlag auf Förderung im Rahmen des Bundesprogramms "Nationale Projekte des Städtebaus" erhalten. Bei einem Gesamtvolumen von rund 7 Mio. € (der Bund übernimmt 61,89 % der zuwendungsfähigen Ausgaben) bietet sich für die Stadt die einmalige Chance bis Ende 2018 den baulichen Rahmen und die entsprechenden Strukturen zu schaffen, dieses imposante Gebäude wieder einer adäquaten Nutzung zu zuführen.

SWU STADTWERKE ULM/NEU-ULM - KONZERN

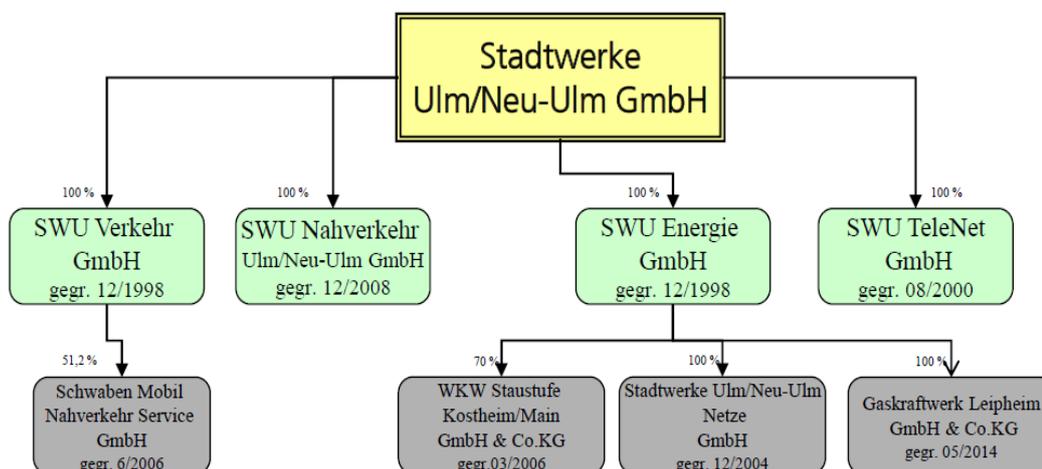
Karlstrasse 3
89073 Ulm
www.swu.de

1. SWU-Unternehmensgruppe

Aufgabe der SWU-Unternehmensgruppe, mit der operativen Holdinggesellschaft SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH an der Spitze, ist es, die Region Ulm/Neu-Ulm mit Strom, Erdgas, Trinkwasser, Fernwärme und Telekommunikation zu versorgen und den öffentlichen Nahverkehr in der Doppelstadt durchzuführen. Alle hierzu förderlichen Dienstleistungen ergänzen diese Aufgabe.

Die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH hat als Management- und Dienstleistungsunternehmen die Funktion einer geschäftsführenden Holding. Neben der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH als Mutterunternehmen, gehören folgende Gesellschaften zum Konzernkreis:

SWU Unternehmensgruppe - Stand 31.12.2017 -



Anmerkung:

In den Konzernkreis sind Konzernunternehmen von untergeordneter Bedeutung und assoziierte Unternehmen nicht einbezogen. Die Darstellung beschränkt sich auf die wesentlichen Gesellschaften mit einem Anteil > 50%

Die Gesellschaften sind über Beherrschungs- und/oder Gewinnabführungsverträge i.d.R. organschaftlich verbunden. Die Entwicklung der Unternehmensgruppe, die sich im alleinigen Eigentum der beiden Städte Ulm und Neu-Ulm befindet, ist seit Jahren geprägt von den weitreichenden Veränderungen am Energie- und Verkehrsmarkt.

Das Beteiligungsverhältnis am Stammkapital der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH stellt sich wie folgt dar:

	Anteil v.H.	=	Stammkapital Euro
Stadt Ulm	93,68	=	37.472.000
Stadt Neu-Ulm	6,32	=	2.528.000
Stammkapital insgesamt			40.000.000

Die Berichterstattung für 2017 erfolgt auf Basis konsolidierter Daten für den Konzern und zusätzlich für die wesentlichen Konzern-Gesellschaften mit operativem Geschäftsbetrieb, an denen die Stadt Ulm mehrheitlich beteiligt ist.

In den Konsolidierungskreis des Konzernabschlusses sind als assoziierte Unternehmen auch die Beteiligungsgesellschaften Fernwärme Ulm GmbH, TWH-Technische Werke Herbrechtingen GmbH, Technische Werke Blaubeuren GmbH und Gasversorgung Langenau GmbH, an denen die SWU jeweils einen Anteil von 50 % hält, einbezogen. Weitere Unternehmen mit untergeordneter Bedeutung sind nicht berücksichtigt.

2. Geschäftsführung

Die kaufmännische Geschäftsführung für die als Holding fungierende SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH liegt seit 01.07.2015 bei Dipl.-Ing, MBA, Klaus Eder.

Die Geschäftsführer der einzelnen SWU-Unternehmen sind in den einzelnen Unternehmensberichten aufgeführt.

Einer Veröffentlichung der Bezüge in individualisierter Form haben die Geschäftsführer unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB nicht zugestimmt.

3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen im Konzern ohne Aushilfen:

(Der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte *	953	963	995
Auszubildende *	40	39	56
* inkl. Schwaben Mobil			

4. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Genussrechtseinlagen	0	0	0
- Sonstige Kapitaleinlagen, Zuschüsse 1)	17.000	20.690	8.222
- Verlustabdeckung ÖPNV	564	1.581	1.546
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Konzessionsabgabe	7.086	7.102	6.780
- Gewinnabführung (brutto, kassenwirksam im Folgejahr)	0	0	0
1) Neubau Straßenbahn			

5. Bilanzen

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	393.844	350.463	343.435
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	80.550	80.150	89.243
Umlaufvermögen	146.095	164.395	151.561
Rechnungsabgrenzungsposten	1.517	1.583	1.528
Summe	622.006	596.591	585.767
Passiva			
Eigenkapital	147.242	126.112	113.492
Ertragszuschüsse u. Sonderposten	41.156	40.168	39.987
Rückstellungen	109.028	96.235	89.973
Verbindlichkeiten	324.549	334.003	342.230
Rechnungsabgrenzungsposten	31	73	85
Summe	622.006	596.591	585.767

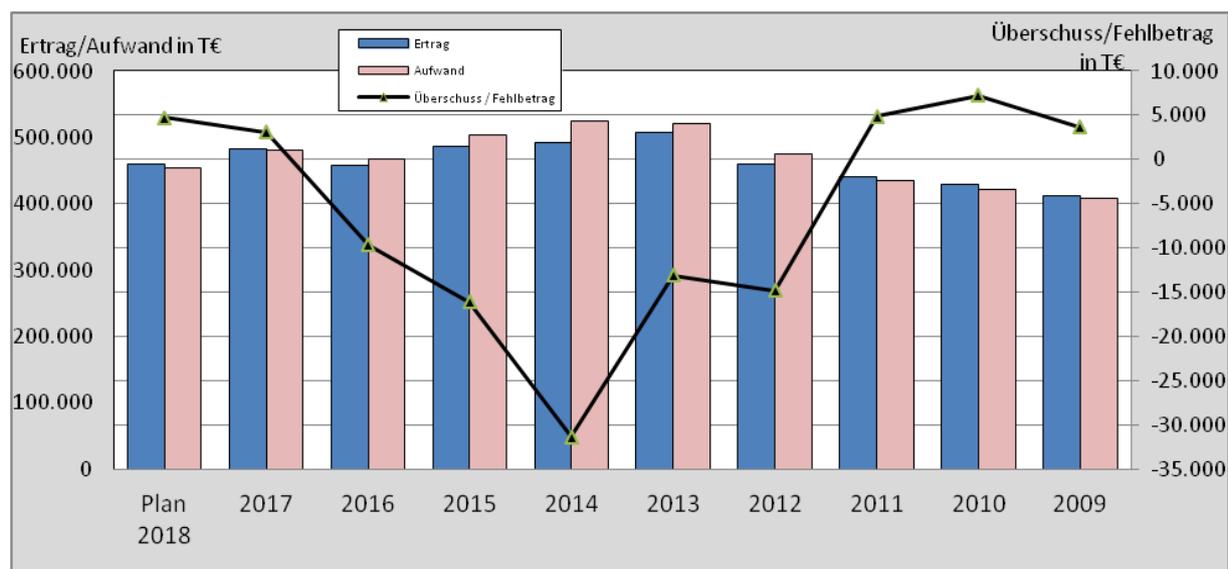
6. Gewinn- und Verlustrechnungen

6.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse (einschl. Strom- u. Energiesteuer)	459.733	443.128	459.589
Sonst. betriebl. Erträge	9.019	3.684	12.996
Bestandsveränderungen / aktivierte Eigenleistungen	9.835	6.321	7.609
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	397	2.613	3.961
Erträge aus Beteiligungen	4.317	1.485	2.894
Jahresfehlbetrag	0	9.677	16.087
Summe	483.301	466.908	503.136
Aufwand			
Personalaufwand	66.864	64.171	70.644
Materialaufwand / Aufwand für bezog. Leistungen	324.306	298.895	306.922
davon Konzessionsabgaben (Umgliederung in 2016)	10.976	10.610	0
Sonst. betriebl. Aufwand	20.754	25.139	34.845
davon Konzessionsabgaben	0	0	10.876
Abschreibungen	24.326	23.505	34.467
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	12.311	16.086
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.840	16.032	15.354
Steuern (einschl. Strom- u. Energiesteuer)	32.097	26.855	24.818
Jahresüberschuss	3.114	0	0
Summe	494.277	466.908	503.136

6.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
2004 ohne Verkaufserlöse GVS-Beteiligung										
Ertrag	459.308	483.301	457.231	487.049	492.483	508.202	459.328	439.891	429.321	411.587
Aufwand	454.542	480.187	466.908	503.136	523.842	521.283	474.161	434.994	422.100	407.949
Überschuss / Fehlbetrag	4.766	3.114	-9.677	-16.087	-31.359	-13.081	-14.833	4.897	7.221	3.638



7. Kennzahlen

	Angaben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	27	25	23	22	23	24
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	1,9	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	0,7	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	2,4	1,1	negativ	negativ	0,1	negativ
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	34	32	29	30	30	30
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	76	72	74	72	72	74
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	24.779	22.582	31.967	228	9.436	5.267
Personalaufwand je Mitarbeiter (ohne Aushilfen u. Auszubildende)	T€	70	67	71	68	61	60

8. Konzernergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Aufgabe der SWU-Unternehmensgruppe mit der operativen Holdinggesellschaft SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH an der Spitze ist es, die Region Ulm/Neu-Ulm mit Strom, Erdgas, Trinkwasser, Fernwärme und Telekommunikation zu versorgen und den öffentlichen Nahverkehr in der Doppelstadt durchzuführen. Alle dazu förderlichen Dienstleistungen ergänzen diese Aufgabe.

Die Umsetzung der Maßnahmen des Mitte 2015 initiierten strategischen Projektes SWU 2025 wurden auch im Jahr 2017 intensiv vorangetrieben. Ziel dieses Projektes SWU 2025 ist die strategische Neuausrichtung des SWU Konzerns zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit. Die SWU Energie GmbH mit ihren Geschäftsfeldern Energievertrieb / Energiedienstleistungen, Energiehandel, Stromproduktion, Fernwärme und Trinkwasser spielt bei dieser strategischen Neuausrichtung eine sehr wichtige Rolle. Die zum Projekt SWU 2025 durchgeführten Prozess-Workshops, die zum Ziel die Erhöhung der Prozesseffizienz, die Reduzierung der Prozesskosten sowie die Erhöhung der Kundenorientierung hatten, führen innerhalb der SWU Energie zu einer Veränderung der Organisationsstruktur. Diese neue Organisationsstruktur, die zum 1. Januar 2017 umgesetzt wurde, beinhaltet folgende zwei wesentliche Veränderungen. Zum einen wurde der Bereich Kundenservice aus dem Vertriebsbereich herausgelöst und als eigenständige Abteilung bzw. als eigenständiges Cost Center aufgestellt. Damit wird die hohe Bedeutung des Kundenservice für den SWU Konzern unterstrichen und gleichzeitig als interner Dienstleister für alle SWU Geschäftsbereiche positioniert. Die zweite wesentliche Veränderung ist die Überführung des gesamten gewerblichen Personals aus dem Bereich Anlagenbetrieb und Service der Strom- und Wärmeproduktion in die Netzgesellschaft Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH. In der SWU Energie GmbH ist damit aus dem Bereich Anlagenbetrieb neben der Asset Ownership auch das Asset Management für die Strom- und Wärmeproduktion verblieben. Ebenso verblieben sind die drei Profit Center Stromproduktion, Fernwärme und Handel und Beschaffung Strom/Gas, die ebenfalls zum 1. Januar 2017 in die neue Abteilung Erzeugung und Handel zusammengeführt wurden. Das Profit Center Trinkwasser wurde zum 1. Januar 2017 dem Referat Kommunale Beteiligungen und Kunden zugeordnet.

Diese organisatorische Veränderung verschiebt den Schwerpunkt der SWU Energie GmbH hin zu einer Vertriebsgesellschaft mit einer starken Fokussierung auf die Kundenorientierung. Im Laufe des Jahres 2017 konnten in allen Geschäftsfeldern der SWU Energie GmbH viele Prozessabläufe weiter optimiert werden. Die damit einhergehende Effizienzsteigerung spiegelt sich in den positiven Ergebnissen der einzelnen Geschäftsfelder wider und ist gleichzeitig auch ein Beweis dafür, dass die neue Organisationsstruktur stringent an den Prozessen ausgerichtet wurde.

Zur Realisierung von Synergieeffekten wurde innerhalb der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH ab 1. Januar 2017 eine neue funktionale Organisationsstruktur eingeführt. Hierbei wurde nach dem Prinzip "die Organisation folgt dem Prozess", spartenübergreifende Arbeitsprozesse in funktionalen Organisationseinheiten (Abteilungen Infrastrukturmanagement, -service, -betrieb) gebündelt. Zudem wird durch die Einführung der Profit Center Infrastruktureigentum (regulierte Netze sowie Datennetz), Messstellenbetrieb und Abrech-

nung, Beleuchtung und Infrastruktur-Dienstleistungen einen an Ertrag und Wachstum ausgerichtete Geschäftsfeldsteuerung unterstützt.

Das Ergebnis der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH wird überwiegend in der effizienten Betriebsführung der regulierten Strom- und Gasnetze erzielt. Daher zielt die Strategie der Netzgesellschaft (SWUN) im regulierten Bereich (Strom- und Gasnetz) permanent darauf ab, durch geeignete organisatorische Maßnahmen auf Änderungen des Energierechtes zu reagieren, um optimale regulatorische Kostenstrukturen zu erhalten. Ferner sollen regulierungsbedingte Ergebnisminderungen durch profitables Wachstum im Dienstleistungsgeschäft mittelfristig möglichst wieder kompensiert werden.

Der bereits vor Jahren eingeleitete Reformprozess der Stadtwerke vom eher verwaltenden Versorgungsunternehmen hin zu einer marktorientierten, wettbewerbsfähigen Gruppe von Dienstleistungsunternehmen wurde auch 2017 konsequent weitergeführt und mit dem Strategieprojekt SWU 2025 verstärkt. Auf Basis der klaren Ausrichtung der SWU-Gruppe nach Geschäftsfeldern und Geschäftsprozessen wurde und wird mit Nachdruck die Aufgabe der Optimierung der Prozesse vor dem Hintergrund erneut gestiegener regulatorischer Anforderungen verfolgt.

Das Konzernergebnis wird überwiegend durch die Einzelergebnisse der Konzerngesellschaften SWU Energie GmbH und SWU Verkehr GmbH geprägt. Die Ergebnisse dieser beiden Unternehmen betragen:

	<u>2017</u>	<u>2016</u>
SWU Energie GmbH	+ 17.284 T€	+ 6.257 T€
SWU Verkehr GmbH	- 14.086 T€	- 13.437 T€

Einen weiteren Beitrag zum Konzernergebnis liefert die operative Holdinggesellschaft SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH einschließlich der Beteiligungen, die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH, die SWU TeleNet GmbH, sowie der sonstigen verbundenen und assoziierten Unternehmen.

Insgesamt hat der SWU Konzern sein durch Sonderfaktoren, insbesondere Sonderabschreibungen, Vermarktungsverluste und Rückstellungen für Kraftwerksbeteiligungen, beeinflusstes Ergebnis gegenüber dem Vorjahr von -9.677 T€ auf +3.114 T€ nochmals deutlich verbessert.

Das Gesamtvermögen hat sich zum Vorjahr um 25.415 T€ (+ 4,3 %) auf 622.006 T€ erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Zuführung in die zweckgebundene Kapitalrücklage durch die Stadt Ulm in Höhe von 17 Mio. €.

Das gezeichnete Kapital beträgt unverändert 40.000 T€. Durch Konzernjahresüberschuss von 3.114 T€ und die Einzahlungen seitens des Gesellschafters in die Kapitalrücklage in Höhe von 17.000 T€ konnte das Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Sonderpostens von 126.112 T€ auf 147.242 T€ erhöht werden.

Auf Grundlage des Wirtschaftsplans rechnet die SWU-Unternehmensgruppe in 2018 mit Umsatzerlösen von 419.323 T€. Das geplante Rohergebnis liegt bei 133.052 T€. Gegenüber dem Vorjahr rechnet die SWU-Unternehmensgruppe mit einem deutlichen besseren Jahresergebnis. Mit 4.766 T€ soll wieder ein Jahresüberschuss erwirtschaftet werden.

Zu den Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung wird auf die Unternehmensberichte der einzelnen Tochtergesellschaften verwiesen.

SWU STADTWERKE ULM/NEU-ULM GMBH (HOLDING)

Karlstrasse 3

89073 Ulm

www.swu.de**1. Beteiligungsverhältnis**

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
Stadt Ulm	93,68 =	37.472.000
Stadt Neu-Ulm	6,32 =	<u>2.528.000</u>
Stammkapital insgesamt		40.000.000

2. Beteiligungen (nach Nennwert, gerundet)

	Anteil v. H.	Stammkapitalanteil Euro
SWU Energie GmbH	100,00 =	60.000.000
SWU TeleNet GmbH	100,00 =	755.000
SWU Verkehr GmbH	100,00 =	13.000.000
SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH	100,00 =	50.000
Fernwärme Ulm GmbH	50,00 =	9.203.500
Bayerngas GmbH	5,00 =	4.534.750
Energie Baden-Württemberg AG	<1,00 =	2.900
WV Energie AG, Frankfurt	<1,00 =	6.054
Centrotherm International AG	<1,00 =	(Buchwert) 0
Regionale Energieagentur Ulm gGmbH	6,15 =	2.000

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 16. Juni 1982 in der notariell beglaubigten Fassung vom 30. Juni 2004.
- 3.2. Gegenstand des Unternehmens ist im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung die Tätigkeit als Management- und Servicegesellschaft für Unternehmen, die insbesondere der Versorgung der Städte Ulm und Neu-Ulm und ihrer Umgebung mit Elektrizität, Erdgas, Trinkwasser, Wärme, der Entsorgung, der Telekommunikation, dem Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs in der Region und des Industriegleises, sowie artverwandter Leistungen dienen.
- 3.3. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
- 3.4. Die Management- u. Serviceaufgaben für den SWU-Konzern wurden im Berichtsjahr im erforderlichen Umfang wahrgenommen. Der öffentliche Zweck ist erfüllt.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.2. Aufsichtsrat - 15 Mitglieder (Stand 31.12.2017)

Vorsitzender:	OB Gunter Czisch, Stadt Ulm
1. stellv. Vorsitzender:	OB Gerold Noerenberg, Stadt Neu-Ulm
2. stellv. Vorsitzender:	Dr. Claus Jürgen Deyle, Arbeitnehmervertreter
Mitglieder:	Reinhold Eichhorn, Stadtrat Ulm
	Hermann Hillmann, Stadtrat Neu-Ulm
	Dr. Thomas Kienle, Stadtrat Ulm

Michael Joukov, Stadtrat Ulm
 Dorothee Kühne, Stadträtin Ulm
 Gerhard Bühler, Stadtrat Ulm
 Birgit Schäfer-Oelmayer, Stadtrat Ulm
 Winfried Walter, Stadtrat Ulm
 Ingrid Heinrich, Arbeitnehmervertreter
 Robert Gehres, Arbeitnehmervertreter
 Horst-Robert Löffler, Arbeitnehmervertreter bis 15.05.2017
 Karl-Heinz Straub, Arbeitnehmervertreter ab 16.05.2017
 Reiner Hegele, Arbeitnehmervertreter

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 33 T€.

- 4.3. Geschäftsführung
 Dipl.-Ing, MBA, Klaus Eder

Einer Veröffentlichung der Bezüge in individualisierter Form hat die Geschäftsführung unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB nicht zugestimmt.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Grundlagen

a) Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge

Die Verträge mit der SWU Energie GmbH und der SWU Verkehr GmbH wurden mit steuerlicher Wirkung zum 1. Dezember 1998 am 30. Dezember 1998 bzw. 13. November 2002 abgeschlossen. Weitere Verträge datieren vom 26. August 2009 mit der SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH und vom 22. September 2011 mit der SWU TeleNet GmbH. Damit verpflichtet sich die SWU GmbH jeden entstehenden Fehlbetrag ihrer Tochterunternehmen auszugleichen. Die Tochterunternehmen verpflichten sich ihrerseits die erzielten Gewinne an die SWU GmbH abzuführen. Zwischen Tochter- und Enkelgesellschaften bestehen weitere Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge.

b) Geschäftsbesorgungsverträge

Am 1. Januar 2011 hat die Gesellschaft mit der SWU Energie GmbH, der SWU Verkehr GmbH, der SWU TeleNet GmbH und der STW Netze GmbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen, um die konzernintern vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht, ohne Gewinnzuschläge, zu verrechnen.

Am 12. Dezember 2016 hat die Gesellschaft mit der SWU Energie GmbH, der SWU Verkehr GmbH, der SWU TeleNet und der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH einen Rahmendienstleistungsvertrag, als Nachfolgewerk zum bisherigen Geschäftsbesorgungsvertrag, abgeschlossen, um die konzerninternen vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht zu verrechnen. Die Verrechnung erfolgt auf Vollkostenbasis ohne Gewinnzuschläge. Der Vertrag läuft vom 1. Januar 2017 auf unbestimmte Zeit, sofern er nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt wird. Die Aufgaben der Gesellschaft bestehen dabei in der Erbringung von Dienstleistungen, in der Unternehmensleitung, Rechts- und Versicherungsangelegenheiten, Grundstück- und Gebäudemanagement, Hochplanung und Durchführung, Baubetreuung und Hausdienste, Personaldienstleistungen, Marketing, Einkauf und Materialwirtschaft, internes und externes Finanz- und Rechnungswesen, Controllingleistungen, Allgemeine Verwaltung, Vermögensbeteiligungen sowie Bereitstellung von Darlehen.

c) Steuerliche Grundlagen

Mit der SWU Energie GmbH, SWU Verkehr GmbH, SWU Nahverkehr GmbH sowie der SWU TeleNet GmbH besteht eine umsatz-, gewerbe- und körperschaftssteuerliche Organschaft. Organträgerin ist die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH.

d) Sonstige Vereinbarungen

Mit der Fernwärme Ulm GmbH besteht seit 6. Februar 1996 ein Betriebsführungsvertrag, der zuletzt durch eine Zusatzvereinbarung vom 1. Oktober 2012 geändert wurde.

5.2. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte*	96	126	133
Auszubildende**	12	11	45

* 2017: Übergang der Mitarbeiter Gebäudedienste und Lager auf SWU Netze GmbH

**gewerbliche Ausbildung ab 2016 durch SWU Netze GmbH

6. Bilanzen

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	43.171	43.535	46.216
Finanz- u. Anlageverm., Imm. Vermögensgegenst.	221.411	223.993	226.673
Umlaufvermögen	170.648	158.309	140.791
Rechnungsabgrenzungsposten	404	487	541
Summe	435.634	426.324	414.221
Passiva			
Eigenkapital	138.777	120.269	107.501
Rückstellungen	33.841	29.977	26.864
Verbindlichkeiten	263.016	276.037	279.815
Rechnungsabgrenzungsposten	0	41	41
Summe	435.634	426.324	414.221

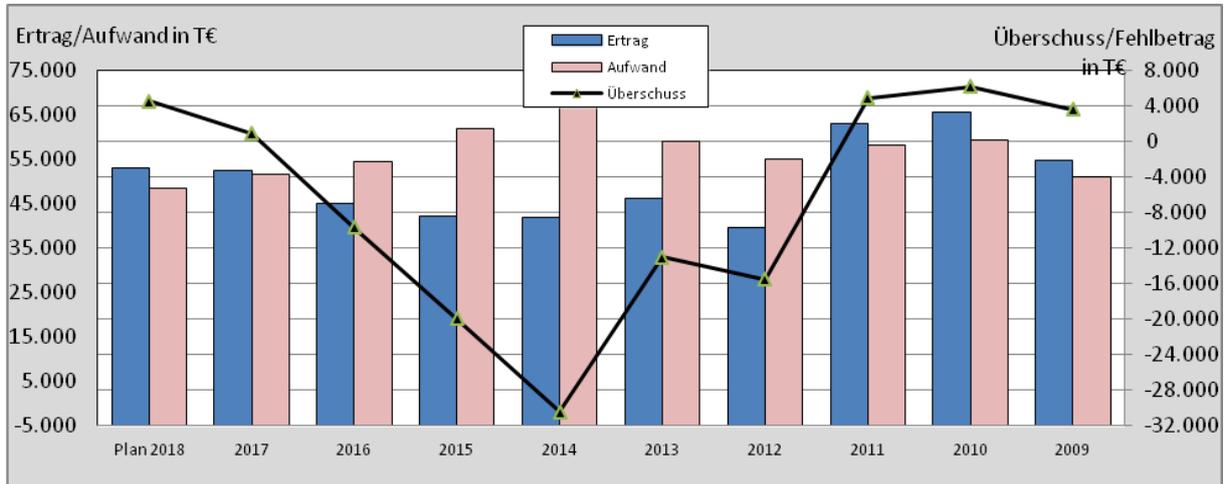
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. Kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	25.246	27.000	12.244
Sonst. betriebl. Erträge	1.436	1.861	18.586
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	6.926	7.066	8.821
Erträge aus Beteiligungen	550	750	590
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	18.410	8.350	1.866
Jahresfehlbetrag	0	9.613	19.927
Summe	52.568	54.640	62.034
Aufwand			
Personalaufwand	8.022	9.278	12.600
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	2.564	2.561	95
Sonst. betriebl. Aufwand	12.601	12.667	17.511
Abschreibungen	2.702	3.997	6.834
Aufwendungen zur Verlustabdeckung	14.086	13.437	14.819
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.801	11.892	12.533
Steuern	1.882	808	-2.358
Jahresüberschuss	910	0	0
Summe	52.568	54.640	62.034

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	53.176	52.568	45.027	42.107	41.847	46.142	39.731	63.042	65.603	54.698
Aufwand	48.577	51.658	54.640	62.034	72.292	59.119	55.244	58.118	59.380	51.043
Überschuss	4.599	910	-9.613	-19.927	-30.445	-12.977	-15.513	4.924	6.223	3.655



8. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH als Holdinggesellschaft ist zentraler Dienstleister mit den kaufmännischen Diensten – Controlling, Finanz und Rechnungswesen, Personalwesen, Zentraler Einkauf, Recht und Versicherung, Immobilienverwaltung und zentrales Marketing für alle SWU-Gesellschaften. Die SWU Dachgesellschaft tritt hierbei als Shared-Service-Center auf und bietet ihre Dienstleistungen auch Beteiligungsunternehmen und kommunalen Gesellschaften an.

Das Unternehmensergebnis der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH wird durch die Gewinnabführungsverträge mit den Tochtergesellschaften im Wesentlichen von deren Geschäftsverlauf bestimmt. Die Ergebnisse betragen:

	<u>2017</u>	<u>2016</u>
SWU Energie GmbH	+ 17.284 T€	+ 6.257 T€
SWU Verkehr GmbH	- 14.086 T€	- 13.437 T€
Auf die Unternehmensberichte der Tochtergesellschaften wird verwiesen.		

Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH weist mit 910 T€ ein positives Ergebnis aus (3.588 T€ unter Budget), das auf den Einzelabschlüssen der Tochtergesellschaften, den Beteiligungserträgen, dem Ergebnis der operativen Service-Geschäfte in der Holdinggesellschaft und dem Finanzergebnis beruht.

Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um 10.523 T€ resultiert vor allem aus einem deutlich verbesserten Ergebnis der SWU Energie GmbH, da in 2017 keine Wertberichtigungen auf Beteiligungen notwendig waren. Das Ergebnis 2017 erfüllt vollständig die Vorgaben aus dem Projekt SWU 2025, welches sich weiterhin als nachhaltiges Restrukturierungsprogramm erweist.

Das operative Servicegeschäft der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr nicht so positiv entwickelt. Das Ergebnis aus den Geschäftsfeldern interne und externe Dienstleistungen/Betriebsführungen hat sich um 877 T€ auf 573 T€ verschlechtert. Hauptgrund waren Preisanpassungen nach unten, welche die Kosteneinsparungen der letzten Jahre widerspiegeln. Der Immobilienbereich verbesserte sich um 1.381 T€ gegenüber dem Vorjahr auf ein Ergebnis von -352 T€. Die Ergebnisverbesserung im Bereich Immobilien lag vor allem am strikten Kostenmanagement und am geringeren Verlust aus Anlagenabgängen.

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9.310 T€ (+ 2,2%) leicht erhöht. Die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich, da keine Refinanzierung durchgeführt, sondern u.a. flüssige Mittel abgebaut wurden.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 18.508 T€. Zum einen wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr seit langem ein Jahresüberschuss in Höhe von 910 T€ erzielt, zum anderen erhöhte sich das Eigenkapital durch die Zuführung der bedingten Zweckrücklage für den öffentlichen Nahverkehr in Höhe von 17.000 T€.

Gegenüber den Vorjahren rechnet die SWU-Unternehmensgruppe 2018 und 2019 mit einem deutlich besseren Jahresergebnis als in 2017. So wird das Jahr 2018 voraussichtlich mit 4.599 T€ deutlich positiv abschließen. Unter Berücksichtigung aller Entwicklungen wird für die SWU Energie GmbH in den Jahren 2018 und 2019 mit einem ähnlichen Betriebsergebnis wie in 2017 gerechnet. Für das Jahr 2018 plant die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 20.877 T€.

Die SWU Verkehr GmbH plant in 2018 und 2019 mit Verlusten, welche bei 14.334 T€ (2018) bzw. bei 16.179 T€ (2019) liegen werden. Diese Verluste werden im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages auf die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH übertragen.

Zur weiteren Geschäftsentwicklung wird auf die Unternehmensberichte der Tochtergesellschaften verwiesen.

SWU ENERGIE GMBH

Karlstraße 1

89073 Ulm

www.swu.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH	100,00 =	60.000.000

2. Beteiligungen (nach Nennwert)

	Anteil v. H.	Stammkapitalanteil Euro
Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH	100,00 =	110.000
WKW Staustufe Kostheim/Main GmbH & Co. KG ¹	70,00 =	700.000
Stadtwerke Niederstotzingen GmbH	50,00 =	12.500
TWB-Technische Werke Blaubeuren GmbH	50,00 =	490.170
GVL-Gasversorgung Langenau GmbH	50,00 =	256.000
TWH-Technische Werke Herbrechtingen GmbH	50,00 =	2.795.000
European Energy Exchange AG	<2,00 =	156.000
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co.KG ¹	9,36 =	3.958.739
Zweckverband Landeswasserversorgung Stuttgart		Umlage
Zweckverband Wasserversorgung Ulmer Alb		Umlage
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH Co. KG ¹	5,28 =	1.562.241
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG ¹	3,84 =	704.428
Trianel GmbH, Aachen	4,78 =	964.000
Gaskraftwerk Leipheim GmbH & Co. KG ¹	100,00 =	100

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 2. Juni 2003 in der Fassung vom 2. Februar 2005.
- 3.2. Gegenstand des Unternehmens ist im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung die Versorgung der Städte Ulm und Neu-Ulm und ihrer Umgebung mit Elektrizität, Erdgas, Trinkwasser und Wärme, sowie artverwandte Dienstleistungen in den vorgenannten Bereichen.
- 3.3. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
- 3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist erfüllt. Auf die Leistungsdaten unter Ziffer 9 und den Lagebericht (Ziffer 10) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

- 4.1. Gesellschafterversammlung
- 4.2. Aufsichtsrat - 15 Mitglieder
Besetzung siehe SWU GmbH.

Die Bezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 1.482 Euro.

¹ angegeben ist die Höhe des Haftungskapitals nach Gesellschaftsvertrag (Kapitalkonto I)

4.3. Geschäftsführung

Klaus Eder
Bernd Adolph

Kaufmännischer Geschäftsführer
Technischer Geschäftsführer

Einer Veröffentlichung der Bezüge in individualisierter Form hat die Geschäftsführung unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB nicht zugestimmt.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen

a) Gewinnabführungsvertrag

Mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH besteht ein Gewinnabführungsvertrag. Die Eintragung des Gewinnabführungsvertrags ins Handelsregister erfolgte am 3. Dezember 2002. Das Vertragsverhältnis läuft bis 31. Dezember 2003 und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt wird.

b) Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge

Ein Beherrschungsvertrag mit der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH wurde am 27. Oktober 2014 abgeschlossen. Dieser ersetzt den Ergebnisabführungsvertrag vom 3. Dezember 2004.

c) Geschäftsbesorgungsvertrag

Am 1. Januar 2011 hat die Gesellschaft mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, der SWU Verkehr GmbH, der SWU TeleNet GmbH und der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen, um die konzernintern vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht zu verrechnen.

Am 12. Dezember 2016 hat die Gesellschaft mit der SWU Energie GmbH, der SWU Verkehr GmbH, der SWU TeleNet und der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH einen Rahmendienstleistungsvertrag, als Nachfolgewerk zum bisherigen Geschäftsbesorgungsvertrag, abgeschlossen, um die konzerninternen vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht zu verrechnen. Die Verrechnung erfolgt auf Vollkostenbasis ohne Gewinnzuschläge. Der Vertrag läuft vom 1. Januar 2017 auf unbestimmte Zeit, sofern er nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt wird. Die Aufgaben der Gesellschaft bestehen dabei in der Erbringung von Dienstleistungen, in der Unternehmensleitung, Rechts- und Versicherungsangelegenheiten, Grundstück- und Gebäudemanagement, Hochplanung und Durchführung, Baubetreuung und Hausdienste, Personaldienstleistungen, Marketing, Einkauf und Materialwirtschaft, internes und externes Finanz- und Rechnungswesen, Controllingleistungen, Allgemeine Verwaltung, Vermögensbeteiligungen sowie Bereitstellung von Darlehen.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

a) Konzessionsverträge

Mit den Städten Ulm und Neu-Ulm bestehen Konzessionsverträge über die Benutzung öffentlicher Verkehrsflächen zum Zwecke der Versorgung mit elektrischer Energie, leitungsgebundenem Wasser und Gas. Die Verträge wurden im Jahr 2003 gefasst.

b) Geschäftsmodell des Unternehmens

Zu den Aufgaben der SWU Energie GmbH gehören:

- Erzeugung von Strom und die Vermarktung des erzeugten Stroms
- Vertrieb von Strom und Erdgas innerhalb und außerhalb des eigenen Netzgebietes
- Erzeugung und Vertrieb von Wärme innerhalb und außerhalb des eigenen Netzes
- Fernwärmeversorgung im eigenen Versorgungsgebiet
- Betrieb von Wassergewinnungs- und Versorgungsanlagen sowie die Verteilung des Trinkwassers im eigenen Versorgungsgebiet
- Energieberatung und Vertrieb von Energiedienstleistungen

- Kundenservice im Service Center Neue Mitte für alle SWU Geschäftsbereiche und Produkte

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(Der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte *	73	121	125
Auszubildende	0	0	0
* 2015 und 2017 Übergang Mitarbeiter auf SWU Netze GmbH			

6. Bilanzen

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	96.625	95.451	103.504
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	78.198	78.159	86.520
Umlaufvermögen	60.720	58.776	51.091
Rechnungsabgrenzungsposten	840	806	718
Summe	236.383	233.192	241.833
Passiva			
Eigenkapital	123.382	123.382	123.382
Ertragszuschüsse, Sonderposten	14.522	14.258	14.165
Rückstellungen	40.075	39.281	36.254
Verbindlichkeiten	58.404	56.271	68.032
Rechnungsabgrenzungsposten			0
Summe	236.383	233.192	241.833

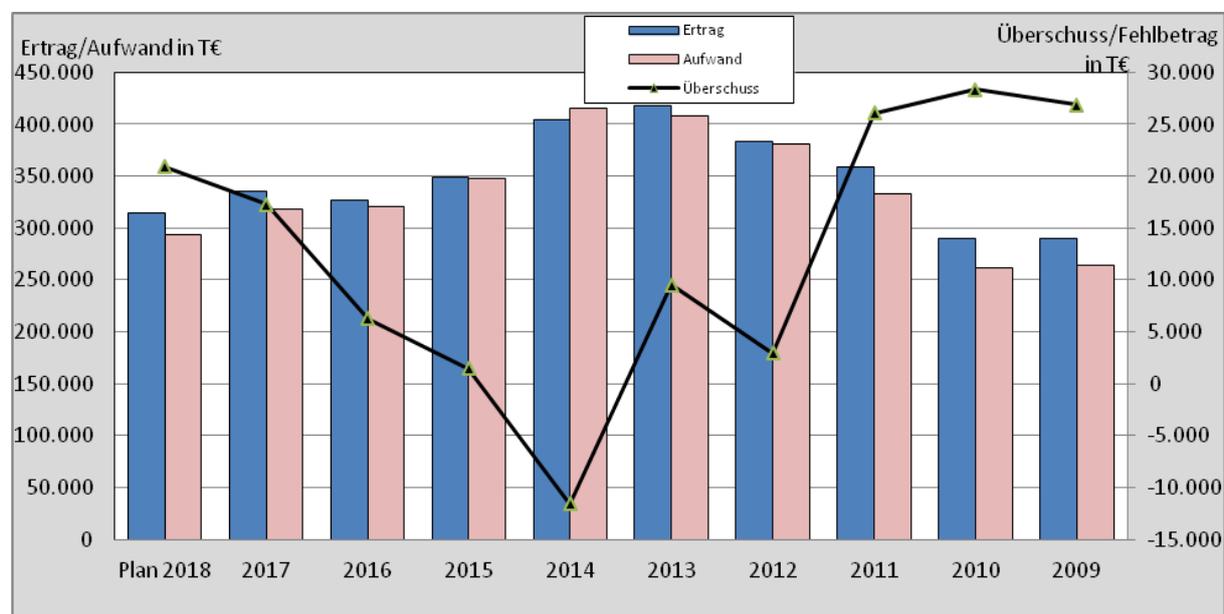
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse (einschl. Strom- u. Energiesteuer)	318.294	303.406	323.066
Sonst. betriebl. Erträge, aktivierte Eigenleistungen	5.127	1.944	10.022
Sonst. Zinsen, Erträge von Beteiligungen	2.760	2.726	2.375
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	8.784	19.056	13.976
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	334.965	327.132	349.439
Aufwand			
Personalaufwand	5.769	8.568	9.236
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	252.799	237.753	251.491
Sonst. betriebl. Aufwand	15.513	22.325	21.439
Abschreibungen aus Sach- u. Finanzanlagen	9.132	19.326	33.591
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.590	7.001	5.276
Verlustübernahmen	0	0	0
Steuern (einschl. Strom- u. Energiesteuer)	29.878	25.902	26.951
Jahresüberschuss	17.284	6.257	1.455
Summe	334.965	327.132	349.439

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	315.013	334.965	327.132	349.439	403.697	417.956	383.657	359.042	289.424	290.452
Aufwand	294.136	317.681	320.875	347.984	415.303	408.412	380.739	332.987	261.094	263.586
Überschuss	20.877	17.284	6.257	1.455	-11.606	9.544	2.918	26.055	28.330	26.866



8. Kennzahlen

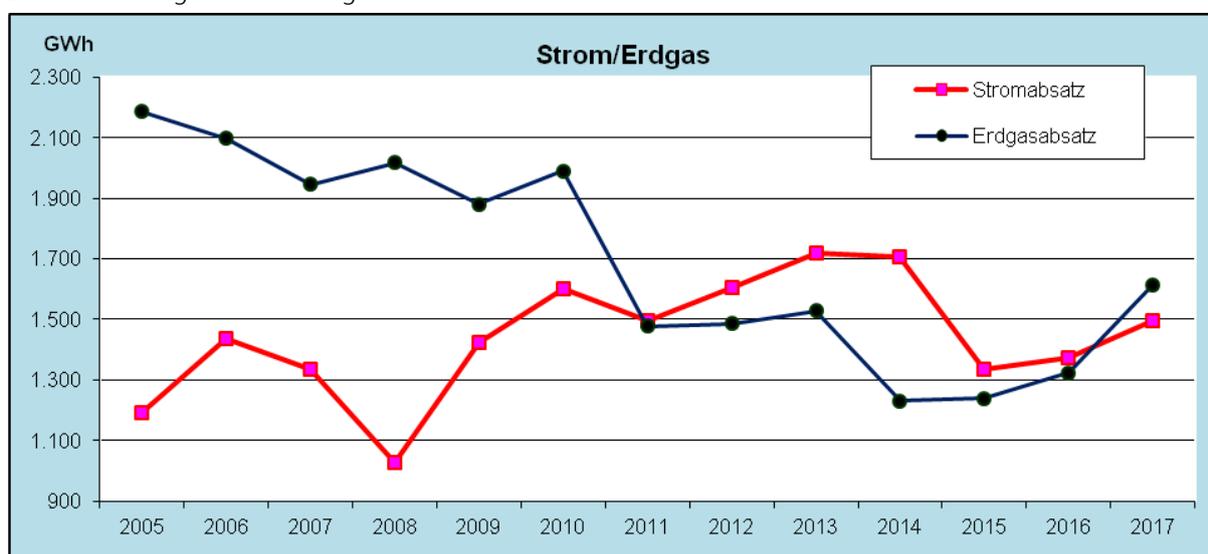
	Anga- ben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	55	56	54	42	39	42
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	13,2	4,8	1,1	negativ	6,7	2,1
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	5,4	2,1	0,5	negativ	2,4	0,8
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	9,3	5,7	2,8	negativ	4,4	2,8
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	77	77	70	49	48	51
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	74	74	79	85	82	81
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	25.203	24.404	33.595	9.395	22.686	13.697
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	79	71	74	67	64	61

9. Leistungsdaten

Mengenangaben	2017	2016	2015
	in GWh		
a) Stromerzeugung (eigene Anlagen u. Beteiligungen)	396	447	350
b) Stromabsatz (ohne Selbstverbrauch)	1.494	1.371	1.335
c) Erdgasabsatz (ohne Selbstverbrauch)	1.615	1.324	1.239
d) Trinkwasserabsatz	11,3	10,8	10,8
d) Fernwärmeabgabe	85	78	71
Sonstige Angaben			
a) Anzahl Wasserkraftwerke	7	7	7
b) eigene Trinkwasserbrunnen	13	13	13
c) Länge Versorgungsnetz Trinkwasser	780 km	786 km	786 km
d) Kundenanschlüsse Trinkwasser	32.798	32.377	32.184
e) Länge Verteilnetz Fernwärme*	81 km	77 km	75 km

*ab 2015 einschließlich Nahwärme

9.1. Mengenerwicklung Strom und Gas



10. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die Umsetzung der Maßnahmen des Mitte 2015 initiierten strategischen Projektes SWU 2025 wurden auch im Jahr 2017 intensiv vorangetrieben. Ziel dieses Projektes SWU 2025 ist die strategische Neuausrichtung des SWU Konzerns zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit. Die SWU Energie GmbH mit ihren Geschäftsfeldern Energievertrieb / Energiedienstleistungen, Energiehandel, Stromproduktion, Fernwärme und Trinkwasser spielt bei dieser strategischen Neuausrichtung eine sehr wichtige Rolle. Die zum Projekt SWU 2025 durchgeführten Prozessworkshops, die zum Ziel die Erhöhung der Prozesseffizienz, die Reduzierung der Prozesskosten sowie die Erhöhung der Kundenorientierung hatten, führten innerhalb der SWU Energie GmbH zu einer Veränderung der Organisationsstruktur. Diese neue Organisationsstruktur, die zum 1. Januar 2017 umgesetzt wurde, beinhaltet folgende zwei wesentliche Veränderungen. Zum einen wurde der Bereich Kundenservice aus dem Vertriebsbereich herausgelöst und als eigenständige Abteilung bzw. als eigenständiges Cost Center aufgestellt. Damit wird die hohe Bedeutung des Kundenservice für den SWU Konzern unterstrichen und gleichzeitig als interner Dienstleister für alle SWU Geschäftsbereiche positioniert. Die zweite wesentliche Veränderung ist die Überführung des gesamten gewerblichen Personals aus dem Bereich Anlagenbetrieb und Service der Strom- und Wärmeproduktion in die Netzgesellschaft Stadt Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH. In der SWU Energie GmbH ist damit aus dem Bereich Anlagenbetrieb neben der Asset Ownerschaft auch das Asset Management für die Strom- und Wärmeproduktion verblieben. Ebenso verblieben sind die drei Profit Center Stromproduktion, Fernwärme und Handel und Beschaffung Strom/Gas, die ebenfalls zum 1. Januar 2017 in

die neue Abteilung Erzeugung und Handel zusammengeführt wurden. Das Profit Center Trinkwasser wurde zum 1. Januar 2017 dem Referat Kommunale Beteiligungen und Kunden zugeordnet.

Diese organisatorische Veränderung verschiebt den Schwerpunkt der SWU Energie GmbH hin zu einer Vertriebsgesellschaft mit einer starken Fokussierung auf die Kundenorientierung. Im Laufe des Jahres 2017 konnten in allen Geschäftsfeldern der SWU Energie viele Prozessabläufe weiter optimiert werden. Die damit einhergehende Effizienzsteigerung spiegelt sich in den positiven Ergebnissen der einzelnen Geschäftsfelder wieder und ist gleichzeitig auch ein Beweis dafür, dass die neue Organisationsstruktur stringent an den Prozessen ausgerichtet wurde.

Neben der konjunkturellen Entwicklung beeinflusste auch weiterhin die Energiewende in Deutschland und der damit verbundene rasante Ausbau der erneuerbaren Energien die Beschaffungs- und Absatzmärkte der Energieversorgungsunternehmen erheblich.

Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 40 % vermindern. Dies ist laut Expertenmeinung nur möglich, indem alte Kohlekraftwerke schrittweise abgeschaltet werden. Im Jahr 2017 wurden 37 % des gesamten Bruttostroms aus Kohle gewonnen. Dies ist deutlich weniger als im Jahr 1990: Damals stammten 57 % des Stroms aus Braun- und Steinkohle. Auch wenn die Kohle 2017 nach wie vor der wichtigste Energieträger war, nimmt die Bedeutung von erneuerbaren Energien immer weiter zu: 1990 wurden nur knapp 4 % des gesamten Stroms mittels erneuerbarer Energien erzeugt. Im Jahr 2017 waren es bereits 33 %. Weiter an Relevanz verliert die Kernenergie: 1990 wurden 28 % des gesamten Bruttostroms aus Kernenergie gewonnen - in 2017 sank der Anteil auf 12 %.

Die Europäische Kommission hat Ende November 2016 das Maßnahmenpaket "Saubere Energie für alle Europäer" vorgestellt, besser bekannt unter dem Namen "Winterpaket". In diesem Paket werden unter anderem die Themen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Strommarktdesign und Versorgungssicherheit behandelt. Drei Hauptziele können dabei benannt werden: Weitere Steigerung der Energieeffizienz, Übernahme einer weltweiten Vorreiterrolle und Spitzenposition im Bereich der erneuerbaren Energien, sowie Erleichterungen für den Verbraucher.

Dabei steht das Thema Energieeffizienz an erster Stelle. Das verbindliche Hauptziel ist hier, bis zum Jahr 2030 die Energieeffizienz um 30 % gegenüber dem Jahr 1990 zu steigern.

Erreicht werden sollen diese Vorgaben durch Maßnahmen im Gebäudesektor, beispielsweise durch Erhöhung der Renovierungsrate, sowie durch Modernisierung des gesamten Bausektors.

Um die Klimaziele, die CO₂-Reduktion und die Effizienzsteigerungen zu erreichen, soll unter anderem der KWK-Anteil sukzessive ausgebaut werden. Durch das "Gesetz zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung" vom 22. Dezember 2016 wurden einige Änderungen im KWK-Gesetz 2016 vorgenommen. Diese Änderungen des KWKG 2016 traten am 1. Januar 2017 in Kraft.

Mit der Reform des Strommarktes hat die Bundesregierung sogenannte "neue Netzstabilitätsanlagen" zur Lösung netzbedingter Engpässe auf Übertragungsnetzebene eingeführt. Die Regelung sah vor, dass Übertragungsnetzbetreiber zwischen dem vollständigen Kernenergieausstieg 2021 und dem abgeschlossenen Übertragungsnetzausbau bis zu 2 GW neue Gaskraftwerke in Süddeutschland bauen und betreiben können. Diese Netzstabilitätsanlagen standen jedoch unter dem Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission. Die Kommission hatte hiergegen schwerwiegende Bedenken angemeldet, sodass das Bundeswirtschaftsministerium in 2017 einen alternativen Regelungsvorschlag erarbeitet hat.

Mit der Verabschiedung des Netzentgeltmodernisierungsgesetzes hat der Bundestag ohne weitere Konsultation auch die "besonderen netztechnischen Betriebsmittel" verabschiedet. Der bisherige § 13k EnWG, d.h. die Netzstabilitätsanlagen, wurden gestrichen und stattdessen § 11 EnWG ergänzt. Dieser Paragraph ermöglicht es den Übertragungsnetzbetreibern, sogenannte besondere netztechnische Betriebsmittel vorzuhalten, um die Sicherheit der Elektrizitätsversorgung zu gewährleisten. In dem neugefassten § 11 heißt es, dass mit dem Betrieb besonderer netztechnischer Betriebsmittel Dritte zu beauftragen sind. Gleiches gilt für die Errichtung dieser Betriebsmittel. Es wird dabei den Übertragungsnetzbetreibern überlassen, was besondere netztechnische Betriebsmittel sind. Die Beschaffung muss über eine öffentliche Ausschreibung erfolgen und der Strom der Anlagen darf nicht auf den europäischen Strommärkten veräußert werden.

Der vorgenannte Absicherungsmechanismus wird vorerst eine ausreichende Kapazitätsvorhaltung und damit eine stabile und sichere Stromversorgung in Deutschland gewährleisten. Der vorgegebene Zeitplan ist jedoch sehr ambitioniert, da bis Ende 2021 die besonderen netztechnischen Betriebsmittel den Übertragungsnetzbetreibern zur Verfügung stehen müssen. Weiterhin bleibt die Integration der stetig wachsenden Anzahl de-

zentraler Einspeisung von erneuerbaren Energie eine große technische Herausforderung, besonders für die Verteilnetzbetreiber.

Die Großhandelspreise für Strom folgten im Jahr 2017 bis August einem Seitwärtstrend bevor sie danach um ca. 7 - 8 €/MWh stark angestiegen sind. Zum Jahresende waren die Preise für die Jahre 2018 - 2020 sowohl für Base, als auch für Peak jeweils ca. 7 - 8 €/MWh über den Preisen des Jahresanfangs.

Die Erdgas-Großhandelspreise starteten zu Beginn des Jahres 2017 in einem Bereich zwischen 18,58 € (2019) und 18,92 € (2020). Nach einigen Auf- und Abwärtsbewegungen in den ersten beiden Monaten, sank der Preis bis Ende März auf ca. 16 €/MWh. Nach einem kleinen Zwischenhoch pendelten sich die Preise bis Anfang September wieder auf einem Niveau von ca. 16,50 €/MWh ein. Ein Preisanstieg im September und ein erneuter Anstieg Anfang November führten zu Preisen von ca. 19 €/MWh für 2018 und einem Abfall auf das Anfangsniveau von 18,50 €/MWh. Für 2019 erhöhte sich der Preis auf 18,25 €, um dann zum Jahresende wieder leicht zu fallen. Das Jahr 2020 erreichte im November ein Maximum von knapp 18 €/MWh und schloss das Jahr auf einem Niveau von 17,50 €/MWh ab.

Der Umbruch im Bereich des Messwesens hat sich in 2017 weiter fortgesetzt. Politische Bestrebungen, aus dem bisherigen Monopol des Messens in der Grundzuständigkeit des Netzbetreibers einen für andere Messstellenbetreiber frei zugänglichen Markt zu schaffen, schritten weiter voran. Die Konsequenz soll sein, dass innovative, an den Marktbedürfnissen der Kunden ausgerichtete Mehrwertprodukte mittels sog. "intelligenter Messsysteme" angeboten werden. Nicht mehr der Netzbetreiber, sondern der Kunde selbst kann entscheiden, wer ihn mit welcher Technologie und welchen Zusatzservices bedienen. Details, wie zum Beispiel die Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit wurden in entsprechenden Rechtsverordnungen fixiert. Sämtliche Vorgaben und Regelungen, die für einen Rollout intelligenter Messsysteme erforderlich sind, wurden im "Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende" gebündelt. Einzig die Verfügbarkeit entsprechender zertifizierter intelligenter Messsysteme ist nach wie vor nicht gegeben. Hiermit wird im Laufe des Jahres 2018 gerechnet.

Die Tendenz zur Versorgung mit Trinkwasser bei der SWU ist dahingehend, dass der Verbrauch leicht steigt. Die Bevölkerung im Raum Ulm/Neu-Ulm (Versorgungsgebiet) wächst kontinuierlich. Der Wasserverbrauch pro Einwohner in der Region ist rückläufig, womit die Region im bundesdeutschen Trend liegt.

Durch rückläufige Wasserverbräuche, verändertes Nutzerverhalten sowie klimatische und demographische Veränderungen wird es zunehmend anspruchsvoller, kostendeckende und doch möglichst stabile Trinkwasserentgelte zu gewährleisten.

Deshalb stehen viele kommunale Wasserversorger in Deutschland vor der Überlegung, den aktuellen Herausforderungen mit einer Änderung der Entgeltgestaltung zu begegnen.

Der hohe Fixkostenanteil für die Wasserversorgung von durchschnittlich 75 % spiegelt sich bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Unternehmen bislang nicht in vergleichbar hohen fixen Erlösbestandteilen wider. Damit weicht die bestehende Entgeltgestaltung erheblich von der Kostenstruktur der Wasserversorgung ab. Eine sinkende Trinkwassernachfrage stellt die Wasserversorgungsunternehmen in der Folge zunehmend vor wirtschaftliche wie infrastrukturelle Herausforderungen.

Der intensive Preiswettbewerb setzt sich im Jahr 2017 unvermindert fort. Die Stromlieferungsaktivitäten der SWU Energie GmbH konzentrieren sich hierbei auf alle Kundensegmente - Geschäfts- und Privatkunden - innerhalb und außerhalb des eigenen Netzgebietes. Die intensiv durchgeführten Vertriebsmaßnahmen und Kampagnen sowie die eingeführten Produktinnovationen zeigten Erfolge, sodass z. B. die Kundenzahl im Geschäftskundensegment um 6,5 % (Vergleich Dezember 2016 zu Dezember 2017) gesteigert werden konnte. Die Strategie der ertragsorientierten Preispolitik in Ergänzung mit weiteren Dienstleistungsangeboten wurde weiterverfolgt.

Die in den vergangenen Jahren in Form einer Zusatzvereinbarung angebotene Rabattierung auf den Arbeitspreis im Privatkundensegment wurde im Jahr 2017 nicht mehr umgesetzt. Die Gründe hierfür waren die zu erwartende Entwicklung höherer Netznutzungsentgelte sowie Bezugskonditionen.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2017 der Vertrieb von Stromprodukten über die SWU Online-Plattform (SWU SchwabenStrom und SWU NaturStrom) weiter forciert. Mit diesen Produkten werden Stromkunden in ganz Bayern und Baden-Württemberg beliefert. Bis Ende 2017 sind über diesen Vertriebsweg 24.501 Kunden in

Belieferung gegangen. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Jahr 2016 von 111 %. Die gesamte Abwicklung erfolgt automatisiert, sodass die Prozesskosten entsprechend niedrig sind.

Die SWU Energie GmbH kommt mit ihrem starken Engagement in der Onlinevermarktung dem veränderten Konsum- und Anschlussverhalten von Kunden nach.

Im Erdgasmarkt intensiviert sich der Wettbewerb im Jahr 2017 ebenfalls weiter. Im Heizgasbereich (Haushaltskunden) ging die Kundenzahl aufgrund Aktionen von Wettbewerbern mit hohen Einmalzahlungen leicht auf 20.639 Kunden zurück. Im Segment der Großkunden mit individuellen Verträgen ging die Kundenzahl leicht zurück. In externen Netzgebieten konnten aber z.T. neue Geschäftskunden gewonnen bzw. laufende Verträge verlängert werden. Die gesamte Absatzmenge an Endkunden und Weiterverteiler lag aber mit insgesamt 1.615 GWh rd. 22 % deutlich über dem Niveau des Vorjahres.

Im Gassegment ist ebenfalls die Einführung des Online-Produktes umgesetzt worden. Innerhalb des angestammten Netzgebietes und in definierten PLZ-Gebieten außerhalb des eigenen Netzgebietes können Kunden das SWU SchwabenGas online abschließen. Bis Ende Dezember 2017 wurden 802 Kunden über diesen Vertriebsweg gewonnen.

Die durch die Marktentwicklung für das Jahr 2017 gesunkenen Gas-Bezugspreise wurden den Privatkunden im Gassegment wiederum in Form einer Zusatzvereinbarung als Rabattierung auf den Arbeitspreis angeboten. Die Kunden wurden durch die neue Laufzeit der Zusatzvereinbarung länger an die SWU Energie GmbH gebunden, wobei die Kündigungsfristen des Hauptvertrages unverändert bleiben. Insgesamt wurden rd. 3.700 Kunden diesbezüglich kontaktiert. Die Abschlussquote lag auch bei diesem attraktiven Angebot nochmals höher als im Vorjahr (rd. 86 %).

Im Jahr 2017 lag der Wärmeverkauf im Bereich der Wärmedienstleistungen bei ca. 36,5 GWh (Wärmelieferung 2016: 37,1 GWh/a). Zusätzlich werden rd. 8 GWh/a Wärme über die sog. "Mieterdirektabrechnung" verkauft. Die Ablesung und Rechnungstellung erfolgt dabei über ein regionales Partnerunternehmen der SWU Energie GmbH. Um zukünftig im Wärme-Contractingbereich wettbewerbsfähig zu bleiben, ist es erforderlich neue Modelle zu entwickeln und anzubieten (u.a. Wärmecontracting in Verbindung mit Stromdirektlieferung z.B. "Mieterstrom"). Im Jahre 2016 wurde bereits ein Projekt mit der Neu Ulmer Wohnungsbaugesellschaft (NUWOG) umgesetzt. Im Jahr 2017 wurde ein weiteres Projekt mit einem Ulmer Wohnungsbaununternehmen in Blaustein entwickelt. Hier wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt, bei dem die SWU sowohl das BHKW betreibt, ein Mieterstromprodukt anbietet, durch moderne Messeinrichtungen die Verbrauchsdaten visualisiert und die Abrechnung mit einem Partner übernimmt. Für diese innovative Quartierlösung mit sieben Neubauten und insgesamt 89 Wohneinheiten wurde der SWU und dem Bauträger der erstmals ausgelobte "Contracting Preis BW" verliehen.

Die Trinkwasser-Belieferungsmenge an Endkunden und Weiterverteiler im Jahr 2017 in Höhe von 11.257.109 cbm ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Trotz weiter sinkendem Pro-Kopf-Verbrauch durch Sparmaßnahmen konnte dies durch eine gute konjunkturelle Entwicklung im Industriebereich sowie eine weiterhin rege Bautätigkeit/Zuzug erreicht werden.

In 2017 wurden im Fernwärmeverbundnetz und in den Nahwärmegebieten rund 85 GWh Wärme an Endkunden abgesetzt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies erneut ein Plus von über 9 %. Die Gründe für diesen Absatzanstieg in 2017 sind neben dem kältesten Januar seit 20 Jahren auch der stetige Ausbau von Nahwärmegebieten, sowie die Nachverdichtung von Kundenanschlüssen an das bestehende Fernwärmeverbundnetz. Die Wärmeproduktion profitiert auf der Kostenseite neben weiter fallenden Brennstoffkosten auch durch den Rückbau teurer mobiler Heizzentralen und auf der Erlöseseite von der KWKG-Novelle, die eine Förderung für Bestandsanlagen vorsieht. Wie im Vorjahr wurde auch in 2017 am BHKW-Standort Bradley die Maschine 4 mit bilanziellem Biomethan betrieben. Der mit dieser Maschine produzierte Strom erhält eine Förderung nach dem EEG. Zusätzlich erhält diese Maschine 4 die Flexibilitätsprämie nach EEG 2014, wodurch ein zusätzlicher positiver Deckungsbeitrag erzielt werden konnte.

Im Geschäftsfeld Stromproduktion wurden insbesondere bei der Wasserkraft im Jahr 2017 zahlreiche Unterhalts- und Optimierungsmaßnahmen durchgeführt. Als Beispiele für diese Maßnahmen können zwei Erneuerungen von Einlaufbauwerken, eine Dammsanierung, zwei Turbinenrevisionen, eine Erneuerung der Pumpwerkstechnik, die Vorarbeiten zum Ersatz der Maschinensätze zweier Wasserkraftwerke, die Verfüllung von Kolken, Sanierung von Uferbefestigungen und die Beteiligung am Hochwasserschutz aufgeführt werden. Bedingt durch ein relativ trockenes Jahr und den Einschränkungen im Kraftwerksbetrieb durch Schadensereignisse und einer größeren Dammsanierung war die Stromproduktion aus Wasserkraft in 2017 einge-

schränkt. Rund 88 Millionen kWh Strom wurden in 2017 mit den regionalen Wasserkraftwerken der SWU Energie GmbH produziert, gegenüber dem langjährigen Durchschnitt ein Minus von 15 %.

Im Jahr 2017 stiegen die Strompreise auf dem Großhandelsmarkt gegenüber dem Vorjahr zwar um 7 - 8 €/MWh an, jedoch ist auch dieses Preisniveau für konventionelle Kraftwerke nicht ausreichend, um die Fixkosten, insbesondere die Finanzierungskosten in Gänze zu bedienen. Dies führte auch in 2017 zu deutlich eingeschränkten Betriebszeiten mit wenigen Stunden, in denen ein positiver Deckungsbeitrag erzielt werden konnte.

Die SWU Energie GmbH ist zu 5,28 % an der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG beteiligt, was einer Leistungsscheibe von 40 Megawatt entspricht. 171 GWh Strom wurden mit dieser Leistungsscheibe im Jahr 2017 produziert. Damit lag die Menge rund 14 % unter der Planmenge für 2017. Da auch in 2017 das Trianel Gaskraftwerk in Hamm, an dem die SWU Energie GmbH mit 9,36 % beteiligt ist, in der Warmreserve betrieben wurde, wurde kein Strom von der SWU Energie GmbH aus dem Kraftwerk bezogen. Somit sind in 2017 auch keine Kosten bzw. Verluste für die SWU Energie GmbH aus dieser Kraftwerksbeteiligung entstanden.

Das Gaskraftwerk auf dem ehemaligen Fliegerhorst der Bundeswehr in Leipheim bleibt, trotz der geänderten Rahmenbedingungen auf dem Energiemarkt, eines der größten Zukunftsprojekte der SWU Energie GmbH. Aufgrund der endgültigen Abschaltung des Kernkraftwerks Gundremmingen in 2021 wird dieser Standort für die Stabilität der Energieversorgung im süddeutschen Raum an Bedeutung gewinnen. Die Projektentwicklung für ein Gaskraftwerk, das unter den geänderten Rahmenbedingungen zukünftig als besonders netztechnisches Betriebsmittel vom Übertragungsnetzbetreiber Amprion betrieben werden soll, wurde in 2017 gemeinsam mit der Siemens AG fortgesetzt. Das geplante Vorhaben wird erheblich zur Versorgungssicherheit der Stromversorgung im süddeutschen Wirtschaftsraum beitragen. Die SWU Energie GmbH als regional fokussiertes Versorgungsunternehmen und die Siemens AG als weltweit tätiger Hersteller modernster Kraftwerke und Serviceanbieter ergänzen sich in diesem gemeinsamen Projekt hervorragend. Diese Kraftwerke sollen einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems, für die Bewirtschaftung von Netzengpässen und für die Spannungshaltung (Blindleistungseinspeisung) leisten. Im Juni 2017 wurde das EnWG § 13 entsprechend angepasst. Auf dieser Basis sollen in 2018 durch die Übertragungsnetzbetreiber Kapazitäten ausgeschrieben und beschafft werden, welche ab September 2021 die Übertragungsnetze stabilisieren können. Das geplante Vorhaben in Leipheim befindet sich geographisch hierfür in einer sehr guten Lage um physikalisch stabilisierend auf das Übertragungsnetz der Amprion wirken zu können. Weiterhin ist die Projektentwicklung inhaltlich bereits weit fortgeschritten und gereift. Zudem hat das Gaskraftwerk Leipheim GmbH & Co. KG eine exklusive Gasnetzreservierung, welche einen exklusiven Zugriff auf das limierte Netz ermöglicht. Darüber hinaus hat das Projekt einen Zeitvorsprung vor eventuellen Konkurrenzprojekten von etwa 12 Monaten.

Der Betrieb des hoch innovativen Holzgas-Heizkraftwerkes in Senden wurde durch einige Umbaumaßnahmen im Jahr 2017 weiter optimiert. Parallel dazu konnten die Verhandlungen zum Verkauf der Anlage erfolgreich abgeschlossen werden. Ab dem 1. Januar 2018 ist die Blue Energy Syngas GmbH neuer Eigentümer und Betreiber der Anlage. Die SWU Energie GmbH kann sich somit wieder verstärkt auf ihr Kerngeschäft fokussieren. Dies gilt insbesondere für die Akquise von weiteren Fernwärmeanschlüssen. Ziel ist zum einen die Erhöhung der Anschlussdichte im bestehenden Fernwärmenetz und zum anderen der profitable Ausbau des Fernwärmenetzes.

Mit dem neuen Eigentümer der Anlage wurde auch ein Wärmeliefervertrag abgeschlossen, mit dem sich die SWU Energie GmbH den Bezug von grüner Fernwärme langfristig sichert. Dadurch bleibt der sehr niedrige Primärenergiefaktor der Fernwärme erhalten. Die Akquise neuer Fernwärmekunden wird damit erfolgreich vorangetrieben werden können.

Der neue Eigentümer des Holzgas-Heizkraftwerkes hat sich den Zugriff auf das bisherige Betriebspersonal gesichert und hierfür einen entsprechenden Dienstleistungsvertrag mit der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH abgeschlossen. Sämtliche Tätigkeiten wie der Betrieb, die Instandhaltung und der technische Ausbau des Holzgas-Heizkraftwerkes werden auf Basis dieses Dienstleistungsvertrages durchgeführt.

Mit dem Verkauf der Anlage hat sich die SWU Energie GmbH eines weiteren wirtschaftlichen Risikos entledigt. Der Verkauf der Anlage führte zu einem Ergebniseffekt in Höhe von 2.070 T€.

An der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG ist die SWU Energie GmbH seit 2009 beteiligt. Die Leistungsscheibe der SWU Energie GmbH beträgt 10 Megawatt, dies entspricht zwei Offshore-Windkraftanlagen. Im Jahr 2017 wurden im Windpark Borkum insgesamt 651 GWh Strom erzeugt. Damit konnte die für das Jahr 2017 prognostizierte Strommenge nicht erreicht werden. Das lag neben einem Aus-

fall von Windkraftanlagen, an Einspeisemanagementmaßnahmen, aber auch an einem durch Kabelschaden hervorgerufenen Netzausfall seitens TenneT Ende 2017, welcher zu einem Ausfall des Windparks über den Jahreswechsel hinaus geführt hatte.

Die einzelnen Versorgungsbereiche haben sich für die SWU-Gruppe wie folgt entwickelt:

	<u>verkaufte Menge</u>	<u>zum Vorjahr</u>
Strom	1.494 GWh	+ 9,0 %
- davon SWU Energie	1.243 GWh	+ 15,5 %
- davon Großhandel	251 GWh	- 14,9 %
Erdgas	1.615 GWh	+ 22,0 %
Trinkwasser	11.257 Tsd. m ³	+ 3,9 %
Fernwärme	85 GWh	+ 9,6 %
WDL	36 GWh	- 1,8 %

Die Kraftwerke der SWU Energie GmbH haben im Jahr 2017 zusammen ca. 150 GWh Strom in der Region produziert, gegenüber dem Vorjahreswert (171 GWh) entspricht dies einem Rückgang von ca. 12,3 %, was vor allem auf die niedrigere Wasserführung in Donau und Iller sowie Schadensereignisse in einzelnen Kraftwerken zurückzuführen ist. Die Summe der Eigenerzeugung mit den Beteiligungen betrug 396 GWh (2016: 447 GWh), davon stammt knapp die Hälfte aus erneuerbarer Energie.

Für die Strombezugsverträge mit dem Kohlekraftwerk in Lünen konnten die Drohverlustrückstellungen um 1.139 T€ vermindert werden. In das SWU-Fernwärme- und Nahwärmenetz konnten 115 GWh Wärme eingespeist werden. Damit liegt die Menge rund 12 GWh über der des Vorjahres.

Die Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer) der SWU Energie GmbH, erhöhen sich im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr (278.801 T€) um 10.855 T€ auf 289.656 T€.

Der Materialaufwand erhöht sich um 15.047 T€ gegenüber dem Vorjahr, vor allem aufgrund gestiegener Strom- und Gasbezugskosten, sowie größeren Absatzmengen. Die Abschreibungen stiegen um 2.117 T€ aufgrund der Sonderabschreibung auf die Holzgasanlage Senden. Der sonstige betriebliche Aufwand verminderte sich deutlich um 6.813 T€. Dies lag zum einen daran, dass im Vorjahr ein Verlust aus Anlagenabgängen für das PSW Blautal in Höhe von rund 4.500 T€ gebucht wurde und zum anderen an den Einspareffekten aus dem Projekt 2025.

Der an die Muttergesellschaft SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH abgeführte Jahresüberschuss der SWU Energie GmbH, beträgt für das Jahr 2017 rd. 17.284 T€ (Vorjahr 6.257 T€). Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei der im Jahre 1998 erfolgten Firmengründung die Verbindlichkeiten in der Muttergesellschaft belassen wurden und auch die gesamte Ertragssteuerlast von dieser getragen wird.

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3.191 T€ (+1,4 %) erhöht. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der Forderungen aus Lieferung und Leistung. Ein Großteil der Investitionen in die Sachanlagen entfiel auf die Erneuerung und den Ausbau der Netze und Anlagen zur Wasser-, Wärme- und Telekommunikationsversorgung. Die Finanzierung erfolgte fast ausschließlich aus Eigenmitteln. Die Investitions- und Ertragszuschüsse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 264 T€ erhöht.

Für das Jahr 2018 geht die SWU Energie GmbH von einer gleichbleibenden Nachfrage gegenüber dem Niveau des Jahres 2017 aus. Weiterhin ist von entscheidender Bedeutung, wie stark regulatorische Maßnahmen die Aktivitäten der nächsten Jahre beeinflussen (z. B. Änderung der Netznutzungsentgelte, Einführung neuer Steuern/Umlagen). Kurzfristige und kostenrelevante Änderungen dieser Rahmenbedingungen können je nach Produkt und Kundensegment nur zeitversetzt im Markt weitergegeben werden. Die Marktsituation im Energievertrieb verschärft sich zusätzlich durch die im Markt steigende Anzahl der Wettbewerber und Angebote.

Die SWU Energie GmbH rechnet vor dem Hintergrund des schwierigen Marktumfeldes für Energieversorger und der weiteren regulatorischen Maßnahmen der Regulierungsbehörde mit einer herausfordernden Situation.

Ausschlaggebende Gründe hierfür sind u. a.:

- a) sinkende Margen aufgrund der Wettbewerbsentwicklung,
- b) sinkende Erlöse bei der Stromvermarktung durch das sehr niedrige Preisniveau der Strom-Großhandelspreise,
- c) hohe Investitions- und Finanzierungskosten,

Unter Berücksichtigung aller oben genannten Entwicklungen wird in den Jahren 2018 und 2019 mit einem ähnlichen Betriebsergebnis wie in 2017 gerechnet. Für das Jahr 2018 plant die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 20.877 T€.

STADTWERKE ULM/NEU-ULM NETZE GMBH

Karlstraße 1

89073 Ulm

www.ulm-netze.de**1. Beteiligungsverhältnis**

	Anteil v. H.	Stammkapital EURO
SWU Energie GmbH	100,00 =	110.000

2. Beteiligungen

Keine

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung der letzten Änderung vom 8. Mai 2015.

3.2. Gegenstand des Unternehmens ist im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau der örtlichen Verteilungsanlagen für Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser in den Städten Ulm und Neu-Ulm und ihrer Umgebung sowie artverwandte Dienstleistungen in den vorgenannten Bereichen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere des EnWG, zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

3.3. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Berichtsjahr ist erfüllt. Auf die Leistungsdaten unter Ziffer 9 und den Lagebericht (Ziffer 10) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.2. Aufsichtsrat - 6 Mitglieder (Stand 31.12.2017)

Vorsitzender: Klaus Eder, kaufm. Geschäftsführer SWU Ulm/Neu-Ulm GmbH

Mitglieder: Bernd Adolph, techn. Geschäftsführer SWU Energie GmbH

Martin Bendel, Erster Bürgermeister der Stadt Ulm

Berthold Stier, Kämmerer der Stadt Neu-Ulm

Dr. Claus Jürgen Deyle, Arbeitnehmervertreter

Reiner Hegele, Arbeitnehmervertreter

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) an die Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 1.020 Euro.

4.3. Geschäftsführung

Manfred Staib

Wolfgang Rabe

Kaufmännischer Geschäftsführer

Technischer Geschäftsführer

Einer Veröffentlichung der Bezüge in individualisierter Form hat die Geschäftsführung unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB nicht zugestimmt.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

a) Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag

Am 27. Oktober 2014 wurde ein Beherrschungsvertrag mit der SWU Energie GmbH geschlossen, der den bis dahin geltenden Ergebnisabführungsvertrag vom 3. Dezember 2004 ablöste. Der Beherrschungsvertrag wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2016 gekündigt.

b) Geschäftsbesorgungsvertrag

Am 1. Januar 2011 hat die Gesellschaft mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, der SWU Energie GmbH und der SWU TeleNet GmbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen, um die konzernintern vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht ohne Gewinnzuschlag zu verrechnen.

Am 12. Dezember 2016 hat die Gesellschaft mit der SWU Energie GmbH, der SWU Verkehr GmbH, der SWU TeleNet und der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH einen Rahmendienstleistungsvertrag, als Nachfolgewerk zum bisherigen Geschäftsbesorgungsvertrag, abgeschlossen, um die konzerninternen vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht zu verrechnen. Die Verrechnung erfolgt auf Vollkostenbasis ohne Gewinnzuschläge. Der Vertrag läuft vom 1. Januar 2017 auf unbestimmte Zeit, sofern er nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt wird. Die Aufgaben der Gesellschaft bestehen dabei in der Erbringung von Dienstleistungen, in der Unternehmensleitung, Rechts- und Versicherungsangelegenheiten, Grundstück- und Gebäudemanagement, Hochplanung und Durchführung, Baubetreuung und Hausdienste, Personaldienstleistungen, Marketing, Einkauf und Materialwirtschaft, internes und externes Finanz- und Rechnungswesen, Controllingleistungen, Allgemeine Verwaltung, Vermögensbeteiligungen sowie Bereitstellung von Darlehen.

c) Mit Pachtvertrag vom 28. Dezember 2007 wurde von den Gemeindewerken Hermaringen ab 1. Januar 2008 das örtliche Strom- und Gasversorgungsnetz gepachtet.

d) Am 11. Oktober 2010 hat die TWH-Technische Werke Herbrechtingen ihr Strom- und Gasversorgungsnetz mit Wirkung vom 1. Februar 2009 an die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH verpachtet.

e) Mit der SWU Energie GmbH besteht eine gewerbe- und körperschaftssteuerliche Organschaft.

5.2. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(Der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte *	396	331	342
Auszubildende **	27	27	0
* 2015 Übernahme Mitarbeiter von SWU Energie GmbH			
**gewerbliche Ausbildung ab 2016 durch SWU Netze GmbH			

6. Bilanzen

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	134.077	127.685	122.351
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	755	1.079	1.505
Umlaufvermögen	24.919	18.183	20.738
Rechnungsabgrenzungsposten	6	25	5
Summe	159.757	146.972	144.599
Passiva			
Eigenkapital	38.851	38.850	38.850
Sonderposten/Ertragszuschüsse	26.634	25.911	25.822
Rückstellungen	21.366	17.474	16.998
Verbindlichkeiten	72.906	64.737	62.929
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	159.757	146.972	144.599

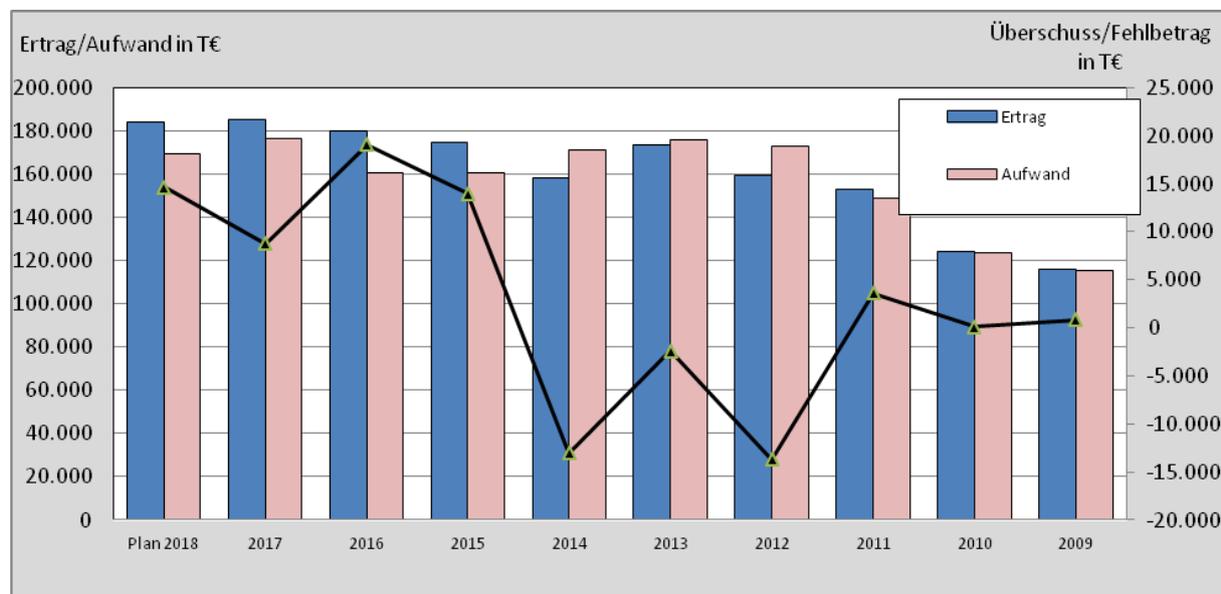
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	180.360	176.041	166.215
Sonst. betriebl. Erträge, Bestandsveränderungen	5.085	3.814	8.210
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	1	4	10
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	185.446	179.859	174.435
Aufwand			
Personalaufwand	29.049	23.155	24.363
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	121.630	115.280	104.542
Sonst. betriebl. Aufwand	17.646	13.794	22.949
Abschreibungen	6.155	6.382	6.253
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.012	2.126	2.288
Steuern	170	65	64
Jahresüberschuss	8.784	19.057	13.976
Summe	185.446	179.859	174.435

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	184.191	185.446	179.859	174.435	158.186	173.376	159.225	152.722	124.013	115.967
Aufwand	169.557	176.662	160.802	160.459	171.197	175.738	172.888	149.131	123.871	115.134
Überschuss / Fehlbetrag	14.634	8.784	19.057	13.976	-13.011	-2.362	-13.663	3.591	142	833



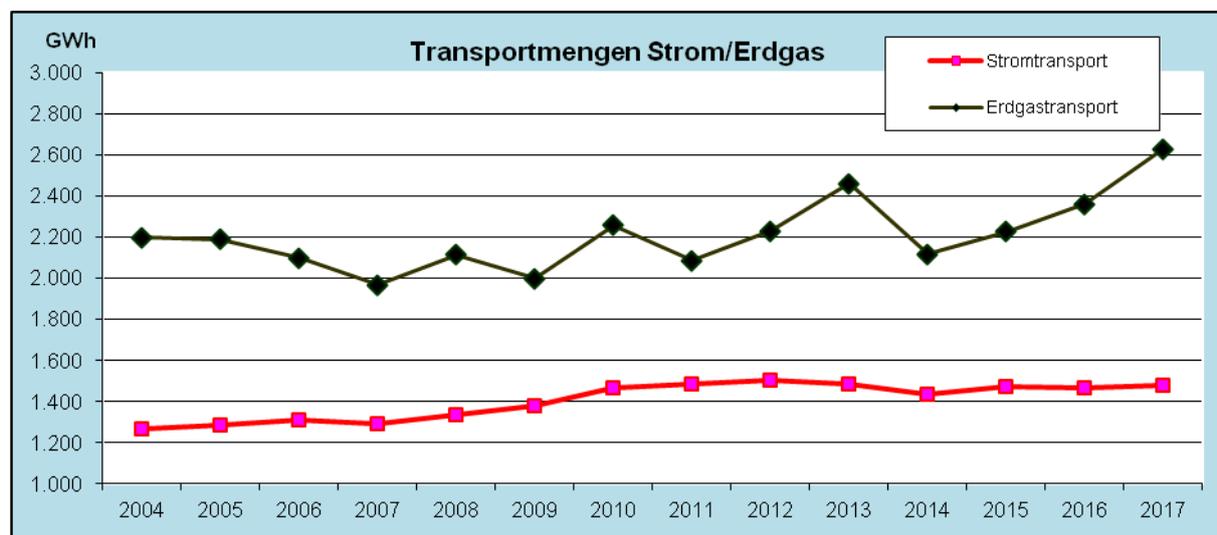
8. Kennzahlen

	Angaben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	32,7	35,2	35,8	wegen Umstrukturierung in 2015 mit Vorjahren nicht vergleichbar		
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	16,8	36,8	27,0			
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	4,9	10,8	8,4			
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	6,8	14,4	11,3			
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	35,9	37,8	39,6			
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	84,4	87,6	85,7			
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	13.647	23.852	19.145			
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	73	70	71			

9. Leistungsdaten

	2017	2016	2015
1. Netzlängen in km			
- Strom	3.334	3.278	3.252
- Erdgas	1.077	1.071	1.068
- Fernwärme *	81	77	47
- Trinkwasser	780	786	786
2. Transportmengen			
- Strom in Mio. kWh	1.481	1.465	1.472
- Erdgas in Mio. kWh	2.629	2.362	2.226
- Fernwärme in Mio. kWh *	85,3	78,0	71,0
- Trinkwasser in Mio. m ³	11,3	10,8	10,8
3. Kundenanschlüsse			
- Strom	53.598	54.825	54.491
- Erdgas	29.414	29.273	28.968

*Fernwärme seit 2015 einschl. Nahwärme



10. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Als zentraler Infrastruktur-Dienstleister stellt die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH den wirtschaftlichen Betrieb der von ihr betreuten Energie- und Wassernetze sowie für Wasser- und Wärmekraftwerke sicher. Dies wird durch eine auf Wertehaltung, Nachhaltigkeit und Zuverlässigkeit ausgerichtete Assetstrategie ermöglicht.

Zur Realisierung von Synergieeffekten wurde ab 1. Januar 2017 eine neue funktionale Organisationsstruktur eingeführt. Hierbei sind nach dem Prinzip "die Organisation folgt dem Prozess" spartenübergreifende Arbeitsprozesse in funktionalen Organisationseinheiten (Abteilung Infrastrukturmanagement, -service, -betrieb) gebündelt. Zudem wird durch die Einführung der Profit Center Infrastruktureigentum (regulierte Netze sowie Datennetz), Messstellenbetrieb und Abrechnung, Beleuchtung und Infrastruktur-Dienstleistungen eine an Ertrag und Wachstum ausgerichtete Geschäftsfeldsteuerung unterstützt.

Das Ergebnis der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH wird überwiegend in der effizienten Betriebsführung der regulierten Strom- und Gasnetze erzielt. Daher zielt die Strategie der Netzgesellschaft (SWUN) im regulierten Bereich (Strom- und Gasnetz) permanent darauf ab, durch geeignete organisatorische Maßnahmen auf Änderungen des Energierechts zu reagieren, um optimale regulatorische Kostenstrukturen zu erhalten. Ferner sollen regulierungsbedingte Ergebnisminderungen durch profitables Wachstum im Dienstleistungs-geschäft mittelfristig möglichst wieder kompensiert werden.

Die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH konnte auch 2017 einen zuverlässigen und einwandfreien Betrieb der von ihr bewirtschafteten Netze und Anlagen gewährleisten. Die Risiken aus dem Netzbetrieb wurden hierzu durch eine Reihe operativer Maßnahmen weiterhin nachhaltig reduziert. So wurde im Frühjahr 2017 eine aus Sicherheitsgründen örtlich von der bisherigen Leitstelle weiter entfernte vollwertige Ersatzleitstelle in Betrieb genommen. Hierzu wurde auch eine neue Telekommunikationsanlage installiert. Zum Test der Zuverlässigkeit des Gesamtsystems waren anschließend mehrere Notfall- und Evakuierungsübungen der 24/7-Leitstelle durchzuführen. Auch die Teilnahme an der Notfallübung "heißer Süden" des Regierungspräsidiums Tübingen diente dazu, dass anhand eines vorgegebenen Szenarios die vorhandenen Notfallpläne und Entscheidungswege zur Netzführung, auch in Extremsituationen getestet werden konnten, um Lehren zur Vervollkommnung der vorhandenen Regelungen für die Zukunft zu ziehen. Ferner wurde zur sicheren Stromversorgung der Innenstadt ein Notfallplan für den Ausfall von zwei 110 kV Leitungen im UW Heigeleshof erarbeitet.

Zur Reduzierung von Risiken, die sich aus der zunehmenden Digitalisierung des Netzbetriebs ergeben, hat der Gesetzgeber im Energiewirtschaftsgesetz geregelt, dass Betreiber von Energieversorgungsnetzen einen angemessenen Schutz gegen Bedrohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme sicherstellen müssen (§11 EnWG). Zuständige Aufsichtsbehörde hierfür ist die Bundesnetzagentur, die durch die Herausgabe eines IT-Sicherheitskatalogs die Strom- und Gasnetzbetreiber zur Umsetzung IT-sicherheitstechnischer Mindeststandards verpflichtet. Kernforderung ist die Etablierung eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) gemäß DIN ISO/IEC 27001 sowie dessen Zertifizierung bis zum 31. Januar 2018. Die Ziele des IT-Sicherheitskatalogs sind die Sicherstellung der Verfügbarkeit der zu schützenden Systeme und Daten, die Sicherstellung der Integrität der verarbeiteten Informationen und Systeme sowie die Gewährleistung der Vertraulichkeit der verarbeiteten Informationen. Die hierfür erforderlichen internen Regelungen und Maßnahmen wurden in einem Projektteam der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH in den Jahren 2016 und 2017 erarbeitet. Die Zertifizierung wurde von der Deutschen Akkreditierungsstelle DAkkS in den Monaten November und Dezember vorgenommen. Das Zertifikat wurde für den Gültigkeitszeitraum 29. Dezember 2017 bis 28. Dezember 2020 erteilt.

Der Netzbetrieb hat zur Aufrechterhaltung der Versorgungsqualität ferner eine Reihe Erneuerungsmaßnahmen durchgeführt. So wurden die Rundsteuersender UW Ost und UW Münchnerstraße sowie die Sekundärtechnik des UW Ost in der 110 kV und 10 kV Ebene erneuert. Auch eine 110 kV E-Spule im UW Süd war zu reparieren. In Einsingen wurde ein neues Schaltwerk in Betrieb genommen. Das Projekt "Zielnetzplanung 110 kV-Ebene" wurde 2017 durch die Verlegung weiterer Hochspannungskabel am Berliner Ring bis auf kleinere Restarbeiten abgeschlossen. Im Bereich der Erdgasversorgung wurde im letzten Quartal 2017 der Netzkopplungspunkt zur bayernets am Standort Steinhäule getrennt und zurückgebaut.

Im Bereich des Zubaus von EEG-Anlagen sind weiterhin absolut gesehen rückläufige Steigerungsraten zu verzeichnen. Nunmehr sind 5.093 PV-Anlagen im Netz der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH vorhanden, die insgesamt eine Leistung von 104.713 kWp ins Netz einspeisen können. Damit steigt auch weiterhin die Kom-

plexität - und somit der Zeitaufwand zur Bearbeitung der Abrechnungen aus EEG. Ein Grund des rückläufigen Zubaus von EEG-Anlagen besteht auch darin, dass künftig eigengenutzter Strom der EEG-Umlagen unterliegt.

Eine zunehmende Bedeutung erlangen dezentrale Speichersysteme zur Unterstützung einer unterbrechungsfreien Eigenstromversorgung. Hier sind mittlerweile 164 Anlagen am Netz (+ 72 Anlagen in 2017) mit einer installierten Leistung von 715 kW.

Auch im Jahr 2017 hat sich die positive Entwicklung des Absatzes von Fahrstrom für Elektrofahrzeuge - mit über 40 % zum Vorjahr - fortgesetzt. Die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH stellte an 47 Standorten in Ulm und Neu-Ulm, wie auch in Senden, Blaustein und Dornstadt den E-Mobilisten die Ladeinfrastruktur zur Verfügung und leistet damit ihren Beitrag für eine breite Akzeptanz der E-Mobilität in der Öffentlichkeit.

Gegenüber dem Vorjahr war mit + 1,1 % die transportierte Strommenge wieder im Bereich der erwarteten jährlichen Zuwachsrate von rund einem Prozent.

Das Jahr 2017 war ein überdurchschnittlich kaltes Jahr. Ferner hatten auch die industriellen Großkunden aufgrund der guten konjunkturellen Lage höhere Gasverbräuche zu verzeichnen. Insgesamt resultiert somit ein Zuwachs der transportierten Erdgasmenge von + 11 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 4.318 T€. Hauptgrund hierfür sind die höheren Konzernenergieerlöse, welche durch die konsequente Umsetzung des Assetowner-Assetservice-Prinzips angefallen sind.

Die Personalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5.894 T€, da durchschnittlich 74 mehr Mitarbeiter beschäftigt waren. Diese Mitarbeiter waren in 2016 noch bei der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH und der SWU Energie GmbH beschäftigt. Ebenfalls ist eine weitere Zuführung zur Personalkostenrückstellung aufgrund SWU 2025 in Höhe von 300 T€ enthalten.

Im Materialaufwand ist ein aperiodischer Aufwand in Höhe von 925 T€ aus dem EEG-Wälzungsmechanismus enthalten.

Das Ergebnis der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH verschlechtert sich gegenüber dem Vorjahr um 10.273 T€ auf einen Jahresüberschuss von 8.784 T€. Bereinigt man das Vorjahresergebnis um den damaligen aperiodischen Effekt in Höhe von 5.600 T€, beträgt die Verschlechterung 4.673 T€ gegenüber dem Vorjahr. Hauptgründe hierfür sind Themen, welche sich in den Regulierungskonten widerspiegeln und dann in den Folgeperioden wieder ergebniswirksam zu Buche schlagen.

Die Ertragslage der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH entwickelt sich dennoch sehr positiv und zufriedenstellend.

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende, insbesondere das Messstellenbetriebsgesetz regelt den verpflichtenden Einbau von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen. Die damit einhergehende höhere Transparenz des Energieverbrauchs soll zu einer Änderung des Verbraucherverhaltens mit der Zielsetzung führen, deutliche Energieeinsparungen zu realisieren. Bis zum Jahr 2032 soll die flächendeckende Einführung der intelligenten Messsysteme abgeschlossen sein (95 %-Abdeckung aller Verbraucher).

Aufgrund energiewirtschaftlicher Prozesse im Bereich der Bilanzierung und Vergütung von EEG/KWK-Anlagen, sowie aus der durch die Regulierung der Strom- und Gasnetze vorgegebenen Systematik, kann es regelmäßig zu i.d.R. nicht planbaren aperiodischen Effekten (sowohl Erträgen als auch Aufwendungen) kommen. Die Umsatzerlöse aus Netzentgelten dürfen nur in der Höhe ausgewiesen werden, wie sie der Genehmigungslage (Netzentgeltbescheide der BNetzA) für das aktuelle Wirtschaftsjahr entsprechen. Werden in einer Periode Netzentgelte vereinnahmt, die über den genehmigten Werten liegen, ist der übersteigende Betrag als Rückstellung zu behandeln und verteilt über die nächsten 3 Jahren durch eine entsprechende Reduzierung der Netzentgelte den Netznutzern wieder gutzubringen. Unterschreiten hingegen die tatsächlich vereinnahmten Netzentgelte die genehmigten Netzentgelte, kann dies aufgrund bilanzrechtlicher Vorschriften nicht bilanziert werden. Auch der Unterschreibungsbetrag wird über die nächsten 3 Folgejahre, jedoch als Zuschlag auf die Netzentgelte, wieder von den Netznutzern vereinnahmt.

Gemäß der aktuellen Wirtschaftsplanung ist für das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresergebnis von rd. 14,634 Mio. Euro zu rechnen.

SWU TELENET GMBH

Bauhoferstr. 9/1

89073 Ulm

www.swu.de**1. Beteiligungsverhältnis**

	Anteil v. H.	Stammkapital EURO
SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH	100,00 =	755.000

2. Beteiligungen

	Anteil v. H.	Kommanditkapital EURO
G-FIT Gesellschaft für innovative Telekommunikationsdienste mbH & Co. KG	25,00 =	60.000

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 20. Oktober 2011.
- 3.2. Der Gegenstand des Unternehmens besteht im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung in der Nutzung und dem Betrieb von TK-Netzressourcen. Die Netzgesellschaft erbringt Dienste, die im Zusammenhang mit den Steuerkabel- und TK-Netzen der SWU Energie und der Städte Ulm und Neu-Ulm stehen. Dies sind unter anderem TK-Netzdienste, IT-Netzdienste, Gerätedienste sowie Sonder- und Sicherheitsdienste.
Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderen Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder artverwandte Unternehmen und/oder Einrichtungen errichten, erwerben oder pachten.
- 3.3. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Berichtsjahr ist erfüllt. Auf die Leistungsdaten unter Ziffer 9 und den Lagebericht (Ziffer 10) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

- 4.1. Gesellschafterversammlung
- 4.2. Aufsichtsrat - 6 Mitglieder (Stand 31.12.2017)

Vorsitzender: Oberbürgermeister Gunter Czisch, Stadt Ulm
 Mitglieder: Klaus Eder, Geschäftsführer SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH
 Dr. Claus Jürgen Deyle, Arbeitnehmervertreter
 Erster Bürgermeister Martin Bendel, Stadt Ulm
 Robert Gehres, Arbeitnehmervertreter
 Berthold Stier, Kämmerer Stadt Neu-Ulm

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) an die Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 720 Euro.

- 4.3. Geschäftsführung
 Michael Beuschlein

Einer Veröffentlichung der Bezüge in individualisierter Form hat die Geschäftsführung unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB nicht zugestimmt.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen

- a) Die Gesellschaft ist seit Januar 2001 tätig. Hierzu wurden die vorhandenen Netze der Stadt Ulm und der SWU Energie GmbH angemietet. Die erforderlichen Lizenzen nach dem Telekommunikationsgesetz wurden am 1. Juni 2001 durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post erteilt. Sie gelten für den Stadtkreis Ulm, Landkreis Neu-Ulm und den Alb-Donau-Kreis.
- b) Gewinnabführungsvertrag
Ein Gewinnabführungsvertrag mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH wurde am 22. September 2011 mit Wirkung zum 1. Januar 2011 abgeschlossen. Der Abschluss eines Beherrschungsvertrags war lizenzrechtlich nicht möglich.
- c) Durch den Verzicht auf einen Beherrschungsvertrag ist eine direkte Einflussnahme auf die operative Geschäftstätigkeit der Gesellschaft nicht gegeben. Für die SWU TeleNet wurde deshalb ein eigener, von der Muttergesellschaft abweichender, Aufsichtsrat eingerichtet.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

- a) Für die beiden Schlüsselkunden Stadtverwaltung Ulm und SWU Konzern werden Dienstleistungen in nahezu dem gesamten Umfeld der Telekommunikation erbracht.
- b) Am 1. Januar 2011 hat die Gesellschaft mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, der SWU Energie GmbH, der SWU Verkehr GmbH und der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen, um die konzernintern vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht ohne Gewinnzuschlag zu verrechnen.

Am 12. Dezember 2016 hat die Gesellschaft mit der SWU Energie GmbH, der SWU Verkehr GmbH, der SWU TeleNet und der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH einen Rahmendienstleistungsvertrag, als Nachfolgewerk zum bisherigen Geschäftsbesorgungsvertrag, abgeschlossen, um die konzerninternen vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht zu verrechnen. Die Verrechnung erfolgt auf Vollkostenbasis ohne Gewinnzuschläge. Der Vertrag läuft vom 1. Januar 2017 auf unbestimmte Zeit sofern er nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt wird. Die Aufgaben der Gesellschaft bestehen dabei in der Erbringung von Dienstleistungen, in der Unternehmensleitung, Rechts- und Versicherungsangelegenheiten, Grundstück- und Gebäudemanagement, Hochplanung und

Durchführung, Baubetreuung und Hausdienste, Personaldienstleistungen, Marketing, Einkauf und Materialwirtschaft, internes und externes Finanz- und Rechnungswesen, Controllingleistungen, Allgemeine Verwaltung, Vermögensbeteiligungen sowie Bereitstellung von Darlehen.

- c) Die Gesellschaft hat mit Wirkung vom 1. Januar 2013 mit der Technischen Werke Herbrechtingen GmbH einen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen. Inhalt des Vertrages ist die Erbringung von IT- und telekommunikationstechnischen Dienstleistungen.
- d) Die Gesellschaft hat mit Wirkung vom 1. Dezember 2013 mit der Stadtwerke Niederstotzingen GmbH einen Dienstleistungsvertrag abgeschlossen. Inhalt des Vertrages ist die Erbringung von IT- und telekommunikationstechnischen Dienstleistungen.
- e) Mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH besteht eine umsatz-, gewerbe- und körperschaftssteuerliche Organschaft.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(Der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	56	56	59
Auszubildende	0	0	0

6. Bilanzen

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	3.916	3.520	3.839
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	835	1.046	1.161
Umlaufvermögen	4.117	1.315	818
Rechnungsabgrenzungsposten	262	262	262
Summe	9.130	6.143	6.080
Passiva			
Eigenkapital	1.980	1.980	1.980
Rückstellungen	1.187	1.208	1.348
Verbindlichkeiten	5.932	2.923	2.708
Rechnungsabgrenzungsposten	31	32	44
Summe	9.130	6.143	6.080

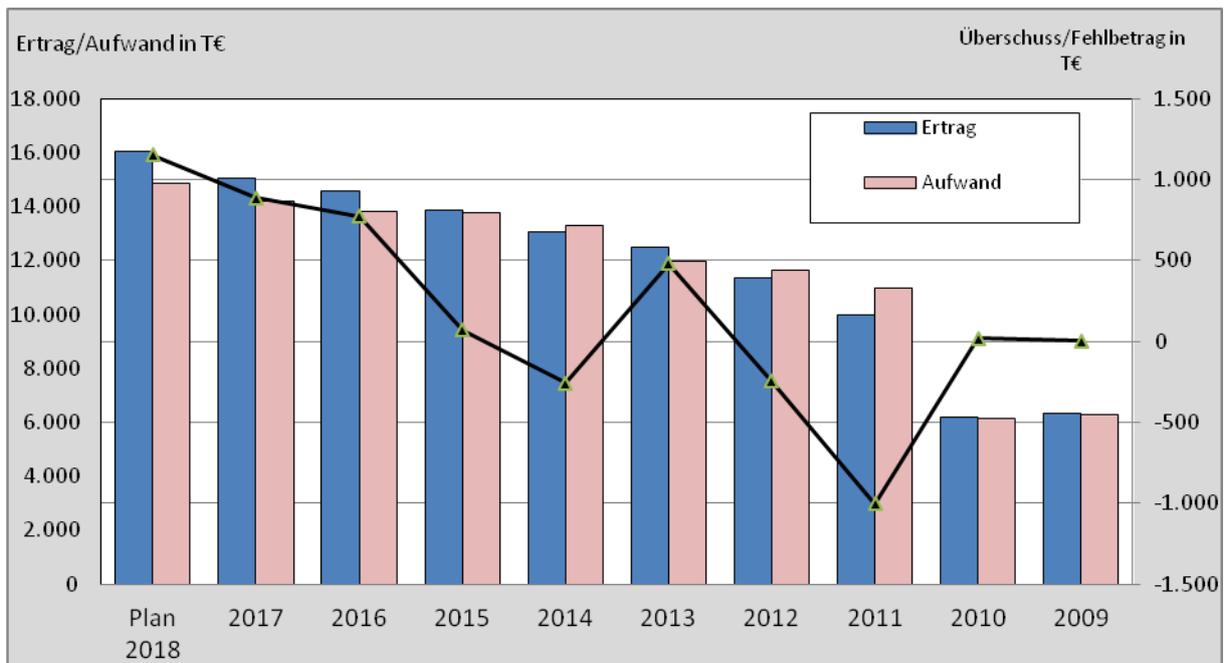
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	14.780	14.254	13.396
Sonst. betriebl. Erträge + a.EL	289	348	389
Sonst. Zinsen, Erträge aus Beteiligungen	1	1	70
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	15.070	14.603	13.855
Aufwand			
Personalaufwand	4.576	4.250	4.470
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	3.089	2.638	2.316
Sonst. betriebl. Aufwand	4.751	5.124	5.102
Abschreibungen	1.599	1.656	1.730
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	148	156	161
Steuern	19	3	3
Jahresüberschuss	888	776	73
Summe	15.070	14.603	13.855

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	16.041	15.070	14.603	13.855	13.047	12.473	11.380	9.988	6.178	6.316
Aufwand	14.887	14.182	13.827	13.782	13.302	11.990	11.623	10.990	6.158	6.310
Überschuss / Fehlbetrag	1.154	888	776	73	-255	483	-243	-1.002	20	6



8. Kennzahlen

	Angaben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	21,7	32,0	33,0	29,0	27,0	34,0
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	44,8	39,2	3,7	negativ	24,4	negativ
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	6,0	5,5	0,5	negativ	4,0	negativ
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	11,3	15,2	3,8	negativ	8,2	negativ
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	42	43	40	36	33	39
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	52	74	82	82	82	87
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	2.503	2.434	1.847	1.478	2.106	1.071
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	82	76	76	79	71	69

9. Leistungsdaten

	2017	2016	2015
1. Länge Leitungen in km*			
- Glasfaser	600	455	436
- Kupfer	393	543	543
- Koaxkabel	77	85	85
2. Anzahl betreuter Anschlüsse			
- Telefon	7.495	6.409	4.600
- Internet	8.388	7.476	6.317
- Fernsehsignal	16.350	16.599	16.946

10. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die SWU TeleNet GmbH hat, wie in den vergangenen Jahren, im Geschäftsjahr 2017 Dienstleistungen im Telekommunikationssektor für ihre Schlüsselkunden Stadtverwaltung Ulm und den SWU Konzern erbracht. Die Dienstleistungen beinhalteten Planung, Bau und Betrieb von Breitbandanbindungen, Telefonanlagen, lokalen Netzwerken und Funkanlagen. Für den Schlüsselkunden Stadtwerke Ulm und weitere gesellschaftlich mit der SWU verbundenen Unternehmen, wie den TWH (Technische Werke Herbrechtingen), der FUG (Fernwärme Ulm GmbH), den EBU (Entsorgungs-Betriebe der Stadt Ulm) und der Schwaben Mobil stellt die SWU TeleNet GmbH IT-Dienstleistungen im SAP-Umfeld, im Benutzerservice, aber auch im GIS-Bereich bereit. Neben ihren Schlüsselkunden versorgt die SWU TeleNet GmbH auch Geschäfts- und Privatkunden mit Telekommunikationsdienstleistungen. Für Geschäftskunden und Carrier wurden hauptsächlich Übertragungsdienste kombiniert und mit Internetdienstleistungen über das NGN - Backbone der SWU TeleNet GmbH zur Verfügung gestellt. Neben den Übertragungsdiensten wurde den Geschäftskunden auch Rechenzentrumsdienstleistungen bereitgestellt. Darin enthalten sind die Telekommunikationsnetzanbindung, Internetdienste, die Klimatisierung und eine unterbrechungsfreie Stromversorgung für Server. Die Privatkunden haben die Möglichkeit, neben der Fernsehsignalversorgung auch Internetdienste und Telefondienstleistungen über das Kabelfernsehnetz der SWU TeleNet GmbH zu nutzen. Übertragungsgeschwindigkeiten mit Bandbreiten bis zu 200 Mbit/s sind im Fernsehkabelnetz realisierbar.

Die Anzahl der Internetanschlüsse konnte um 912 Kunden auf 8.388 Anschlüsse gesteigert werden. Zum Jahresende 2017 werden 16.350 Kunden mit dem Fernsignal der SWU TeleNet GmbH versorgt.

Die Anzahl der KVz-Kunden konnte in 2017 um weitere 550 gesteigert werden. Insgesamt hat die SWU TeleNet GmbH 4.192 KVz-Anschlüsse am Netz.

Die in ländlichen Gebieten über Funk angebotenen Kunden werden aus wirtschaftlichen Gründen sukzessive auf das Festnetz migriert, da der größte Teil der betroffenen Gemeinden inzwischen durch die SWU TeleNet GmbH mit Glasfaser erschlossen wurde und damit ein wesentlich leistungsfähigeres Netz zur Verfügung steht. Insgesamt nutzen im ländlichen Raum trotz KVz-Ausbau noch 61 Kunden (-48 Kunden) die Internetdienstleistung über Funk der SWU TeleNet GmbH.

Für die Abwicklung der Kundenaufträge ist das Telekommunikations-CRM (ZFA) das führende System. Neue Geschäftsprozesse wie z.B. Wholebuy erfordern eine ständige Weiterentwicklung der Anwendung. Der Auftragsabwicklungsprozess wurde bereits optimiert, aktuell erfolgt die Schnittstellen- und Systemanpassung in der IT.

Im April erfolgte die Umsetzung des Service-Centers von der Bauhoferstraße in das SCNM. Hierdurch ist das gesamte Produktportfolio der SWU an einem zentralen Ort für unsere Kunden erreichbar.

Der Wholebuy Vertragsabschluss mit der Telekom ist ein weiterer Schritt in Richtung Open Access-Strategie (Nutzung unserer Infrastruktur durch weitere Carrier). Dieser Vertrag wurde in Zusammenarbeit mit den G-FIT Partnern erarbeitet. Die Telekom kann somit unser Netz im Kabelverzweigerbereich gegen ein auskömmliches Entgelt nutzen. Dies bedeutet für die Ulmer Bürger die Erweiterung der Anbieterswahl und für die TeleNet einen zusätzlichen Deckungsbeitrag.

Für die Gewerbegebiete Donautal und Neu-Ulm wird der Vectoring-Ausbau umgesetzt. Hier sind seit Mitte des Jahres Bandbreiten (über Kabelverzweiger) bis 100Mbit/s möglich. Als nächste Vectoringausbaustufe ist die Erschließung der Stadtteile mit hohen Marktanteilen bis Mitte 2018 geplant. Die "Reservierung" der Standorte bei der Bundesnetzagentur ist bereits erfolgt.

Die Zusammenarbeit im G-FIT Gesellschafterverbund hat sich weiterhin bewährt. So wurden die Voraussetzungen zur Vorratsdatenspeicherung (z. Zt. ausgesetzt) und der Wholebuy-Vertrag mit der Telekom gemeinsam entwickelt. In Zukunft wird eine gemeinsame Dienstleistungsplattform die Zusammenarbeit weiter fördern. Die TK-Lindau fordert auf Grund wirtschaftlicher Schwierigkeiten eine erhebliche Reduzierung ihres Kostenbeitrages. Aktuell werden die Argumente ausgetauscht.

Zur Erfüllung der Anforderungen des IT-Sicherheitsgesetzes wurde 2015 das Projekt ISMS (Informationssicherheits-Managementsystem) aufgesetzt. Ziel ist die Zertifizierung nach ISO 27001 bis Januar 2018. Weitere Schritte in Richtung Systemkonsolidierung wurden unternommen, um die immer weiter steigenden Anforderungen an Speicherplatz, Ausfallsicherheit und schnelleren Zugriffszeiten sicherzustellen.

Im Bereich der IT-Dienstleistungen konnten die Umsatzerlöse um ca. 220 T€ auf 5.811 T€ gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Von den 5.811 T€ Umsatzerlösen wurden 5.382 T€ (Vj: 5.201 T€) innerhalb der SWU-Gruppe erbracht.

Die Umsatzerlöse im TK-Bereich konnten um 307 T€ auf 8.969 T€ gesteigert werden. Die Steigerung beruht vor allem auf den externen Geschäften im Bereich der KVZ-Kunden. Weitere wichtige Standbeine der SWU TeleNet GmbH sind Telekommunikations- und LAN- Systeme. Innerhalb der SWU Gruppe wurden Leistungen in Höhe von 1.358 T€ (Vj: 1.585 T€) erbracht. Weiterhin befindet sich die SWU TeleNet GmbH, v.a. im TK-Bereich auf Wachstumskurs.

Die Gesamtleistung erhöhte sich um 538 T€. Der Personalaufwand stieg um 326 T€ und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken um 373 T€ gegenüber 2016. Das Betriebsergebnis verbessert sich um 120 T€ auf 1.054 T€.

In Summe verbesserte sich das Ergebnis der SWU TeleNet GmbH gegenüber dem Vorjahr um 112 T€. Der Jahresüberschuss von 888 T€ wurde im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrags an die Muttergesellschaft SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH abgeführt.

Der weitere Netzausbau und die verstärkte Gewinnung von Privat- und Gewerbekunden lassen für 2018 ein positives Ergebnis erwarten. Der Anstieg der Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2018 begründet sich in der flächendeckenden Versorgung der erschlossenen Teilorte von Ulm und Neu-Ulm mit einem Potential von 17.900 möglichen Anschlüssen. Aber auch für Gewerbekunden in diesen Ortsteilen gibt es marktgerechte Breitbandprodukte, die einen Erlösanstieg erwarten lassen.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

a) Eigenkapital

Im Gesellschaftsvertrag ist geregelt, dass das Kapitalkonto II der Gesellschafter ebenfalls Eigenkapital im Sinne des Handelsrechts darstellt.

Festeinlagen Kapitalkonto II:

- SWU Energie GmbH	5.387 T€
- Kleinwasserkraftwerke GmbH & Co. KG	2.310 T€

b) Bauvorhaben

Mit dem Neubau des Wasserkraftwerkes wurde in 2007 begonnen. Die Inbetriebnahme der Anlage erfolgte am 15. Oktober 2009. Der erzeugte Strom wird nach den Vorschriften des EEG in das öffentliche Netz eingespeist.

c) Nutzungsvertrag

Mit Datum vom 17. Juni / 6. August 2004 wurde mit der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd Aschaffenburg (WSV) ein Nutzungsvertrag geschlossen. Für die Nutzung von Land- und Wasserflächen verpflichtet sich die WKW ein jährliches Entgelt aus einem flächenbezogenen und einem umsatzbezogenen Teil zu leisten und darüber hinaus elektrische Energie (jährlich bis zu 300.000 kWh) unentgeltlich an die WSV zu liefern.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(Der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	2	2	1
Auszubildende	0	0	0

6. Bilanzen

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	15.203	15.216	16.120
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	455	484	513
Umlaufvermögen	1	0	204
Summe	15.659	15.700	16.837
Passiva			
Eigenkapital	3.798	3.113	3.658
Rückstellungen	270	267	274
Verbindlichkeiten	11.591	12.320	12.905
Summe	15.659	15.700	16.837

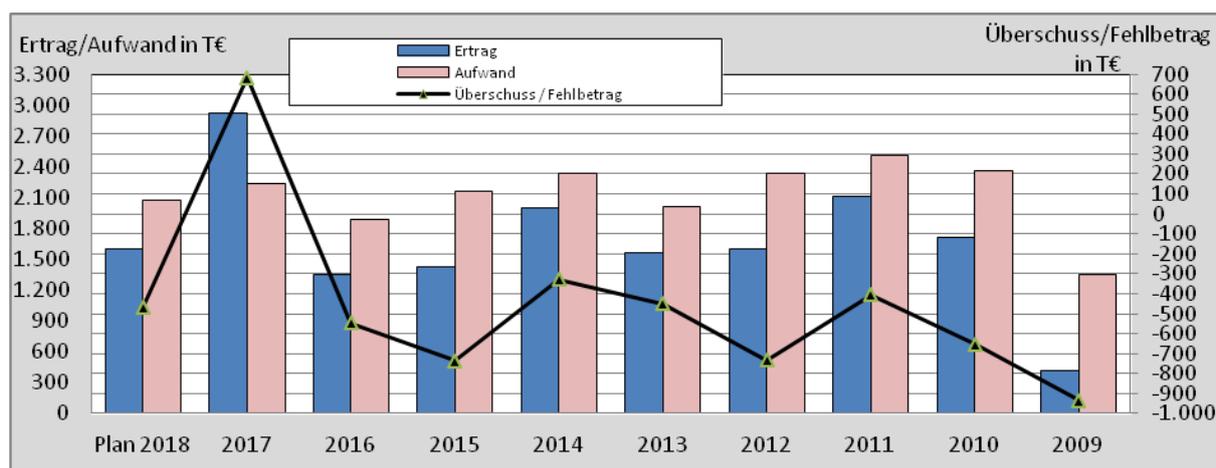
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	1.548	1.194	1.293
Sonst. betriebl. Erträge	1.312	96	1
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	55	55	128
Jahresfehlbetrag	0	545	737
Summe	2.915	1.890	2.159
Aufwand			
Personalaufwand	74	61	61
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	27	8	4
Sonst. betriebl. Aufwand	170	209	327
Abschreibungen	1.462	1.018	1.022
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	498	594	745
Jahresüberschuss	684	0	0
Summe	2.915	1.890	2.159

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	1.598	2.915	1.345	1.422	2.001	1.566	1.603	2.106	1.709	417
Aufwand	2.069	2.231	1.890	2.159	2.329	2.016	2.336	2.511	2.361	1.351
Überschuss / Fehlbetrag	-471	684	-545	-737	-328	-450	-733	-405	-652	-934



8. Kennzahlen

	Angaben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	24,3	19,8	21,7	24,7	24,8	12,9
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	18	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	44	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	7,6	0,3	0,1	1,8	1,5	1,2
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	24	20	22	25	25	13
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	100	100	99	99	98	99
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	2.147	473	285	736	579	279

9. Leistungsdaten

Leistungsdaten	2017	2016	2015
	MWh	MWh	MWh
mögliche mittlere Gesamtleistung	18.200	18.200	18.200
tatsächliche Stromerzeugung	15.900	12.000	12.900

10. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die SWU Energie GmbH hat sich an der WKW Staustufe Kostheim/Main GmbH & Co. KG im November 2005 beteiligt. Mit dem Bau der Anlage wurde im November 2007 begonnen. Die Inbetriebnahme erfolgte am 15. Oktober 2009.

Die Gesamtleistung des Wasserkraftwerkes soll im Mittel ca. 18,2 Mio. kWh betragen. Die in 2017 erzeugte Strommenge von 15,9 Mio. kWh wurde in vollem Umfang nach den Vorschriften des EEG in das öffentliche Netz eingespeist. Es konnte ein Durchschnittspreis von 9,76 €Ct (Vorjahr 9,94 €Ct) pro kWh erzielt werden.

Die Stromerlöse konnten in 2017 wegen verbesserten Wasserführungs- und Produktionsverhältnissen um ca. 30 % auf 1.548 T€ (Vorjahr 1.194 T€) erhöht werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhen sich um 1.216 T€. Dies liegt im Wesentlichen an einer Zuschreibung eines Gebäudes und des Ein- und Auslaufbauwerks.

Die Aufwandsbereiche für bezogene Leistungen und Personal liegen mit relativ geringen Schwankungen im Bereich der Vorjahreswerte. Bei den Abschreibungen, die bisher linear auf die Restlaufzeit des Wasserrechts erfolgten, soweit nicht von einer kürzeren Nutzungsdauer auszugehen war, haben sich durch die Angleichung der Handelsbilanz an die geänderte Steuerbilanz erhebliche Veränderungen ergeben. Gebäude, sowie Ein- und Auslaufbauwerke werden jetzt deutlich länger auf 33 Jahre ab Fertigstellung in 2009 abgeschrieben. Bei den Stromerzeugungsanlagen ist durch die Anwendung der degressiven Abschreibungsmethode bei unveränderter Nutzungsdauer bis zum Auslaufen des Wasserrechts eine höhere Abschreibung gegeben. Per Saldo erhöhen sich die Abschreibungen um 444 T€ gegenüber dem Vorjahr auf jetzt 1.462 T€.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen hat sich eine leichte Reduktion um 14 T€ ergeben, die sich auf verschiedene Positionen verteilt. Die Instandhaltungsaufwendungen liegen auf niedrigem Niveau (22 T€).

Die weiteren Kosten für die Beratung und Planung des Fischauf- bzw. abstieges mit 90 T€ hat die Gesellschaft zu den bereits im Vorjahr angefallenen 82 T€ aktiviert.

Das Finanzergebnis der Gesellschaft ist mit 443 T€ deutlich negativ, aber um 96 T€ besser, als im Vorjahr. Wegen den Aufwendungen für Zinnsicherungsgeschäfte in Bezug auf das größte Bankdarlehen konnte kein stärkerer Rückgang erzielt werden.

Insgesamt konnte die Gesellschaft seit Inbetriebnahme des Kraftwerks erstmals einen Jahresüberschuss in Höhe von 684 T€ erzielen. Rein aus dem operativen Stromerzeugungsgeschäft erzielte die Gesellschaft auch erstmalig ein positives Ergebnis von 25 T€.

Die private Vermarktung des erzeugten Stromes wird wegen der derzeit geltenden EEG-Bestimmungen auch in 2018 nicht möglich sein, so dass der Strom weiterhin nach den Bestimmungen des EEG in das regionale Verteilernetz der Stadtwerke Mainz eingespeist wird.

Aufgrund behördlicher Anforderungen und neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse über das Fischwanderverhalten sollen in den nächsten Jahren der Fischaufstieg- und -abstieg verbessert und andere ökologische Maßnahmen durchgeführt werden. Der Genehmigungsbescheid für die Fischaufstiegsanlage kann erst nach Abschluss der Planungen für einen optimierten Fischaufstieg erteilt werden.

SWU VERKEHR GMBH

Bauhoferstr. 9

89073 Ulm

www.swu.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH	100,00 =	13.000.000

2. Beteiligungen

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH	51,17 =	143.276

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 30. Dezember 1998 in der Fassung vom 25. August 2004.
- 3.2. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst im Rahmen ihrer kommunalen Aufgabenstellung den Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs im Raum Ulm und Neu-Ulm, mobilitäts- und artverwandte Dienstleistungen sowie der Betrieb des Industriegleises.
- 3.3. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
- 3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Berichtsjahr ist erfüllt. Auf die Leistungsdaten unter Ziffer 9 und den Lagebericht (Ziffer 10) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

- 4.1. Gesellschafterversammlung
- 4.2. Aufsichtsrat - 15 Mitglieder
Besetzung siehe SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH

Die Bezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 1.482 Euro.

- 4.3. Geschäftsführung
- | | | |
|-----------------------------|--------------------------------|-----------------|
| Dipl. Ing., MBA, Klaus Eder | Kaufmännischer Geschäftsführer | |
| André Dillmann | Technischer Geschäftsführer | (ab 01.03.2017) |

Einer Veröffentlichung der Bezüge in individualisierter Form hat die Geschäftsführung unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB nicht zugestimmt.

5. Lage des Unternehmens

- 5.1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen
- a) Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag
Gemäß Vereinbarung vom 30. Dezember 1998 wurde mit steuerlicher Wirkung zum 1. Dezember 1998 mit der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen. Das Vertragsverhältnis lief ursprünglich bis zum 31. Dezember 2003 und verlängert

sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt wird.

b) Geschäftsbesorgungsvertrag Stadtwerke Ulm

Am 1. Januar 2011 hat die Gesellschaft mit der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, der SWU TeleNet GmbH und der STW Netze GmbH einen Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen, um die konzernintern vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht zu verrechnen.

Am 12. Dezember 2016 hat die Gesellschaft mit der SWU Energie GmbH, der SWU Verkehr GmbH, der SWU TeleNet und der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH einen Rahmendiensteleistungsvertrag, als Nachfolgewerk zum bisherigen Geschäftsbesorgungsvertrag, abgeschlossen, um die konzerninternen vorhandenen Kompetenzen zu nutzen und die erbrachten Dienstleistungen verursachungsgerecht zu verrechnen. Die Verrechnung erfolgt auf Vollkostenbasis ohne Gewinnzuschläge. Der Vertrag läuft vom 1. Januar 2017 auf unbestimmte Zeit, sofern er nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Kalenderjahres gekündigt wird. Die Aufgaben der Gesellschaft bestehen dabei in der Erbringung von Dienstleistungen, in der Unternehmensleitung, Rechts- und Versicherungsangelegenheiten, Grundstück- und Gebäudemanagement, Hochplanung und Durchführung, Baubetreuung und Hausdienste, Personaldienstleistungen, Marketing, Einkauf und Materialwirtschaft, internes und externes Finanz- und Rechnungswesen, Controllingleistungen, Allgemeine Verwaltung, Vermögensbeteiligungen sowie Bereitstellung von Darlehen.

c) Geschäftsbesorgungsvertrag Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH

Mit Wirkung vom 1. Januar 2016 wurde ein neuer Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH abgeschlossen. Die Laufzeit endet am 31. Dezember 2019. Die Aufgaben der SWU Verkehr GmbH bestehen in der Durchführung des Verkehrs- und Betriebsmanagements.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

- a) Zur Verkehrsbedienung der Städte Ulm und Neu-Ulm werden diverse Omnibuslinien und eine Straßenbahnlinie betrieben. Der umfangreiche eigene Fuhrpark wird durch die Anmietung von Bussen privater Unternehmer ergänzt.
- b) Mit den Entsorgungsbetrieben Ulm (EBU) und der DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee (RAB) bestehen seit 2006 Kooperationen in der gemeinsamen Nutzung des Betriebshofes der SWU Verkehr GmbH sowie der Fahrzeuginstandhaltung.
- c) Mit Vertrag vom 11. April 2006 wurden 51,17 % der Anteile an der Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH, Bobingen, angekauft. Mit Fahrleistungsvertrag vom 26.09.2006/06.02.2007 und weiterer Zusatzverträge ist das Unternehmen seit 1. Oktober 2006 mit der vollständigen Erbringung der Fahrleistungen der SWU Verkehr GmbH beauftragt.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(Der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	199	198	201
Auszubildende	0	0	0

6. Bilanzen

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	93.616	56.953	43.731
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	1.223	1.355	1.448
Umlaufvermögen	9.832	5.130	3.325
Rechnungsabgrenzungsposten	5	3	2
Summe	104.676	63.441	48.506
Passiva			
Eigenkapital	22.235	22.235	22.235
Rückstellungen	11.358	7.375	7.199
Verbindlichkeiten	71.083	33.831	19.072
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	104.676	63.441	48.506

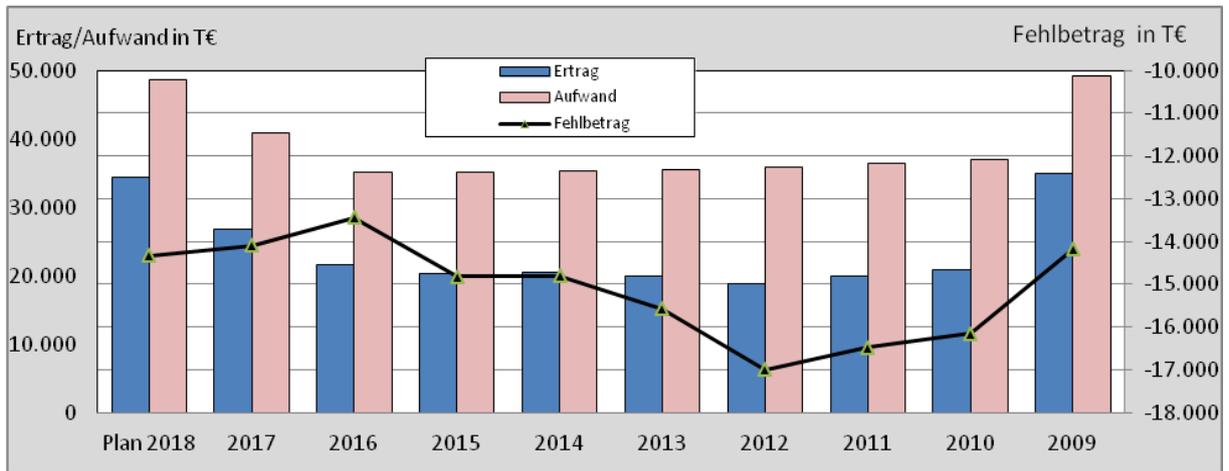
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	20.915	20.034	18.309
Sonst. betriebl. Erträge u. aktivierte Eigenleistungen	5.859	1.412	1.900
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge, Beteiligungsertr.	42	140	3
Jahresfehlbetrag	14.086	13.437	14.819
Summe	40.902	35.023	35.031
Aufwand			
Personalaufwand	13.740	13.302	14.235
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	16.454	11.147	10.262
Sonst. betriebl. Aufwand	7.083	7.541	7.092
Abschreibungen	2.246	2.164	2.525
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.267	857	908
Steuern	112	12	9
Summe	40.902	35.023	35.031

7.2. langfristige Darstellung

	T€									
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	34.355	26.816	21.586	20.212	20.481	19.905	18.866	19.974	20.792	34.976
Aufwand	48.689	40.902	35.023	35.031	35.279	35.484	35.854	36.451	36.944	49.160
Fehlbetrag	-14.334	-14.086	-13.437	-14.819	-14.798	-15.579	-16.988	-16.477	-16.152	-14.184



8. Kennzahlen

	Angaben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	21	35	46	68	65	63
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ	negativ
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	23	38	49	84	84	105
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	91	92	93	82	77	60
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	-11.772	-11.782	-11.948	-11.892	-13.095	-14.280
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	69	67	71	64	61	60

9. Leistungsdaten

	2017	2016	2015
a) Linienlänge			
- Straßenbahn	10,3 km	10,3 km	10,3 km
- Omnibus	209,4 km	198,4 km	192,6 km
- Haltestellen	466	460	449
b) Wagenpark			
- Straßenbahn-Triebwagen	10	10	10
- Omnibusse	6	6	6
- Gelenkornibusse	57	57	63

10. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die Geschäftstätigkeit der SWU Verkehr GmbH umfasst die Erbringung von Leistungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und artverwandte Dienstleistungen in den Städten Ulm/ Neu-Ulm und der angrenzenden Regionen. Dies beinhaltet im Wesentlichen:

- Verkehrsmanagement mit Rechnergestütztem Betriebsleitsystem (RBL),
- Vorhaltung der Straßenbahn- und von Eisenbahninfrastruktur,
- Vorhaltung der Straßenbahnfahrzeuge,
- Vorhaltung von Bussen,
- Erbringung von Fahrleistungen im Bus- und Straßenbahnverkehr,
- ÖPNV-Planungsleistungen für die konzeptionelle Angebotsgestaltung und den Infrastrukturausbau sowie
- Werkstatteleistungen und Fuhrparkmanagement für den SWU-Konzern und Dritte.

Die Mittel für die Infrastrukturförderung wurden in Baden-Württemberg im Berichtsjahr in einer konstanten Höhe beibehalten. Die Geschäftsführung geht aber davon aus, dass die öffentlichen Haushalte, u.a. aufgrund der gesetzlich verankerten Schuldenbremse, in den nächsten Jahren weiter konsolidieren müssen und somit auch die Infrastrukturförderung rückläufig sein wird, obwohl der Neubaubedarf zumindest in Bayern und Baden-Württemberg unverändert hoch und der Bedarf für Reinvestitionen bundesweit in den letzten Jahren stark angestiegen ist. Zudem erfolgt mit dem nun in Kraft getretenen Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) eine weitere Ausweitung der Fördertatbestände, was zu Lasten der großen Verkehrsprojekte gehen wird. Zentrale Fördertatbestände für den Erhalt der bestehenden ÖPNV-Systeme, wie die Grunderneuerungsmaßnahmen bei der Infrastruktur sind zwar formal im Gesetz enthalten, aber nicht mit Mitteln hinterlegt. Seit 2017 fördert das Land Baden-Württemberg wieder mit insgesamt 60 Mio. € für die Jahre 2017 - 2019 die Beschaffung von Schienenfahrzeugen, jedoch nur bei Modernisierung oder Ersatz der bestehenden Flotte.

Die Verkehrsinfrastruktur in den Kommunen ist bereits heute deutlich unterfinanziert, was auch daran liegt, dass die Landesregierung entgegen früherer Praxis keine eigenen Mittel mehr für die Gemeindeverkehrsfinanzierung bereitstellt. Stattdessen wurden bereits im Jahr 2011 neue Fördertatbestände eingeführt, ohne das Gesamtfördervolumen entsprechend zu erhöhen. Im Jahr 2013 folgte dann neben einer erneuten Ausweitung der Fördertatbestände eine generelle Absenkung der Förderquote von 75 auf 50 Prozent sowie die Einführung einer Festbetragsfinanzierung.

Erfreulich ist, dass mit einer Änderung des Grundgesetzes im Juni 2017 die Förderung aus dem bestehenden Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bzw. Entflechtungsgesetz bis zum Jahr 2025 verlängert wurde, wobei trotz hohem Bedarf keine Anpassung der Auszahlungen erfolgte. Zwischen dem Bedarf und den bis 2025 verfügbaren Mitteln aus dem GVFG-Bundesprogramm klafft mittlerweile eine Lücke von über 4 Milliarden €. Zwei von drei Projekten die im Nahverkehrsprogramm des Bundes aufgelistet sind, haben bis 2025 absehbar keine Chance auf Umsetzung, wenn es bei der jetzigen Förderkulisse bleibt. Um allein die von den Ländern und Kommunen für notwendig erachteten und bereits in das Programm aufgenommenen Vorhaben zügig anzugehen, wären jährlich etwa 920 Milliarden € erforderlich. Aus diesem Grund ist es möglich, dass zwar alle Projekte gefördert werden, wenn sie baureif aufgearbeitet sind, allerdings zu einer geringeren Förderquote.

Im Bereich der Fahrzeuge werden die Förderprogramme intensiv geprüft und abgegriffen.

Insgesamt fließen die öffentlichen Mittel für den ÖPNV kontinuierlich, allerdings in einem geringeren Maß als noch vor Jahren. Aus diesem Grund hat die SWU Verkehr GmbH ihre Maßnahmen zur Kostensenkung und Steigerung der Erträge weiter fortgesetzt, um wegfallende Fördermittel kompensieren zu können und das Wirtschaftsergebnis zu verbessern.

Im Streckenabschnitt zum Kuhberg und zur Wissenschaftsstadt verkehrten die Busse in einem dichten Takt (teilweise alle zwei Minuten). Da die Straßenbahn eine höhere Kapazität als ein Bus aufweist, ist der Straßenbahnbetrieb ab einer gewissen Fahrgastzahl gegenüber einem Bus wirtschaftlicher (in Ulm: Bus ca. 100 Sitz- und Stehplätze, Straßenbahn ca. 180 Sitz- und Stehplätze).

Seit 2015 werden die Streckenäste zur Wissenschaftsstadt und zum Kuhberg realisiert. Dabei übernimmt die öffentliche Hand (Bundesrepublik Deutschland, Land Baden-Württemberg, Stadt Ulm) die Investitionskosten der Infrastruktur vollständig.

Die Mittel der Stadt werden dabei der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH als zweckgebundene Kapitalrücklage zur Verfügung gestellt. Die Gesellschaft reicht die Mittel der SWU Verkehr GmbH in Form einer Gesellschafterfinanzierung (Fremdkapital) weiter.

Die Straßenbahnfahrzeuge werden ohne Förderung durch die SWU Verkehr GmbH beschafft. Die Mehraufwendungen für den Straßenbahnbetrieb und den Unterhalt der Trasse werden durch höhere Fahrgeldeinnahmen und Minderaufwendungen im Busbetrieb erwirtschaftet.

Während die Baumaßnahmen an der Strecke als Bundesvorhaben gefördert werden, ist der Ausbau des Betriebshofes ein Landesvorhaben.

Für den Bau der beiden Streckenabschnitte sowie des Betriebshofes liegen alle erforderlichen Planfeststellungsbeschlüsse vor, lediglich für die Haltestelle Hauptbahnhof ist das Bebauungsplanverfahren noch nicht abgeschlossen. Darüber hinaus hat das Land die Förderbescheide für die Straßenbahnstrecke und den Betriebshof ausgestellt und an die SWU Verkehr GmbH übermittelt. Nachdem der Gemeinderat der Stadt Ulm am 6. Mai 2015 den Baubeschluss für die Linie 2 gefasst hat, sind die Baumaßnahmen begonnen und bereits zu mehr als die Hälfte durchgeführt worden. Die Inbetriebnahme der Straßenbahnlinie 2 ist Anfang Dezember 2018 geplant. Die neue Haltestelle am Hauptbahnhof soll im Sommer 2019 und die Wendeschleife am Ehinger Tor im Jahr 2020 in Betrieb gehen.

Im Geschäftsjahr 2017 haben sich die Umsatzerlöse der SWU Verkehr GmbH gegenüber dem Vorjahr um 881 T€ erhöht. Diese Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus der Steigerung der Erlöse aus Servicegeschäften um 1.055 T€. Die Abschreibungen entwickeln sich ähnlich zum Vorjahr.

Das Defizit der SWU Verkehr GmbH erhöhte sich im letzten Geschäftsjahr um 649 T€. Hauptursache ist die Rückstellung von Lohnsteuerverpflichtungen aus einer Betriebsprüfung in Höhe von 495 T€. Darüber hinaus kam es zu einem signifikanten Anstieg der Zinsaufwendungen aufgrund des Anstiegs der Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH.

Das Jahresergebnis in Höhe von -14.086 T€ ist geringfügig besser, als das geplante Ergebnis in Höhe von -14.635 T€ (+549 T€). Vor diesem Hintergrund ist das Jahresergebnis als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Das Gesamtvermögen erhöhte sich deutlich gegenüber dem Vorjahr um 41.234 T€ (ca. + 65%). Hauptgrund hierfür ist der Bau der neuen Straßenbahnlinie 2. Die entsprechenden Leistungen abzgl. erhaltene GVFG-Zuschüsse i. H. v. rund 21.700 T€ wurden in der Position Anlagen im Bau gebucht. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden zudem noch drei neue Busse beschafft.

Die Baumaßnahmen zur Linie 2 werden in den Jahren 2016 bis 2018 umgesetzt. Es ist beabsichtigt, die Inbetriebnahme der gesamten Linie 2 zum Fahrplanwechsel 2018/2019 zu realisieren. Danach erfolgt eine Abrechnung der Gesamtmaßnahme bis 2019.

Nach dem Wirtschaftsplan rechnen die SWU Verkehr GmbH in 2018 mit einem Verlust von 14.334 T€.

SWU NAHVERKEHR ULM/NEU-ULM GMBH

Bauhoferstr. 9

89073 Ulm

www.swu.de

1. Beteiligungsverhältnis

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH	100,00 =	50.000

2. Beteiligungen

	Anteil v. H.	Stammkapital Euro
Donau-Iller-Nahverkehrsverbund GmbH (DING)	12,50 =	10.000

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 18. Dezember 2008.

3.2. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst im Rahmen ihrer kommunalen Aufgabenstellung die Erbringung öffentlicher Personennahverkehrsdienste auf dem Gebiet von Ulm und Neu-Ulm einschließlich ein- und ausbrechender Verkehre.

3.3. Die Gesellschaft ist interner Betreiber der Städte Ulm und Neu-Ulm i.S.d. Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates und ist im Falle der Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags an die Vorschrift des Artikels 5 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 gebunden. Diese Beschränkungen gelten auch für jedes andere Unternehmen, an dem die Gesellschaft auch nur geringfügig beteiligt ist.

3.4. Abgesehen von diesen Beschränkungen ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich im Rahmen der kommunalen Vorschriften hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

3.5. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Berichtsjahr ist erfüllt. Auf die Leistungsdaten in Ziffer 8 und den Lagebericht (Ziffer 9) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.2. Aufsichtsrat - 15 Mitglieder

Besetzung siehe SWU Stadtwerke Ulm/Neu GmbH

Die Bezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 1.482 Euro.

4.3. Geschäftsführung

Dipl.-Ing, MBA Klaus Eder
André Dillmann

Kaufmännischer Geschäftsführer
Technischer Geschäftsführer

(ab 01.03.2017)

Einer Veröffentlichung der Bezüge in individualisierter Form hat die Geschäftsführung unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB nicht zugestimmt.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Rechtliche und organisatorische Grundlagen

- a) **Betrauungsauftrag Stadtverkehr Ulm/Neu-Ulm**
Die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH wurde am 26. November 2009 von der Stadt Ulm und der Stadt Neu-Ulm mit der Verkehrsbedienung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) be-
traut. Der Vertrag trat am 1. Januar 2010 in Kraft und hat eine feste Laufzeit bis zum 31. Dezember 2019.
- b) **Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag**
Gemäß Vereinbarung vom 26. August 2009 wurde mit steuerlicher Wirkung zum 01.01.2009 zwi-
schen der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH und der SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH
ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Das Vertragsverhältnis läuft bis
zum 31.12.2014 und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht mit einer Frist von
sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt wird.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

- a) Seit 1998 besteht nach Gründung einer Donau-Iller-Nahverkehrverbund GmbH (DING) im Juni 1997
ein einheitlicher Verbundtarif. Dem Mischverbund gehören diverse Verkehrsunternehmen und meh-
rere Gebietskörperschaften an. Die Deutsche Bahn AG ist dem Verbund vertraglich angeschlossen.
- b) Am 6. März 2014 hat die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH mit der DING und anderen Ver-
kehrsunternehmen einen Einnahmenaufteilungsvertrag über die Aufteilung der Brutto-
Fahrgeldeinnahmen aus dem DING-Gemeinschaftstarif abgeschlossen. Der Vertrag ersetzt die Ver-
träge von 1997 und 2002 und wird erstmals auf die ab dem 1. Januar 2013 erzielten Einnahmen
angewandt. Der Vertrag kann von jedem Vertragspartner mit einer Frist von einem Jahr zum Ende
des Kalenderjahres gekündigt werden, erstmals zum Ende des Jahres 2016.
- c) Mit der SWU Verkehr GmbH wurde am 3. Februar 2016 mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 ein
Dienstleistungsvertrag abgeschlossen, nach welchem von der SWU Verkehr folgende Dienstleistun-
gen übernommen werden:
 - Leistungen der Geschäftsführung,
 - Bearbeitung strategischer Vertriebsfragen,
 - Durchführung des Verkehrsmarketing,
 - Durchführung der Fahrscheinkontrollen,
 - Bearbeitung der EBE-Fälle,
 - Erstellung der Verbundabrechnung,
 - Verkehrs- und Betriebsmanagement und
 - die Erstellung der Fahr- und Umlaufplanung.
- d) Am 21. Dezember 2015 wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2016 ein Fahrleistungsvertrag zwischen
der SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH und der Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH ge-
schlossen. Der Vertrag ist eine Fortschreibung des Fahrleistungsvertrages der Schwaben Mobil Nah-
verkehr Service GmbH mit der SWU Verkehr GmbH vom 6. Februar 2017, welcher in 2010 auf die
SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH übergegangen ist. Die Schwaben Mobil Nahverkehr Service
GmbH ist laut Vertrag dazu verpflichtet, Personen und Sachen im Straßenpersonenverkehr im Na-
men und auf Rechnung der SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH zu befördern. Der Vertrag endet
am 31. Dezember 2019.
- e) Die mit den entsprechenden Linienkonzessionen für Omnibus- und Straßenlinienverkehr betraute
SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH überträgt in dem am 3. Februar 2016 unterzeichneten und
mit Wirkung zum 1. Januar 2016 gültigen Fahrleistungsvertrag die Erbringung von Fahrdienstlei-
stungen auf die SWU Verkehr GmbH. Der Vertrag endet am 31. Dezember 2019.
- f) Zwischen der Gesellschaft und der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH besteht eine umsatz-,
gewerbe- und körperschaftssteuerliche Organschaft.

5.3. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

6. Bilanzen

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	0	0	0
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	10	10	10
Umlaufvermögen	2.455	3.553	1.941
Summe	2.465	3.563	1.951
Passiva			
Eigenkapital	50	50	50
Rückstellungen	288	19	228
Verbindlichkeiten	2.127	3.494	1.673
Summe	2.465	3.563	1.951

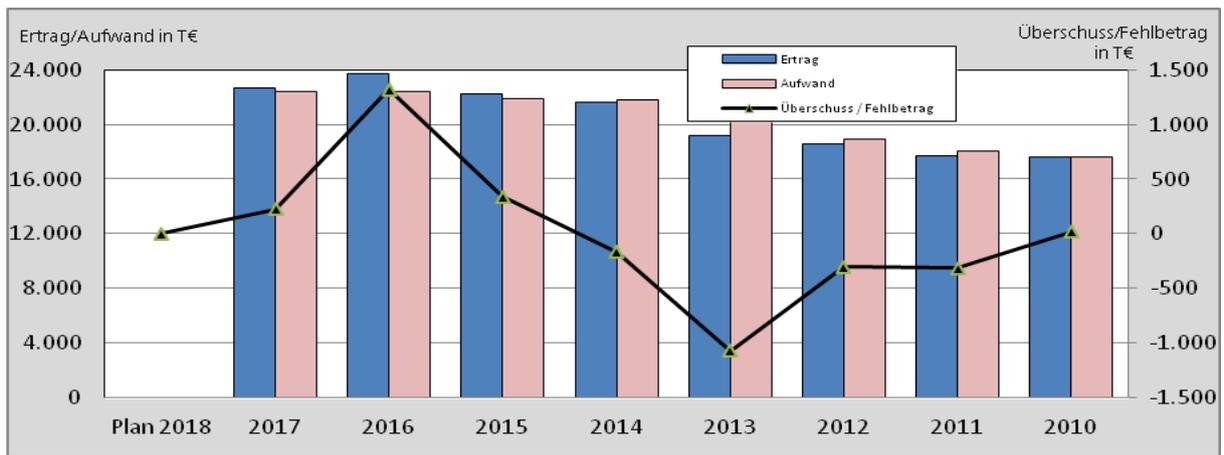
7. Gewinn- und Verlustrechnungen

7.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	22.563	23.522	22.111
Sonst. betriebl. Erträge u. aktivierte Eigenleistungen	81	188	99
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	22.645	23.711	22.211
Aufwand			
Personalaufwand	0	0	0
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	21.056	20.992	20.662
Sonst. betriebl. Aufwand	1.362	1.399	1.207
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	3	3
Jahresüberschuss	223	1.317	339
Summe	22.645	23.711	22.211

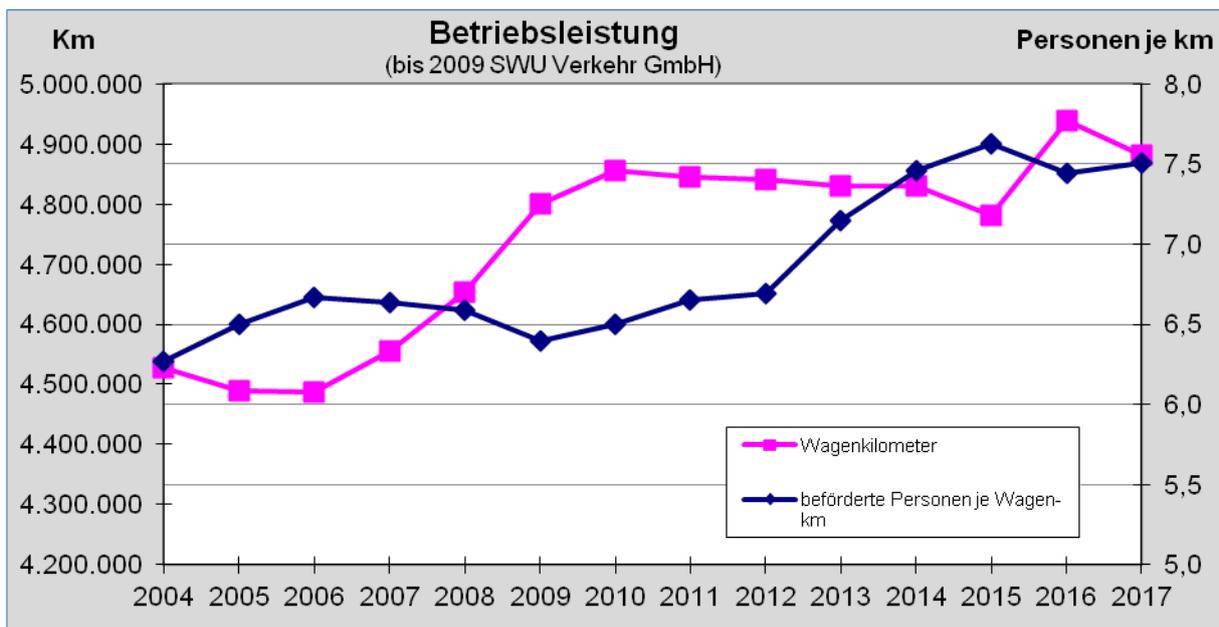
7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	0	22.645	23.711	22.211	21.655	19.177	18.596	17.736	17.592	0
Aufwand	0	22.422	22.394	21.872	21.822	20.248	18.901	18.052	17.576	6
Überschuss / Fehlbetrag	0	223	1.317	339	-167	-1.071	-305	-316	16	-6



8. Leistungsdaten

Leistungsdaten Nahverkehr	2017	2016	2015
a) Wagenkilometer			
- Omnibusse	4.201.058	4.257.985	4.096.444
- Straßenbahn	680.337	681.859	685.001
- Gesamt	4.881.395	4.939.844	4.781.445
b) beförderte Personen	36.676.060	36.732.027	36.471.975
c) beförderte Personen je Wagenkilometer	7,51	7,44	7,63
d) Nutzplatzkilometer	509.344.875	513.446.410	511.556.914



9. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH ist seit 1. Januar 2010 für die Bereiche

- Fahrplanung,
- Fahrgastinformation und Werbung in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Donau-Iller-Nahverkehrsverbundgesellschaft (DING),
- Bestellung der ÖPNV-Leistungen bei Subunternehmen sowie
- Vertrieb der ÖPNV-Leistungen

verantwortlich und besitzt die Liniengenehmigungen nach Personenbeförderungsgesetz. Die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH beschäftigt kein eigenes Personal, sondern bezieht sämtliche Leistungen von Dienstleistern, wie der Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH, der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH und der SWU Verkehr GmbH. Das Ziel der SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH ist, einen positiven Deckungsbeitrag bzw. zumindest ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen.

Um die Einnahmen perspektivisch weiter zu steigern, optimiert die SWU Verkehr GmbH als Dienstleister der SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH den gesamten Vertriebsbereich. Dabei werden folgende Aspekte bearbeitet:

- Neubeschaffung und Einbau von mobilen Automaten in den Straßenbahnen in 2018,
- Neubeschaffung von Fahrscheindruckern in den Fahrzeugen ab 2019,
- als Nachfolgelösung für die DING-Card wird auf das Handy-Ticket gesetzt und
- Erarbeitung von Konzepten für eine weitergehende Digitalisierung des Informations- und Vertriebsangebotes.

Das Jahresergebnis ist geprägt durch die Umsatzerlöse aus dem Nahverkehrsverbund DING. Diese verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 960 T€. Der Hauptgrund dafür ist der Rückgang der DING-Erlöse um 411 T€ und der Rückgang der periodenfremden Erträge um 382 T€ im Vergleich zum Vorjahr.

Der Materialaufwand besteht im Wesentlichen aus dem Zukauf von Fremdleistungen der Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH, von der SWU Verkehr GmbH und Dritten und ist im Vergleich zum Vorjahr um 64 T€ nur leicht gestiegen.

Das Ergebnis vermindert sich vor allem aufgrund des Rückgangs der Umsatzerlöse um 1.094 T€ gegenüber dem Vorjahr. Der Überschuss wird über den Ergebnisabführungsvertrag an die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH weitergeleitet.

Der Tarifvertrag bei der Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH für die Niederlassung Neu-Ulm wurde fristgerecht zum 31. März 2016 gekündigt. Der mit ver.di abgeschlossene Tarifvertrag hat nun eine Laufzeit bis zum 31. Oktober 2018.

Die SWU Verkehr GmbH baut die neue Straßenbahnlinie 2. Die SWU Nahverkehr Ulm/Neu-Ulm GmbH wird nach der Fertigstellung für die Abwicklung des Betriebes verantwortlich sein. Nach den derzeitigen Planungen soll die Strecke zwischen der Wissenschaftsstadt und dem Kuhberg bis 2018 fertiggestellt werden. Der Linienebetrieb soll zum Fahrplanwechsel am 9. Dezember 2018 aufgenommen werden. Die finanziellen Auswirkungen sind in der Mittelfristplanung berücksichtigt.

Die für 2019 geplante Verkehrserhebung im DING-Verbund soll auf das Jahr 2021 verschoben werden. Dafür sprechen mehrere Gründe, z. B. der Start der neuen Straßenbahnlinie 2 im Dezember 2018, die Betriebsaufnahme mehrerer SPNV-Betreiber in 2019 und der Schienenersatzverkehr auf der Südbahn in 2018/2019. Eine Verkehrserhebung in 2021 hat den Vorteil, dass dann die Methode der Einnahmenaufteilung weiter verfeinert werden kann.

TFU-TechnologieFörderungsUnternehmen GmbH

Sedanstr. 14

89077 Ulm

www.tfu.de

1. Beteiligungsverhältnisse

	Anteil v.H.	Stammkapital Euro
Stadt Ulm	29,64 =	252.700
Stadt Neu-Ulm	26,96 =	229.850
Alb-Donau-Kreis	14,82 =	126.350
Landkreis Neu-Ulm	18,82 =	160.450
Industrie- und Handelskammer Ulm	6,10 =	52.050
Universität Ulm	3,66 =	<u>31.200</u>
Stammkapital insgesamt		852.600

2. Beteiligungen

keine

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 2. Februar 2007.
- 3.2. Gegenstand des Unternehmens sind die Errichtung und der Betrieb einer Technologiefabrik, eines Innovations- und Biotechnologiezentrums in Ulm und eines Technologie- und Gründerzentrums in Neu-Ulm.
- 3.3. Das Unternehmen will jungen innovativen Unternehmen den Aufbau eines am Markt erfolgreichen Unternehmens erleichtern. Dies geschieht insbesondere durch die Bereitstellung von Büro-, Werkstatt-, Laborräumen und Gemeinschaftseinrichtungen, von zentralisierten Verwaltungs- und Büroleistungen sowie durch das Angebot von Beratungsdiensten.
- 3.4. Der Gesellschaft ist berechtigt, andere Leistungen gleicher oder ähnlicher Art zu erbringen. Sie darf Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen und vertreten und sich an solchen Unternehmen beteiligen.
- 3.5. Die unter Ziffer 10 aufgeführten Leistungsdaten belegen die Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

4. Organe des Unternehmens

- 4.1. Gesellschafterversammlung
- 4.2. Gesellschafterausschuss
Der Gesellschafterausschuss ist mit Vertretern der Gesellschafter besetzt. Er bereitet insbesondere die Sitzungen der Gesellschafterversammlung vor.
- 4.3. Beirat (derzeit nicht besetzt)
- 4.4. Geschäftsführung
Dipl.-Kffr. Ulrike Hudelmaier (M.A. University of Oregon)

5. Lage des Unternehmens

- 5.1. Wirtschaftliche Grundlagen
 - a) Für die *TechnologieFabrik* wurde 1985 in der Schillerstr. 18 ein Gebäude von der Stadt Ulm angemietet. Das Gebäude wurde zum 30. April 2013 an die Stadt Ulm zurückgegeben. Als Ersatz hierfür wurde mit Kaufvertrag vom 27. Juli 2012 das Gebäude Lise-Meitner-Str. 9, von der

Projektentwicklungsgesellschaft Ulm mbH erworben und seither als *InnovationsZentrum* betrieben. Die Finanzierung erfolgt durch die Gesellschaft selbst.

Mit Mietvertrag von 1998 wurde von der Stadt Neu-Ulm das Gebäude Marlene-Dietrich-Str. 5-7 angemietet. In dem Gebäude ist das *GründerZentrum* untergebracht.

Die Gesellschaft hat mit Kaufvertrag vom 19. September 2001 das Anwesen Sedanstr. 14 von der EADS Deutschland GmbH erworben. In dem Gebäude befindet sich das *Biotechnologie-Zentrum*.

- b) Für den Aufbau und die Einrichtung der Zentren wurden verschiedene Zuschüsse, insbesondere aus Mitteln der Länder Baden-Württemberg und Bayern, sowie der EU-Gemeinschaftsinitiative KONVER bereitgestellt. Die Zuschüsse sind voll ausbezahlt und abgerechnet. Zum Teil sind Vorgaben hinsichtlich der Belegung und Zweckbindung zu beachten.
- c) Zur Finanzierung der Erwerbs- und Umbaukosten für das Biotechnologiezentrum wurde von den Gesellschaftern mit Vertrag vom 31. Januar / 06. Februar 2002 ein Konsortialkredit unter der Führerschaft der Sparkasse Ulm bereitgestellt.

5.2. Organisatorische Grundlagen

Die Geschäftsführung wurde bis zum 30. September 2017 im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Steinbeis Beratungszentren GmbH, Stuttgart ausgeübt. Seit dem 1. Oktober 2017 ist Frau Dipl.-Kffr. Ulrike Hudelmaier, M.A. Univ. of Oregon bei der TFU-TechnologieFörderungsUnternehmen GmbH angestellt.

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes eigenes Personal. Die Buchhaltung ist extern vergeben.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	4,15	4,15	4,15
Auszubildende	0	0	0

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
- Zuschuss Betrieb	64	60	53
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Anlagevermögen	5.083	5.237	5.387
Umlaufvermögen	608	503	498
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	1
Summe	5.700	5.740	5.886
Passiva			
Eigenkapital	351	351	351
Rückstellungen	95	40	42
Verbindlichkeiten	5.254	5.349	5.493
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	5.700	5.740	5.886

8. Gewinn- und Verlustrechnung

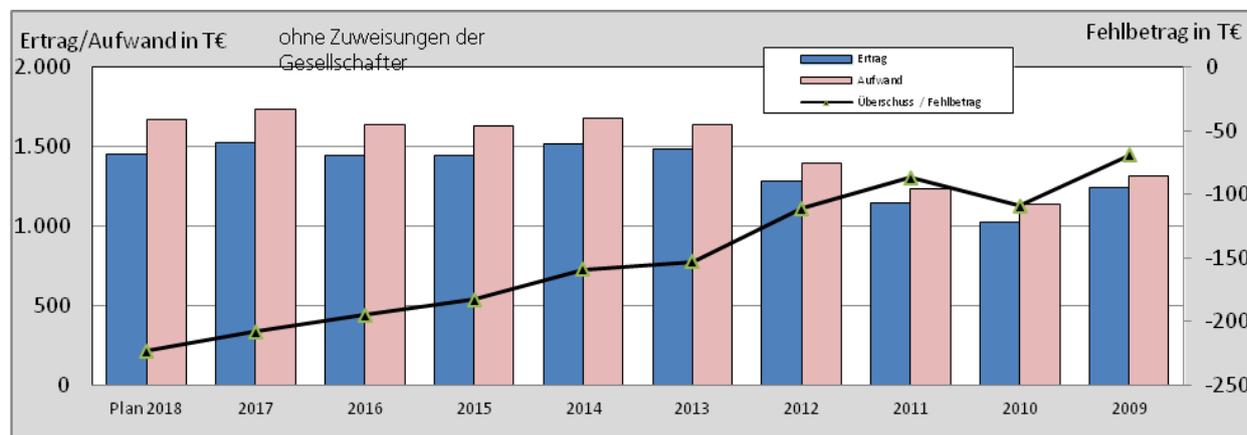
8.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	1.497	1.411	1.384
Sonst. betriebl. Erträge	32	35	55
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	6
außerordentliche Erträge von Gesellschaftern	209	195	183
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	1.738	1.641	1.628
Aufwand			
Personalaufwand	234	193	181
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	1.007	962	913
Sonst. betriebl. Aufwand	101	88	138
Abschreibungen	194	191	185
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	185	190	194
Steuern	17	17	17
Jahresüberschuss	0	0	0
Summe	1.738	1.641	1.628

8.2. langfristige Darstellung

Ohne Zuweisungen der Gesellschafter	T€	T€	T€	T€						
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	1.452	1.529	1.446	1.445	1.522	1.488	1.282	1.149	1.026	1.246
Aufwand	1.675	1.738	1.641	1.628	1.681	1.641	1.393	1.236	1.135	1.315
Überschuss / Fehlbetrag	-223	-209	-195	-183	-159	-153	-111	-87	-109	-69

Anmerkung: Zum 01.08.2012 Erwerb Lise-Meitner-Strasse (InnoZ-neu)



9. Kennzahlen

	Angaben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	6	6	6	6	6	6
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen (ohne Ertragszuschüsse)	%	7	7	7	6	6	6
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	89	91	92	89	90	90
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	194	191	185	178	173	132
Personalaufwand je Mitarbeiter - ohne nebenamtl. Geschäftsführung	T€	56	46	44	44	39	35

10. Leistungsdaten

	Mietfläche	2017	2016	2015
	Stand 31.12.2017	vermietet	vermietet	vermietet
Objekte				
- Innovationszentrum Lise-Meitner-Str. (InnoZ)*	2.374 m ²	82,2%	77,5%	66,5%
- BiotechnologieZentrum (BioZ)	2.616 m ²	92,1%	87,2%	86,4%
- GründerZentrum (GTZ)	2.891 m ²	78,1%	73,7%	76,3%
vermietbare Gesamtfläche/Auslastung	7.880 m ²	84,0%	79,3%	76,7%
Anzahl Partnerunternehmen		69	60	72
*Umbaumaßnahmen im 2. Halbjahr 2014				

Erlöse nach Objekten (insb. Mieten, Nebenkosten, Dienstleistungen)	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
- InnovationsZentrum LMS (InnoZ) ab 08/2012	442	409	392
- BiotechnologieZentrum (BioZ)	711	661	657
- GründerZentrum (GTZ)	344	341	355
Gesamt	1.497	1.411	1.404

11. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die TFU-TechnologieFörderungsunternehmen GmbH (TFU) ist das Startup- und Innovationszentrum der Region Ulm/Neu-Ulm. Sie betreibt 3 Häuser zur Ansiedlung und Förderung junger Unternehmen aus dem Bereich Dienstleistungen, Biotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie.

Im Berichtszeitraum 2017 war die Vermietungssituation in allen Häusern gut..

Grundsätzlich gilt, dass die Zahl der Gründungen im Raum Ulm/Neu-Ulm mit seiner aktuell sehr guten Wirtschaftslage und ausgesprochen geringen Arbeitslosigkeit insgesamt auf einem niedrigen Niveau verharrte.

Das Jahr 2017 stand im Zeichen der Weiterentwicklung der Angebote für Startups und die Weiterentwicklung des Mittelstandes im Zeichen der Digitalisierung.

Konkret konnte die TFU im Berichtszeitraum Schwerpunkte ihrer Aktivitäten in folgenden Bereichen setzen:

- Startups
Der Ausbau der Kontakte und Kompetenzen in der Startup-Szene wird von vielfältigen Aktivitäten auf politischer Ebene unterstützt, z.B. Unterstützung der erfolgreichen Bewerbung der Region Ulm-Alb-Donau-Biberach zum Digital Hub; Organisation und Beteiligung am Startup-Gipfel in Stuttgart im Juli 2017 u.v.m.
- Innovationspartnerschaft
Durch die im Juni 2016 von den Gesellschaften genehmigte Innovationspartnerschaft hat die TFU ihren Fokus erweitert, was durchaus auch zu Kooperationen zwischen Mittelstand oder

dem Handwerk und Startups führen kann. Damit unterstützt die TFU den Digital Hub, der für den Mittelstand der Region sinnvoll ist.

- Ausrichtung des Micro-Testbeds "Smart Facility", gemeinsam mit dem Ferdinand-Steinbeis-Institut, 6 teilnehmende Firmen entlang der Wertschöpfungskette diskutierten konkrete Anwendungsmöglichkeiten in der Digitalisierung.

Die Maßnahmen der Geschäftsbesorgung der TFU führten auch im Jahr 2017 zu einer Auslastung, die erneut gesteigert werden konnte. Sie liegt insgesamt bei 84 %, gegenüber 79,3 %, 76,7 % und 72,6 % in den Jahren zuvor.

Die Auslastung des BiotechnologieZentrums konnte auch 2017 auf dem erreichten hohen Niveau (92,1 %) stabilisiert werden, es wurden auch einzelne, ungünstig gelegene Räume vermietet. Instandhaltungsmaßnahmen wurden regelmäßig durchgeführt, um die Immobilie in gutem Zustand zu erhalten. Größere Investitionen waren nicht notwendig, stehen aber an: das Flachdach hat das Ende seiner Lebensdauer erreicht und muss erneuert werden.

Das Gründerzentrum in Neu-Ulm war mit inzwischen 78,1 % besser ausgelastet. Umbauarbeiten mit einem Investitionsvolumen i.H.v. ca. 80.000,00 € wurden begonnen, um eine attraktive Startup-Lounge und interessante Coworking-Möglichkeiten zu schaffen. Ein Teil der Investitionen wurde ins Jahr 2018 verschoben.

Das InnovationsZentrum hat sich zu einem kleinen Startup-Zentrum entwickelt. Auch hier werden Coworking-Spaces angeboten, die gut angenommen werden.

Die Kooperation mit dem Business Park Ehingen Donau, BED wurde weitergeführt.

Die TFU konnte und kann somit ihr wichtigstes Ziel, die Unterstützung von Existenzgründern und Gründerinnen, insbesondere durch Hilfe und Unterstützung im Tagesgeschäft, in wirtschaftlich erfolgreicher Weise weiter ausbauen. Es gelingt seit Jahren das Defizit sehr gering zu halten. Für das Jahr 2018 ist geplant, über die Entwicklung der Mietpreise zu beraten, um diese weiterhin marktgerecht zu gestalten.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich moderat von 1.411 T€ auf 1.498 T€ (+ 6 %). Im Wesentlichen resultieren die Umsatzerlöse, analog Vorjahren, aus der Vermietung der Objekte. Insofern handelt es sich bei den Umsatzerlösen, die stark von der Auslastungsquote der drei Häuser GründerZentrum, InnovationsZentrum und BiotechnologieZentrum abhängt, um den für die interne Steuerung verwendeten bedeutsamen finanziellen Leistungsindikator. In Bezug auf die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für die bezogenen Waren war ein Anstieg von 873 T€ auf 940 T€ (+8%) zu verzeichnen. Die Personalaufwendungen einschließlich der Aufwendungen für bezogene Leistungen entwickelten sich von 281 T€ auf 302 T€ (+ 7 %). Die Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhten sich, infolge der Zugänge und Umbuchungen im Sachanlagevermögen im abgelaufenen Geschäftsjahr leicht von 191 T€ auf 194 T€ (+ 2 %). Angesichts der Rückzahlung der Darlehen auf Basis der Tilgungspläne reduzierten sich die Zinsaufwendungen von 190 T€ auf 185 T€ (- 3 %). Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind von 88 T€ auf 101 T€ (+ 15 %) resultiert im Wesentlichen aus der Bildung von Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie aus gestiegenen Beratungskosten. Die Geschäftsleitung verfolgt, wie in den Vorjahren, eine Strategie der Risikominimierung und hat sich daher zu verschiedenen Einzelwertberichtigungen entschlossen.

Das Jahr 2017 schließt mit einem Ergebnis nach Steuern von - 191 T€. Der Zuschuss der Gesellschafter beträgt 209 T€ und liegt damit exakt im Plan.

Der Wirtschaftsplan für 2018 wurde im September 2017 unter konservativen Annahmen aufgestellt. Die Situation ist stabil.

Das Angebot der TFU wird angenommen und resultiert in sehr geringen Ausfällen im Kreise der Unternehmen. Die Geschäftsleitung ist entschlossen, Gründerinnen und Gründer auch weiterhin aktiv durch die ersten Jahre ihrer Selbständigkeit zu begleiten.

Für das Geschäftsjahr 2018 wird insgesamt eine leichte Steigerung der Auslastung der drei Häuser GründerZentrum, InnovationsZentrum und BiotechnologieZentrum gegenüber dem Vorjahr und damit eine leichte Steigerung der Umsatzerlöse erwartet.

ULM-MESSE GMBH (UM)

Böfinger Straße 50

89073 Ulm

www.ulm-messe.de**1. Beteiligungsverhältnis**

Stadt Ulm – alleinige Gesellschafterin
Stammkapital 260.000 €

2. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

2.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 26. September 2005.

2.2. Errichtung und Betrieb von Ausstellungshallen und sonstigen Veranstaltungsräumen sowie die Besorgung damit verbundener Geschäfte, insbesondere:

a) An- und Vermietung, Verpachtung und Betrieb der Veranstaltungshäuser

- Donauhalle, Messefoyer, Gastronomiegebäude und kl. Saal, Freigelände und Volksfestplatz
- Ausstellungshallen Böfinger Straße 50 (Hallen 1 - 3)
- Kornhaus, Kornhausplatz 1
- Congress-Centrum (CCU) am Valckenburgufer (80-Tage-Kontingent)

b) Betrieb, Vermietung und Verpachtung der gesellschaftseigenen Ausstellungshallen Böfinger Straße 52 (Hallen 4 - 7)

c) An- und Vermietung der mit den o.g. Veranstaltungshäusern zusammenhängenden Einrichtungen und Anlagen

d) die Durchführung eigener Veranstaltungen. Aufgrund der Aufsichtsratsbeschlüsse von 1993 und 2002 jedoch derzeit ruhend.

2.3. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich berühren; sie kann sich insbesondere an anderen Unternehmen beteiligen, solche erwerben oder veräußern.

2.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist erfüllt. Auf die unter Ziffer 9 angegebenen Leistungsdaten wird verwiesen.

3. Organe des Unternehmens

3.1. Gesellschafterversammlung

3.1.1. Aufsichtsrat – 12 Mitglieder (Stand 31.12.2017)

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Gunter Czisch

Stellv. Vorsitzender:

Erster Bürgermeister Martin Bendel

Mitglieder:

Stadträtin Katja Adler

Stadträtin Dr. Karin Graf

Stadtrat Dr. Bertram Holz

Stadträtin Dorothee Kühne

Stadträtin Helga Malischewski

Stadtrat Ralf Milde

Stadträtin Lisa-Marie Oelmayer

Stadtrat Dr. Rüdiger Reck

Stadträtin Doris Schiele

Stadträtin Lena Christin Schwelling

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 3.000 €.

3.2. Geschäftsführung

Jürgen Eilts, Betriebswirt (staatl. gepr.)

Der Geschäftsführer erhielt 2017 Gesamtbezüge (einschließlich Arbeitgeberaufwand für Altersversorgung und geldwerter Vorteil Dienstwagen) in Höhe von 127.000,00 EURO.

4. Lage des Unternehmens

4.1. Wirtschaftliche Grundlagen

a) Eigene Hallen

Die Gesellschaft besitzt auf dem Ausstellungs- und Messegelände in der Friedrichsau zwei ältere mit einem Zwischentrakt verbundene Ausstellungshallen von 7.200 m² Ausstellungsfläche (Hallen 4-6), eine 1997 erbaute Halle 7 mit einer Ausstellungsfläche von 2.100 m² sowie eine Parkfläche von 3.000 m². Die Baulichkeiten sind auf Grundstücken der Hospitalstiftung Ulm aufgrund eines unbefristeten Mietvertrages errichtet.

b) Fremde Hallen und Veranstaltungsräume

Mit Vertrag vom 12. Juli 1988 und diversen Nachträgen hat die Gesellschaft von der Stadt Ulm angepachtet:

- Donauhalle mit Donausaal, Foyer und Gastronomie
- Messehallen 1-3
- Festplatz und Vorplatz vor dem Messefoyer
- Freigelände in der Friedrichsau (Hallenfläche rd. 13.500 m², Freigelände rd. 30.000 m²)
- Kornhaus in der Innenstadt

Mit Vertrag vom 14. Juni 1989 hat die Ulm-Messe GmbH zudem von der Maritim Hotelgesellschaft mbH das Congress Centrum am Valckenburgufer (CCU) bei einem Belegungsrecht von bis zu 80 Tagen jährlich gepachtet.

- c) Seit dem 1. Januar 2012 ist die Gesellschaft für die Durchführung der Wochenmärkte und den Weihnachtsmarkt der Stadt Ulm verantwortlich. Die schriftliche Vereinbarung datiert vom 23. Januar 2013.
- d) Über die Durchführung der Leben-Wohnen-Freizeit, der Herbstmesse, der Jagd- und Fischereimesse und den Betrieb des Hausbaucenters wurden mit der Ulmer Ausstellungen GmbH (UAG) Rahmenverträge mit einer Laufzeit bis 2022 abgeschlossen.

4.2. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes eigenes Personal. Verschiedene Querschnittsaufgaben sind im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages der Stadt Ulm übertragen.

4.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	12	11	11
Auszubildende	0	0	0

5. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
- Verlustabdeckung	0	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Gewinnabführung	0	0	0

6. Bilanz

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	667	790	920
Finanz-Anlageverm., Imm. Vermögensgegenst.	11	11	0
Umlaufvermögen	3.769	3.848	3.208
Rechnungsabgrenzungsposten	178	193	209
Summe	4.625	4.842	4.337
Passiva			
Eigenkapital	3.043	2.919	2.682
Rückstellungen	726	863	840
Verbindlichkeiten	810	1.053	812
Rechnungsabgrenzungsposten	46	7	3
Summe	4.625	4.842	4.337

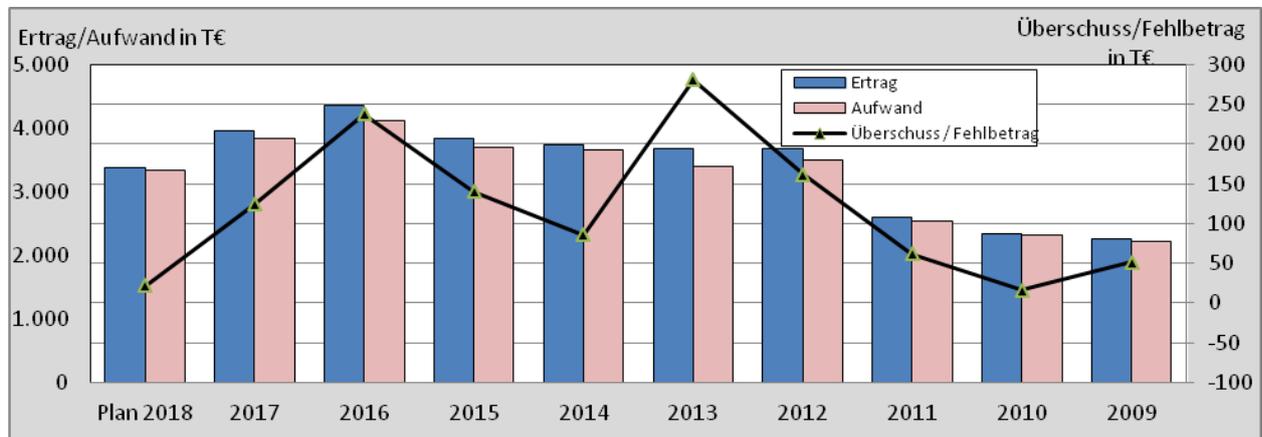
7. Gewinn- und Verlustrechnung

7.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	3.804	4.201	3.692
Sonst. betriebl. Erträge	160	141	132
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	2	9	10
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	3.966	4.351	3.834
Aufwand			
Personalaufwand	741	653	700
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	2.328	2.863	2.501
Sonst. betriebl. Aufwand / a.o. Aufwand	486	260	204
Abschreibungen	195	231	180
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19	5	28
Steuern	73	101	81
Jahresüberschuss	124	238	140
Summe	3.966	4.351	3.834

7.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	3.367	3.966	4.351	3.834	3.734	3.676	3.668	2.606	2.342	2.259
Aufwand	3.345	3.842	4.113	3.694	3.648	3.395	3.506	2.544	2.326	2.208
Überschuss / Fehlbetrag	22	124	238	140	86	281	162	62	16	51



8. Kennzahlen

	Angaben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 sonderposten am Gesamtkapital	%	66	60	62	54	55	53
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	4,1	8,2	5,2	3,4	11,4	7,4
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	3,3	5,7	3,9	2,4	8,2	4,7
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	3,1	5,0	3,9	2,2	6,6	4,3
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen (ohne Ertragszuschüsse)	%	456	365	291	277	302	241
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	14	17	21	20	18	22
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	319	453	357	238	461	438
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	62	59	64	55	45	53

9. Leistungsdaten

	2017	2016	2015
Veranstaltungen	Anzahl	Anzahl	Anzahl
- Messegelände Donauhalle	100	105	100
- Kornhaus	51	62	60
- CCU	38	39	30
Veranstaltungstage	Anzahl	Anzahl	Anzahl
- Messegelände Donauhalle	251	273	266
- Kornhaus	52	82	72
- CCU	40	42	32
Ausstellungsflächen	qm	qm	qm
- Donauhalle, Donausaal, Foyer	4.350	4.350	4.350
- Messehallen	18.550	18.550	18.550
- Freigelände	11.000	11.000	11.000
- Festplatz	15.000	15.000	15.000

	2017	2016	2015
wesentliche Messen u. Ausstellungen			
- Spielwarenborse	x	x	x
- Landesgeflügelschau / Rasse-Kaninchen	x	x	x
- Second-Hand Modemarkt/Mädelsflohsmarkt	x	x	x
- Fa. Ringel Gastro-Messe	x	x	x
- Gärtner Börse	x	x	x
- Münzbörse	x	x	x
- Bildungsmesse		x	
- Leben, Wohnen, Freizeit	x	x	x
- Haus und Heim (Herbstmesse)	x	x	x
- Jagen und Fischen	x	x	x
- Oldtimer-Markt Technorama	x	x	x
- Motorradmesse	x	x	x
- Lekkerland	x	x	x
- Flohmärkte	x	x	x
- Mineralien und Fossilienborse			
- Landesposaumentag		x	
- Heimattreffen der Banater Schwaben		x	
- Gartenträume	x	x	x
- Businessmesse / Unternehmertag	x	x	x
- Übungsfirmenmesse		x	
- Landesturnfest		x	
- Tiefbauforum	x	x	x
- Fachmesse Raumtex		x	

10. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die Ulm-Messe GmbH ist als 100 % städtische Tochtergesellschaft für die Vermietung, den Betrieb und die Erbringung von Serviceleistungen des Messegeländes mit der Donauhalle und des Kornhauses zuständig. Weiter werden im Rahmen eines 80 Tage-Kontingents die Räumlichkeiten im Congress Centrum Ulm vermietet. Die Gesellschaft betreut auch den Ulmer Volksfestplatz, verpachtet das Gelände des Hausbau-Centers Ulm und bewirtschaftet die Parkplatzflächen während Messeveranstaltungen. Seit dem 1. Januar 2012 ist die Gesellschaft auch für die Durchführung der Wochenmärkte und des Weihnachtsmarkts der Stadt Ulm verantwortlich.

Die Aufgabenstellung der Ulm-Messe GmbH beschränkt sich ausschließlich auf die Vermietung mit Erbringung entsprechender Dienstleistungen der o. g. Räumlichkeiten und nicht der Durchführung von eigenen Veranstaltungen (durch Aufsichtsratsbeschluss derzeit ruhend).

Das Veranstaltungsprogramm der Veranstaltungspartner setzt sich im Wesentlichen aus Messeveranstaltungen, Ordermessen, Märkten und Börsen, Präsentationsveranstaltungen, Konzerten und anderen Einzelveranstaltungen zusammen.

Die Messehallen mit Foyers sind aufgrund der Größenstruktur von 500 - 3.200 m² und einer Gesamtfläche von über 20.000 m² für kleinere und mittlere Messeveranstaltungen sehr gut geeignet. Die Donauhalle mit Donausaal und dem Tagungshotel Lago ergänzen die Messehallen für Präsentations-, Tagungs- und Kongressveranstaltungen. Die Säle im CCU werden von der Ulm-Messe hauptsächlich für Konzert- und Vortragsveranstaltungen genutzt. Diese entsprechen den Anforderungen an ein zeitgemäßes Kongress- und Konzerthaus. Das Kornhaus, ursprünglich als klassischer Konzertsaal gebaut, hat seine Bedeutung in diesem Segment verloren. Die Nutzung erfolgt zu einem großen Teil durch unterschiedliche kulturelle Institutionen, Vereine und Organisationen.

Seit 2012 prägt der Bereich Marktwesen zusätzlich das Image der Gesellschaft. Auf allen Wochenmarktveranstaltungen sind die verfügbaren Flächen belegt. Die meisten Beschicker sind bereits Jahre, wenn nicht Jahrzehnte auf den Märkten. Ausscheidende Beschicker können weitgehend problemlos ersetzt werden. Auch der Weihnachtsmarkt ist jedes Jahr komplett ausgebucht. Die Vermietungssätze sind durch die Marktrentgeltordnung der Stadt Ulm vorgegeben und können nur bei den Nebenkosten durch die Ulm-Messe beeinflusst

werden. Eine Umsatzverbesserung durch zusätzliche Beschicker (-flächen) ist aufgrund der begrenzten Flächen (Münsterplatz wie Stadtteilplätze) nicht möglich.

Ein direkter Vergleich mit anderen Messegesellschaften/Veranstaltungshäusern ist aufgrund der speziellen Ausrichtung auf das reine Vermietungsgeschäft und die Durchführung von Marktveranstaltungen schwer möglich, da fast alle anderen Hallen-/Geländebetreiber auch eigene Veranstaltungen durchführen und selten im Marktwesen aktiv sind.

Das abgelaufene Geschäftsjahr zeigt wieder eine gute Umsatz- und Belegungsentwicklung, die bei Umsatzerlösen von 3.804 T€ um 544 T€ über dem Ansatz des Wirtschaftsplanes liegt. Besondere Großereignisse fanden in 2017 nicht statt. Bei den Veranstaltungen im Messegelände/Donauhalle gab es zusätzliche Messeveranstaltungen. Hierzu gehörten die "Fachmesse Biogas", das "Tiefbauforum" und die "Fachgastro Süd".

Zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit im Messegelände/Donauhalle wurden in den letzten 10 Jahren permanente Ertüchtigungsmaßnahmen durchgeführt. Dies ist notwendig um am Markt mit den vielen neueren Mitbewerberhallen Stand halten zu können. Hier die wesentlichen Arbeiten 2017, die wieder im laufenden Betrieb durchgeführt und aus dem laufenden Cashflow der Gesellschaft finanziert wurden.

- Erneuerung Verteilerkästen Münsterplatz
- Lüftung / Abwasser
- Meldertausch Brandmeldeanlage
- Türanlage Messefoyer

Im Kornhaus ist die Belegung zurückgegangen. Dies hat auf den Umsatz relativ geringe Auswirkungen. Hier fehlen gute kommerzielle Veranstaltungen, weil die Veranstalter modernere und flexiblere Alternativen in anderen Veranstaltungshäusern haben. Der personelle Betreuungsaufwand ist im Verhältnis zu den Mieterlösen sehr hoch. Das Kornhaus ist für Tagungen, Kongress- und Konferenzveranstaltungen nicht mehr zeitgemäß.

Beim CCU ist die Belegung ähnlich dem Vorjahr. Die anteiligen Nebenkosten sind, da erneut weiter gestiegen, auf einem sehr hohen Niveau. Hier bestehen weiter die grundsätzliche Problematik in der Akzeptanz der Unterhaltungsveranstaltungen am Markt und die aufwändige und zeitintensive Abstimmung mit dem Maritim-Hotel über die Belegungstage. Kongressveranstaltungen führt das Maritim aus abwicklungstechnischen Gründen selbst durch.

Das Überschreiten des Planansatzes bei den Materialaufwendungen um 437 T€ geht mit den gesteigerten Umsatzerlösen in 2017 einher. Bei den Personalkosten wurden trotz Umsatzanstieg die geplanten Aufwendungen um 218 T€ unterschritten. Die geplante Mitarbeiterzahl für die Gesellschaft wurde noch nicht erreicht. Die Planabweichung bei den sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung ist auf Bewertungseffekte im Zusammenhang mit der Pensionsrückstellung und der Rückstellung für Beitragsverpflichtungen gegenüber dem Kommunalverband Baden-Württemberg (KVBW) zurückzuführen.

Das Ergebnis im Geschäftsjahr 2017 liegt mit rd. 124 T€ über dem Planansatz von 40 T€. Für das Jahr 2018 erwartet die Ulm-Messe GmbH einen Umsatz in Höhe des im Wirtschaftsplan angesetzten Betrages von 3.200 T€ und einem Jahresüberschuss von 22 T€.

ULM/NEU-ULM TOURISTIK GMBH (UNT)

Neue Straße 45

89073 Ulm

www.tourismus.ulm.de**1. Beteiligungsverhältnis**

	Anteil v.H.	Stammkapital Euro
Stadt Ulm	75 v. H.	19.500
Stadt Neu-Ulm	25 v. H.	<u>6.500</u>
Stammkapital insgesamt		26.000

2. Beteiligungen

Keine

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 28. September 1992 in der Fassung vom 25. März 2004.

3.2. Förderung und Unterstützung des Fremdenverkehrs und des Tourismus im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung, sowie Übernahme von fremdenverkehrsbezogenen Koordinierungs-, Werbungs- und anderer Marketingfunktionen, insbesondere durch

- Öffentlichkeitsarbeit
- Außen- und Innenmarketing
- Gästebetreuung
- Zimmervermittlung durch eine Tourist-Informationsstelle
- Stadtführungen
- Ausgabe und Vertrieb von Werbemitteln.

3.3. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dazu geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern.

3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr erfüllt. Auf die unter Ziffer 9 ausgewiesenen Leistungszahlen und den Lagebericht (Ziffer 10) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.2. Aufsichtsrat - 14 Mitglieder am 31.12.2017

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Gunter Czisch, Stadt Ulm	
Stellv. Vorsitzender:	Oberbürgermeister Gerold Noerenberg, Stadt Neu-Ulm	
Mitglieder:	Martin Bendel, Erster Bürgermeister Stadt Ulm	
	Katrin Albsteiger, Stadträtin Neu-Ulm	
	Dr. Dagmar Engels, Stadträtin Ulm	
	bis 15.02.2017	Lena Christin Schwelling, Stadträtin Ulm
	ab 15.02.2017	Annette Weinreich, Stadträtin Ulm
		Karin Krings, Ulm
		Birgit Schäfer-Oelmayer, Stadträtin Ulm
		Reinhard Kuntz, Stadtrat Ulm
		Eberhard Riedmüller, Neu-Ulm
		Wolfgang Schmauder, Stadtrat Ulm
		Rosl Schäufole, Stadträtin Neu-Ulm
		Berthold Stier, Fachbereichsleiter Finanzen Neu-Ulm

Hanni Zehendner, Stadträtin Ulm

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 2.100 Euro.

- 4.3. Geschäftsführung
Dipl. Betriebswirt (FH) Wolfgang Dieterich

Der Geschäftsführer erhielt 2017 eine Gesamtvergütung (einschließlich Arbeitgeberaufwand für Altersversorgung und geldwerter Vorteil Job-Ticket) in Höhe von 103.128 Euro.

- 4.4. Beirat
Zur Beratung der Gesellschaft ist gemäß § 17 des Gesellschaftsvertrags ein mit Fachleuten aus den Bereichen Hotellerie und Gastronomie, Tourismus, Wirtschaftsförderung, Einzelhandel, Kongress- und Messewesen besetzter Beirat eingerichtet. Im Jahr 2017 fanden 3 Beiratssitzungen statt.

5. Lage des Unternehmens

- 5.1. Vorbemerkungen
Die Gesellschaft wird seit dem 1. Januar 1993 in der Rechtsform der GmbH geführt. Sie ist dabei aus dem Verkehrsverein Ulm/Neu-Ulm e. V. und dem Verkehrsbüro der Stadt Ulm hervorgegangen.
- 5.2. Wirtschaftliche Grundlagen
 - a) Nachschussverpflichtung
Um den jährlich entstehenden Verlust der Gesellschaft abzudecken, können die Gesellschafter die Einforderung von Nachschüssen im Verhältnis der Geschäftsanteile beschließen. Die Nachschusspflicht ist auf den jährlich entstehenden Verlust der Gesellschaft beschränkt.
 - b) Mietverträge
Die Gesellschaft übt ihre Tätigkeit in gemieteten Räumen aus. Hierzu hat sie zwei Objekte angemietet.
- 5.3. Organisatorische Grundlagen
Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des Geschäftsbetriebes eigenes Personal. Querschnittsaufgaben sind teilweise auf die Stadt Ulm übertragen.
- 5.4. Personalentwicklung
Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:
(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	13	12,5	12
Auszubildende	1	1	1

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2017	2016	2015
	T€	T€	T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
- Verlustabdeckung Nachschussverpflichtung	786	731	664
2. Leistungen der Gesellschaft	0	0	0

7. Bilanz

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	75	65	71
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	29	24	5
Umlaufvermögen	266	233	143
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1
Summe	371	323	220
Passiva			
Eigenkapital	86	86	86
Rückstellungen	85	35	45
Verbindlichkeiten	199	202	87
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	2
Summe	371	323	220

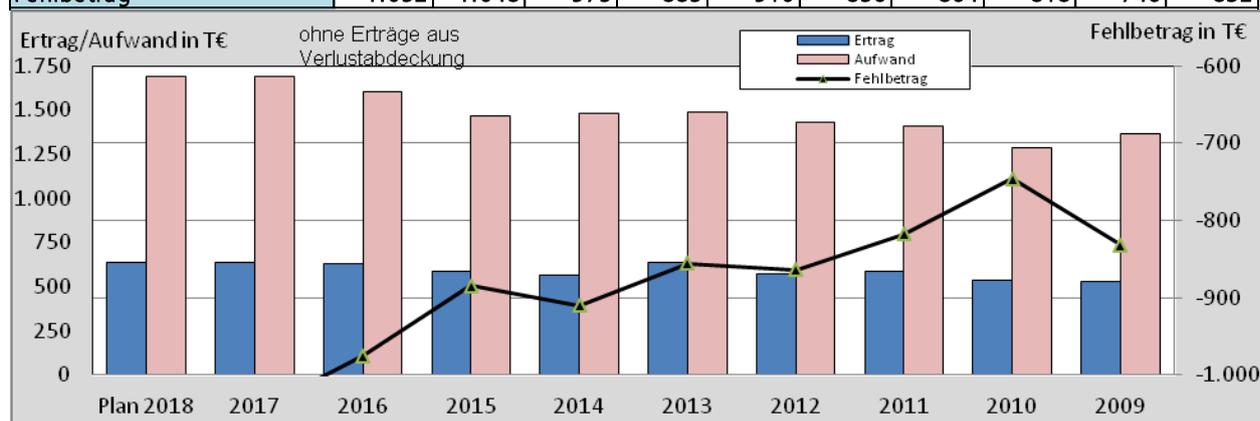
8. Gewinn- und Verlustrechnung

8.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	638	625	583
Sonst. betriebl. Erträge	0	2	0
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Erträge aus Verlustübernahme	1.048	975	885
Summe	1.686	1.602	1.468
Aufwand			
Personalaufwand	846	797	771
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	357	360	323
Sonst. betriebl. Aufwand	454	418	354
Abschreibungen	29	27	20
Zinsen und Steuern	0	0	0
Summe	1.686	1.602	1.468

8.2. langfristige Darstellung (ohne Erträge aus Verlustabdeckung)

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ohne Erträge aus Verlustabdeckung										
Ertrag	635	638	627	583	567	633	569	587	536	529
Aufwand	1.687	1.686	1.602	1.468	1.477	1.489	1.433	1.405	1.282	1.361
Fehlbetrag	-1.052	-1.048	-975	-885	-910	-856	-864	-818	-746	-832



9. Leistungsdaten

Allgemeine Leistungskennzahlen	2017	2016	2015
Anzahl Gästebetten Ulm/Neu-Ulm	4.715	4.616	4.611
Bettenauslastung	49,7%	49,1%	47,8%
Übernachtungen Ulm/Neu-Ulm	848.166	809.047	795.206
Zuschussbedarf je Übernachtung	1,24 €	1,20 €	1,11 €
Marketingkosten je Übernachtung	0,21 €	0,26 €	0,23 €
Anzahl Gästeführungen (Gruppen)	3.788	3.419	3.691
Anteil eigene Umsätze am Gesamtaufwand	38,3%	40,1%	40,3%

10. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die positive Entwicklung im Städtetourismus Ulm/Neu-Ulms setzte sich auch 2017 fort, so dass die letztjährigen Rekorde bei den Übernachtungszahlen und bei der Bettenauslastung erneut gebrochen werden konnten: mit einem Plus von 4,8 % gab es mit 848.166 Übernachtungen und erstmals über 500.000 Gästeankünften in den gewerblichen Beherbergungsbetrieben die achte Steigerung in Folge. In den letzten zehn Jahren gab es demnach einen Übernachtungszuwachs um mehr als 58%. Außerdem konnte mit fast 50 % die bisher höchste Bettenauslastung in Ulm/Neu-Ulm registriert werden. Damit ist ein günstiger Boden für die projektierte Ansiedlung neuer Hotelbetriebe bereitet.

Die Umsatzentwicklung 2017 verlief auf den ersten Blick mit ausgewiesenen 638.000 € positiv. Allerdings ist in dieser Summe der erstmalige Sonderfaktor mit Einnahmen privater Geldgeber des neugegründeten Tourismusfonds Ulm/Neu-Ulm in Höhe von mehr als 34.000 € enthalten. Die um diesen Posten bereinigte Umsatzentwicklung blieb jedoch etwas hinter den Erwartungen zurück, da sowohl der Planansatz um 41.000 € als auch das Vorjahresergebnis um 20.000 € unterschritten wurden. Dies lag insbesondere an den Rückgängen bei den Stadtführungserlösen und an den erneut gesunkenen Einnahmen aus Zimmervermittlungsprovisionen. Bei den vermittelten Gruppenführungen gab es einen Zuwachs, der für eine gestiegene Vermittlungsprovision für Stadtführungen in Höhe von 68.000 € verantwortlich ist. Aufgrund geringer Druckauflage konnte bei den Broschüren in 2017 mit 90.151 € 16.000 € weniger als im Vorjahr eingenommen werden. Der Verkauf von City-Gutscheinen des Ulmer City Marketing e.V. konnte 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 38.000 € auf 604.000 € gesteigert werden.

Der Materialaufwand blieb mit 109.000 € (Plan: 120.000 €) unter dem Planansatz des Wirtschaftsplanes. Der Warenbestand hat sich positiv um 4.000 € verändert, so dass der Inventurbestand der UNT zu Beginn des Jahres 2018 bei 36.343 € lag.

Der Personalaufwand lag um rd. 49.500 € über dem Vorjahresergebnis, auch die Planzahlen wurden um 24.000 € überschritten. Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden sind in 2017 wieder gestiegen, was mit einem Betrag von 5.600 € zu Buche schlägt. Außerdem wurden zwei Mutterschaftsvertretungen mit überlappender Arbeitszeit zur Einarbeitung beschäftigt und ein Arbeitsvertrag zur Krankheitsvertretung zeitweise aufgestockt. Die Zahlung von übertariflichen Zulagen aufgrund der Übernahme von verantwortungsvollen Arbeitsbereichen für vier Mitarbeiterinnen schlägt mit 3.000 € zu Buche. Die Tarifsteigerungen ab Februar 2017 in Höhe von 2,35 % lagen zusätzlich noch leicht über den geplanten 2 % Personalkostensteigerungen, die regulär im Wirtschaftsplan zugrunde gelegt werden.

Die Abschreibungen fielen um 5.500 € höher als geplant aus und um fast 3.000 € höher als im Vorjahr. In 2017 und den Vorjahren 2015/2016 wurden viele Investitionen getätigt, deren Auswirkungen jetzt auch bei der Höhe der Abschreibungen deutlich werden.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind ebenfalls deutliche Abweichungen zum Wirtschaftsplan in Höhe von 50.000 € als auch ein Anstieg zu den Kosten im Vorjahr in Höhe von 36.000 € aufzuweisen. Diese ergeben sich insbesondere durch erstmalig auftretende Sonderfaktoren. Im Bereich Marketing und bei den eigenen Prospekten konnten hingegen Einsparungen verzeichnet werden.

Der Jahresfehlbetrag von 1.048 T€ liegt um 99 T€ über dem Planansatz und wird durch die Städte Ulm (786 T€) und Neu-Ulm (262 T€) ausgeglichen.

Für das Geschäftsjahr 2018 wird aus jetziger Sicht aufgrund stagnierender Umsätze und dem schwachen Ergebnis 2017 bei der Zimmervermittlungsprovision mit einem geringeren Umsatzergebnis als geplant zu rechnen sein. Bei den Personalkosten ist ebenfalls mit einer negativen Abweichung vom Planansatz zu rechnen, da der Tarifabschluss deutlich höher als geplant ausgefallen ist. Bei den verschiedenen Sach- und Verwaltungskosten kommt als neuer, ungeplanter Aufwand die Bestellung eines externen Datenschutzbeauftragten hinzu. Der Zuschussbedarf wird deshalb gegenüber 2017 voraussichtlich leicht steigen.

ULMER WOHNUNGS- UND SIEDLUNGS-GESELLSCHAFT MBH (UWS)

Neue Straße 100

89073 Ulm

www.uws-ulm.de

1.	Beteiligungsverhältnis	Anteil	Stammkapital
		v.H.	Euro
	Stadt Ulm	50,3	8.100.000
	Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH	49,7	<u>8.000.000</u>
	Stammkapital insgesamt		16.100.000

2.	Beteiligungen UWS		
	UWS Service GmbH	Anteil	100 v.H.

3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck

- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 11. März 1930 i.d.F. vom 4. September 2000.
- 3.2. Vorrangiger Zweck der Gesellschaft ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung von breiten Schichten der Ulmer Bevölkerung.
- 3.3. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann auch Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen sowie auch sonstige Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck dienlich sind. Außerdem ist die Gesellschaft berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.
- 3.4. Der öffentliche Zweck der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr erfüllt. Auf die unter Ziffer 10 ausgewiesenen Leistungsdaten und den Lagebericht (Ziffer 11) wird verwiesen.

4. Organe des Unternehmens

4.1. Gesellschafterversammlung

4.1.1. Aufsichtsrat - 15 Mitglieder (Stand 31.12.2017)

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Gunter Czisch
1. Stellv. Vorsitzender:	Bürgermeister Tim von Winning
2. Stellv. Vorsitzender:	Erster Bürgermeister Martin Bendel
Mitglieder:	Stadträtin Katja Adler
	Stadtrat Prof. Dr. Richard Böker
	Stadtrat Erwin Böck
	Stadträtin Dr. Brigitte Dahlbender
	Stadträtin Rose Goller-Nieberle
	Stadträtin Dr. Karin Graf
	Stadtrat Siegfried Keppler
	Stadtrat Uwe Peiker
	Stadtrat Dr. Rüdiger Reck
	Stadtverwaltungsdirektor Ulrich Soldner
	Hauptabteilungsleiter Volker Jeschek
	Stadträtin Anette Weinreich
	Stadträtin Lena Christin Schwellung

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Aufsichtsrates betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 4.320,00 €.

- 4.2. Geschäftsführung
Dr. -Ing. Frank Pinsler

Der Geschäftsführer erhielt 2017 eine Gesamtvergütung (einschließlich Arbeitgeberaufwand für Altersversorgung) in Höhe von 153.479,25 Euro.

5. Lage des Unternehmens

5.1. Wirtschaftliche Grundlagen

Die Tätigkeit der UWS umfasst alle wesentlichen wohnungswirtschaftlichen Bereiche. Sie beschränkt sich dabei auf das Stadtgebiet Ulm.

5.1.1. Die Gesellschaft bewirtschaftet eine große Zahl von eigenen und gepachteten Wohnungen, gewerblichen Objekten sowie Garagen. Von den Wohnungen waren zum 31. Dezember 2017 noch 1.366 Einheiten preisgebunden.

5.1.2. Die UWS ist an der "Bauherrengemeinschaft Wohnen Ulm I GbR" beteiligt. Die Gesellschaft wurde zusammen mit der ulmer heimstätte eG im Juli 2015 gegründet. Eine kapitalmäßige Beteiligung ist im Gesellschaftsvertrag nicht vorgesehen. Zweck der Gesellschaft ist Projektentwicklung, insbesondere in der Schaffung von Baurecht und der Einholung von Realisierungsangeboten sowie der Projektsteuerung für das laufende Bauvorhaben Schwamberger Hof. Gemeinsam mit der ulmer heimstätte eG baut die UWS dort 78 Wohnungen und eine Gewerbeeinheit. Am 6. November 2017 wurde der Spatenstich gefeiert, ab Mitte 2020 sollen die ersten Mieterinnen und Mieter einziehen.

5.1.3. Am 19. Dezember 2007 wurde die UWS Service GmbH gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist die Bereitstellung von Dienstleistungen und sonstigen Leistungen für die UWS GmbH. Zwischen UWS und UWS Service GmbH wurde ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Die letzte Fassung datiert vom 9. Dezember 2014 und gilt ab 1. Januar 2015. Die eigentliche Geschäftstätigkeit der 100%-igen Tochtergesellschaft wurde in 2009 aufgenommen. Zum 1. Januar 2010 wurde ihr auch das Geschäftsfeld der Wohnungseigentumsverwaltung übertragen.

5.2. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes eigenes Personal. Einige Querschnittsaufgaben werden gegen Kostenersatz von städtischen Dienststellen wahrgenommen.

5.3. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	50	52	53
Aushilfen	0	0	0
Auszubildende	4	4	3

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Eigenkapitalrückführung, Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	342.842	330.659	310.502
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	98	72	41
Umlaufvermögen	23.194	23.036	22.687
Rechnungsabgrenzungsposten	73	110	164
Summe	366.207	353.877	333.394
Passiva			
Eigenkapital	100.325	93.666	86.097
Rückstellungen	721	2.996	2.889
Verbindlichkeiten	263.270	255.925	242.824
Rechnungsabgrenzungsposten	1.891	1.290	1.584
Summe	366.207	353.877	333.394

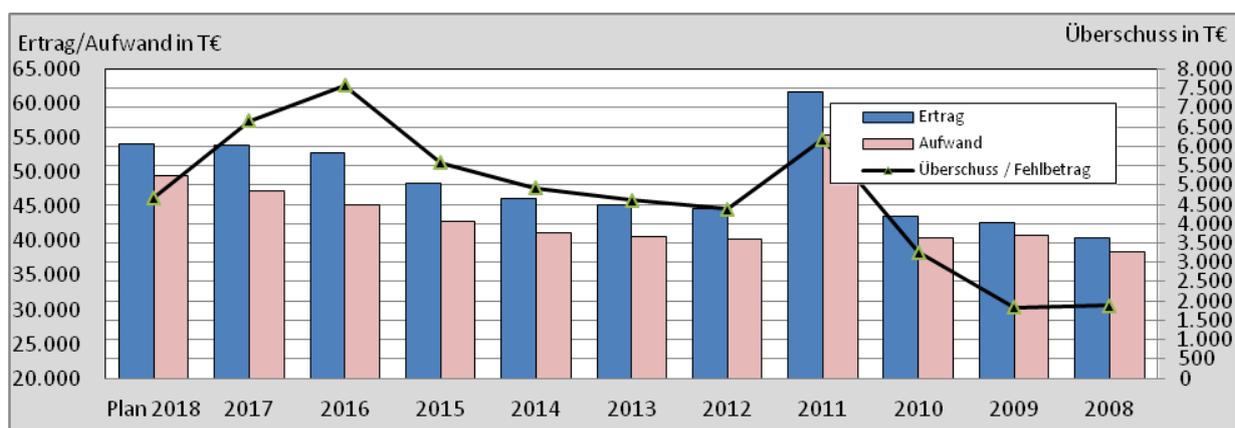
8. Gewinn- und Verlustrechnung

8.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	51.027	48.869	45.055
Bestandsveränderungen, aktivierte Eigenleistungen	1.226	1.509	1.402
Sonst. betriebl. Erträge	715	1.950	1.511
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	20	25	126
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	880	428	353
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	53.868	52.781	48.447
Aufwand			
Personalaufwand	3.601	3.536	3.510
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	23.558	21.092	19.964
Sonst. betriebl. Aufwand/außerordentl. Aufwand	1.990	1.785	1.802
Abschreibungen	11.771	11.743	10.460
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.455	4.803	5.218
Steuern	1.834	2.253	1.922
Jahresüberschuss	6.659	7.569	5.571
Summe	53.868	52.781	48.447

8.2. langfristige Darstellung

	T€									
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	54.117	53.868	52.781	48.447	46.164	45.194	44.697	61.630	43.625	42.670
- davon Anlagenverkäufe	369	34	575	686	657	576	1.140	536	606	737
Aufwand	49.445	47.209	45.212	42.876	41.252	40.591	40.324	55.450	40.355	40.843
Überschuss / Fehlbetrag	4.672	6.659	7.569	5.571	4.912	4.603	4.373	6.180	3.270	1.827



9. Kennzahlen

	Angaben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	27,4	26,5	25,8	25,2	25,2	24,5
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	6,6	8,1	6,5	6,1	6,1	6,2
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	13,1	15,5	12,4	11,2	10,8	10,5
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	3,0	3,5	3,2	3,4	3,5	3,8
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	29	28	28	27	27	28
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	94	93	93	92	93	87
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	17.397	19.307	16.037	15.078	14.407	13.425
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	72	68	66	65	62	66

10. Leistungsdaten

Eigene Objekte	2017	2016	2015
a) Wohnungen			
- Zugang Neubau/Modernisierung	51	73	98
- Zugänge durch Erwerb/Sonstiges	23	84	30
- Abgänge durch Verkauf/Abbruch	0	5	-17
Bestand am Jahresende	7.046	6.972	6.820
b) Gewerbliche Objekte			
- Zugänge durch Neubau/Erwerb/Sonstiges	0	29	7
- Abgänge durch Verkauf/Abbruch	-1	0	-2
Bestand am Jahresende	88	89	60
c) Garagen			
- Zugänge durch Neubau/Erwerb	42	115	175
- Abgänge durch Verkauf/Abbruch	-22	11	-3
Bestand am Jahresende	2.845	2.825	2.721

Verwaltungsleistung	2017	2016	2015
a) Hausbesitz (eigener u. Fremdbewirtschaftung)			
- Wohnungen	7.296	7.210	7.004
- gewerbliche Objekte	140	147	124
- Garagen	2.926	2.901	2.761
b) Wohnungsvermietungen			
- Fluktuationsrate	6,9%	7,1%	7,6%
- Erstbezug	51	73	98
- Wohnungsbewerber	2.300	2.026	1.582
bewirtschaftete Wohnfläche- und Nutzfläche	477.679	473.574	461.689
Erlösschmälerungen Sollmieten einschl. Umlagen	1,3%	1,2%	1,4%
Mietforderungen einschl. Umlagen	0,40%	0,8%	0,4%
durchschn. Leerstandsquote Mieteinheiten	1,4%	1,3%	1,3%
Durchschnittsmiete/qm Wohnfläche	5,75 €	5,60 €	5,43 €
Betriebs- u. Heizkosten je qm/Monat	2,26 €	2,13 €	2,21 €
Instandhaltungsaufwendungen je qm/Monat	1,58 €	1,33 €	1,25 €
Modernisierungsaufwendungen je qm/Monat	1,87 €	1,66 €	1,47 €
Abschreibungen je qm/Monat (Wohn-u. Nutzfl.)	1,96 €	1,92 €	1,77 €
Verwaltungskosten je qm/Mon. (Wohn-u. Nutzfl.)	0,89 €	0,88 €	0,91 €
durchschnittlicher Buchwert je Mieteinheit	45.945 €	44.955 €	42.092 €
durchschnittliche Verschuldung je Mieteinheit	34.525 €	33.888 €	33.140 €
durchschnittl. Fremdkapitalzins	1,81%	2,00%	2,29%

11. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Der Ulmer Mietwohnungsmarkt ist nach wie vor angespannt. Wichtige Indikatoren sind steigende Mieten, eine niedrige Fluktuation, ein geringes Angebot und geringe Leerstände. Insbesondere mittlere und untere Preissegmente sind betroffen. Dies drückt sich auch in den Kennzahlen der UWS aus. Die Anzahl der bei der UWS registrierten Interessenten ist mit 2.300, verglichen mit dem Vorjahr (2.026), deutlich gestiegen. Die Fluktuation ist auf 6,9 % (VJ. 7,1 %) gesunken und verharrt seit Jahren auf einem sehr niedrigem Niveau. Die Leerstandsquote liegt bei 1,4 % (VJ. 1,3 %) und ist im Wesentlichen modernisierungsbedingt.

Der bislang vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für den Stadtkreis Ulm angegebene durchschnittliche jährliche Bedarf von ca. 300 Wohnungen, die neu oder als Ersatz für wegfallende Wohnungen gebaut werden müssen, wird durch die aktuelle Bevölkerungsentwicklung überholt. Ausdruck dafür ist das im Ulmer Gemeinderat beschlossene Ziel von 3.500 neuen Wohnungen bis 2020. Um durch einen Neubau im geförderten Wohnungsmarkt zur Entlastung des mittleren und unteren Preissegments beitragen zu können, ist dauerhaft eine attraktive und verlässliche Förderpolitik im Rahmen des Landeswohnraumförderungsprogramms notwendig.

In Ulm wurden gemäß den Angaben des Statistischen Landesamtes Baugenehmigungen für 551 Wohnungen, davon 500 in Neubauten, erteilt. Das hohe Niveau der Bautätigkeit folgt dem Landestrend in Baden-Württemberg, ist jedoch für eine adäquate Wohnraumversorgung noch nicht ausreichend. Die Auswirkungen des hohen Neubauvolumens werden sich jedoch erst in einigen Jahren in einer Entlastung des Mietwohnungsmarktes abbilden, wenn das Bauvolumen, auch im mittelpreisigen und geförderten Segment verstetigt werden kann.

Der Anteil der rückständigen Mietverhältnisse bei der UWS ist zum Jahresende auf 6,3 % (VJ 7,6 %) gesunken. Bei den Wohnungsinteressenten liegt der Anteil derjenigen, die ihr Einkommen aus Erwerbstätigkeit beziehen, bei ca. 52 %. Da nach wie vor von einer allgemeinen guten regionalen wirtschaftlichen Lage und damit verbundenen positiven Effekten auf die Bewerberstruktur auszugehen ist, sind kurzfristig keine negativen Auswirkungen zu erwarten.

Die Gesellschaft hat 2017 ihr Modernisierungsprogramm fortgesetzt. Insgesamt wurden 137 Wohnungen umfassend modernisiert. Wie in den Vorjahren wurde in die grundlegende Verbesserung der energetischen Standards und der Wohnqualität investiert. Um den Energieverbrauch zu reduzieren, wurden Fassaden und Dächer gedämmt sowie neue Fenster eingebaut. In vielen Fällen wurden die Heizungsanlage und die Warmwasserbereitung erneuert. So wird nicht nur ein substantieller Beitrag zum Klimaschutz geleistet; es werden darüber hinaus die Betriebskosten dauerhaft gesenkt und die Mieter entlastet. Mit der Modernisierung der sanitären Einrichtungen, Grundrissänderungen und dem Abbau von Barrieren ist stets eine Steigerung des Wohnwertes verbunden.

Um den Anforderungen des demografischen Wandels Rechnung zu tragen, kommt dem Abbau von Barrieren im Bestand eine besondere Bedeutung zu. Es wurden Zugänge zu Gebäuden und Wohnungen barrierefrei ausgestaltet und Barrieren in Wohnräumen und Bädern reduziert. Der neu gestaltete Eingangsbereich der Wohnanlage Egertweg 6 ist jetzt barrierefrei, um so den Zugang für Personen mit eingeschränkter Mobilität zu erleichtern. Alle Neubauten der UWS werden grundsätzlich barrierefrei geplant und ausgeführt.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 waren 104 Wohnungen im Bau. Bis Ende des Jahres wurden davon 51 Einheiten fertiggestellt und an die neuen Mieter übergeben. Das Projekt "wohnen im Keplerbogen" mit insgesamt 45 Wohnungen wurde fertiggestellt und an die Mieter übergeben. Das Gebäude ist vollständig barrierefrei und als zertifiziertes Passivhaus errichtet. Darüber hinaus wurden in der Wohnanlage Winklerstraße/Nagelstraße/Gutenbergstraße 6 Wohnungen im Dachgeschoß ausgebaut und so zusätzliche Wohnfläche geschaffen.

Am Ende des Jahres waren 139 Wohnungen im Bau, von denen 59 im Laufe des Jahres 2018 fertiggestellt werden. Dazu gehören insbesondere die Projekte Peter-Ury-Weg und Heinz-Brenner-Weg im Lettenwald sowie Moltkestraße 20 in der Ulmer Weststadt. Eine Reihe weiterer begonnener und fortgeführter Projekte sind Ausdruck der kontinuierlichen Investitionsstrategie der UWS.

Für den Neubau wurden in 2017 insgesamt rd. 11,7 Mio. € (VJ. 13,4 Mio. €) investiert. Für Modernisierung und Instandhaltung wurden in 2017 insgesamt rd. 19,7 Mio. € (VJ 17,0 Mio. €) aufgewendet.

Der im Wirtschaftsplan für 2017 prognostizierte Jahresüberschuss von 3.815 T€ konnte mit 6.659 T€ deutlich übertroffen werden. Das Jahresergebnis ist durch den Deckungsbeitrag aus der Hausbewirtschaftung geprägt. Die Steigerung der Erträge ergab sich durch Erstvermietung der Neubauten, Mietanpassungen im Wohnungsbestand und bei modernisierten Objekten, sowie durch Prolongation von Gewerbemietverträgen. Bei der Neuaufnahme und Prolongation von kurz-, mittel- und langfristigen Darlehen konnte die derzeit positive Finanzierungssituation genutzt werden. Die Zinsaufwendungen sanken trotz erhöhtem Darlehensbestand um 348 T€.

In der Tochtergesellschaft UWS Service GmbH sind die Geschäftsbereiche Wärmelieferung, Multimediadienstleistung (Kabel-TV, Internet, Telefon), WEG-Verwaltung und Hausmeisterdienstleistung zusammengefasst. Die sozialverträgliche Versorgung der Mieter mit Kabelfernsehen wurde im Geschäftsjahr 2017 weitergeführt und ausgebaut. Das Geschäftsfeld Wärmelieferung hat ebenfalls erfolgreich zum Ergebnis beigetragen. Die Verwaltung von Wohnungseigentümergeinschaften wird in der UWS Service GmbH erfolgreich gestaltet und hat zum Gesamtergebnis der UWS Service GmbH in Höhe von 880 T€ beigetragen. Dieses wird auf Grundlage des Ergebnisabführungsvertrages vollständig an die UWS abgeführt.

Der Geschäftsverlauf 2018 entspricht den Planungen des Wirtschaftsplanes. Für das Jahr 2018 wird ein Jahresüberschuss von 4.672 T€ erwartet. Modernisierungen und Instandhaltungen in den eigenen Beständen werden weiterhin auf konstantem Niveau durchgeführt. Eine deutliche Steigerung ist auf Grund zu geringer Marktkapazitäten und der daraus resultierenden Preisentwicklung derzeit nicht sinnvoll und auch nicht realistisch. Für 2018 sind im Wirtschaftsplan für die Bestandserhaltung rund 19,1 Mio. € veranschlagt, davon ca. 9,7 Mio. € für die Instandhaltung und ca. 9,4 Mio. € für Modernisierungsmaßnahmen.

UWS SERVICE GMBH
 Neue Straße 100
 89073 Ulm

- | | | | |
|-----------|--|-------------|--------------|
| 1. | Beteiligungsverhältnis | Anteil | Stammkapital |
| | | <u>v.H.</u> | <u>Euro</u> |
| | Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH | 100 | 25.000 |
- 2. Beteiligungen**
keine
- 3. Gegenstand / Aufgaben des Unternehmens / Öffentlicher Zweck**
- 3.1. Rechtliche Grundlage ist der Gesellschaftsvertrag vom 19. Dezember 2007 i.d.F. vom 22. Juli 2009.
- 3.2. Gegenstand der Gesellschaft ist die Bereitstellung von Dienstleistungen und sonstigen Leistungen für die Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, um diese bei deren Gesellschaftszweck, der Sicherung und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung der Stadt Ulm zu unterstützen.
- 3.3. Das Unternehmen betreibt u.a. mehrwegfähige Kabelnetze, insbesondere für den Empfang von TV- u. Radioprogrammen und bietet jede Art von Telekommunikationsdienstleistungen im Bereich der Region Ulm an, mit dem Ziel, eine möglichst moderne und kostengünstige Versorgung privater und gewerblicher Nutzer zu ermöglichen sowie artverwandte Dienstleistungen und öffentlicher Service für andere neue Technologien und Innovationen im Bereich dieses Betätigungsfeldes, darüber hinaus Erbringung von Dienst- und Werkleistungen in Bezug auf die Errichtung, den Betrieb, Vermietung sowie Verkauf von Immobilien.
- 3.4. Zur optimalen Auslastung bei der Aufgabenerfüllung für die UWS GmbH bietet das Unternehmen seine Leistungen in begrenztem Umfang auch Dritten an.
- 3.5. Die Gesellschaft hat bei Ausübung ihrer Tätigkeit die öffentlich rechtliche Zweckrichtung des Gesellschafters zu beachten.
- 3.6. Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, sich an ihnen beteiligen und ihre Geschäfte führen.
- 4. Organe des Unternehmens**
- 4.1. Gesellschafterversammlung
- 4.2. Aufsichtsrat – 15 Mitglieder
- Besetzung siehe Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH
- Sitzungsgelder an die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Berichtsjahr nicht bezahlt.
- 4.3. Geschäftsführung
Heide Bigalke
Jan Termin
- Die Geschäftsführung wird von der Muttergesellschaft gestellt. Eine zusätzliche Vergütung wird nicht gewährt.
- 5. Lage des Unternehmens**
- 5.1. Wirtschaftliche Grundlagen
- a) Die operative Tätigkeit der UWS Service GmbH wurde zum 1. Januar 2009 aufgenommen. Hierzu wurden von der Muttergesellschaft Hausmeisterdienstleistungen und TV-, Kabel- und Multimediadienstleistungen übertragen. Dienstleistungen im Rahmen des Wohneigentumsge-

setzes (WEG-Anlagen) wurden im Rahmen der einzelnen Eigentümerversammlungen, i.d.R. zum 1. Januar 2010 übergeben.

- b) In 2015 hat die Gesellschaft das Geschäftsfeld Wärmedienstleistungen in ihr Dienstleistungsangebot aufgenommen.
- c) Mit der Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH wurde am 19. März 2008 ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Die letzte Fassung datiert vom 9. Dezember 2014 und gilt ab 1. Januar 2015.

5.2. Organisatorische Grundlagen

Die Gesellschaft beschäftigt zur Erledigung des laufenden Geschäftsbetriebes kein eigenes Personal. Die für die Tätigkeiten erforderlichen Mitarbeiter/innen werden von der Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH im Wege der Personalgestellung nach § 4 Abs. 3 TVöD zur Verfügung gestellt.

6. Bilanz

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	0	0	0
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	0	0	0
Umlaufvermögen	2.246	1.014	878
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	2.246	1.014	878
Passiva			
Eigenkapital	25	25	25
Rückstellungen	19	18	16
Verbindlichkeiten	2.202	971	837
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Summe	2.246	1.014	878

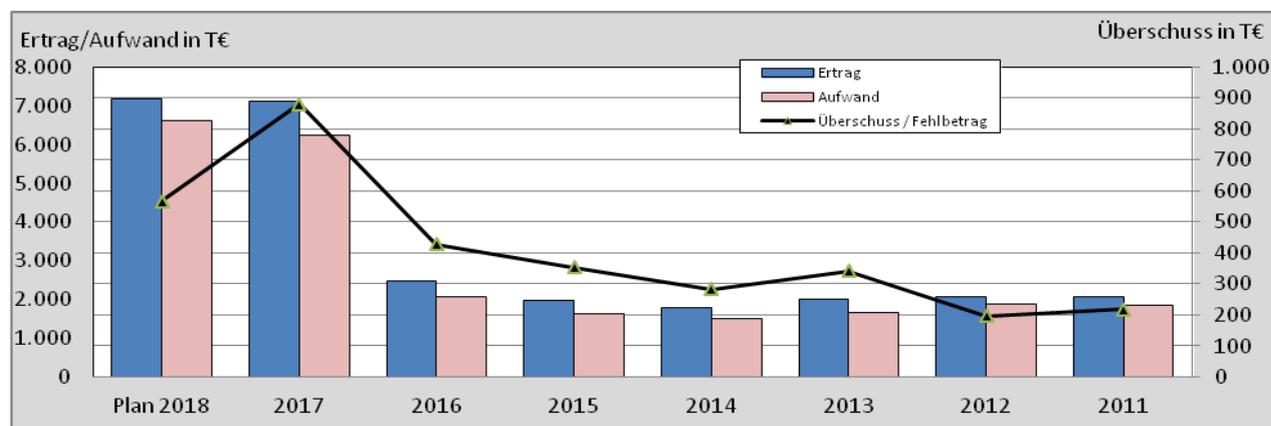
7. Gewinn- und Verlustrechnung

7.1 kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	7.112	2.488	1.955
Sonst. betriebl. Erträge und Zinsen	1	0	16
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe	7.113	2.488	1.971
Aufwand			
Personalaufwand	0	0	0
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	5.257	958	694
Sonst. betriebl. Aufwand	976	1.102	924
Abschreibungen	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss (wird an UWS abgeführt)	880	428	353
Summe	7.113	2.488	1.971

7.2 langfristige Darstellung

	T€								
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010
Ertrag	7.187	7.113	2.488	1.971	1.775	2.014	2.083	2.069	2.057
Aufwand	6.620	6.233	2.060	1.618	1.491	1.673	1.886	1.850	1.838
Überschuss / Fehlbetrag	567	880	428	353	284	341	197	219	219



8. Leistungsdaten

Kennzahlen	2017	2016	2015
	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Hausmeisterdienstleistungen (WE)	7.046	6.972	6.820
Wohnungsanschlüsse Kabelnetz	6.914	6.839	6.684
WEG-Verwaltung (WE)	945	930	920
Wärmedienstleistungen (WE)	5.429	748	802

9. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage und Ausblick

Die Geschäftstätigkeit in den Geschäftsfeldern Kabel-TV, Internet- und Multimediadienstleistungen wurde im Geschäftsjahr fortgeführt und ausgebaut. Das Ziel, auch künftig eine sichere, kostengünstige und somit sozialverträgliche Versorgung der Mieter der UWS mit Kabel-TV und Multimediadienstleistungen sicherzustellen wurde erreicht. Derzeit sind 6.914 Wohnungen an das Kabelnetz angeschlossen und werden über die UWS versorgt.

Im Geschäftsfeld Hausmeisterdienstleistungen erbringt die UWS Service GmbH diese Dienstleistungen vorrangig an die UWS im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

Dienstleistungen im Rahmen der WEG-Verwaltung werden ebenfalls durch die UWS Service GmbH erbracht. Insgesamt werden 945 Wohnungen in 49 Eigentümergemeinschaften betreut.

Im Jahr 2015 hat die Gesellschaft das Geschäftsfeld Wärmedienstleistungen in ihr Dienstleistungsangebot aufgenommen. Zum 31. Dezember 2017 versorgt die UWS Service GmbH im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages 5.429 Wohnungen der UWS.

Das Unternehmen erzielte im Geschäftsjahr 2017 ein Ergebnis nach Steuern von 880 T€ (Vorjahr 428 T€). Das erwartete Ergebnis lt. Wirtschaftsplan von 291 T€ konnte insbesondere aufgrund erhöhter Umsatzerlöse aus Wärmelieferungen (+4.712 T€) übertroffen werden.

Durch das positive Ergebnis trägt die UWS Service mit einer Gewinnabführung in Höhe von 880 T€ zum Ergebnis der UWS GmbH bei. Die Gewinnabführung erfolgt auf Basis des mit der UWS GmbH bestehenden Ergebnisabführungsvertrages.

Das operative Ergebnis ist im Wesentlichen durch Erlöse aus Lieferung Kabel-TV in Höhe von 933 T€, aus Hausmeisterdienstleistungen in Höhe von 749 T€ und aus Wärmelieferungen in Höhe von 5.202 T€ geprägt. Mit Erlösen in Höhe von 214 T€ trug die Verwaltung von Eigentümergemeinschaften zum Ergebnis bei. Demgegenüber stehen Aufwendungen für Fernwärmelieferung in Höhe von 4.297 T€. Die Personalgestellung verursachte insgesamt Aufwendungen in Höhe von 918 T€. Zur Bereitstellung der Dienstleistungen entstanden über die Personalgestellungskosten hinaus insgesamt Verwaltungskosten in Höhe von 58 T€.

Der derzeitige Geschäftsverlauf 2018 entspricht den Erwartungen des Wirtschaftsplans, so dass für das Jahr 2018 von einem Ergebnis nach Steuern von 567 T€ ausgegangen wird.

EIGENBETRIEB ALTEN- UND PFLEGEHEIM WIBLINGEN (AHW)

Schloßstr. 34
89079 Ulm

1. **Beteiligungsverhältnis**

Gründung lt. Grundsatzbeschluss des Gemeinderates der Stadt Ulm vom 18. Juni 1997 zum 1. Januar 1998.

Das Stammkapital beträgt gemäß § 3 der Betriebssatzung 306.775,13 Euro.

2. **Beteiligungen**

keine

3. **Gegenstand / Aufgaben des Eigenbetriebes**

3.1. Aufgaben im Rahmen der Trägerschaft der Stadt Ulm für Einrichtungen eines Altenheims (Wohnen im Heim) und eines Pflegeheims nach Bundes- u. Landesrecht sowie ortsrechtlichen Regelungen.

3.2. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Unternehmensgegenstand fördernden oder ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben. Dies gilt insbesondere für die Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen.

4. **Organe des Eigenbetriebes**

4.1. Gemeinderat

4.1.1. Betriebsausschuss Alten- und Pflegeheim Wiblingen - 14 Mitglieder (Stand 31.12.2017)

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Gunter Czisch
Stv. Vorsitzende:	Bürgermeisterin Iris Mann
Mitglieder:	Stadtrat Erwin Böck
	Stadtrat Dr. Richard Böker
	Stadträtin Dr. Karin Graf
	Stadträtin Helga Malischewski
	Stadträtin Dorothee Kühne
	Stadträtin Barbara Münch
	Stadträtin Rose Goller-Nieberle
	Stadträtin Sigrid Räkel-Rehner
	Stadtrat Dr. Hans-Walter Roth
	Stadträtin Doris Schiele
	Stadtrat Dr. Haydar Süslü
	Stadträtin Hanni Zehendner

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) des Betriebsausschusses betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 1.320,00 €.

4.2. Betriebsleitung

Die Führung des Eigenbetriebs ist mit Vertrag vom 18. Dezember 1997 dem Rehabilitationskrankenhaus Ulm gGmbH (RKU), 89081 Ulm, übertragen. Der Vertrag endete zum 31. Juli 2016.

Mit Wirkung ab 01. August 2017 wurde die Betriebsleitung an Fr. Verena Rist, Geschäftsführerin der Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis, übertragen.

5. **Lage des Eigenbetriebs**

5.1. Rechtliche Grundlagen

a) Betriebssatzung vom 16. Juli 1997 i. d. Fassung vom 18. Juli 2001

- b) Vereinbarung zwischen der Stadt Ulm und dem Eigenbetrieb Alten- und Pflegeheim Wiblingen vom 10. September 1998.
- c) Der Eigenbetrieb Alten- und Pflegeheim Wiblingen wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2017 aufgelöst. Die Betriebsatzung für den Eigenbetrieb vom 16. Juli 1997 i. d. Fassung vom 18. Juli 2001 wurde zum 1. Januar 2018 aufgehoben.

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

Der Eigenbetrieb hat ausschließlich das Alten- und Pflegeheim in der Schloßstr. 34 in Ulm-Wiblingen betrieben. Hierbei war unter Einbeziehung sozialer Gesichtspunkte der Charakter der Einrichtung unter Erhaltung einer bedarfsgerechten medizinisch-pflegerischen und therapeutischen Versorgung zu wahren. Der Geschäftsbetrieb wurde zum 30. September 2017 eingestellt.

5.3. Organisatorische Grundlagen

Der Eigenbetrieb beschäftigte eigenes Personal, hatte aber verschiedene Aufgabenbereiche (z.B. Wäschereinigung, Unterhaltsreinigung, Spüldienste, Wartungsarbeiten) an Fremdfirmen vergeben. Die Aufgaben der Betriebsführung waren gemäß Betriebsführungsvertrag einem Dritten übertragen. Eine genaue Aufgabenabgrenzung war unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen vertraglich geregelt.

5.4. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen:

(der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	57,05	69	68
Beamte	1	1	1
Summe	58,05	70	69
Auszubildende *	0,7	1,04	1,3
* Umrechnungsschlüssel: 1:5			

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Stammeinlagen, sonstige Kapitaleinlagen	0	0	0
- Verlustabdeckung	1.344	398	0
2. Leistungen der Gesellschaft			
- Eigenkapitalrückführung, Gewinnabführung	0	0	0

7. Bilanz

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	0	1.035	1.136
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögen	0	0	0
Umlaufvermögen	38	490	471
Rechnungsabgrenzungsposten		6	5
Summe	38	1.531	1.612
Passiva			
Eigenkapital	-632	712	911
Ertragszuschüsse/Sonderposten aus Zuschüssen	0	95	106
Rückstellungen	0	216	297
Verbindlichkeiten	670	508	298
Rechnungsabgrenzungsposten		0	0
Summe	38	1.531	1.612

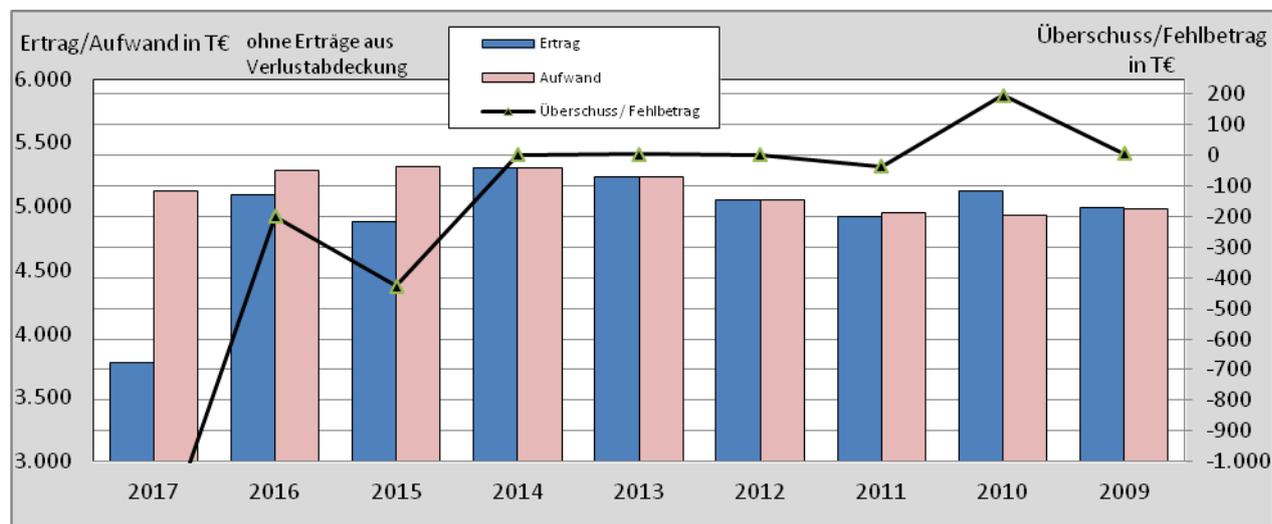
8. Gewinn- und Verlustrechnung

8.1. kurzfristige Darstellung

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	2.662	4.202	4.366
Sonst. betriebl. Erträge	289	369	394
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zuschüsse, Sonderposten, a.o. Erträge)	826	516	122
Jahresfehlbetrag	1.344	199	428
Summe	5.121	5.286	5.311
Aufwand			
Personalaufwand	2.706	3.922	3.988
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	959	1.216	787
Sonst. betriebl. Aufwand / a.o. Aufwendungen	375	1	368
Abschreibungen	1.036	111	127
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	1	0
Steuern, Abgaben, Versicherungen	43	35	41
Jahresüberschuss	0	0	0
Summe	5.121	5.286	5.311

8.2. langfristige Darstellung

ohne Erträge aus Verlustabdeckung	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008
Ertrag	3.777	5.087	4.883	5.303	5.232	5.050	4.919	5.124	4.992	4.948
Aufwand	5.121	5.286	5.311	5.302	5.228	5.048	4.954	4.928	4.985	4.898
Überschuss / Fehlbetrag	-1.344	-199	-428	1	4	2	-35	196	7	50



9. Kennzahlen

	Angaben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	negativ	50	60	72	59	48
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	negativ	negativ	negativ	0,1	0,3	0,1
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	negativ	negativ	negativ	0,0	0,1	0,0
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	negativ	negativ	negativ	0,0	0,2	0,1
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen (ohne Ertragszuschüsse)	%	negativ	69	80	111	103	96
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	negativ	68	70	62	54	47
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	negativ	-100	-315	109	117	128
Personalaufwand je Mitarbeiter - ohne Betriebsleitung	T€	47	56	58	55	52	50

10. Leistungsdaten

	2017	2016	2015
	bis 30.09.2017		
Pflegeplätze			
Auslastung			
- maximal in Pflegeetagen (100 %)	39.858	52.338	52.195
- tatsächliche Auslastung in Pflegeetagen	23.526	40.383	43.559
- tatsächliche Auslastung in % (143Planbetten)	59,02	77,16	83,45
Pflegesätze pro Tag	01.07.17 - 31.12.17	01.07.16 - 31.12.16	01.07.15 - 31.12.15
- Stufe 0		67,24 €	64,42 €
- Stufe 1		93,50 €	89,41 €
- Stufe 2		111,81 €	106,83 €
- Stufe 3		128,64 €	122,84 €
- Stufe 4		141,23 €	135,43 €
Pflegegrad (ab 01.01.2017 Überleitung der Pflegestufen in Pflegegrade)			
Pflegegrad 0	85,71 €		
Pflegegrad 1	85,71 €		
Pflegegrad 2	99,35 €		
Pflegegrad 3	115,52 €		
Pflegegrad 4	132,39 €		
Pflegegrad 5	139,95 €		

11. Betriebsergebnis 2017, aktuelle Lage

Im September 2016 wurde bei einer Belegung von 107 Bewohnern (74,83 %) begonnen, keine neuen Bewohnerinnen und Bewohner mehr aufzunehmen. Damit sollte sichergestellt werden, dass zum Tag des Betriebsübergangs am 1. Oktober 2017 alle Bewohnerinnen und Bewohner die Möglichkeit haben, in das neue Gebäude mit 90 Plätzen umziehen und damit in Wiblingen bleiben zu können. Dieses Ziel wurde auf Grund mehrerer Todesfälle bereits im März erreicht. Auf Grund der reduzierten Belegung wurden dann zum 1. März 2017 die Wohngruppen 4 und 5 zusammengelegt. Bedingt durch die vermehrten Personalausgänge wurden zum 1. August 2017 auch die Wohngruppen 2 und 3 zusammengeführt.

Die Pflegesätze haben sich ab 1. Januar 2017 im Bereich der Altenpflegeumlage verändert. Der durch den Kommunalverband für Jugend und Soziales ermittelte Umlagebetrag für vollstationäre Einrichtungen betrug

für die Zeit vom 1. Januar 2017 - 30. September 2017 pro Berechnungstag 1,12 €. Bei den im Mai 2017 geführten Pflegesatzverhandlungen wurde ab 1. August 2017 eine Erhöhung um 3,70 % vereinbart (Laufzeit 1. August 2017 - 31. Juli 2018).

Durch den geplanten Betriebsübergang zum 1. Oktober 2017 an die Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis wurden die Ansätze für das Wirtschaftsjahr 2017 im Bereich Erlöse, der Personalkosten und der bewohnerbezogenen Sachaufwendungen entsprechend reduziert. Die Erträge lagen mit insgesamt 3.777 T€ rd. 192 T€ unter dem Ansatz im Wirtschaftsplan. Die Erlöse aus Pflegeleistungen betrugen 2.662 T€ und lagen 210 T€ unter dem Planansatz.

Durch den Rückgang der Belegung ergab sich bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen eine Reduzierung gegenüber dem Vorjahr von 80 T€ (rd. 22).

Bei den weiteren Erträgen ist der Betriebskostenzuschuss der Stadt für das Jahr 2017 (519 T€) enthalten sowie die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (196 T€), die Erstattungen aus Schadenersatz und periodenfremdem Ertrag (16 T€).

Bedingt durch die Anpassung des Personalschlüssels an die reduzierte Belegung und den Auslauf der Arbeitsverträge mit dem AHW zum 30. September 2017 lagen die Personalaufwendungen mit 2.706 T€ rd. 1.216 T€ unter dem Vorjahr. Der Anteil des Personalaufwands an den gesamten Aufwendungen ist dadurch auf 53% gesunken.

Die Abschreibungen lagen durch die Sonderabschreibungen des Anlagevermögens i.H.v. 1.035 T€ um 924 T€ über dem Vorjahr. Die Aufwendungen für Instandhaltung reduzierten sich gegenüber 2016 um 75 T€ auf 60 T€.

Bei den weiteren Aufwendungen ist die Rückzahlung an den KVJS von öffentlichen Fördermitteln für Sanierungsmaßnahmen, deren Zweckbindungsfrist noch nicht abgelaufen war, i.H.v. 372 T€ enthalten.

Für das Jahr 2017 hat das Alten- und Pflegeheim Wiblingen einen Jahresverlust in Höhe von 1.343.987,76 € ausgewiesen. Durch die Auflösung des Eigenbetriebs Alten- und Pflegeheim Wiblingen zum 31. Dezember 2017 weist die Schlussbilanz ein negatives Eigenkapital i.H.v. 631.975,15 € aus. Eine Rückzahlung des Stammkapitals und der Kapitaleinlage ist nicht möglich und waren daher außerplanmäßig abzuschreiben, ebenso wie ein zur Stärkung der Liquidität gewährter Kassenkredit der Stadt in Höhe von 650.000,00 €. Zum 31. Dezember 2017 bestehende Forderungen und Verbindlichkeiten werden in den Haushalt der Stadt übertragen, ebenso der ausgewiesene Kassenbestand in Höhe von 36.885,53 €. Der Kassenbestand dient ausschließlich der Finanzierung der noch offen stehenden Verbindlichkeiten.

Das Gebäude des Alten- und Pflegeheim Wiblingen, Schlossstr. 34 war seit 1947 vom Land Baden-Württemberg angemietet. Durch die Landesheimbauverordnung ergab sich ein erheblicher Sanierungs- und Umbaubedarf, da künftig ausschließlich Einzelzimmer zur Verfügung gestellt werden mussten. Da bei stagnierenden oder gar weiter zurückgehenden Umsatzerlösen bei gleichzeitig zunehmenden Kosten für bauliche Veränderungen mittelfristig kein ausgeglichenes Betriebsergebnis erzielt werden konnte, wurden in 2012 Aufgaben- und Kostenstruktur sowie Rahmenbedingungen der Einrichtung eingehend untersucht. Durch den Betriebsausschuss wurde im Dezember 2012 beschlossen, dass der Ende 2018 auslaufende Mietvertrag mit dem Land nicht mehr verlängert werden sollte.

In 2014 wurde durch die kommunalen Gremien entschieden, dass in Ulm-Wiblingen ein Neubau mit 90 Plätzen errichtet wird. Das neue Haus soll von der Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis (ADK GmbH) gebaut und betrieben werden. Am 21. Oktober 2014 wurde vom Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt die Aufstellung eines Bebauungsplanes "Alten- und Pflegeheim Kapellenstraße" beschlossen. Ulmer Gemeinderat (19.11.2014) und Aufsichtsrat der Pflegeheim GmbH Alb-Donau-Kreis (15.12.2014) haben den ausgehandelten Verträgen jeweils einstimmig zugestimmt.

Der Geschäftsbetrieb des Alten- und Pflegeheims Wiblingen wurde zum 30. September 2017 eingestellt. Die Bewohner des Heimes sind am 1. Oktober 2017 in den Neubau der ADK GmbH umgezogen.

Der Eigenbetrieb Alten- und Pflegeheim Wiblingen wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2017 aufgelöst.

EIGENBETRIEB ENTSORGUNGS-BETRIEBE DER STADT ULM (EBU)

Wichernstraße 10

89070 Ulm

www.ebu-ulm.de

1. Beteiligungsverhältnis

Gründung lt. Grundsatzbeschluss des Gemeinderates der Stadt Ulm vom 27. Juni 1995 zum 1. Januar 1996.

Es ist kein Stammkapital festgelegt (§ 3 Betriebssatzung i. V. m. § 12 EigBG).

2. Beteiligungen

(Angaben gerundet)	Anteil <u>v.H.</u>	=	Eigenvermögens- umlage in <u>Euro</u>
Zweckverband Klärwerk Steinhäule	ca. 59	=	7.052.254
Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal	ca. 23	=	511.292

3. Gegenstand/Aufgaben des Eigenbetriebs

- 3.1. Entsorgung von Abfällen und Beseitigung von Abwasser nach Bundes- u. Landesrecht sowie den ortsrechtlichen Regelungen.
- 3.2. Reinigen, Räumen und Bestreuen von Straßen nach Maßgabe des Straßengesetzes Baden- Württemberg sowie Wahrnehmung der Aufgaben des städtischen Fuhrparks und im Bereich Wasserläufe und Wasserbau.
- 3.3. Der Eigenbetrieb kann Betriebsführungen für die Stadt Ulm und Dritte übernehmen, wenn der zu führende Betrieb bzw. die zu führende Einrichtung Berührungspunkte mit dem Unternehmensgegenstand des Eigenbetriebs aufweist.
- 3.4. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Unternehmensgegenstand fördernden oder ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben. Er kann sich auch an privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Betrieben beteiligen.

4. Organe des Eigenbetriebs

4.1. Gemeinderat

4.1.1. Betriebsausschuss Entsorgung - 13 Mitglieder (Stand 31.12.2017)

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Gunter Czisch
Mitglieder:	Stadtrat Erwin Böck
	Stadtrat Gerhard Bühler
	Stadträtin Dr. Brigitte Dahlbender
	Stadtrat Michael Joukov
	Stadtrat Siegfried Keppler
	Stadträtin Dorothee Kühne
	Stadtrat Ralf Milde
	Stadträtin Denise Elisa Niggemeier
	Stadtrat Dr. Rüdiger Reck
	Stadtrat Dr. Hans-Walter Roth
	Stadtrat Uwe Peiker
	Stadtrat Winfried Walter

Die Gesamtbezüge (Sitzungsgelder) der Mitglieder des Betriebsausschusses betragen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 1.260 Euro.

4.1.2. Betriebsleitung

Dipl.-Wirt.-Ing. Michael Pottthast

Der Betriebsleiter erhielt 2017 Gesamtbezüge (einschl. Arbeitgeberaufwendungen Altersversorgung) in Höhe von 135.440 Euro.

5. Lage des Eigenbetriebs

5.1. Rechtliche Grundlagen

- a) Betriebssatzung vom 22. November 1995 i. d. Fassung vom 19. Dezember 2012
- b) Vereinbarung zwischen der Stadt Ulm und den Entsorgungsbetrieben vom 17. Februar 1997

5.2. Wirtschaftliche Grundlagen

a) Abwasserwirtschaft

Primäre Aufgabe der Abwasserwirtschaft ist die Sammlung, schadlose Ableitung und Behandlung von Abwasser. Hierzu müssen insbesondere öffentliche Abwasser- und Regenwasserbehandlungsanlagen geplant, gebaut und betrieben werden. Darüber hinaus ist die Kanalreinigung mit den für Notfälle vorzuhaltenden Fahrzeugen in umliegenden Gemeinden tätig. Die Behandlung der Abwässer einschließlich der Klärschlammverwertung und -beseitigung erfolgt durch den Zweckverband Klärwerk Steinhäule.

Sofern keine sonstigen Erträge zur Verfügung stehen, werden die Kosten der Abwasserwirtschaft über Gebühren gedeckt.

Zum 1. Januar 2010 wurde in Ulm eine nach Schmutz- und Niederschlagswasser gesplittete Abwassergebühr eingeführt.

b) Abfallwirtschaft

Das Geschäftsfeld der Abfallwirtschaft beinhaltet im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften insbesondere die Vermeidung, Sammlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Die Verwertung bzw. Beseitigung von Abfällen erfolgte dabei im Berichtsjahr u. a. in folgenden Anlagen:

- Deponie Donaustetten (Bauschutt)
- Entsorgungszentrum Mergelstetten (Biomüll)
- Müllheizkraftwerk Ulm Donautal.

Die Stadt Ulm ist Mitglied im Zweckverband Thermische Abfallverwertung Donautal (TAD), der in Ulm seit 1997 ein Müllheizkraftwerk betreibt. Sofern keine sonstigen Erträge zur Verfügung stehen, werden die Kosten der Abfallwirtschaft über Gebühren gedeckt.

c) Stadtreinigung

Auf Grund der betrieblichen und organisatorischen Verflechtungen übernehmen die EBU die städtischen Pflichtaufgaben, Straßen, Radwege und öffentliche Plätze zu reinigen, zu räumen und zu bestreuen. Außerdem erfolgt die Reinigung des Verkehrsgrüns und seit 1. Januar 2005 auch die Reinigung der öffentlichen Grünflächen und Spielplätze.

Darüber hinaus ist die Stadtreinigung mit den für Notfälle und als Reserve vorzuhaltenden Fahrzeugen auch für umliegende Gemeinden tätig.

d) Fuhrpark

Beim Fuhrpark handelt es sich um einen Hilfsbetrieb, der insbesondere mit der Bereitstellung von Fahrzeugen, Dienstleistungen für den Eigenbetrieb selbst und die städtischen Fachbereiche erbringt. Darüber hinaus ist die Werkstatt mit der Reparatur und Wartung von Feuerwehrfahrzeugen beauftragt. Zum Jahresende 2005 hat sich der Fuhrpark mit Werkstatt auf dem Betriebsgelände der SWU Verkehr GmbH eingemietet.

e) Wasserläufe/Wasserbau

Dem Eigenbetrieb wurde durch Gemeinderatsbeschluss vom 22. November 1995 die Betriebsführung dieser Geschäftsfelder übertragen. Seit 2005 wird der Unterhalt der oberirdischen Gewässer gegen Kostenerstattung von EBU direkt abgewickelt. Seit 2007 ist hierfür ein separater Betriebszweig Wasserläufe/Wasserbau eingerichtet.

5.3. Organisatorische Grundlagen

Der Eigenbetrieb wird von einem gesamtverantwortlichen Betriebsleiter geführt. Der operative Geschäftsbetrieb wird durch eigenes Personal erledigt. Durch Verfügung des Oberbürgermeisters werden bestimmte Dienstleistungen gegen Leistungsverrechnung von der Stadt erbracht.

5.4. Personalentwicklung

Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen: (der Durchschnitt errechnet sich aus den Quartalszahlen nach § 267 Abs. 5 HGB, umgerechnet auf Vollzeitkräfte)

	2017	2016	2015
Beschäftigte	191,8	191,2	190,2
Beamte	3	3	3
Summe	194,8	194,2	193,2
Auszubildende	5	5	6

6. Verbindungen zum Stadthaushalt

ohne direkte Leistungsentgelte und Darlehensbeziehungen	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Leistungen der Stadt			
- Zuschuss Stadtreinigung	3.372	3.322	3.593
- Zuschuss Wasserläufe/Wasserbau	334	294	287
2. Leistungen der Gesellschaft	0	0	0

7. Bilanz

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Aktiva			
Sach-Anlagevermögen	132.999	134.123	136.225
Finanz-Anlagevermögen, Imm. Vermögensgegenst.	7.573	7.596	7.608
Umlaufvermögen	4.367	5.820	5.669
Rechnungsabgrenzungsposten	32	22	25
Summe	144.971	147.561	149.527
Passiva			
Eigenkapital	0	0	0
Gewinn/Verlust	-109	-142	-264
Ertragszuschüsse- Beiträge	26.214	27.265	28.051
Rückstellungen	23.073	20.729	20.760
Verbindlichkeiten	95.692	99.427	100.980
Rechnungsabgrenzungsposten	101	282	0
Summe	144.971	147.561	149.527

8. Gewinn- und Verlustrechnung

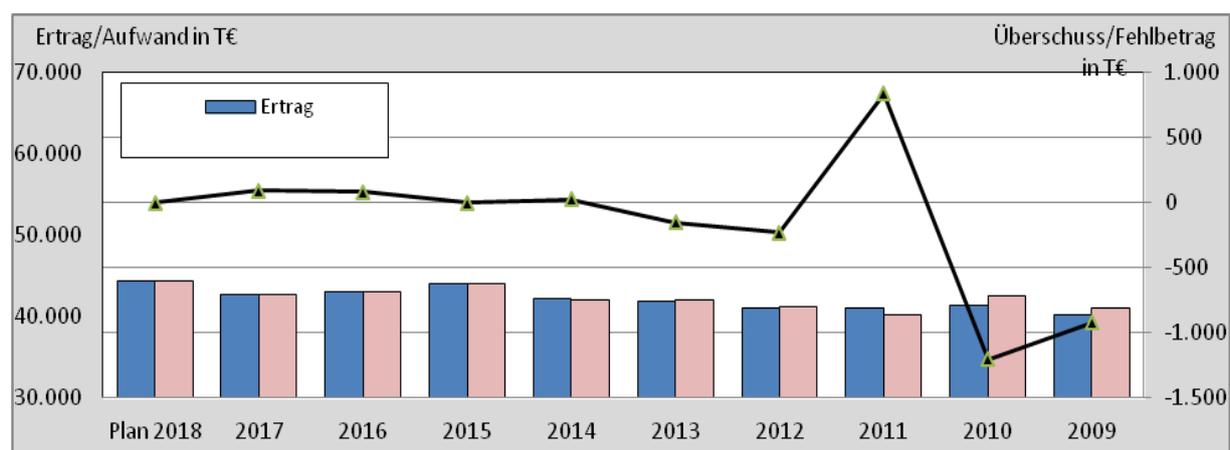
8.1. kurzfristige Darstellung

Anmerkung: Kostenüber- und Unterdeckungen bei einzelnen Betriebszweigen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung bilanziell ausgeglichen. Das ausgewiesene Ergebnis betrifft deshalb ausschließlich den Fuhrpark. Siehe auch Tabellen zu den Betriebszweigen unter Ziffer 10.

	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
Ertrag			
Umsatzerlöse	41.599	39.415	39.180
Sonst. betriebl. Erträge, akt. Eigenleistungen	1.275	3.640	4.860
Sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Jahresfehlbetrag		0	0
Summe	42.874	43.055	44.041
Aufwand			
Personalaufwand	11.407	10.979	10.645
Materialaufwand / Aufwand für bez. Leistungen	16.690	18.217	17.839
Sonst. betriebl. Aufwand	5.480	4.121	5.715
Abschreibungen	6.391	6.389	6.309
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.784	3.237	3.503
Steuern	31	30	28
Jahresüberschuss	91	82	2
Summe	42.874	43.055	44.041

8.2. langfristige Darstellung

	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
	Plan 2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Ertrag	44.418	42.874	43.055	44.041	42.137	41.860	41.029	41.096	41.325	40.182
Aufwand	44.418	42.783	42.973	44.039	42.114	42.013	41.259	40.261	42.529	41.105
Überschuss / Fehlbetrag	0	91	82	2	23	-153	-230	835	-1.204	-923



9. Kennzahlen

	Angaben in	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote - Anteil Eigenkapital zzgl. 1/2 Ertragszuschüsse u. 1/2 Sonderposten am Gesamtkapital	%	9,0	9,2	9,4	8,9	8,8	8,9
Eigenkapitalrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Eigenkapital	%	keine Aussagekraft					
Umsatzrentabilität - Jahresergebnis bezogen auf Umsatz	%	keine Aussagekraft					
Gesamtkapitalrentabilität - Jahresergebnis + Fremdfinanzierungskosten bezogen auf Gesamtkapital	%	keine Aussagekraft					
Anlagendeckung I - Anteil Eigenkapital am Anlagevermögen	%	9	10	10	9	9	9
Vermögensstruktur - Anteil Anlagevermögen am Gesamtvermögen	%	97	96	96	97	97	97
Cash flow - Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zuschreibungen	T€	5.962	5.961	6.219	6.405	5.146	5.118
Personalaufwand je Mitarbeiter	T€	59	57	54	55	57	53

10. Betriebs- und Leistungsdaten

10.1. Abwasserwirtschaft

Betriebsabrechnung Abwasserwirtschaft	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Betriebserträge			
- Umsatzerlöse	20.819	20.735	20.610
- Sonstige	367	606	963
Summe	21.186	21.341	21.573
2. Betriebsaufwendungen			
- Materialaufwand	9.745	9.717	9.618
- Personalaufwand	3.354	3.206	2.975
- Abschreibungen	4.237	4.151	4.054
- Zinsen u. ähnlicher Aufwand	2.429	2.786	3.023
- Sonst. betriebl. Aufwand	769	1.110	1.378
Summe	20.534	20.970	21.048
3. Betriebsergebnis			
- Überdeckung/Unterdeckung	652	371	525
- Kostendeckungsgrad in %	103,2	101,8	102,5
gem. § 14 Abs. 2 KAG	Vortrag in Folgejahre (Rückstellung)		

Leistungsdaten	2017	2016	2015
a) Abwassermengen in Tausend cbm			
- veranlagtes Abwasser	7.659.755 m ³	7.752.278 m ³	7.744.780 m ³
- Gesamtabwassermenge (incl. Regenwasser)	18.956.000	22.150.000 m ³	19.624.000 m ³
b) Abwassergebühren je m ³			
- Schmutzwasser	1,61 €	1,61 €	1,61 €
--- davon Nutzung Kanalisation	0,84 €	0,84 €	0,84 €
--- davon Nutzung Kläranlage	0,77 €	0,77 €	0,77 €
- Niederschlagswasser	0,51 €	0,51 €	0,51 €
c) Trinkwasserpreis je m ³ /SWU)	1,82 €	1,82 €	1,82 €
d) Entwässerungsbeitrag je m ²	4,14 €	3,93 €	3,93 €
e) Sonstiges			
- Kanalnetzlänge	606,4 km	605,5 km	602 km
- Regenbecken Anzahl	58	58	58
- Regenbecken Auffangvolumen	99.700	99.700 m ³	99.700 m ³
- Anschlussquote Klärwerk	99,90 %	99,90 %	99,90 %

Erläuterungen zum Betriebsergebnis 2017

Das Ergebnis der Abwasserwirtschaft des Jahres 2016 wurde durch Abwassergebühren geprägt, die deutlich über Plan (+ 185 T€) liegen. Hierfür sind höhere Schmutzwassermengen und größere Flächen bei der Niederschlagswassergebühr verantwortlich.

Durch Verzögerungen bei der Abwicklung von Baumaßnahmen reduzierten sich die Erträge aus "aktivierten Eigenleistungen" um 91 T€. Die Reinigung von Kanälen und Hausanschlüssen hat zu erhöhten Einnahmen von geführt (+ 265 T€).

Die Umlage an den Zweckverband für das Jahr 2017 erhöhte sich um 73 T€, da hier eine Rückstellung für die höheren Schmutzwassermengen beim Klärwerk gebildet worden ist. Im Jahr 2017 ist stark verschmutztes Abwasser in dem Maße angeliefert worden, dass es einer zusätzlichen Menge von 91.465 m³ normal verschmutztem Abwasser entspricht. Neben dem normalen Frischwasserverbrauch von 7.568.290 m³ als Abwasserverbrauch, muss diese Menge an das Klärwerk Steinhäule (ZVK) vergütet werden. Die satzungsgemäß gemeldete Abwassermenge für das Jahr 2017 beträgt somit 7.659.755 m³, was einer Erhöhung gegenüber 2016 von ca. 92.000 m³ entspricht.

Die Reduzierung der Kosten für den Kanalunterhalt (- 256 T€ in Summe) kommt dadurch zustande, dass die Baufirmen volle Auftragsbücher haben. Die Neuberechnungen des Kanalnetzes wird teilweise in 2018 durchgeführt, weshalb die Kosten für Gutachten und Beratung unter Plan (- 233 T€) liegen.

Der Überschuss von 652 T€ wird ausgewiesen und nach Beschlussfassung des Betriebsausschusses bis 2022 ausgeglichen.

10.2. Abfallwirtschaft

Betriebsabrechnung Abfallwirtschaft	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Betriebserträge			
- Umsatzerlöse	11.528	10.144	9.599
- Sonstige	685	2.509	3.445
Summe	12.213	12.653	13.044
2. Betriebsaufwendungen			
- Materialaufwand	3.987	5.608	5.037
- Personalaufwand	4.296	4.240	4.075
- Abschreibungen	684	687	653
- Zinsen u. ähnlicher Aufwand	196	278	264
- Sonst. betriebl. Aufwand	1.591	1.349	1.520
Summe	10.754	12.162	11.549
3. Betriebsergebnis			
- Überdeckung/Unterdeckung	1.459	491	1.495
- Kostendeckungsgrad in %	113,6	104,0	112,9
gem. § 14 Abs. 2 KAG	Vortrag in Folgejahre (Rückstellung)		

Leistungsdaten	2017	2016	2015
a) Abfallmengen			
- Hausmüll/Restmüll	11.421 to	11.649 to	10.911 to
- Biomüll	4.798	4.765 to	4.826 to
- Sperrmüll	3.257 to	5.264 to	4.898 to
- Gewerbemüll/Klinikmüll	1.108 to	1.106 to	1.021 to
- Bauschutt	2390 to	4.745 to	5.107 to
b) Wertstoffmengen	37834 to	39.474 to	37.901 to
- thermisch behandelte Restmüllmenge	15.784 to	18.019 to	16.830 to
- Entsorgungskosten (Umlage TAD) - je Tonne	32,69 €	52,14 €	57,89 €
- je Einwohner	4,14 €	7,03 €	7,50 €
c) Behälterzahlen Haus- u. Biomüll (veranlagt)	Anzahl	Anzahl	Anzahl
- 40 Liter	25.279	27.174	27.395
- 60 Liter	18.676	18.987	17.367
- 80 Liter	4.493	4.494	3.887
- 120 Liter	6.022	5.937	5.389
- 240 Liter	2.141	2.100	1.813
- 770 Liter	134	132	110
- 1.100 Liter	814	847	706
d) Recyclinghöfe	7	7	7
e) Containerstandorte	136	136	136
f) Abfallgebühren	Euro	Euro	Euro
- Grundgebühr	67,00 €	67,00 €	67,00 €
- Restmüllgebühr je Leerung (40 L-Behälter)	2,40 €	2,40 €	2,40 €

Erläuterungen zum Betriebsergebnis 2017

Die Einnahmen bei Müllgebühren (+ 187 T€) und bei den Verkaufserlösen aus Schrott, Altpapier und Holz sind gestiegen (+ 598 T€ in Summe). Die Rückerstattung vom Zweckverband TAD für das Jahr 2016 war mit 306 T€ sehr erfreulich, ebenso die Erstattung aus Vorjahren mit 105 T€.

Die Gebühren für Bauschutt von Dritten waren unter Plan (- 27 T€). Dies kam dadurch zustande dass Bauschutt wegen dem knappen Restvolumen in der Bauschuttdeponie Donaustetten zu externen Deponien gebracht werden musste.

Die Umsetzung des Betreibervertrages für die Bauschuttdeponie Donaustetten wird im Jahr 2018 vollzogen. Dadurch konnten die im Wirtschaftsplan 2017 dargestellten Kosten für das Betreibermodell und die hierfür notwendige Auflösung der Rückstellungen für die Nachsorgekosten der Bauschuttdeponie Donaustetten (jeweils 2.800 T€) nicht vollzogen werden.

Durch verschobene Instandsetzungsmaßnahmen sind die Ausgaben gegenüber Plan deutlich gesunken (- 330 T€).

Aufgrund der bekannten Mengensteigerungen bei Rest- und Sperrmüll und der bekannten Preise für das Jahr 2017 wurde eine Rückstellung für die Umlage an den TAD in Höhe von 108 T€ gebildet.

Insgesamt ist ein Überschuss von ca. 1.658 T€ erzielt worden. Dieser Überschuss wird nach Beschlussfassung des Betriebsausschusses bis 2022 ausgeglichen.

Im Bereich der Bauschuttdeponie Donaustetten ist eine Unterdeckung von 94 T€ erzielt worden. Diese wird bei der Planung der Bauschuttgebühren im Jahr 2019 ausgeglichen.

10.3. Stadtreinigung

Betriebsabrechnung Stadtreinigung	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Betriebserträge			
- Umsatzerlöse	4.678	4.256	4.674
- Sonstige	35	102	123
Summe	4.713	4.358	4.797
2. Betriebsaufwendungen			
- Materialaufwand	1.637	1.519	1.830
- Personalaufwand	2.649	2.483	2.637
- Abschreibungen	77	90	92
- Zinsen u. ähnlicher Aufwand	23	10	10
- Sonst. betriebl. Aufwand	327	256	228
Summe	4.713	4.358	4.797
3. Betriebsergebnis	Ausgleich durch Abrechnung mit Stadt		

Leistungsdaten	2017	2016	2015
a) Stadtreinigung			
- Reinigungsleistung			
- Straßen	527 km	522 km	522 km
- Geh- und Radwege	124 km	122 km	122 km
- Grünfl., Verkehrsgrün, Spielplätze	360 ha	360 ha	360 ha
- Kehrrichtentsorgung	1.302 to	1.355 to	1.490 to
- Personal (einschl. Fahrzeugführer)	54 Mitarbeiter	54 Mitarbeiter	52 Mitarbeiter
- Fahrzeuge (Kehrmaschinen)	10	10	10
- Reinigungsanteil durch Dritte	ca. 1 %	ca. 1 %	ca. 1 %
b) Winterdienst			
- Streumittel/Lauge	2.973 to	2.097 to	3.918 to
- Fahrzeugeinsatztage	1.221	766	1.006
- Fahrzeuge	25	25	25
- Winterdienstanteil durch Dritte (Fahrzeug-Std.)	27,0%	25,6%	31,0%

Erläuterungen zum Betriebsergebnis 2017

Die Leistungen für private Dritte haben zu einer Ergebnisverbesserung auf der Einnahmenseite (+ 159 T€) geführt. Wegen der Verschiebung des Baus der Salzlagerhalle sind die "aktivierten Eigenleistungen" gesunken (- 17 T€).

Durch den stärkeren Winter (insbesondere in der 2. Jahreshälfte) lagen die Kosten für Streumaterial (+ 16 T€) und Fremdleistungen (+ 74 T€) in Summe über dem Wirtschaftsplan. Die Kosten des Fuhrpark lagen deutlich unter Plan (- 139 T€), da insbesondere die Reparaturen bei den Winterdienstgeräten sehr gering ausgefallen sind.

Insgesamt ergab sich eine Überdeckung gegenüber Plan von 25 T€. Zum Ausgleich des Ergebnisses wurde dieser Betrag an die Stadt zurück überwiesen.

10.4. Fuhrpark

Betriebsabrechnung Fuhrpark	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Betriebserträge			
- Umsatzerlöse	4.087	3.921	3.994
- Sonstige	188	372	281
Summe	4.275	4.293	4.275
2. Betriebsaufwendungen			
- Materialaufwand	1.242	1.282	1.279
- Personalaufwand	855	793	734
- Abschreibungen	1.387	1.452	1.503
- Zinsen u. ähnlicher Aufwand	166	164	205
- Sonst. betriebl. Aufwand	534	520	552
Summe	4.184	4.211	4.273
3. Betriebsergebnis			
- Überdeckung/Unterdeckung	91	82	2
- Kostendeckungsgrad in %	102,2	101,9	100,0
	Vortrag auf neuen Wirtschaftsplan		

Leistungsdaten	2017	2016	2015
a) Fahrzeugbestand			
- Pkw	57	56	54
- Lkw und Busse	68	66	65
- Sonderfahrzeuge	54	55	53
- Anhänger	44	43	42
b) Fahrleistungen			
- Pkw	524.208 km	510.454 km	499.211 km
- Fahrzeugeinsatz in Stunden	74.453	77.631	76.041
c) Verrechnungssätze			
- Pkw-Kleinwagen je km	0,26 €	0,26 €	0,26 €
- Lkw bis 2,5 to je km	0,54 €	0,54 €	0,50 €

Erläuterungen zum Betriebsergebnis 2017

Auf der Einnahmenseite machen sich erhöhte Erträge aus Versicherungsschäden (+ 62 T€) und geringere Erlöse aus der internen Fahrzeugverrechnung (- 32 T€) bemerkbar. Auf der Aufwandsseite sind gesunkene Kosten für Zinsen (- 55 T€) und Reparaturen (- 65 T€) sowie höhere Personalkosten (+ 59 T€) festzustellen.

Es wurde ein positives Ergebnis von 91 T€ erzielt. Diese Überdeckung wird vorgetragen und planmäßig im Wirtschaftsplan 2019 berücksichtigt.

10.5. Wasserläufe/Wasserbau

Betriebsabrechnung Wasserläufe/Wasserbau	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Betriebserträge			
- Umsatzerlöse	352	360	301
- Sonstige Erträge	30	49	49
Summe	382	409	350
2. Betriebsaufwendungen			
- Materialaufwand	79	90	74
- Personalaufwand	253	256	224
- Abschreibungen	6	8	7
- Zinsen u. ähnlicher Aufwand	0	0	0
- Sonst. betriebl. Aufwand	44	55	45
Summe	382	409	350
3. Betriebsergebnis	Ausgleich durch Weiterverrechnung an Stadt		

Leistungsdaten	2017	2016	2015
- Gewässer I. Ordnung	7 km	7 km	7 km
- Gewässer II. Ordnung	43 km	43 km	43 km
- Untergeordnete Wasserläufe	45 km	45 km	45 km
- Hochwasserrückhaltebecken	5	5	5
- Wehranlagen	10	10	10

Erläuterungen zum Betriebsergebnis 2017

Die Beseitigung der Schäden des Wintereinbruchs im April 2017 und der massive Gehölzrückschnitt an den Böschungen des Rötelbachs mit dem zunehmenden Kontrollaufwand für Biber haben bei Personal und Mietkosten für Fremdfahrzeuge zu Mehrkosten geführt (+ 32 T€).

Insgesamt ergab sich eine Unterdeckung von 30 T€ gegenüber dem Plan EBU. Dieser Betrag wird der Stadt in Rechnung gestellt.

10.6. Ergebniszusammenfassung Betriebszweige

Gesamtergebnis	2017	2016	2015
	in T€	in T€	in T€
1. Betriebserträge			
- Abwasserwirtschaft	21.186	21.341	21.573
- Abfallwirtschaft	12.213	12.653	13.044
- Stadtreinigung	4.713	4.358	4.797
- Fuhrpark	4.275	4.293	4.275
- Wasserläufe/Wasserbau	382	409	350
Summe	42.769	43.054	44.039
2. Betriebskosten			
- Abwasserwirtschaft	20.534	20.970	21.048
- Abfallwirtschaft	10.754	12.162	11.549
- Stadtreinigung	4.713	4.358	4.797
- Fuhrpark	4.184	4.211	4.273
- Wasserläufe/Wasserbau	382	409	350
Summe	40.567	42.110	42.017
3. Betriebsgewinn/Verlust			
- Abwasserwirtschaft	652	371	525
- Abfallwirtschaft	1.459	491	1.495
- Stadtreinigung	0	0	0
- Fuhrpark	91	82	2
- Wasserläufe/Wasserbau	0	0	0
Summe	2.202	944	2.022

11. Aktuelle Lage und Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2018 enthält Gesamtaufwendungen und -erträge in Höhe von rd. 44.418 T€. Auf Basis der Zwischenergebnisse zum 30.06.2018 werden für den Jahresabschluss folgende Ergebniswerte prognostiziert:

Gesamtbetrieb	+ 824 T€
Abwasserwirtschaft	+ 503 T€
Wasserläufe/Wasserbau	- 26 T€
Abfallwirtschaft	+ 425 T€
Stadtreinigung	- 250 T€
Fuhrpark	- 30 T€

Für die einzelnen Betriebszweige ist die voraussichtliche Entwicklung wie folgt:

Abwasserwirtschaft

Im Bereich Abwasserwirtschaft wird ein positives Ergebnis i. H. v. + 503 T€ erwartet.

Auf der Ertragsseite sind Mehreinnahmen aus Abwassergebühren (+ 105 T€) und Mindereinnahmen aus den aktivierten Eigenleistungen (- 201 T€) zu verzeichnen.

Beim Kanalunterhalt wird von geringeren Kosten i. H. v. 379 T€ gerechnet. Der Personalaufwand (- 160 T€) und geringere Kosten bei den Zinsen (- 213 T€) wirken sich positiv aus, während sich höhere Umlagen an das Klärwerk (+ 62 T€) negativ auswirken.

Wasserläufe/Wasserbau

Die ursprüngliche Schätzung von Mehrkosten von 26 T€ für den städtischen Haushalt wird nicht ausreichen, da im 2. Halbjahr die Unwetterschäden vom 29. August 2018 behoben werden müssen. Eine aktuelle Schätzung kann nicht vorgenommen werden, da aktuell versucht wird möglichst viel zu tun.

Abfallwirtschaft

Auf der Ertragsseite werden Mehreinnahmen beim Verkauf von Holz, Altpapier und Schrott (+ 295 T€) und bei der Rückerstattung vom Zweckverband TAD (+ 267 T€) erzielt. Die Gebühren für die Direktanlieferer beim TAD entwickeln sich negativ (- 161 T€).

Auf der Ausgabenseite gibt es höhere Personalkosten (+ 170 T€).

Stadtreinigung

Bei der Stadtreinigung wird von einem Mehrbedarf von 250 T€ ausgegangen.

Auf der Ausgabenseite sind höhere Ausgaben beim Winterdienst (+ 90 T€), beim Abriss des alten Salzlagers (+ 30 T€), bei der Anmietung von Fremdfahrzeugen (+ 50 T€), bei den Betriebs- und Geschäftsausgaben (+ 20 T€) und bei den Personalkosten (+ 60 T€) läuft planmäßig mit den üblichen Schwankungen.

Fuhrpark

Der Fuhrpark läuft planmäßig mit üblichen Schwankungen. Als einzige Abweichung sind steigende Treibstoffkosten mit ca. 32 T€ zu benennen.

Hinweis für alle Tabellen:

Die dargestellten Zahlen sind auf T€ gerundet. Gerechnet wird jedoch mit den nicht gerundeten €-Beträgen.

Aus diesem Grund kann es zu Rundungsdifferenzen kommen.

6. Anhang

6.1. Auszug aus der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO)

§ 102 Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen

- (1) Die Gemeinde darf ungeachtet der Rechtsform wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn
 1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
 3. bei einem Tätig werden außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Anbieter erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- (2) Über ein Tätig werden der Gemeinde nach Absatz 1 Nr. 3 entscheidet der Gemeinderat nach Anhörung der örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel.
- (3) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird; sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen.
- (4) Wirtschaftliche Unternehmen im Sinne der Absätze 1 und 2 sind nicht
 1. Unternehmen, zu deren Betrieb die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
 2. Einrichtungen des Unterrichts-, Erziehungs- und Bildungswesens, der Kunstpflege, der körperlichen Erziehung, der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege sowie öffentliche Einrichtungen ähnlicher Art und
 3. Hilfsbetriebe, die ausschließlich zur Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinde dienen.

Auch diese Unternehmen, Einrichtungen und Hilfsbetriebe sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen.

- (5) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.
- (6) Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Privatunternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.
- (7) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist zulässig, wenn bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen Gemeinden gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

§ 102 a Selbstständige Kommunalanstalt

- (1) Die Gemeinde kann durch Satzung (Anstaltssatzung) eine selbstständige Kommunalanstalt in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Eigenbetriebe durch Ausgliederung und Kapitalgesellschaften durch Formwechsel im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in selbstständige Kommunalanstalten umwandeln. Sofern mit der selbstständigen Kommunalanstalt eine wirtschaftliche Betätigung verbunden ist, ist dies nur unter Beachtung der Vorgaben des § 102 zulässig. Die selbstständige Kommunalanstalt kann sich nach Maßgabe der Anstaltssatzung und in entsprechender Anwendung der für die Gemeinde geltenden Vorschriften an anderen Unternehmen beteiligen, wenn das dem Anstaltszweck dient.
- (2) Die Gemeinde kann der selbstständigen Kommunalanstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängenden Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann nach Maßgabe des § 11 durch gesonderte Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang zugunsten der selbstständigen Kommunalanstalt festlegen.

- (3) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der selbstständigen Kommunalanstalt durch die Anstaltssatzung. Diese muss Bestimmungen über den Namen, den Sitz und die Aufgaben der selbstständigen Kommunalanstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats, die Höhe des Stammkapitals und die Abwicklung im Falle der Auflösung der selbstständigen Kommunalanstalt enthalten.
- (4) Die Anstaltssatzung, Änderungen der Aufgaben der selbstständigen Kommunalanstalt und die Auflösung der selbstständigen Kommunalanstalt bedürfen der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Errichtung der selbstständigen Kommunalanstalt zulässig ist und die Anstaltssatzung den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Die Genehmigung der Anstaltssatzung ist mit der Anstaltssatzung von der Gemeinde öffentlich bekannt zu machen. Die selbstständige Kommunalanstalt entsteht am Tag nach der Bekanntmachung, wenn nicht in der Anstaltssatzung ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist. § 4 Absatz 4 findet Anwendung.
- (5) Die Gemeinde kann der selbstständigen Kommunalanstalt in der Anstaltssatzung auch das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen zu erlassen. § 4 Absätze 3 und 4 gelten entsprechend. Die öffentlichen Bekanntmachungen der selbstständigen Kommunalanstalten erfolgen in der für die öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde vorgeschriebenen Form. Die Gemeinde kann der selbstständigen Kommunalanstalt zur Finanzierung der von ihr wahrzunehmenden Aufgaben durch die Anstaltssatzung das Recht übertragen, Gebühren, Beiträge, Kostenersätze und sonstige Abgaben nach den kommunalabgabenrechtlichen Vorschriften festzusetzen, zu erheben und zu vollstrecken.
- (6) Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der selbstständigen Kommunalanstalt gelten die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs sinngemäß, sofern nicht die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs bereits unmittelbar oder weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. In sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften ist für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufzustellen und der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung sind an die Gemeinde zu übersenden. § 77 Absätze 1 und 2, §§ 78, 87, 103 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und Absatz 3 gelten entsprechend. Mit dem Antrag auf Genehmigung des Gesamtbetrags der vorgesehenen Kreditaufnahmen gemäß § 87 Absatz 2 sind der Rechtsaufsichtsbehörde der Wirtschaftsplan, der Finanzplan und der letzte Jahresabschluss vorzulegen.
- (7) Die selbstständige Kommunalanstalt besitzt das Recht, Beamte zu haben. Hauptamtliche Beamte dürfen nur ernannt werden, wenn dies in der Anstaltssatzung vorgesehen ist. Unberührt bleibt die Möglichkeit, Beamte der Gemeinde an die selbstständige Kommunalanstalt abzuordnen.
- (8) Die Gemeinde unterstützt die selbstständige Kommunalanstalt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie ist verpflichtet, die selbstständige Kommunalanstalt mit den zur Aufgabenerfüllung notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten und für die Dauer ihres Bestehens funktionsfähig zu erhalten. Beihilferechtliche Regelungen sind dabei zu beachten. Eine Haftung der Gemeinde für Verbindlichkeiten der selbstständigen Kommunalanstalt Dritten gegenüber besteht nicht.

§ 102 b Organe der selbstständigen Kommunalanstalt

- (1) Organe der selbstständigen Kommunalanstalt sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.
- (2) Die selbstständige Kommunalanstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Anstaltssatzung etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt; wiederholte Bestellungen sind zulässig. Die Mitglieder des Vorstands können privatrechtlich angestellt oder in ein Beamtenverhältnis auf Zeit mit einer Amtszeit von fünf Jahren berufen werden. Die Mitglieder des Vorstands vertreten einzeln oder gemeinsam entsprechend der Anstaltssatzung die selbstständige Kommunalanstalt nach außen. Der Vorstand kann allgemein oder in einzelnen Angelegenheiten Vollmacht erteilen. Der Vorsitzende des Vorstands ist Vorgesetzter, Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Bediensteten der selbstständigen Kommunalanstalt mit Ausnahme der beamteten Mitglieder des Vorstands. Die Gemeinde hat darauf hinzuwirken, dass jedes Vorstandsmitglied vertraglich verpflichtet wird, die ihm im Geschäftsjahr jeweils gewährten Bezüge im Sinne von § 285

Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuchs der Gemeinde jährlich zur Aufnahme in den Beteiligungsbericht mitzuteilen.

- (3) Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstands. Er entscheidet über
1. den Erlass von Satzungen gemäß § 102a Absatz 5,
 2. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses, Kreditaufnahmen, Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen,
 3. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
 4. die Beteiligung der selbstständigen Kommunalanstalt an anderen Unternehmen und
 5. die Ergebnisverwendung.

Die Anstaltssatzung kann weitere Entscheidungszuständigkeiten des Verwaltungsrats vorsehen, insbesondere bei Maßnahmen von grundsätzlicher oder besonderer Bedeutung oder bei denen sich der Verwaltungsrat die Zustimmung vorbehalten hat. Sie kann auch ein Recht des Verwaltungsrats vorsehen, Maßnahmen auf eigene Initiative zu bestimmen. Im Fall des Satzes 2 Nummer 1 ist öffentlich zu verhandeln; die Mitglieder des Verwaltungsrats unterliegen den Weisungen des Gemeinderats. Die Anstaltssatzung kann vorsehen, dass auch in bestimmten anderen Fällen öffentlich zu verhandeln ist und dass der Gemeinderat den Mitgliedern des Verwaltungsrats auch in bestimmten anderen Fällen Weisungen erteilen kann. Im Fall des Satzes 2 Nummer 4 bedarf es der vorherigen Zustimmung der Gemeinde entsprechend § 105a.

- (4) Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden und den weiteren Mitgliedern. Vorsitzender ist der Bürgermeister; mit seiner Zustimmung kann der Gemeinderat einen Beigeordneten zum Vorsitzenden bestellen. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats ist Vorgesetzter, Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der beamteten Mitglieder des Vorstands. Das vorsitzende Mitglied nach Satz 2 Halbsatz 2 und die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Gemeinderat für fünf Jahre bestellt. Für jedes Mitglied des Verwaltungsrats wird ein Stellvertreter bestellt.
- (5) Die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats sind ehrenamtlich tätig. Für ihre Rechtsverhältnisse finden die für die Gemeinderäte geltenden Vorschriften mit Ausnahme der §§ 15 und 29 entsprechende Anwendung. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:
1. Beamte und Arbeitnehmer der selbstständigen Kommunalanstalt,
 2. leitende Beamte und leitende Arbeitnehmer von juristischen Personen oder sonstigen Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die selbstständige Kommunalanstalt mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist; eine Beteiligung am Stimmrecht genügt,
 3. Beamte und Arbeitnehmer der Rechtsaufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die selbstständige Kommunalanstalt befasst sind.

Auf den Verwaltungsrat und seinen Vorsitzenden finden § 34 Absatz 1 mit Ausnahme des Satzes 2 Halbsatz 2, § 34 Absatz 3, §§ 36 bis 38 und § 43 Absätze 2, 4 und 5 entsprechende Anwendung.

§ 102 c Umwandlung

- (1) Ein Unternehmen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft, an dem ausschließlich die Gemeinde beteiligt ist, kann durch Formwechsel in eine selbstständige Kommunalanstalt umgewandelt werden. Die Umwandlung ist nur zulässig, wenn keine Sonderrechte im Sinne des § 23 des Umwandlungsgesetzes (UmwG) und keine Rechte Dritter an den Anteilen der Gemeinde bestehen.
- (2) Der Formwechsel setzt den Erlass der Anstaltssatzung durch die Gemeinde und einen sich darauf beziehenden Umwandlungsbeschluss der formwechselnden Gesellschaft voraus. Die §§ 193 bis 195, 197 bis 200 Absatz 1 und § 201 UmwG sind entsprechend anzuwenden. Die Anmeldung zum Handelsregister entsprechend § 198 UmwG erfolgt durch das vertretungsberechtigte Organ der Kapitalgesellschaft. Die Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine selbstständige Kommunalanstalt wird mit der Eintragung oder, wenn sie nicht eingetragen wird, mit der Eintragung der Umwandlung in das Handelsregister wirksam; § 202 Absätze 1 und 3 UmwG sind entsprechend anzuwenden.
- (3) Ist bei der Kapitalgesellschaft ein Betriebsrat eingerichtet, bleibt dieser nach dem Wirksamwerden der Umwandlung als Personalrat der selbstständigen Kommunalanstalt bis zur Neuwahl des Personalrats, längstens bis zu einem Jahr nach Inkrafttreten der Umwandlung, bestehen. Er nimmt

die dem Personalrat nach dem Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) zustehenden Befugnisse und Pflichten wahr. Die in der Kapitalgesellschaft im Zeitpunkt der Umwandlung bestehenden Betriebsvereinbarungen gelten in der selbstständigen Kommunalanstalt für längstens bis zu dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt als Dienstvereinbarungen fort, soweit § 85 LPVG nicht entgegensteht und sie nicht durch andere Regelungen ersetzt werden.

§ 102 d Sonstige Vorschriften für selbstständige Kommunalanstalten

- (1) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der selbstständigen Kommunalanstalt werden in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Die obere Rechtsaufsichtsbehörde kann für kleine selbstständige Kommunalanstalten, die kleinen Kapitalgesellschaften nach § 267 Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs oder Kleinstkapitalgesellschaften nach § 267a Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs entsprechen, Ausnahmen für die Erfordernisse der Rechnungslegung zulassen.
- (2) Bei Gemeinden mit einem obligatorischen Rechnungsprüfungsamt gemäß § 109 Absatz 1 hat dieses den Jahresabschluss der selbstständigen Kommunalanstalt zu prüfen. Die örtliche Prüfung erfolgt in entsprechender Anwendung der § 111 Absatz 1 und § 112 Absatz 1; der Verwaltungsrat tritt an die Stelle des Gemeinderats. Das Rechnungsprüfungsamt hat das Recht, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung auftreten, unmittelbar zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften der selbstständigen Kommunalanstalt einzusehen. Weitergehende gesetzliche Vorschriften für die Prüfung des Jahresabschlusses bleiben unberührt.
- (3) Die überörtliche Prüfung der selbstständigen Kommunalanstalt erfolgt in entsprechender Anwendung des § 114 durch die nach § 113 für die Gemeinde zuständige Prüfungsbehörde. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.
- (4) Der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Prüfungsbericht sind an die Gemeinde zu übersenden. Für die Offenlegung des Jahresabschlusses und den Beteiligungsbericht gilt § 105 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2 entsprechend.
- (5) Die §§ 118 bis 129 sind entsprechend anwendbar. Rechtsaufsichtsbehörde ist die für die Gemeinde zuständige Rechtsaufsichtsbehörde.
- (6) Die Gemeinde kann die selbstständige Kommunalanstalt auflösen. Das Vermögen einer aufgelösten selbstständigen Kommunalanstalt geht im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Gemeinde über. Für die Beamten und Versorgungsempfänger der selbstständigen Kommunalanstalt gelten die §§ 26 bis 30 des Landesbeamtengesetzes.

§ 103 Unternehmen in Privatrechtsform

- (1) Die Gemeinde darf ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn
 1. das Unternehmen seine Aufwendungen nachhaltig zu mindestens 25 vom Hundert mit Umsatzerlösen zu decken vermag,
 2. im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung sichergestellt ist, dass der öffentliche Zweck des Unternehmens erfüllt wird,
 3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan des Unternehmens erhält,
 4. die Haftung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt wird,
 5. bei einer Beteiligung mit Anteilen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung sichergestellt ist, dass
 - a. in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt und der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde gelegt wird,
 - b. der Jahresabschluss und der Lagebericht in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und in entsprechender Anwendung dieser Vorschriften geprüft werden,

sofern nicht die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs bereits unmittelbar gelten oder weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen,

- c. der Gemeinde der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung des Unternehmens, der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers übersandt werden, soweit dies nicht bereits gesetzlich vorgesehen ist,
- d. für die Prüfung der Betätigung der Gemeinde bei dem Unternehmen dem Rechnungsprüfungsamt und der für die überörtliche Prüfung zuständigen Prüfungsbehörde die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt sind,
- e. das Recht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Unternehmens nach Maßgabe des § 114 Abs. 1 eingeräumt ist
- f. der Gemeinde für die Aufstellung des Gesamtabchlusses (§ 95a) erforderlichen Unterlagen und Auskünfte zu dem von ihr bestimmten Zeitpunkt eingereicht werden.

Die obere Rechtsaufsichtsbehörde kann in besonderen Fällen von dem Mindestgrad der Aufwandsdeckung nach Satz 1 Nr. 1 und dem Prüfungserfordernis nach Satz 1 Nr. 5 Buchst. b, wenn andere geeignete Prüfungsmaßnahmen gewährleistet sind, Ausnahmen zulassen. Für kleine Kapitalgesellschaften nach § 267 Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs und für Kleinstkapitalgesellschaften nach § 267a Absatz 1 des Handelsgesetzbuchs kann sie auch Ausnahmen für die Erfordernisse der Rechnungslegung nach Satz 1 Nummer 5 Buchstabe b zulassen.

- (2) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 ein Unternehmen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur errichten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- (3) Die Gemeinde hat ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist, so zu steuern und zu überwachen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt und das Unternehmen wirtschaftlich geführt wird; bei einer geringeren Beteiligung hat die Gemeinde darauf hinzuwirken. Zuschüsse der Gemeinde zum Ausgleich von Verlusten sind so gering wie möglich zu halten.

§ 103 a Unternehmen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gemeinde darf unbeschadet des § 103 Abs. 1 ein Unternehmen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn im Gesellschaftsvertrag sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

1. den Abschluss und die Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
2. die Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstands,
3. die Errichtung, den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen, sofern dies im Verhältnis zum Geschäftsumfang der Gesellschaft wesentlich ist,
4. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses.

§ 104 Vertretung der Gemeinde in Unternehmen in Privatrechtsform

- (1) Der Bürgermeister vertritt die Gemeinde in der Gesellschaftsversammlung oder in dem entsprechenden Organ der Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist; er kann einen Gemeindebediensteten mit seiner Vertretung beauftragen. Die Gemeinde kann weitere Vertreter entsenden und deren Entsendung zurücknehmen; ist mehr als ein weiterer Vertreter zu entsenden und kommt eine Einigung über deren Entsendung nicht zu Stande, finden die Vorschriften über die Wahl der Mitglieder beschließender Ausschüsse des Gemeinderats Anwendung. Die Gemeinde kann ihren Vertretern Weisungen erteilen.
- (2) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt, mehr als ein Mitglied des Aufsichtsrats oder eines entsprechenden Organs eines Unternehmens zu entsenden, finden die Vorschriften über die Wahl

der Mitglieder beschließender Ausschüsse des Gemeinderats Anwendung, soweit eine Einigung über die Entsendung nicht zu Stande kommt.

- (3) Die von der Gemeinde entsandten oder auf ihren Vorschlag gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats oder eines entsprechenden Überwachungsorgans eines Unternehmens haben bei ihrer Tätigkeit auch die besonderen Interessen der Gemeinde zu berücksichtigen.
- (4) Werden Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit in einem Organ eines Unternehmens haftbar gemacht, hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grobfahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Fall ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn ihre Vertreter nach Weisung gehandelt haben.

§ 105 Prüfung, Offenlegung und Beteiligungsbericht

- (1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang beteiligt, hat sie
 1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
 2. dafür zu sorgen, dass
 - a. der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zusammen mit dessen Ergebnis, das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die beschlossene Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrags ortsüblich bekanntgegeben werden
 - b. gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich ausgelegt werden und in der Bekanntgabe auf die Auslegung hingewiesen wird.
- (2) Die Gemeinde hat zur Information des Gemeinderats und ihrer Einwohner jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie unmittelbar oder mit mehr als 50 vom Hundert mittelbar beteiligt ist, zu erstellen. In dem Beteiligungsbericht sind für jedes Unternehmen mindestens darzustellen:
 1. der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
 2. der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
 3. für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer getrennt nach Gruppen, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe; § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches gilt entsprechend.

Ist die Gemeinde unmittelbar mit weniger als 25 vom Hundert beteiligt, kann sich die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens beschränken.

- (3) Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekannt zu geben; Absatz 1 Nr. 2 Buchst. b gilt entsprechend.
- (4) Die Rechtsaufsichtsbehörde kann verlangen, dass die Gemeinde ihr den Beteiligungsbericht und den Prüfungsbericht mitteilt.

§ 105 a Mittelbare Beteiligungen an Unternehmen in Privatrechtsform

- (1) Die Gemeinde darf der Beteiligung eines Unternehmens, an dem sie mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist, an einem anderen Unternehmen nur zustimmen, wenn
 1. die Voraussetzungen des § 102 Abs. 1 Nr. 1 und 3 vorliegen,
 2. bei einer Beteiligung des Unternehmens von mehr als 50 vom Hundert an dem anderen Unternehmen

- a. die Voraussetzungen des § 103 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 4 vorliegen,
- b. die Voraussetzungen des § 103a vorliegen, sofern das Unternehmen, an dem die Gemeinde unmittelbar beteiligt ist, und das andere Unternehmen Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind,
- c. die Voraussetzung des § 103 Abs. 2 vorliegt, sofern das andere Unternehmen eine Aktiengesellschaft ist.

Beteiligungen sind auch mittelbare Beteiligungen. Anteile mehrerer Gemeinden sind zusammenzurechnen.

- (2) § 103 Abs. 3 und, soweit der Gemeinde für das andere Unternehmen Entsendungsrechte eingeräumt sind, § 104 Abs. 2 bis 4 gelten entsprechend.
- (3) Andere Bestimmungen zur mittelbaren Beteiligung der Gemeinde an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts bleiben unberührt.

§ 106 Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen

Die Veräußerung eines Unternehmens, von Teilen eines solchen oder einer Beteiligung an einem Unternehmen sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss auf das Unternehmen verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

§ 106 a Einrichtungen in Privatrechtsform

Die §§ 103 bis 106 gelten für Einrichtungen im Sinne des § 102 Abs.4 Satz 1 Nr. 2 in einer Rechtsform des privaten Rechts entsprechend.

§ 106 b Vergabe von Aufträgen

- (1) Die Gemeinde ist verpflichtet, ihre Gesellschaftsrechte in Unternehmen des privaten Rechts, auf die sie durch mehrheitliche Beteiligung oder in sonstiger Weise direkt oder indirekt bestimmenden Einfluss nehmen kann, so auszuüben, dass
 - 1. diese die Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) sowie § 22 Abs. 1 bis 4 des Mittelstandsförderungsgesetzes anwenden und
 - 2. ihnen die Anwendung der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) empfohlen wird,
 wenn diese Unternehmen öffentliche Auftraggeber im Sinne von § 98 Nr. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen sind. Satz 1 gilt für Einrichtungen im Sinne des § 102 Abs.4 Satz 1 Nr. 2 in einer Rechtsform des privaten Rechts entsprechend.
- (2) Die Verpflichtung nach Abs. 1 entfällt in der Regel,
 - 1. bei wirtschaftlichen Unternehmen, soweit sie
 - a. mit ihrer gesamten Tätigkeit an einem entwickelten Wettbewerb teilnehmen und ihre Aufwendungen ohne Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten zu decken vermögen oder
 - b. mit der gesamten Tätigkeit einzelner Geschäftsbereiche an einem entwickelten Wettbewerb teilnehmen und dabei ihre Aufwendungen ohne Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten zu decken vermögen.
 - 2. bei Aufträgen der in § 100 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Art,
 - 3. bei Aufträgen, deren Wert voraussichtlich weniger als 30.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt.

Auch bei Vorliegen der Ausnahmenvoraussetzungen nach Satz 1 besteht die Verpflichtung nach Abs. 1, soweit die Unternehmen Aufträge für ein Vorhaben vergeben, für das sie öffentliche Mittel in Höhe von mindestens 30.000 Euro in Anspruch nehmen.

§ 107 Energie- und Wasserverträge

- (1) Die Gemeinde darf Verträge über die Lieferung von Energie oder Wasser in das Gemeindegebiet sowie Konzessionsverträge, durch die sie einem Energieversorgungsunternehmen oder einem Wasserversorgungsunternehmen die Benützung von Gemeindeeigentum einschließlich der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze für Leitungen zur Versorgung der Einwohner überlässt, nur abschließen, wenn die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht gefährdet wird und die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde und ihrer Einwohner gewahrt sind. Hierüber soll dem Gemeinderat vor der Beschlussfassung das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen vorgelegt werden.
- (2) Dasselbe gilt für eine Verlängerung oder ihre Ablehnung sowie eine wichtige Änderung derartiger Verträge.

§ 108 Vorlagepflicht

Beschlüsse der Gemeinde über Maßnahmen und Rechtsgeschäfte nach § 103 Abs. 1 und 2, §§ 103a, 105a Abs. 1, §§ 106, 106a und 107 sind der Rechtsaufsichtsbehörde unter Nachweis der gesetzlichen Voraussetzungen vorzulegen.

§ 111 Örtliche Prüfung der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, Sonder- und Treuhandvermögen

- (1) Das Rechnungsprüfungsamt hat die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe vor der Feststellung durch den Gemeinderat auf Grund der Unterlagen der Gemeinde und der Eigenbetriebe in entsprechender Anwendung des § 110 Abs. 1 zu prüfen. Die Prüfung ist innerhalb von vier Monaten nach Aufstellung der Jahresabschlüsse durchzuführen. Bei der Prüfung ist ein vorhandenes Ergebnis einer Jahresabschlussprüfung zu berücksichtigen.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend für Sondervermögen nach § 96 Abs. 1 Nr. 4 sowie Treuhandvermögen nach § 97 Abs. 1 Satz 1, sofern für diese Vermögen die für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend angewendet werden.

§ 112 Weitere Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes

- (1) (nicht abgedruckt)
- (2) Der Gemeinderat kann dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen, insbesondere
 1. (nicht abgedruckt)
 2. (nicht abgedruckt)
 3. Die Prüfung der Betätigung der Gemeinde bei Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist, und
 4. (nicht abgedruckt)

§ 114 Aufgaben und Gang der überörtlichen Prüfung

- (1) Die überörtliche Prüfung erstreckt sich darauf, ob bei der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung, der Wirtschaftsführung und dem Rechnungswesen sowie der Vermögensverwaltung der Gemeinde sowie ihrer Sonder- und Treuhandvermögen die gesetzlichen Vorschriften eingehalten worden sind. Bei der Prüfung sind vorhandene Ergebnisse der örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses und des Gesamtabschlusses (§ 110), der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, Sonder- und Treuhandvermögen (§ 111) und einer Jahresabschlussprüfung zu berücksichtigen.
- (2) (nicht abgedruckt)

6.2. Auszug aus dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)

§ 53 HGrG Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

- (1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen
 1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
 2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a. die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b. verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c. die Ursachen eines in der Gewinn- u. Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
 3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.
- (2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54 HGrG Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

- (1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.
- (2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.

6.3. Auszug aus dem Eigenbetriebsgesetz (EigBG)

§ 1 EigBG Anwendungsbereich

Die Gemeinden können Unternehmen, Einrichtungen und Hilfsbetriebe im Sinne des § 102 Abs. 1 und Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 3 der Gemeindeordnung als Eigenbetriebe führen, wenn deren Art und Umfang eine selbständige Wirtschaftsführung rechtfertigen.

§ 5 EigBG Aufgaben der Betriebsleitung

- (1) Die Betriebsleitung leitet den Eigenbetrieb, soweit in diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Ihr obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit ist sie für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebs verantwortlich.
- (2) (nicht abgedruckt)
- (3) Die Betriebsleitung hat den Bürgermeister über alle wichtige Angelegenheiten des Eigenbetriebs rechtzeitig zu unterrichten. Sie hat ferner dem Fachbeamten für das Finanzwesen oder dem sonst für das Finanzwesen der Gemeinde zuständigen Bediensteten (§116 der Gemeindeordnung) alle Maßnahmen mitzuteilen, welche die Finanzwirtschaft der Gemeinde berühren. Näheres ist durch Betriebsatzung zu regeln.

§ 10 EigBG Stellung des Bürgermeisters

- (1) Der Bürgermeister kann der Betriebsleitung Weisung erteilen, um die Einheitlichkeit der Gemeindeverwaltung zu wahren, die Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebs zu sichern und Missstände zu beseitigen.
- (2) Der Bürgermeister muss anordnen, dass Maßnahmen der Betriebsleitung, die er für gesetzwidrig hält, unterbleiben oder rückgängig gemacht werden; er kann dies anordnen, wenn er der Auffassung ist, dass Maßnahmen für die Gemeinde nachteilig sind.
- (3) Ist für den Eigenbetrieb keine Betriebsleitung bestellt, nimmt der Bürgermeister auch die nach diesem Gesetz der Betriebsleitung obliegenden Aufgaben wahr.

§ 14 EigBG Wirtschaftsplan

- (1) Für jedes Wirtschaftsjahr ist vor dessen Beginn ein Wirtschaftsplan aufzustellen. Der Wirtschaftsplan kann für zwei Wirtschaftsjahre, nach Jahren getrennt, aufgestellt werden. Er besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht.
- (2) Der an den Haushalt der Gemeinde abzuführende Jahresgewinn oder der aus dem Haushalt der Gemeinde abzudeckende Jahresverlust ist in den Haushaltsplan der Gemeinde aufzunehmen.
- (3) Bei der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan kann der Gemeinderat unter Berücksichtigung der Finanzplanung entscheiden, ob und inwieweit dem Haushalt der Gemeinde Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden sollen, die aus Entgelten für die Abschreibungen aus den Anschaffungs- und Herstellungskosten des Anlagevermögens erwirtschaftet werden, soweit sie nicht für Kreditbeschaffungskosten, die ordentliche Tilgung von Krediten oder für bevorstehende notwendige Investitionen des Eigenbetriebs benötigt werden.

§ 16 EigBG Jahresabschluss und Lagebericht

- (1) Die Betriebsleitung hat für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres einen aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang bestehenden Jahresabschluss sowie einen Lagebericht aufzustellen.
- (2) Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres aufzustellen und dem Bürgermeister vorzulegen. Bei Gemeinden mit einer örtlichen Prüfung (§ 109 der Gemeindeordnung) leitet der Bürgermeister diese Unterlagen unverzüglich der Prüfungseinrichtung zur örtlichen Prüfung (§ 111 der Gemeindeordnung) zu.
- (3) Der Bürgermeister hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Bericht über die örtliche Prüfung und im Fall einer Jahresabschlussprüfung auch mit dem Bericht über diese zunächst dem Betriebsausschuss zur Vorberatung und sodann mit dem Ergebnis dieser Vorberatung dem Gemeinderat zur Feststellung zuzuleiten. Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss innerhalb eines Jahres fest und beschließt dabei über
 1. die Verwendung des Jahresgewinns oder die Behandlung des Jahresverlusts; der Jahresgewinn soll zumindest in Höhe der Verzinsung des vom Haushalt der Gemeinde aufgebrachten Eigenkapitals an diesen abgeführt werden,
 2. die Verwendung der für das Wirtschaftsjahr nach § 14 Abs. 3 für den Haushalt der Gemeinde eingeplanten Finanzierungsmittel,
 3. die Entlastung der Betriebsleitung; versagt er die Entlastung, hat er dafür die Gründe anzugeben.
- (4) Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses ist ortsüblich bekanntzugeben. In der ortsüblichen Bekanntgabe ist im Falle einer Jahresabschlussprüfung der Prüfungsvermerk des Abschlussprüfers anzugeben; ferner ist dabei die nach Absatz 3 Satz 2 beschlossene Verwendung des Jahresgewinns oder die Behandlung des Jahresverlusts anzugeben. Gleichzeitig sind der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen; in der Bekanntgabe ist auf die Auslegung hinzuweisen.

6.4. Auszug aus der Hauptsatzung Stadt Ulm

§ 13 Zuständigkeit im einzelnen

Dem Gemeinderat obliegt die Beschlussfassung über folgende Angelegenheiten:
(Auszug aus der Zuständigkeitsliste)

18. Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, wesentliche Einschränkung und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen sowie Beteiligung an solchen (§§ 10 Abs. 2, 102, 103, 104, 106 GemO);
19. Umwandlung der Rechtsform von öffentlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen der Stadt und von solchen, an denen die Stadt beteiligt ist;
22. Entsendung und Benennung von Vertretern oder Vertreterinnen der Stadt in bzw. für Organe von Beteiligungsunternehmen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften;
38. alle sonstigen Angelegenheiten von besonderer politischer oder finanzieller Bedeutung, insbesondere über Maßnahmen, die die Haushaltswirtschaft der Stadt über das laufende Jahr hinaus in erheblichem Maße beeinflussen;
39. Angelegenheiten der Eigenbetriebe soweit der Gemeinderat nach der jeweiligen Betriebsatzung hierfür zuständig ist;

§ 15 Geschäftskreis Hauptausschuss

Der Hauptausschuss ist zuständig für
(Auszug aus der Zuständigkeitsliste)

7. Angelegenheiten der städtischen Beteiligungen an privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Einrichtungen einschließlich des Weisungsrechts an Vertreter/-innen der Stadt in deren Organen sowie zentrale Angelegenheiten aller Eigenbetriebe (Beteiligungsverwaltung); Zuständigkeiten anderer Ausschüsse bleiben unberührt.

§ 23 Allgemeine Zuständigkeiten, übertragene Aufgaben

- (1) Der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung (§ 24) und die ihm oder ihr sonst durch Gesetz oder vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben (§ 44 Abs. 2 Satz 1 GemO).
- (2) (nicht abgedruckt)
- (3) Für Gesellschafterversammlungen von Unternehmen, an denen die Stadt mit mindestens der Hälfte des Stammkapitals beteiligt ist, hat der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin die Weisung des Gemeinderats einzuholen.

6.5. Erläuterung der wichtigsten Bilanzkennzahlen

Kennzahl	Erläuterung
Eigenkapitalquote	Verhältnis des Eigenkapitals zum gesamten im Unternehmen gebundenen Kapital. Eine hohe Eigenkapitalquote dient als wichtiger Indikator für die Bonität eines Unternehmens und schafft Sicherheit und Handlungsfähigkeit
Eigenkapitalrentabilität	Die Kennzahl gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
Umsatzrentabilität	Die Kennzahl ist von Bedeutung für die Beurteilung der Ertragskraft. Der Betriebserfolg wird hier an der Umsatztätigkeit gemessen
Gesamtkapitalrentabilität	Die Kennzahl gibt an, welche Rendite das im Unternehmen gebundene Kapital erbracht hat. Mit der Berücksichtigung des Zinsaufwandes wird die unterschiedliche Ausstattung der Unternehmen mit Eigen- und Fremdkapital bzw. die daraus resultierende unterschiedliche Zinsbelastung neutralisiert. Die Kennzahl bietet somit vor allem im Branchenvergleich eine gute Grundlage zu einer von der Kapitalstruktur unabhängigen Beurteilung der Ertragskraft
Anlagendeckung I und Anlagendeckung II	Es gilt als grundlegende Finanzierungsregel, dass langfristig gebundene Vermögenswerte auch durch langfristige Mittel finanziert werden sollten. Die Fristigkeit der Finanzierungsmittel sollte der Nutzungsdauer der damit finanzierten Objekte entsprechen. Die Anlagendeckung I sagt aus, in welchem Umfang das Anlagevermögen ausschließlich durch Eigenkapital gedeckt ist. Die Anlagendeckung II gibt den prozentualen Anteil des Eigenkapitals und des langfristigen Fremdkapitals im Verhältnis zum Anlagevermögen an. Ertragszuschüsse werden nicht berücksichtigt; sie sind vom Anlagevermögen abgesetzt
Vermögensstruktur (Anlagenintensität)	Die Kennzahl ermöglicht Aussagen zum Vermögensaufbau. Eine hohe Anlagenintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven Betrieb des Unternehmens (Fixkosten)
Cash flow	Der Cash-flow beschreibt den Mittelzufluss (Einzahlungen) des Geschäftsjahres, dem kein unmittelbarer Mittelabfluss (Auszahlungen) gegenübersteht. Er zeigt, in welchem Umfang Finanzmittel für Investitionen, zur Schuldentilgung oder für Gewinnausschüttungen für das Folgejahr zur Verfügung stehen

6.6. Übersicht der Abschlussprüfer für die Berichtsunternehmen

Gesellschaft	Jahr 2017	Jahr 2016	Jahr 2015	Jahr 2014	Jahr 2013
SWU	INVRA Treuhand AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart	Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart			
UWS	Verband B-W. Wohnungsunternehmen e.V., Stuttgart				
SAN	SP&P Treuhand GmbH & Co. KG, Ulm				
UM	SP&P Treuhand GmbH & Co. KG, Ulm				
PBG	SP&P Treuhand GmbH & Co. KG, Ulm	Horn treuhand GmbH, Ulm			
PEG	Horn treuhand GmbH, Ulm	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm			
UNT	Horn treuhand GmbH, Ulm	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm			
Donaubad	Horn treuhand GmbH, Ulm	Horn treuhand GmbH, Ulm			
Donau. büro	Schneider & Geiwitz GmbH, Neu-Ulm	Horn treuhand GmbH, Ulm			
MFH	Horn treuhand GmbH, Ulm	SP&P Treuhand GmbH & Co. KG, Ulm	SP&P Treuhand GmbH & Co. KG, Ulm	SP&P Treuhand GmbH & Co. KG, Ulm	SP&P Treuhand GmbH & Co. KG, Ulm
TFU	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Neu Ulm	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Neu Ulm	Horn treuhand GmbH, Ulm	Horn treuhand GmbH, Ulm	Horn treuhand GmbH, Ulm
EBU	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt
AHW	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt	Rechnungsprüfungsamt

6.7. Abkürzungsverzeichnis

(Aufgeführt sind die wichtigsten, im Beteiligungsbericht vorkommenden Abkürzungen)

AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AHW	Alten- und Pflegeheim Wiblingen
BauGB	Baugesetzbuch
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BKartA	Bundeskartellamt
CCN	Congreß Centrum Nord
DING	Donau-Iller-Nahverkehrsverbund GmbH
EBU	Entsorgungsbetriebe der Stadt Ulm
EigBG	Eigenbetriebsgesetz
EnBW	Energie Baden-Württemberg AG
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
Energie plus	Energie plus Handels- und Service-GmbH
FAW	Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung
FUG	Fernwärme Ulm GmbH
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemO	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
GF	Geschäftsführer
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	GmbH-Gesetz
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVG	Gersthofer Verkehrsgesellschaft mbH
GVL	Gasversorgung Langenau GmbH
GWh	Gigawattstunde
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.S.	im Sinne
ISP	Internet Service Provider
IT	Informationstechnologie
KIRU	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm
KStG	Körperschaftssteuergesetz
KWh	Kilowattstunde
MFH	Multifunktionshalle Ulm/Neu-Ulm GmbH
Mio.	Million
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PBG	Ulmer Parkbetriebs-Gesellschaft mbH
PEG	Projektentwicklungsgesellschaft Ulm GmbH
RAB	DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee
SAN	Sanierungstreuhand Ulm GmbH
SM	Schwaben Mobil Nahverkehr Service GmbH
SWU	Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH
SUN	Stadtentwicklungsverband Ulm/Neu-Ulm
TAD	Zweckverband thermische Abfallverwertung Donautal
TFU	TechnologieFörderungsUnternehmen GmbH
TK	Telekommunikation
TGH	Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH Co.KG
TPH	Trianel Power – Kraftwerk Hamm-Uentrop GmbH & Co.KG.
TPK	Trianel Power – Projektgesellschaft Kohlekraftwerk mbH & Co.KG
TWB	Technische Werke Blaubeuren GmbH
TWH	Technische Werke Herbrechtingen GmbH
UM	Ulm-Messe GmbH
UNT	Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH
UWS	Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH